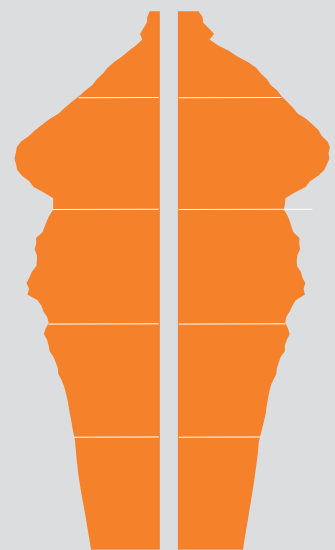
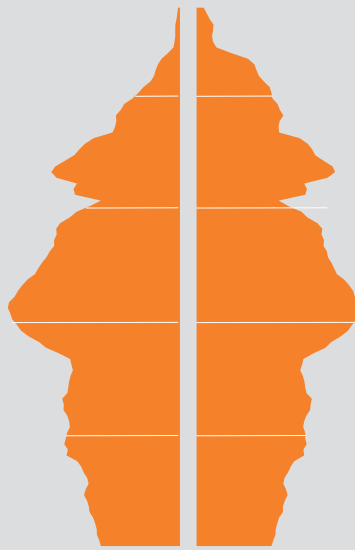
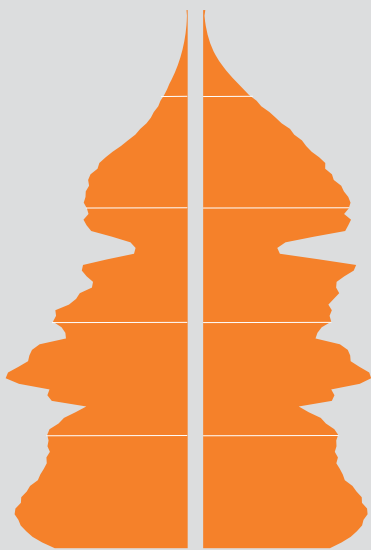




1973 - 2008

35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB

Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht



So forscht das BiB:

Demographische Forschungsfelder, Forschungsschwerpunkte, Projekte und Bearbeiter in 2008

Matrixstruktur der Forschungstätigkeit des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (Stand: 2008)

Demographische Forschungsfelder	Forschungsschwerpunkte des BiB		
	Der demographische Wandel und seine sozialen, politischen und ökonomischen Konsequenzen	Generationenbeziehungen und Lebensformen im Lebensverlauf	Monitoring
Geburtenhäufigkeiten Familie und Lebensformen Generationenbeziehungen	Dorbritz: Weiterbeschäftigung im Rentenalter Naderi: Demographie und Sicherheit	Dorbritz: Generations and Gender Survey Naderi: Generations and Gender Survey Ruckdeschel: Generations and Gender Survey Schwab: Generations and Gender Survey	
Mortalität, Morbidität	Gärtner: Weiterbeschäftigung im Rentenalter		Gärtner: Säuglingssterblichkeit
Bevölkerung, Haushalte			Grünheid: Demographische Lage in Deutschland
Weltbevölkerung Entwicklung			Schulz: Weltbevölkerung Swiaczny: Weltbevölkerungsatlas
Migration Ausländische Bevölkerung	Sauer: Internationale Migration Deutscher Rolloff: Weiterbeschäftigung im Rentenalter	Sauer: Generations and Gender Survey Rolloff: Generations and Gender Survey	
Demographische Alterung Regionale Bevölkerungsprozesse	Mai: Föderale Finanzstrukturen Mai: Bürgerschaftliches Engagement		
Bevölkerungsbezogene Politiken	Ette: Internationale Migration Deutscher	Ette: Generations and Gender Survey	
Ökonomisch-demographische Prozesse	Micheel: Föderale Finanzstrukturen Micheel: Erwerbspotential, verlängerte Lebensarbeitszeit		
Prognosen und Simulationen		Scharein: Modellrechnungen zukünftiger Lebensformen	

Beschreibung der Matrix siehe S. 13



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung

1973 - 2008

35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB

Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht



Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Friedrich-Ebert-Allee 4

65185 Wiesbaden

Tel.: (+049) 0611 – 752235

Fax: (+049) 0611 – 753960

E-Mail: bib@destatis.de

www.bib-demographie.de

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009

Nachdruck nur mit Genehmigung des BiB gestattet

Redaktion

Jürgen Dorbritz, Evelyn Grünheid

Abbildungen, Tabellen und
technische Bearbeitung

Hans-Ludwig Friedrich, Sybille Steinmetz

Inhalt

Ein Wechsel an der Spitze des BiB	6
Geleitwort des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Herrn Dr. Hans Bernhard Beus	7
Einführung	8
Aufgaben, Forschung und Beratung	10
Gründung und Aufgaben	10
Der Wandel der Forschungsthemen seit 1973	10
Forschungsschwerpunkte und aktuelle Projekte	11
Interne Organisation der Forschung	13
Wissenschaftliche Vernetzung	14
Politikberatung	15
Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit	17
Ein neues Kuratorium	20
Position in der Forschungslandschaft	20
Personal	21
Demographisches Altern	22
Verlauf der Alterung in Deutschland	22
Demographische Ursachen des Alterns	25
Alterung in den Regionen Deutschlands	26
Demographisches Wissen über den Alterungsprozess und seine Bewertung	30
Die Bewertung altersspezifischer Reformmaßnahmen	33
Weiterbeschäftigung im Rentenalter	34
Forschungsprojekte zu den Folgen der demographischen Alterung	35
Bevölkerungszahl und -bilanzen	40
Bevölkerung 1950 - 2050	40
Geburten, Sterbefälle und Wanderungen	40
Unterschiedliche Trends in West- und Ostdeutschland	40
Ausländische Bevölkerung	41
Demographisches Wissen zur Bevölkerungszahl	41
Einstellungen zur ausländischen Bevölkerung	42

Geburten	44
Geburtenhäufigkeit	44
Der langfristige Trend - zusammengefasste Geburtenziffern und endgültige Kinderzahlen	44
Altersspezifische Geburtenziffern	46
Nichteheliche Geburten	47
Kinderlosigkeit	48
Bewertung der familiendemographischen Trends	49
Einstellungen gegenüber Kindern	51
Der Kinderwunsch	51
Gründe gegen die Geburt von Kindern	53
Strukturelle Rücksichtslosigkeiten gegenüber Kindern	56
Eheschließungen	57
Eheschließungshäufigkeit	57
Anstieg des Erstheiratsalters	58
Bewertung der rückläufigen Heiratsneigung	58
Gründe für das Aufschieben der Eheschließungen	58
Die Bewertung der sozialen Institution Ehe	59
Familie und Lebensformen	60
Familien 2007	60
Wertschätzung der Familie	60
Lebensformen 1996 und 2007 im Vergleich	61
Einstellungen zum Wandel der Lebensformen und die Akzeptanz von Lebensformen	63
Bevorzugte Lebensformen	64
Die Sicht auf die Lebensformen der Kinder	64
Bewertung der familiendemographischen Trends und die Akzeptanz der Lebensformen - Zusammenfassung	64
Die Situation der Alleinerziehenden	65
Living-Apart-Together - Kontakte und Heiratsabsichten	66
Ehescheidungen	67
Ehescheidungshäufigkeit	67
Durchschnittsalter der Geschiedenen und Ehescheidungen nach der Ehedauer	68
Bewertung der steigenden Scheidungszahlen	68
Qualität der Paarbeziehungen	68
Familienpolitik	70
Familienpolitik in Deutschland - ein Paradigmenwechsel	70
Gewünschte familienpolitische Maßnahmen	70

Effekte solcher Maßnahmen aus Sicht der Befragten	72
Das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit	73
Generationenbeziehungen	75
Demographischer Wandel und Generationenbeziehungen	75
Einfluss der Alterung auf die demographischen Größenordnungen	76
Pflegebedürftigkeit - Aktuelle Situation und Prognose	76
Generationenbeziehungen - gegenseitige Verfügbarkeit	77
Einstellungen zu den Generationenbeziehungen	78
Distanzen und Kontakthäufigkeiten	80
Generationentransfers	83
Geschlechterrollen	86
Erwerbsquoten	86
Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern	86
Einstellungen zum Wandel der Geschlechterrollen	87
Gendering bei Elternaufgaben	88
Lebenserwartung und Gesundheit	90
Aktuelle Trends der Lebenserwartung	90
West-Ost-Unterschiede	91
Frauen-Männer-Unterschiede	91
Säuglingssterblichkeit	92
Demographisches Wissen - Wie alt werden wir und wie alt möchten wir werden	93
Lebensstile und Gesundheit	94
Migration und Integration	98
Zu- und Abwanderungen über die Grenzen Deutschlands	98
Fortzüge Deutscher	99
Einstellungen der Bevölkerung zu den Zugewanderten	101
Innerdeutsche Wanderungen	102
Der Einfluss der Migration auf die Altersstruktur der Bevölkerung	104
Pilotstudie über Neuzuwanderer	105
Integration	106
Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Karten	116
Verzeichnis der Abbildungen	116
Verzeichnis der Tabellen	118
Verzeichnis der Karten	119

Zum 31.12.2008 ist die langjährige Direktorin des BiB, Frau Prof. Dr. Charlotte Höhn in den Ruhestand getreten. Charlotte Höhn war insgesamt 28 Jahre am BiB tätig und hat mehr als 20 Jahre lang das Institut als Direktorin geprägt.

Frau Prof. Höhn, was war das Wichtigste für Sie in Ihrer Tätigkeit als Direktorin des BiB?

Nach außen: Die Anerkennung der Leistungsfähigkeit des BiB in der Scientific Community und in der Politikberatung. Hier haben wir nach 2000 Fortschritte gemacht, nicht zuletzt dank der Verjüngung durch kompetente wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Nach innen: Ein gutes Betriebsklima, das hatten wir immer.

Wie haben sich die Aufgabenstellungen des Instituts seit seiner Gründung verändert?

Bei der Gründung standen die Ursachen des Geburtenrückgangs im Vordergrund. Weltbevölkerungsfragen waren insbesondere anlässlich der UN-Bevölkerungskonferenzen wichtig, weil das BiB das BMI in internationalen Bevölkerungsfragen unterstützt. Schon Ende der 1970er Jahre wurden die Konsequenzen der demographischen Alterung bei der Vorbereitung der Bevölkerungsberichte der Bundesregierung wichtig. In meiner Zeit als Direktorin wurden sämtliche Bevölkerungsthemen auch mit eigenen Surveys (Family and Fertility Survey, Population Policy Acceptance Survey I und II, Aussiedlersurvey, Integrationssurvey, Lebenserwartungssurvey, Generations and Gender Survey) angegangen. Nach 2000 dominiert nun der sog. Demographische Wandel mit allen Facetten als Megathema.

Wie beurteilen Sie die Rolle des Bundesinstituts in der deutschen und europäischen Forschungslandschaft?

Die Vernetzung mit den Universitäten ist ausbaufähig. International haben wir uns sehr gut platziert durch die EU-Drittmittelprojekte mit den einschlägigen demographischen Forschungsinstituten in Europa, durch die aktive Teilnahme an den Konferenzen der europäischen, internationalen und amerikanischen bevölkerungswissenschaftlichen Gesellschaften und durch einige Forschungsaufenthalte im Ausland.

Was werden aus Ihrer Sicht die Herausforderungen der Zukunft für das Institut sein?

Die demographische Alterung und ihre Auswirkungen bleiben das Megathema für die Politikberatung und die Forschung. Das BiB sollte seine prognostischen Fähigkeiten einsetzen, um Szenarien der Familien- und Lebensformen im Hinblick auf das Zusammenleben im Alter, Vorausberechnungen von Belegschaften und der Bevölkerungen mit und ohne Migrationshintergrund mit den einschlägigen Kollegen zu entwickeln und kontinuierlich zu überprüfen. Dabei lassen sich auch Fragen der gesellschaftlichen Kohäsion und der Integration studieren. Daneben bleiben die regionalen Unterschiede hinsichtlich Bevölkerungswachstum bzw. -schrumpfung in den Großregionen der Welt als ungleichgewichtige Entwicklung zu beobachten, aber auch die zunehmende demographische Alterung weltweit.



Prof. Dr. Charlotte Höhn

Ein Wechsel an der Spitze des BiB



Prof. Dr. Norbert Schneider

Am 1. April 2009 hat Prof. Dr. Norbert Schneider die Leitung des BiB übernommen. Prof. Schneider hatte bis dahin den Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Familie und Lebensformen, an der Universität Mainz inne.

Herr Prof. Schneider, mit welchen Erwartungen kommen Sie an das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung?

Ich komme mit der Erwartung, dass das BiB seine Position als renommierte wissenschaftliche Forschungseinrichtung weiter stärken und seine Rolle im Rahmen der Informations- und Beratungsaufgaben spürbar intensivieren kann.

Welche neuen Forschungsschwerpunkte werden Sie in den nächsten Jahren setzen?

Ziel ist es, die bevölkerungswissenschaftliche Grundlagen- bzw. Vorlauftforschung am BiB zu forcieren. Da Deutschland seit Jahrzehnten eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit aufweist und unser Wissen über die Ursachen dieser Entwicklung bislang nur

bruchstückhaft ist, wird es in den nächsten Jahren darum gehen, die Ressourcen und Kompetenzen des Instituts verstärkt darauf zu richten, die Kenntnisse über das generative Verhalten zu vertiefen – auch um damit eine bessere Grundlage für politisches Handeln zu schaffen. Ein weiterer Akzent der Forschungsarbeit wird auf die Folgen der Alterung der Gesellschaft und auf die Möglichkeiten ihrer Bewältigung zu setzen sein.

Worauf wird es aus Ihrer Sicht zukünftig in der Politikberatung des Instituts ankommen?

Die wissenschaftliche Politikberatung gehört sicherlich zu den wichtigsten Aufgaben des BiB. Neben der Schaffung eines fundierten wissenschaftlichen Erkenntnisstandes gehören zu einer guten Politikberatung die Wahrung der Unabhängigkeit sowie die Sicherstellung der Offenheit in der Beratung selbst. Eine politikorientierte Beratung muss zudem proaktiv sein, sie muss Entwicklungen früh erkennen und in der Lage sein, komplexe Zusammenhänge möglichst klar und prägnant zu kommunizieren. Daran gilt es zu arbeiten.

Geleitwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) blickt auf 35 Jahre Forschung und Politikberatung zurück. Dieses kleine Jubiläum ist nicht nur Anlass für Glückwunsch und Dank, sondern auch ein Grund, die Arbeit des Instituts in den vergangenen Jahrzehnten Revue passieren zu lassen.

Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht gibt das Institut einen Überblick über seine wissenschaftliche Arbeit und die Forschungsergebnisse aus den vergangenen 35 Jahren. Der Tätigkeitsbericht ist aber nicht nur Rückblick, sondern – wie die Aktualität der Themen zeigt – auch Positionsbestimmung und Ausblick auf die künftigen Herausforderungen des demographischen Wandels.

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist durch anhaltend geringe Geburtenzahlen und eine wachsende Lebenserwartung der Menschen gekennzeichnet. Wie alle Bevölkerungsprognosen übereinstimmend zeigen, werden in Zukunft weniger Menschen in Deutschland leben, und es wird viel mehr alte und sehr alte Menschen geben. Damit stellen sich für Politik und Gesellschaft viele Zukunftsfragen: Wie können wir vorhandene Kinderwünsche leichter erfüllbar machen, damit mehr junge Menschen „Ja zum Kind“ sagen? Wie lassen sich die Fähigkeiten älterer Menschen besser für ihr eigenes Wohl und für unser Gemeinwesen nutzen? Wie können wir Menschen mit Migrationshintergrund besser in unsere Gesellschaft integrieren? Wie erhalten wir auch in dünner besiedelten Regionen noch Lebensbedingungen, die es den Menschen ermöglichen, mit ihren Regionen verbunden zu bleiben?

Auf diese und viele andere Fragen des demographischen Wandels werden wir nur gute Antworten finden können, wenn wir die Ursachen und Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung verstehen. Die Forschungsarbeiten des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sollen uns zu einem tieferen Verständnis der demographischen Veränderungen verhelfen und damit die Grundlage für tragfähige Lösungsansätze schaffen.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass der demographische Wandel kein rein deutsches Phänomen ist: Viele andere europäische Staaten stehen vor den gleichen demographischen Herausforderungen wie unser Land. Wir können deshalb – auch wenn man immer die Besonderheiten der einzelnen Länder

beachten muss – viel vom Vergleich mit anderen europäischen Staaten lernen. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat deshalb schon früh die Zusammenarbeit mit den Partnerinstituten in Europa gesucht und maßgeblich an europaweit vergleichenden Forschungsprojekten mitgearbeitet, etwa an der international vergleichenden „Population Policy Acceptance Study“ über die Einstellungen der Menschen in Deutschland zum Altern der Bevölkerung und zum Wandel der Familienformen oder am „Generations and Gender Survey“ zum Zusammenleben in Familien und Zusammenhalt der Generationen. Diese international vergleichende Perspektive dürfte in Zukunft noch weiter an Bedeutung gerade für die forschungsbasierte wissenschaftliche Politikberatung gewinnen.

Auch wenn der demographische Wandel inzwischen in aller Munde ist, liegen die großen Veränderungen noch vor uns. Die Bundesregierung braucht deshalb auch in Zukunft die qualifizierte Forschung und Beratung durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Für diese wichtige Arbeit wünsche ich dem Institut viel Erfolg!

Dr. Hans Bernhard Beus
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern
Berlin, April 2009



Dr. Hans Bernhard Beus

Einführung

Das Jahr 2008 brachte dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im 35. Jahr seines Bestehens Ereignisse, die seine weitere Arbeit über Jahre hinaus prägen werden. Der Wissenschaftsrat hatte nicht unerwartet eine Evaluation angekündigt, im November erhielt das BiB ein neues Kuratorium und mit Prof. Dr. Norbert Walter auch einen neuen Kuratoriumsvorsitzenden und schließlich trat Frau Prof. Dr. Höhn, die das BiB über 20 Jahre als Direktorin geführt hatte, am 1. Januar 2009 ihren Ruhestand an.

Die erste Evaluation durch den Wissenschaftsrat hat das Institut vor eine große Herausforderung gestellt. 20 Angaben zu Basisdaten und Informationen waren zu liefern und 65 Fragen zu beantworten – die Antworten hat der Wissenschaftsrat in zwei Bänden von insgesamt 515 Seiten am 23. Januar 2009 erhalten. Das Institut sieht jetzt der Begehung am 14. und 15. Mai 2009 mit großer Spannung entgegen.

Die Beantwortung der Fragen des Wissenschaftsrats war nicht nur mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden, sondern war auch Anlass und Chance, sich selbst auf den Prüfstand zu stellen und über neue Wege in der Forschung und Politikberatung nachzudenken. Dabei sind viele Fragen aufgeworfen worden, die im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb eher selten gestellt werden. Hinterfragt worden ist zum Beispiel, wie das quantitative Verhältnis von Vorlauf- und Auftragsforschung günstig gestaltet werden kann, wie hoch der Anteil der Forschungstätigkeit in einer Ressortforschungseinrichtung idealerweise sein sollte, wo die zukünftigen Forschungsschwerpunkte des Instituts anzusiedeln sind, wie in der mittelfristigen Forschungsplanung Themen der Vorlauforschung abgeleitet werden können oder wie die Forschungsergebnisse des Instituts in Politik und Öffentlichkeit sichtbar werden.

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen zu den Antworten auf die Fragen des Wissenschaftsrates hatte einen zweiten positiven Effekt. Am Beantwortungsprozess war das gesamte Institut beteiligt, insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiter. In diesem Prozess ist das Institut näher zusammengedrückt und

hat eine geschlossene, zum Teil selbstkritische Sicht auf die eigene Arbeit entwickelt, die gute Chancen bietet, mit einem neuen Direktor und einem neuen Kuratorium die demographischen Forschungsaufgaben der kommenden Jahre anzugehen.

Ein Ergebnis der vielen und intensiven Diskussionen, die die Mitarbeiter des BiB bei der Beantwortung der Fragen geführt haben, ist der hier vorgelegte öffentliche Forschungsbericht über die Tätigkeit in den Jahren 1973 - 2008. Das Institut will mit diesem Bericht über seinen Auftrag und seine Aufgaben berichten, seine Forschungsprojekte und die bei ihrer Bearbeitung erzielten Ergebnisse vorstellen und sich in Politik und Öffentlichkeit bekannter machen.

In seiner Forschungstätigkeit verfolgt das BiB zwei Strategien. Erstens betreibt es ein breit angelegtes Monitoring der demographischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und in der Welt. Alle grundlegenden demographischen Forschungsfelder sind durch mindestens zwei wissenschaftliche Mitarbeiter besetzt, die die demographischen Trends sowie die theoretischen und methodischen Entwicklungen verfolgen. Zweitens werden am BiB spezifische Forschungen zu besonderen Fragestellungen ausgeführt. Beispiele dafür sind die großen internationalen Forschungsprojekte wie die Population Policy Acceptance Study oder der Generations and Gender Survey, aber auch Forschungen zur internationalen Migration Deutscher, zu gesundheitsbewussten Lebensstilen oder den Konsequenzen des demographischen Wandels für die Bundesverwaltung.

Dieser Vorgehensweise werden die Darstellungen im öffentlichen Forschungsbericht folgen. Die Berichterstattung ist nach den grundlegenden demographischen Forschungsfeldern - Zahl und Strukturen der Bevölkerung, Geburten, Eheschließungen und Ehescheidungen, Familien- und Lebensformen, Sterblichkeit, Lebenserwartung und Gesundheit, Migration und Integration sowie regionale Analysen - strukturiert. Zunächst wird ein grundlegender Überblick über die langfristigen Trends und die aktuelle demographische Lage in den jeweiligen Forschungsfeldern

gegeben. Daran schließen sich die projektspezifischen Präsentationen der Forschungsergebnisse des BiB an. Dazu ein Beispiel: Die Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der demographischen Alterung in Deutschland über einen Zeitraum von nahezu 150 Jahren mit einer differenzierten Beschreibung der Strukturverschiebungen in der Bevölkerung und ihrer Ursachen werden ergänzt um Forschungsergebnisse aus den Projekten und Studien des BiB. Die Einstellungen zum demographischen und individuellen Altern, das Wissen über die Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung oder die Sicht auf die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft sind in der Population Policy Acceptance Study erfragt worden. Kenntnisse über die demographischen Größenordnungen der Generationenbeziehungen als Basis für gelebte Generationensolidarität oder die Distanzen und Kontakte zwischen den Generationen können aus dem Generations and Gender Survey gewonnen werden. Forschungsergebnisse zur Nutzung der Potenziale älterer Menschen hat das BiB in den Projekten „Verlängerte Lebensarbeitszeit - Bedingungen, Auswirkungen und Chancen“ und „Demographische Entwicklung - Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement“ erzielt.

Die Daten zum demographischen Wandel aus dem Monitoring des BiB und seinen spezifischen Forschungsprojekten werden nachfolgend miteinander verknüpft dargestellt. Das gilt nicht nur für die demographische Alterung, sondern auch für alle übrigen Forschungsfelder des Instituts. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, eine komplexere Sicht auf den demographischen Wandel und ein besseres Verständnis der damit entstehenden Problemstellungen zu erreichen.

Der öffentliche Forschungsbericht behandelt die wissenschaftliche Tätigkeit des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in den 35 Jahren seines Bestehens seit 1973. Der Fokus der projektbezogenen Berichterstattung ist allerdings auf die letzten 10 Jahre gerichtet. Dies liegt zum einen daran, dass bereits 1998 zum 25-jährigen Jubiläum mit dem Band der Schriftenreihe „Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung“ schon einmal aus der Arbeit des BiB berichtet worden ist. Zum anderen hat in der Zeit seit 1998 die demographische Forschung in Deutschland ein zunehmendes politisches und öffentliches Interesse erfahren, das auch die Forschungstätigkeit des Instituts verändert hat.

Liebe Leserinnen und Leser, das BiB hofft mit seinem öffentlichen Forschungsbericht und der neuen Art der Datenaufbereitung anregende Ergebnisse zum demographischen Wandel zu präsentieren und möchte seine Bereitschaft signalisieren, sie mit Ihnen zu diskutieren. Ein Rückgriff auf unser Fachwissen in Gesprächen oder bei der Erarbeitung von Studien in Ihrem Auftrag ist ebenso erwünscht wie willkommen. Das BiB sieht sich als Kooperationspartner von Wissenschaft und Politik in allen Fragen zu den Ursachen und Folgen des demographischen Wandels.

Aufgaben, Forschung und Beratung

Gründung und Aufgaben

Das BiB wurde per Errichtungserlass des Bundesministeriums des Innern am 12. Februar 1973 gegründet.

Es ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Gemäß seinem Errichtungserlass betreibt das BiB bevölkerungs- und damit zusammenhängende familienwissenschaftliche Forschung mit dem Ziel, die Bundesregierung und die Bundesressorts zu informieren und zu beraten. Zu den weiteren Aufgaben gehören die Aufbereitung und Veröffentlichung eigener und auch fremder Forschungsergebnisse und die Unterstützung der Bundesregierung in der internationalen Zusammenarbeit.

Daraus abgeleitet ist es die wissenschaftliche Aufgabe des Instituts, die Phänomene, Ursachen und Konsequenzen des demographischen Wandels in Deutschland und seinen Regionen, in Europa und in der Welt zu erforschen. Die Aufgabe der Politikberatung und die damit verbundene Pflicht zur Auskunftsfähigkeit macht es erforderlich, das gesamte Spektrum der demographischen Forschungsfelder zu bearbeiten.

Der Wandel der Forschungsthemen seit 1973

Die Gründung des BiB 1973 fiel in die Zeit des Zweiten Geburtenrückgangs, der heute nach Dirk van de Kaa als „Europe's Second Demographic Transition“ bezeichnet wird. Das BiB hat sich in seiner Anfangszeit daher vorwiegend mit den Ursachen des Geburtenrückgangs beschäftigt. Diese Ausrichtung hat das Institut in den 1970er Jahren geprägt, zumal sich bei den Bevölkerungswissenschaftlern in dieser Zeit die Erkenntnis durchsetzte, dass es sich nicht um einen temporären Effekt, sondern um einen grundlegenden Einstellungswandel in der Bevölkerung zu Kindern, Ehe und Familie handelte, der einen wachsenden Forschungsbedarf begründete. Beispielsweise hat das BiB 1978 in einem Band seiner Schriftenreihe mit dem Titel „Keine Kinder - Keine Zukunft“ den Forschungsstand in Europa zu diesem Thema dargestellt und in den

1980er Jahren ist mit einer Panelstudie zur Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland ein längerfristig angelegtes Forschungsprojekt ausgeführt worden. Eine Übersicht zu den Ergebnissen empirischer Studien zum generativen Verhalten wurde 1985 veröffentlicht.

Der Familienschwerpunkt zieht sich bis heute durch die Forschungstätigkeit des Instituts. 1992 beteiligte sich das BiB an den internationalen Forschungsprojekten „Family and Fertility Survey“ und „Population Policy Acceptance Study“, in denen mit den Forschungen zu den Einstellungen gegenüber Kindern und Ehe, dem Kinderwunsch, den Vereinbarkeitsbedingungen von Familie und Erwerbstätigkeit oder den Gründen für bzw. gegen die Geburt von Kindern eine breite Palette familiensoziologischer Themen behandelt wurden.

Im Laufe der Zeit hat sich das Spektrum familiensoziologischer und -demographischer Forschungen immer stärker ausgeweitet. Die klassischen Themenstellungen „Wie viele Kinder haben Familien?“ oder „Warum werden die Familien immer kleiner?“ sind um Forschungen zur Kinderlosigkeit, zum Wandel der Lebens- und Familienformen oder zur Individualisierung der Familienbildungsbiographien ergänzt worden.

Auch aktuell ist das Institut mit dem Familienthema befasst, diesmal im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts „Generations and Gender Survey“. Der Blick ist jetzt aber nicht mehr klassisch auf die Familie gerichtet, sondern die Kernfamilie wird in einem weiten Verbund von Generationen- und Solidaritätsbeziehungen betrachtet. Neu im Forschungskonzept des BiB ist ebenfalls, Familienbeziehungen aus der Sicht der Geschlechterrollen zu untersuchen.

Die im GGS bearbeiteten Themen sind auf die Entscheidung zur Familiengründung, die Generationenpotenziale und Generationentransfers, die Qualität der Generationenbeziehungen, die Potenziale Älterer und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in Familie und Partnerschaft gerichtet.

Die Forschungen im Themenfeld Sterblichkeit, Lebenserwartung und Gesundheit haben am BiB eine ebenso lange Tradition wie die Fertilitätsforschung, haben aber das Profil des Instituts nicht in gleichem Ausmaß geprägt. Hinausgekommen über ein intensives Monitoring ist die Bearbeitung des Themas erst in den 1990er Jahren mit Sterblichkeitsforschungen auf Basis des Kohortenansatzes und den Sterblichkeitsunterschieden nach dem Familienstand in Abhängigkeit von persönlichen Gewohnheiten und Verhaltensweisen. Einen vorläufigen Höhepunkt fand die Mortalitätsforschung am BiB mit dem sogenannten Lebenserwartungssurvey, der die Erforschung des Einflusses von Lebensstilen und Lebensqualität auf Gesundheit und Sterblichkeit zum Gegenstand hatte.

In den 1990er Jahren gewann das Thema Migration und Integration von Ausländern und Aussiedlern eine zunehmende Bedeutung. So ist bereits 1990 eine Studie zu Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland publiziert worden. Mit dem hohen Zustrom von Aussiedlern in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erhielt die Frage nach ihrer Integration in Deutschland eine zunehmende Bedeutung. Dem hat sich das BiB mit einer Panelstudie zur Eingliederung der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gestellt. In weiteren Befragungen sind im Integrationsurvey die Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung untersucht worden. Mit der Neuzuwanderer-Pilotstudie wurden Analysen zu Sozialprofilen und Zuzugsmotiven von Neuzuwanderern in der Zeit von 2000 bis 2003 ausgeführt. Gegenwärtig ist die Migrationsforschung am BiB auf die Analyse der grenzüberschreitenden Wanderungen Deutscher gerichtet.

Der Forschungsschwerpunkt, der in den letzten 15 Jahren die größte Aufwertung erfahren hat, ist das Altern der Bevölkerung. Zunächst lag das Augenmerk auf den demographischen Ursachen und ihrem spezifischen Einfluss auf das Altern der Bevölkerung sowie dem Verlauf der Alterung in Vergangenheit und Zukunft. Mit den Forschungsprojekten „Die Alten der Zukunft“ und „Die demographische Alterung in den Bundesländern“ sind zwei in der bevölkerungswissenschaftlichen Forschungslandschaft viel beachtete Studien entstanden.

Das BiB hat über den gesamten Zeitraum seines Bestehens Forschungen zu Ursachen und Ver-

läufen der demographischen Trends betrieben. Etwa seit dem Jahr 2000 hat sich in Deutschland etwas vollzogen, was man als einen sprunghaften Anstieg der Wahrnehmung der demographischen Lage bezeichnen kann. Die Folgen des demographischen Wandels sind immer deutlicher in die Aufmerksamkeit von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit gerückt. Im Zuge dieser Entwicklung sind durch das BiB auch Projekte im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt worden, in denen konkret die Folgen des Alterns der Bevölkerung untersucht wurden. Von großer Bedeutung im Rahmen der Auftragsforschung war dabei, wie die wachsenden Potenziale des Alters und des Alterns besser zu nutzen sind. Beispiele sind die Befragung „Weiterbeschäftigung im Rentenalter“ und die Forschungen zum Thema „Demographische Entwicklung - Potenziale für bürgerschaftliches Engagement“. Auch die Studie zum Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen und das vor kurzem begonnene Projekt zum Thema „Sicherheitspolitische Auswirkungen demographischer Entwicklungen“ sind hier zu nennen.

Forschungsschwerpunkte und aktuelle Projekte

Um die verschiedenartigen Projekte sinnvoll zu strukturieren, werden sie seit dem Forschungsprogramm 2008 drei Forschungsschwerpunkten zugeordnet:

- I. Demographischer Wandel und seine sozialen, politischen und ökonomischen Konsequenzen,
- II. Generationenbeziehungen und Lebensformen im Lebensverlauf und
- III. Monitoring.

Zum Forschungsschwerpunkt I:

Dem Schwerpunkt I werden überwiegend Projekte der Auftragsforschung aus den Bundesressorts zugeordnet, es werden in diesem Forschungsschwerpunkt aber auch eigenständig entwickelte Projekte der Vorlaufforschung bearbeitet. Hier werden die Konsequenzen des demographischen Wandels mit den Kernprozessen demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung detailliert untersucht. Das BiB wird damit eine Schwerpunktverlagerung von der Beschreibung der Entwicklung des Alterns der Bevölkerung und seiner Ursachen zu einer

Erforschung der Konsequenzen erfahren. Die Forschung ist auf folgende Themen fokussiert (Forschungsprogramme 2008 und 2000) :

- Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik in den Bundesländern unter demographischen Aspekten,
- Verlängerte Lebensarbeitszeit - Bedingungen, Auswirkungen und Chancen,
- Sicherheitspolitische Auswirkungen demographischer Entwicklungen,
- Die Auswirkungen des demographischen Wandels in Deutschland auf die zentralen Arbeitsgebiete der Bundesressorts,
- Analyse von grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen Deutscher,
- Internationaler Vergleich zur Entwicklung und Akzeptanz von Familienpolitiken in Europa.

Zum Forschungsschwerpunkt II:

Dieser Forschungsschwerpunkt bündelt hauptsächlich die Projekte der Vorlaufforschung, die den Wandel der Familien- und Generationenbeziehungen zum Gegenstand haben.

Demographische Ereignisse wie Geburten, Eheschließungen, Scheidungen, Sterbefälle, Zu- und Abwanderungen oder räumliche Umverteilungen der Bevölkerung und Veränderungen in den Generationenbeziehungen sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten und haben zu neuen Bedingungen für das Zusammenleben der Generationen und für die Realisierung von Generationensolidarität geführt.

Daher setzt das BiB mit seinen Forschungen an der Stelle an, an der die universelle Verflochtenheit der demographischen Prozesse am deutlichsten sichtbar wird: Das ist der Wandel der Familie und der Formen des Zusammenlebens im Lebensverlauf, über die die Vermittlung der Beziehungen zwischen den Generationen erfolgt und wo die Entscheidungen darüber fallen, wie Generationenbeziehungen gestaltet werden.

Der Forschungsschwerpunkt Generationenbeziehungen und Lebensformen im Lebensverlauf entspricht einer langjährigen Forschungstradition des BiB, die sich aus dem Eingebundensein des Instituts in die internationale und deutsche Forschungslandschaft ergibt. Bereits seit dem Anfang der 1990er Jahre beteiligt sich das BiB an internationalen Forschungsvorhaben wie der Population Policy Acceptance Study (PPAS), dem Family and Fertility Survey (FFS) und nun-

mehr dem Generations and Gender Survey (GGS). Der GGS wird für die kommenden Jahre die bedeutendste Datenquelle des BiB sein, da sein Fragenprogramm sich an der Schnittstelle von demographischer, auf das Altern der Bevölkerung gerichteter und verhaltensorientierter soziologischer Forschung befindet.

Hier soll der bisher auf die Familie bezogene Wandel in den Lebens- und Familienformen in die übergreifende Problemstellung des Wandels in den Generationenbeziehungen eingebettet werden. Die Forschungen zu den demographischen Größenordnungen der Generationenbeziehungen und den Möglichkeiten ihrer Realisierung in Familien und generationenübergreifenden sozialen Netzwerken werden kombiniert mit dem Thema des Wandels der Lebensformen im Lebensverlauf. Bisherige Forschungen zur Familienpolitik oder zu Fertilitätsentscheidungen bleiben dabei erhalten. Die Orientierung auf die Größenordnungen und Qualität der Generationenbeziehungen bedeutet keinen Verzicht auf Forschung in den grundlegenden demographischen Forschungsfeldern Fertilität, Mortalität und Migration. Das BiB will vielmehr erreichen, dass die einzelnen Forschungsprojekte im übergreifenden Kontext der Generationenbeziehungen vernetzt sind.

Im Generations and Gender Survey ist zwischen der Hauptbefragung Deutscher und der Befragung türkischer Migranten in Deutschland zu unterscheiden.

Folgende Themen werden derzeit in der Hauptbefragung bearbeitet:

- Der Einfluss des Generationenzusammenhalts auf Familie und Partnerschaftsqualität,
- Generationenpotenziale - der Einfluss des demographischen Wandels auf die Bedingungen der Hilfeleistungen zwischen den Generationen,
- Wege in die Kinderlosigkeit,
- Der Einfluss der Generationenbeziehungen auf den Kinderwunsch,
- Die Unterstützungspotenziale älterer Menschen in sozialräumlicher Perspektive,
- Innerfamiliäre Transfers aus der Sicht erwachsener Kinder,
- Übergang in den Ruhestand,
- Geschlechterrollen und Fertilität, Deutschland und Frankreich im Vergleich,

- Ambivalenz in Generationenbeziehungen: Analyse der Koexistenz von Konfliktpotenzialen und Solidarität in Beziehungen zwischen Eltern und erwachsenen Kindern.

Ausgehend von der Befragung türkischer Migranten in Deutschland wird die Analyse konzentriert auf:

- Partnerschaftliche Lebensformen und Beziehungsbiographien: Türkische Migranten in Deutschland,
- Beziehungen zwischen den Geschlechtern bei türkischen Migranten,
- Ökonomische Situation und finanzielle Transfers älterer Türken in Deutschland,
- Generationentransfers - ein Vergleich zwischen deutschen und türkischen Familien,
- Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit - Unterschiede zwischen Männern und Frauen und innerhalb der Geschlechter sowie zwischen deutschen und türkischen Befragten.

Zum Forschungsschwerpunkt III:

Die Aufgaben der Dauerbeobachtung und des Monitorings demographischer Entwicklungen werden im Schwerpunkt III zusammengeführt. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung kann aufgrund seiner Kapazität nicht in allen demographischen Teilgebieten eine eigenständige Forschungsarbeit betreiben. Die Kumulation eines breit gefächerten demographischen Wissens (Aufbau und Pflege einer Wissensbasis) ist jedoch eine notwendige Voraussetzung, um dem Beratungsauftrag gerecht werden zu können. Daher betreibt das BiB eine Dauerbeobachtung der demographischen Trends und der thematisch-methodischen Entwicklungen.

In Zukunft möchte das BiB eine neue Qualität im Arbeitsbereich „Monitoring“ erreichen. So wird es seine Aufgaben auf dem Gebiet der Dauerbeobachtung des demographischen Wandels ausbauen und sich gleichzeitig neu orientieren. Neben den Berichten zur demographischen Lage in Deutschland und den Beobachtungen der Weltbevölkerungstrends, die inzwischen eine sehr lange Tradition besitzen, werden drei neue Themen in das Arbeitsprogramm des BiB aufgenommen: Aufgrund der schnellen Entwicklung der Wissenschaftsdisziplin wird es als notwendig erachtet, die theoretischen und methodischen Trends in der Demographie kontinuierlich zu verfolgen. Darüber hinaus soll im Rahmen des „Monitorings“ die Beobachtung der demogra-

phischen Trends in Europa und der demographischen Lage in den Regionen Deutschlands stärker in den Vordergrund treten, da diese beiden räumlichen Perspektiven in der öffentlichen Diskussion und für die Politikgestaltung eine zunehmende Bedeutung erlangen.

Interne Organisation der Forschung

Auf der Innenseite des Deckblatts dieses Berichts finden Sie die Matrixstruktur der Forschungstätigkeit des Instituts. Daneben gibt es einen Geschäftsverteilungsplan (hier vom 01. April 2009), dessen aktuelle Ausgabe immer auf der Homepage des BiB (www.bib-demographie.de) zu finden ist.

In der Matrix zur Forschungstätigkeit sind dreidimensional die Verknüpfungen der demographischen Forschungsfelder (Geburtenhäufigkeiten, Familie und Lebensformen, Generationenbeziehungen, Mortalität/Morbidität, Bevölkerung/Haushalte, Weltbevölkerung, Entwicklung, Migration/ausländische Bevölkerung, Demographische Alterung, Regionale Bevölkerungsprozesse, Bevölkerungsbezogene Politiken, Ökonomisch-demographische Prozesse, Prognosen und Simulationen) mit den drei Forschungsschwerpunkten des Instituts sowie die Vernetzung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in Projektgruppen und die von ihnen bearbeiteten Projekte dargestellt. Danach bestehen gegenwärtig themenübergreifend vier Projektgruppen (jeweils farblich unterlegt). Die größte Gruppe, bestehend aus sieben Wissenschaftlern, arbeitet an der Auswertung des Generations and Gender Survey, dem aktuellen Großprojekt des BiB. Daneben besteht eine mit vier Wissenschaftlern besetzte Gruppe zur Bearbeitung des Projektes „Weiterbeschäftigung im Rentenalter“. Kooperationen von je zwei Wissenschaftlern sind zu den Themen „Internationale Migration Deutscher“ und „Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen“ gebildet worden. Auf dem Gebiet des Monitorings waren 2008 vier Wissenschaftler mit den Themen Säuglingssterblichkeit, Demographische Lage in Deutschland und Entwicklung der Weltbevölkerung tätig.

Der Geschäftsverteilungsplan bildet die gesamte formale Organisationsstruktur des BiB ab. Der zentrale Teil des Geschäftsverteilungsplans zeigt die Zuordnung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu Politikberatungsfeldern sowie zu Forschungsbereichen und Forschungsprojekten

Geschäftsverteilungsplan des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Stand: 01. April 2009



Geschäftsverteilungsplan

Stand:
01.04.2009

Kuratorium Vorsitz: Professor Dr. Walter		Geschäftsführender Direktor Direktor und Professor Dr. Schneider Verwaltung: Toporowitz; Sekretariat: Drögemier		Nebenamtliche Direktorin Abt. Präsidentin Dr. Bechtold	
Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit Schulz			Forschung Dr. Dorbritz		Technische Infrastruktur und IT-Koordination Gärtner
Wissenschaftliche Publikationen Schriftenreihe: Dr. Dorbritz Zeitschrift: Swiaczny Materialien: Dr. Grünheid Schulz	Proaktive Information Dr. Fiedler	Methodische Unterstützung und Beratung Dr. Scharein		Programmierung, GIS, Datenbereitstellung Graze	
	Politikberatungsfelder Koordination: Dr. Grünheid	Hauptprojekte nach Forschungsschwerpunkten ¹⁾		Grafikerstellung, Datenbereitstellung, Dezentrale Systemadministration Friedrich	
Satz und Drucklegung Beyer Feiler-Fuchs Müller	Geburtenhäufigkeiten Familie und Lebensformen Generationenbeziehungen	Dr. Dorbritz	Weiterbeschäftigung im Rentenalter (I) Generationenzusammenhalt (II) GGS – Projektleitung (II)		Bibliothek Strätz
		Naderi	Demographie und Sicherheit (I) Familien und Lebensformen von Deutschen und Migranten (II)		
		Ruckdeschel	Kinderlosigkeit, Kinderwunsch, Familienbildung und soz. Milieus (II)		
		Schwab	Generationenbeziehungen (II)		
Technische Redaktion Terminkontrolle Geberzahn	Mortalität, Morbidität	Gärtner	Säuglingssterblichkeit (III) Beschäftigungswünsche Alterer (I)		Internet Steinmetz Murena
	Bevölkerung, Haushalte	Dr. Grünheid	Demographische Lage (III), Gendering (II)		
BiB-Mitteilungen Gückel	Weltbevölkerung Entwicklung	Schulz	Demographische Lage in der Welt (III) Weltbevölkerungsatlas (III)		
		Swiaczny			
Wiss. Schlussredaktion Dr. Grünheid	Migration Ausländische Bevölkerung	Dr. Sauer	Wanderungsbewegungen Deutscher (I) Ausländische Bevölkerung (II)		
		Dr. Roloff	Weiterbeschäftigung im Rentenalter (I) Generationentransfers (II)		
	Demographische Alterung Regionale Bevölkerungsprozesse	Dr. Mai	Bürgerschaftliches Engagement (I) Föderale Finanzstrukturen (I)		
		Ette	Wanderungsbewegungen Deutscher (I) Generationenbeziehungen (II)		
Personalvertretung Vorsitz: Dr. Sauer	Sozialpolitik	Micheel	Föderale Finanzstrukturen (I) Erwerbspersonenpotential (I)		
	Prognosen und Simulationen	Dr. Scharein	Modellrechnungen zukünftiger Lebensformen (II)		

¹⁾
I Der Demographische Wandel und seine sozialen, politischen und ökonomischen Konsequenzen
II Generationenbeziehungen und Lebensformen im Lebensverlauf
III Monitoring

auf. Darüber hinaus werden die Zuständigkeiten der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten für die Publikationen und die Öffentlichkeitsarbeit des BiB (Schriftenreihe, Zeitschrift, Materialienbände, BiB-Mitteilungen, Homepage) und die Verantwortlichkeiten für die technische Infrastruktur und IT-Koordination (Programmierung, Datenbereitstellung und -aufbereitung, Systemadministration, Bibliothek, Internet) sichtbar.

Wissenschaftliche Vernetzung

Zur Erfüllung seiner Forschungsaufgaben hat sich das BiB stark auf internationaler, aber auch auf nationaler Ebene vernetzt. Die internationale Vernetzung erfolgt meist mit den nationalen Bevölkerungsforschungsinstituten europäischer Länder, aber auch mit Lehrstühlen an Universitäten. Eine solche Vernetzung vollzieht sich meist auf vertraglicher Basis über die Beteiligung an europäischen Forschungsprojekten.

Die wichtigsten Partner der letzten Jahre unter den jeweiligen nationalen Bevölkerungsforschungsinstituten sind/waren das Nederlands Interdisciplinair Demografisch Instituut (NIDI, Den Haag), das Centrum voor Bevolkings- en Gezinstudie (CBGS, Brüssel), das Istituto di Ricerca sulla Popolazione e le Politiche Sociali (IRPS, Rom), das Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien) und Väastolitto, Institute for Population Research (Helsinki). Unter den internationalen bevölkerungswissenschaftlichen Lehrstühlen pflegt das BiB Kooperationen beispielsweise mit dem Institute of Demography der Warsaw School of Economics, dem Department of Sociology der Masaryk University Brno und dem Institut für Soziologie der Universität Zürich.

Diese Art der Kooperationsbeziehungen pflegt das Institut bereits seit Beginn der 1990er Jahre. In dieser Zeit sind mit dem Family and Fertility Survey und der Population Policy Acceptance

Study I bereits zwei internationale Forschungsprojekte realisiert und die Ergebnisse englischsprachig publiziert worden. 1999 wurde auf Initiative des BiB das Projekt DIALOG – Population Policy Acceptance Study II ins Leben gerufen. Vom BiB koordiniert, beteiligten sich 15 europäische Länder an der von der Europäischen Kommission geförderten Studie. Das Nachfolgeprojekt Needs for Female Immigrants and their Integration in Ageing Societies (FEMAGE) war ebenfalls vom BiB koordiniert und von der Europäischen Kommission gefördert. Mit der PPAS II und dem Projekt FEMAGE hat das BiB auf wissenschaftlicher Wettbewerbsbasis Drittmittel eingeworben. Seit dem Jahr 2005 beteiligt sich das Institut an der internationalen Studie Generations and Gender Survey (GGS), die von der Economic Commission for Europe, Population Activity Unit, koordiniert wird.

Sehr intensive Kontakte, die über regelmäßige Arbeitstreffen institutionalisiert sind, pflegt das BiB vor allem mit Bevölkerungsforschungseinrichtungen in Österreich und der Schweiz sowie in Polen und Ungarn. Dort wird über die aktuellen demographischen Trends in den jeweiligen Ländern diskutiert, sich gegenseitig über Veränderungen in bevölkerungsrelevanten Politikfeldern informiert und Forschungsergebnisse präsentiert.

Nationale Kooperationen mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind vorwiegend bilateral eingegangen worden. Wichtigste Kooperationspartner sind das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und das Deutsche Jugendinstitut, mit denen gemeinsame Projekte ausgeführt wurden. Mit einer ganzen Reihe von Lehrstühlen bzw. Instituten deutscher Universitäten bestanden und bestehen Arbeitskontakte, die auch zu gemeinsamen Veröffentlichungen führen (Beispiele: Universität Duisburg-Essen, Thema: Öffentliche Alterssicherung im Umbruch; Universität Bielefeld, Thema: The Europeanization of National Policies and Politics of Immigration bzw. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung). Im Jahr 2008 ist mit der SRH Hochschule Berlin eine Kooperationsvereinbarung zur Bearbeitung des Projekts Weiterbeschäftigung im Rentenalter geschlossen worden.

Politikberatung

Mit dem wachsenden Interesse an demographischen Problemstellungen ist Politikberatung immer wichtiger geworden. Das BiB hat dabei die

Aufgabe, die Bundesregierung, die Bundesressorts und die Länder zu beraten und Gremienarbeit zu leisten. Ziel ist es letztlich, durch die Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse den politischen Entscheidungsprozess zu unterstützen. Dies findet auf sehr unterschiedliche Art und Weise statt:

Forschung als Vorlaufforschung betreiben

Vorlaufforschung ist definiert als eigenständige, theoriegeleitete Forschung. Sie hat das Ziel, demographisches Wissen für einen Beratungsbedarf zu akkumulieren, der für zukünftige gesellschaftspolitische Entscheidungen bedeutsam sein könnte. Eine umfassende Politikberatung ist nur auf der Basis hochwertiger eigenständiger Forschung möglich.

Vorlaufforschung hat das BiB in der Vergangenheit zu einem großen Teil über die Beteiligung an den großen internationalen Forschungsprojekten (Population Policy Acceptance Study / PPAS, Generations and Gender Survey / GGS) ausgeführt, es hat aber beispielsweise mit dem Integrationssurvey, dem Gesundheitssurvey oder der Pilotstudie über die Neuzuwanderer auch eigenständig Projekte der Vorlaufforschung kreiert. Zudem sind Projekte, die zunächst als Auftragsforschung an das BiB herangetragen wurden, in die Vorlaufforschung übergegangen, nachdem ein zusätzlicher Forschungsbedarf festgestellt wurde (Beispiel ist das Projekt Verlängerte Lebensarbeitszeit).

Forschungsarbeiten im Auftrag der Bundesregierung

Das BiB erhält direkte Anfragen der Bundesregierung oder der Bundesressorts zu demographischen Problemstellungen, deren Beantwortung mit der Durchführung von kurz- oder mittelfristigen Forschungsprojekten erreicht werden kann. Für die Durchführung solcher Projekte werden in der jährlichen Arbeitsplanung der Mitarbeiter Puffer festgeschrieben, die ein flexibles Reagieren des Instituts auf solche Anfragen ermöglichen. Beispiele hierfür sind die Forschungsprojekte zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die zentralen Arbeitsgebiete der Bundesressorts, die Bedingungen und Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung im Rentenalter, zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen der demographischen Entwicklungen im globalen, europäischen und nationalen Kontext oder zu den Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. An-

gesichts des wachsenden Bewusstseins für die Bedeutung des demographischen Wandels wird diese Kompetenz des BiB zunehmend häufiger in Anspruch genommen.

Wissenschaftliche Expertisen und Stellungnahmen

Hier wird kurzfristig der bevölkerungswissenschaftliche Sachverstand in Anspruch genommen, ohne dass eigenständige Forschungsprojekte zu installieren sind. Dies betrifft zum einen Vorbereitungen für Berichte der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag. So hat das BiB Expertisen im Vorfeld des Siebten Familienberichts (Themen: Demographische Entwicklungen in Europa, Prognose der Lebensformen) und des Fünften Altenberichts (Themen: Zukunft von Potenzialen in Paarbeziehungen älterer Menschen, Entwicklung und Struktur deutsch-deutscher Wanderungen) erstellt. Zum anderen werden für die Bundesregierung Studien zu spezifischen Fragestellungen erarbeitet. Herausragendes Beispiel ist eine Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und ihren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, soziale Sicherung sowie Bildung und Forschung, Fragen der Familienpolitik und der Migration. Darüber hinaus unterstützt das BiB die Bundesregierung durch wissenschaftliche Beiträge bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen, durch die wissenschaftliche Überprüfung von geplanten Äußerungen der Bundesregierung zu demographischen Fragen oder durch kurzfristige Stellungnahmen zu Resolutionsentwürfen der UN mit bevölkerungswissenschaftlichem Bezug.

Internationale und nationale Gremienarbeit

Eine im Errichtungserlass des BiB festgelegte Aufgabe ist die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der internationalen Zusammenarbeit in Bevölkerungsfragen. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, die schon eine längere Tradition hat. Das BiB war Mitglied der deutschen Delegation bei den Weltbevölkerungskonferenzen 1994 in Kairo und 1999 in New York und hat auf deutscher Seite maßgeblich zur Vorbereitung der Konferenzen beigetragen.

Darüber hinaus nehmen die Experten des BiB jedes Jahr als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland an den Sitzungen der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung (CPD) der Vereinten Nationen teil. Die CPD stellt den

Einrichtungen der Vereinten Nationen wissenschaftliche Expertise zu Bevölkerungsfragen zur Verfügung. Sie erfüllt seit 1994 außerdem zentrale Aufgaben bei der Implementierung des „Programme of Action“ von Kairo. In der CPD werden jährlich beschlussreife Entwürfe für UN-Resolutionen erarbeitet. Das BiB ist an diesen Beratungen vor Ort beteiligt, so sind die Mitarbeiter des Instituts als Experten bei der Koordination der EU-Position während der Verhandlungen in New York tätig. Im Jahr der deutschen EU-Präsidentschaft 2007 wurde der Entwurf für das EU-Statement zur 40. Kommission im BiB erarbeitet.

Im europäischen Rahmen gab es bis zum Jahr 2006 das Bevölkerungskomitee des Europarates in Straßburg. Hier war das BiB ebenfalls als Vertreter Deutschlands tätig. Die Direktorin des BiB fungierte über viele Jahre als Präsidentin des Bevölkerungskomitees. Mitarbeiter des Instituts waren als Experten und Sachverständige aktiv an der Arbeit des Bevölkerungskomitees beteiligt, u.a. durch Studien zum demographischen Wandel in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten und zu regionalen Bevölkerungstrends in Europa.

Im nationalen Rahmen ist das BiB in parlamentarischen Kommissionen und in Gremien der Bundesregierung tätig.

Mehrere Mitarbeiter waren in Enquete-Kommissionen zum demographischen Wandel berufen oder haben Beiträge zur Arbeit der Kommissionen geleistet. So war die Direktorin des BiB Mitglied der ersten beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“. Ein Mitarbeiter des Instituts war von 2006 bis 2008 Mitglied der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags zum demographischen Wandel im Freistaat Sachsen und verschiedene BiB-Mitarbeiter haben die Hessische Enquete-Kommission durch wissenschaftliche Expertisen unterstützt.

Das BiB ist zudem als Institution Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und arbeitet an den Gutachten des Beirats zu politischen Themen mit.

Außerdem war das BiB als Berater in Gremien der Bundesregierung tätig, etwa in der Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel und Nachhaltigkeit“, der Interministeriellen Arbeitsgruppe

„Bevölkerung“ oder der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Integrationsindikatoren“ beim Bundeskanzleramt.

Beratung durch Information

Das BiB informiert die Ressorts, aber auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages u. a. durch seine Forschungsberichte, seine Publikation „BiB-Mitteilungen“, seinen Newsletter sowie durch die Beantwortung von Ad-hoc-Anfragen über neue Ergebnisse aus der Bevölkerungsforschung. Außerdem stellt das BiB insbesondere den Ressorts für ihre Arbeit aktuelle Grunddaten und Zeitreihen zur Entwicklung wichtiger demographischer Indikatoren zur Verfügung. Seit 2008 stellt das Institut einmal jährlich, auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie dem Statistischen Bundesamt, seine Forschungsergebnisse den Vertretern aus den Bundesressorts vor.

Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit

Das BiB trägt seine Forschungsergebnisse in die Scientific Community, in die Politik und die interessierte Öffentlichkeit. Dazu nutzt es verschiedene Möglichkeiten wie die eigenen Publikationsreihen des Instituts, seine Homepage (www.bib-demographie.de), Newsletter und Pressemitteilungen zu aktuellen Forschungsergebnissen, Informationsbroschüren über den demographischen Wandel in Deutschland und der Welt. Selbstverständlich präsentieren die Mitarbeiter ihre Forschungsergebnisse in Vorträgen auf Konferenzen, Tagungen, Workshops und Veranstaltungen von Stiftungen, Verbänden, Arbeitskreisen u. ä. bzw. publizieren in Veröffentlichungen anderer Einrichtungen.

Derzeit verfügt das BiB mit der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft und den Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung über vier Publikationsreihen, die alle einen unterschiedlichen Charakter besitzen sowie eine Homepage, auf der neben aktuellen Informationen eine Vielzahl von Veröffentlichungen des Instituts als Download zur Verfügung gestellt werden.



Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft

Die Zeitschrift, die viermal jährlich erscheint, ist die wichtigste Veröffentlichungsreihe des Instituts, die in Zukunft noch weiter aufgewertet werden soll. Sie ist die einzige Fachzeitschrift, die sich thematisch auf die Publikation von Ergebnissen bevölkerungswissenschaftlicher Forschung mit dem Schwerpunkt Deutschland konzentriert. Seit dem Jahr 2003 ist sie auf ein Peer-Review-Verfahren umgestellt worden. Ab 2009 werden stärker auch Artikel in englischer Sprache veröffentlicht. In loser Folge erscheint die Zeitschrift auch als Themenheft. In jüngster Zeit sind Hefte zur regionalen Bevölkerungsdynamik und zu den Ergebnissen der deutschen Population Policy Acceptance Study erschienen.

Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

In der Schriftenreihe werden bei Bedarf ein bis zwei Bände pro Jahr veröffentlicht. In ihnen werden bevölkerungswissenschaftliche Problemstellungen grundlegend und umfassend behandelt. Das Institut publiziert darin die abschließenden Ergebnisse seiner größeren Forschungsprojekte, Beiträge wissenschaftlicher Kolloquien, die das Institut veranstaltet hat und auch Monographien. Von den seit dem Jahr 2000 erschienenen 8 Bänden waren vier Monographien und vier Sammelbände mit thematisch verknüpften Artikelsammlungen. Insgesamt sind inzwischen 38 Bände erschienen. Themen der letzten drei Bände waren: Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen, der Abschlussbericht

des Lebenserwartungssurveys „Lebensstile, Lebensphasen und Lebensqualität“ sowie Demographischer Wandel und Wandel der Demographie (eine Festschrift zum 90. Geburtstag von Karl Schwarz).

Materialien zur Bevölkerungswissenschaft

In den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft sind insgesamt bisher mehr als 125 Hefte erschienen. Sie haben den Charakter von Arbeitspapieren, Werkstattberichten oder Dokumentationen. Sie umfassen Forschungsberichte, Konferenzbeiträge (so hat das BiB öfter die auf Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie oder ihrer Arbeitskreise gehaltenen Beiträge veröffentlicht), spezifische bevölkerungswissenschaftliche Studien oder auch Dokumentationen zu den Surveys des BiB. Die Materialien zur Bevölkerungswissenschaft werden auch als PDF-Datei auf der Homepage zum kostenlosen Downloaden eingestellt.

Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Die vierte Veröffentlichungsreihe, die ursprünglich als Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung konzipiert war, ist inzwischen ein reichhaltiges Informationsblatt für einen breiten Kreis von bevölkerungswissenschaftlich Interessierten geworden. In vier Heften pro Jahr wird in verschiedenen Rubriken populär über Bevölkerungsthemen informiert. Veröffentlicht werden Daten zu aktuellen demographischen Entwicklungen, es wird unter dem Stichwort „Aus Forschung und Lehre“ über neue Forschungsergebnisse informiert und über

die bevölkerungspolitischen Aspekte der Parlaments- und Regierungsarbeit von Bund und Ländern berichtet. Darüber hinaus wird auf Bevölkerungsfragen im Ausland hingewiesen sowie auf Tagungen und Kongresse, neue demographische Literatur und Pressemeldungen zu Bevölkerungsthemen aufmerksam gemacht.

Die BiB-Mitteilungen erscheinen in einer gedruckten Auflage von 1400 Exemplaren vorwiegend für die Ressorts, die Abgeordneten und Multiplikatoren. Außerdem werden sie auf der Homepage zum kostenlosen Download bereitgestellt.

Internetseite des BiB

Das Bundesinstitut verfügt über eine Internetseite, in der über Aufgaben, Organisation, Forschungsprojekte, Publikationen, aber auch über inhaltliche Aspekte der Bevölkerungswissenschaft und zu Forschungsergebnissen des Instituts informiert wird. Des Weiteren besteht dort die Möglichkeit, einen elektronischen Newsletter zu bestellen, der auf die neu erscheinenden Publikationen des BiB hinweist. Im Rahmen der Einführung des für alle Bundeseinrichtungen verbindlichen Government Site Builders (GSB) wurde der Internetauftritt des Bundesinstituts völlig überarbeitet. Nach Abschluss der technischen Umsetzung in das neue Corporate Design der Bundesregierung und der Herstellung der nach dem Gesetz erforderlichen Barrierefreiheit wurde zu Beginn des Jahres 2008 eine inhaltliche Überarbeitung des Internetauftritts und Erweiterung der thematischen Angebote sowie eine kontinuierliche Aktualisierung in Angriff genommen.

Broschüren

Ergänzt werden die vier Publikationsreihen durch Informationsbroschüren, die unregelmäßig, in mehrjährigen Abständen erschienen sind. Hierbei sind zwei Arten von Broschüren zu unterscheiden. In der Broschürenreihe Bevölkerung: Daten - Fakten - Trends zum demographischen Wandel in Deutschland, die bisher in jeweils unterschiedlich konzipierten Auflagen (2000/2004/2008) erschienen ist, informiert das Institut allgemeinverständlich über den demographischen Wandel in Deutschland und seinen Regionen, in Europa und der Welt sowie über dessen soziale, politische und ökonomische Konsequenzen. Die im Jahr 2008 veröffent-



lichte Broschüre geht auf eine Initiative des damaligen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern zurück, der gegenüber dem BiB und dem Statistischen Bundesamt angeregt hatte, gemeinsam eine solche Broschüre zu erstellen. Diese Broschüre hat eine gedruckte Auflage von über 10.000 Exemplaren und wird weit gestreut, bis hin zu kompletten Sätzen für Schulklassen. Daneben hat das BiB in einer Reihe von Fällen, in aller Regel zu seinen größeren Forschungsprojekten, themenspezifische Broschüren verfasst, um komprimiert und öffentlichkeitswirksam über deren Hauptergebnisse zu informieren (z.B. „Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken“ zu den Ergebnissen der deutschen Population Policy Acceptance Study oder „Regionale Alterung in Deutschland“ zum Projekt „Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderung“).

Als die wichtigsten Veröffentlichungen der letzten Jahre sieht das Institut an:

- Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 35: Aspekte der Integration – Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland. Der Band beinhaltet eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Analysen aus dem Integrationssurvey, einer BiB-eigenen Datenbasis aus dem Jahr 2000. Dargestellt werden Sozialstruktur und Migrationsverhalten, schulische und berufliche Bildung, Familien- und Freundschaftsbeziehungen sowie gesellschaftliche und politische Partizipation von italienisch- und türkischstämmigen jungen Erwachsenen im Vergleich zu deutschstämmigen.
- Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 36: Lebensstile, Lebensphasen, Lebensqualität – Interdisziplinäre Analysen von Gesundheit und Sterblichkeit aus dem Lebenserwartungssurvey des BiB. In insgesamt 15 Beiträgen werden die Ergebnisse Forschung im Rahmen des Lebenserwartungssurveys präsentiert. Dabei reicht das Spektrum der Themenfelder vom theoretischen Hintergrund der Gesundheitsstile über Determinanten der Gesundheit wie soziale Lage, Einkommen, familiäre Situation, Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und Freizeitinteressen bis hin zum Themengebiet Lebenserwartung, das sowohl die Lebenserwartung in Gesundheit als auch Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen West- und Ostdeutschland bzw. zwischen den Geschlechtern umfasst.
- Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/2005: Dieses Heft der Zeitschrift bietet eine beispielhafte Auswahl der vom BiB angestrebten Artikel. Mit einem begutachteten Artikel werden Dimensionen der Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa verglichen und Einstellungen von Kinderlosen zu Ehe und Familie hinterfragt. Im Rahmen des Monitoring entstand der veröffentlichte Bericht zur Entwicklung der Weltbevölkerung, und der Bericht zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bundesverwaltung in Deutschland greift eine Fragestellung aus dem Bereich der Politikberatung auf.
- Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2006: Themenheft Regionale Bevölkerungsdynamik. Das moderierte Themenheft Regionale Bevölkerungsdynamik stellt ein Beispiel für die geplante künftige Ausrichtung der Zeitschrift dar, in der verstärkt Themenhefte zu aktuellen und politikrelevanten Fragestellungen veröffentlicht werden sollen. Dieses Themenheft greift den Trend zur wachsenden Bedeutung regionaler Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung für Politik und Forschung auf und schließt an eine entsprechende neue Schwerpunktsetzung im BiB an. Die Einwerbung von externen Beiträgen erfolgte dabei unter dem Gesichtspunkt, das BiB mit seinen Aktivitäten besser zu vernetzen und externe Kompetenz in diesem wichtiger werdenden Forschungsfeld zu erschließen, wobei sowohl Autoren von Hochschulen als auch von anderen Resortforschungseinrichtungen gewonnen werden konnten.
- Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 120: Regionale Alterung in Deutschland. Der umfangreiche Abschlussbericht des Projekts Regionale Alterung in Deutschland stellt eine erweiterte und aktualisierte Version einer früheren Studie zur demographischen Entwicklung in den Bundesländern aus dem Jahr 2000 dar. Beide Studien haben eine große Nachfrage erlebt, die sich aus der aktuellen Bedeutung von Alterungsprozessen für Bund, Länder und Gemeinden ergibt. Die Studie verknüpft aktuelle Schwerpunktsetzungen des Instituts bezüglich der Aus-

wirkungen des demographischen Wandels mit einer regionalisierten Betrachtung, die künftig für die Arbeit des BiB eine wachsende Bedeutung haben wird. Zu diesem Band erschien auch eine 30-seitige Kurzfassung als Broschüre.

Für die nächsten Jahre sind umfassende Veränderungen im Veröffentlichungskonzept des Instituts vorgesehen.

Die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft wird sich stärker als bisher englischsprachigen Publikationen öffnen und dies auch mit dem neuen Zweititel „Journal of Population Science“ dokumentieren. Die Erscheinungsweise wird auf eine elektronische Veröffentlichung ohne Druckversionen umgestellt.

Für die Schriftenreihe des Instituts ist vorgesehen, nur noch monographisch angelegte Schriften zu veröffentlichen, wobei die Publikation in einer Druckversion beibehalten wird. Das Erscheinen ist dreimal jährlich vorgesehen.

Große Veränderungen wird es auch bei den Mitteilungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung geben. Sie werden sechsmalig im Jahr erscheinen und damit aktueller werden und erhalten inhaltlich ein völlig neues Gesicht. Die BiB-Mitteilungen werden je Ausgabe vier bis fünf kurze wissenschaftliche Beiträge enthalten, in denen über neue demographische Erkenntnisse, nicht nur von Institutsmitarbeitern, berichtet wird.

Die Materialien zur Bevölkerungswissenschaft werden zukünftig vorwiegend für die Dokumentation von Projekten aus dem BiB genutzt.

Ein neues Kuratorium

Am 27. Oktober 2008 hat sich das neue Kuratorium des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung konstituiert. Zum Vorsitzenden ist Prof. Dr. Norbert Walter (Bild), Deutsche Bank Research, gewählt worden. Dem Kuratorium gehören insgesamt 18 Mitglieder, neun Professorinnen bzw. Professoren, sieben Ressort- und zwei Ländervertreter an. Die wissenschaftlichen Mitglieder des Kuratoriums sind gegenwärtig:

- Prof. Dr. Gabriele Doblhammer-Reiter
Universität Rostock, Lehrstuhl für empirische Sozialforschung und Demographie

- Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler
Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft
- Prof. Dr. Paul Gans
Universität Mannheim, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie
- Prof. Dr. Felicitas Hillmann
Universität Bremen, Institut für Geographie
- Prof. Dr. Johannes Huinink
Universität Bremen, Institut für empirische und angewandte Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Kruse
Universität Heidelberg, Institut für Gerontologie
- Prof. Dr. Notburga Ott
Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft

Das Kuratorium des BiB tagt zweimal jährlich. Es erörtert und billigt das vom Bundesinstitut vorgelegte Forschungsprogramm, die mittelfristige Forschungsplanung und das Programm der wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Dies geschieht insbesondere mit Blick auf die Relevanz sowie die Wissenschaftlichkeit des Forschungsansatzes und der Methodik des Forschungsvorhabens. Das Kuratorium kontrolliert außerdem die Umsetzung der Forschungsprojekte und begleitet kontinuierlich die Arbeit des Instituts. Darüber hinaus wurden von den BiB-Mitarbeitern auf der Herbstsitzung des Kuratoriums die Hauptergebnisse aus den Forschungsprojekten oder die konzeptionelle Anlage zukünftiger Forschungsprojekte im Kuratorium vorgestellt und diskutiert. Große Projekte wurden in der Vergangenheit vereinzelt von einer Arbeitsgruppe des Kuratoriums – bestehend aus wissenschaftlichen Kuratoriumsmitgliedern – begleitet. Dies hat sich gut bewährt. Deshalb ist in der neuen Geschäftsordnung des Kuratoriums nunmehr ausdrücklich geregelt, dass spezielle Arbeitsgruppen eingesetzt werden können, die das BiB in wissenschaftlichen Fragen unterstützen.

Position in der Forschungslandschaft

Was unterscheidet das BiB von anderen demographischen Forschungseinrichtungen? Das BiB ist als nationales Bevölkerungsforschungsinstitut ähnlich aufgestellt wie eine ganze Reihe anderer europäischer Bevölkerungsforschungsinstitute. In Deutschland existiert keine exakt vergleichbare Forschungseinrichtung. Natürlich beschäftigen sich hierzulande eine Vielzahl von



Prof. Dr. Norbert Walter

wissenschaftlichen Institutionen, mit denen das BiB kooperiert und sich nicht in Konkurrenz sieht, mit bevölkerungswissenschaftlichen Themenstellungen. Zu den wichtigsten demographischen Forschungseinrichtungen zählen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut für demografische Forschung oder das Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels. Aber auch andere Einrichtungen des Bundes wie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, das Deutsche Jugendinstitut, das Deutsche Zentrum für Altersfragen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge befassen sich mit spezifischen Aspekten der demographischen Entwicklung. Daneben bestehen an verschiedenen Universitäten Lehrstühle, die demographisch orientiert sind. Direkt bevölkerungswissenschaftliche Lehrstühle bestehen an den Universitäten Rostock und Bamberg. Darüber hinaus existiert eine ganze Reihe von Instituten oder Lehrstühlen, die sich aus soziologischer, geographischer, ökonomischer, psychologischer oder gerontologischer Sicht mit dem Thema beschäftigen. Wichtige Merkmale der Arbeit des BiB im Vergleich mit anderen demographischen Forschungseinrichtungen in Deutschland sind:

- die jahrzehntelange Kontinuität in der wissenschaftlichen Forschung zu den grundlegenden demographischen Themen Familie, Lebensformen und Geburtenentwicklung, Sterblichkeit und Gesundheit, Migration und Integration, Alterung und regionale Trends;
- die kurzfristig abrufbare Beratungskompetenz zu demographischen Fragen aufgrund eines differenzierten Monitorings und der Bearbeitung spezifischer Forschungsprojekte;
- die interdisziplinäre Beschäftigung des Instituts mit einem umfassenden Themenspektrum der demographischen Entwicklung, ihrer Ursachen und Auswirkungen in einer integrativen Perspektive;
- das Wirken des Instituts an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik, die Verzahnung der wissenschaftlichen Forschung mit der Politikberatung;
- die Vertretung Deutschlands in internationalen demographischen Forschungsprojekten und deren Koordination (DIALOG, FEMAGE);

- die Vertretung Deutschlands durch Experten in internationalen Gremien.

Personal

Am BiB waren am 01. Januar 2009 insgesamt 29 Personen beschäftigt, darunter 16 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren:

- 11 Mitarbeiter befristet und 5 Mitarbeiter unbefristet beschäftigt,
- 6 Mitarbeiterinnen und 10 Mitarbeiter,
- 3 Mitarbeiter 20 Jahre oder länger und 10 Mitarbeiter weniger als 5 Jahre am BiB tätig,
- 6 Mitarbeiter 50 Jahre alt oder älter und 11 Mitarbeiter jünger als 40 Jahre, wobei keiner jünger als 30 Jahre war.

In seinen Forschungsprojekten arbeitet das Institut weitgehend interdisziplinär zusammen. Das wissenschaftliche Personal besteht aus sechs Soziologen, sechs Wirtschaftswissenschaftlern, drei Geographen, zwei Mitarbeitern mit Abschlüssen in Statistik bzw. Mathematik und einem Politikwissenschaftler.

Die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts sind in den Bereichen Organisation, Bibliothek, Datenaufbereitung und Graphikerstellung, Veröffentlichungen und Internet sowie Sicherung der technischen Infrastrukturen beschäftigt.



Die Mitarbeiter des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, April 2009

Demographisches Altern

Verlauf der Alterung in Deutschland

Das Altern der Bevölkerung ist ein langfristig verlaufender Prozess, der die demographische Situation in Deutschland schon mehr als 100 Jahre prägt und sie auch in den kommenden Jahrzehnten bestimmen wird. In den nächsten Jahren wird sich der Alterungsprozess weiter dy-

namisieren und um das Jahr 2035 seinen Höhepunkt erreichen. Dann werden die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er und 1970er Jahren in das Rentenalter eingetreten sein. Das Altern der Bevölkerung ist der Kernprozess eines komplexen demographischen Wandels, zu dem auch der Wandel der Familien- und Lebensformen (z. B. zu-

nehmende Zahl Alleinerziehender oder Singles, Entstehen von Stieffamilien, wachsende Kinderlosigkeit), die hohe Scheidungshäufigkeit, die steigende Lebenserwartung, regionale Differenzierung in den demographischen Situationen, Veränderungen bei den Zu- und Fortzügen über die Grenzen Deutschlands oder die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen. All diese Prozesse sind auf vielfältige Art und Weise miteinander verknüpft.

Das Altern der Bevölkerung in Deutschland ist in dem Maße verlaufen, wie sich die Form des Altersaufbaus zwischen 1864 und 2035 von einer Pagoden- in eine sogenannte Urnenform verwandelt (**Abb. 1**).

Der Altersaufbau im Jahr **1864** im damaligen Gebiet des Deutschen Reichs zeigt noch das Bild einer Pagodenform, die eintritt, wenn ein sehr hohes Geburtenniveau und eine sehr hohe Sterblichkeit miteinander verbunden sind. Die Jahrgänge der Neugeborenen sind zahlenmäßig sehr stark, verkleinern sich aber durch die extrem hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit überaus schnell. Nur wenigen Menschen ist die Möglichkeit gegeben, wirklich alt zu werden.

Im Jahr **1910** ist bereits der zweite Grundtyp des Altersaufbaus, die Dreiecksform, erreicht. In dieser Phase findet zunächst eine Verjüngung der Bevölkerung statt. Noch immer ist die Geburtenhäufigkeit sehr hoch, ein leichter Geburtenrückgang ist aber schon erkennbar. Die Sterblichkeit war 1910 bereits seit einigen Jahren rückläufig, wodurch die jüngsten Jahrgänge weniger stark dezimiert worden sind. Dadurch wurde es möglich, dass die Pagoden- in eine Dreiecksform übergehen konnte. Die Zahl älterer Menschen ist bereits angestiegen, aber verglichen mit der heutigen Situation noch immer sehr niedrig. Im Jahr 1910 betrug die Lebenserwartung für Frauen 50,7 Jahre und für Männer 47,4 Jahre. Im Durchschnitt wurden im Zeitraum 1901/1910 noch etwa 4 Kinder je Frau geboren.

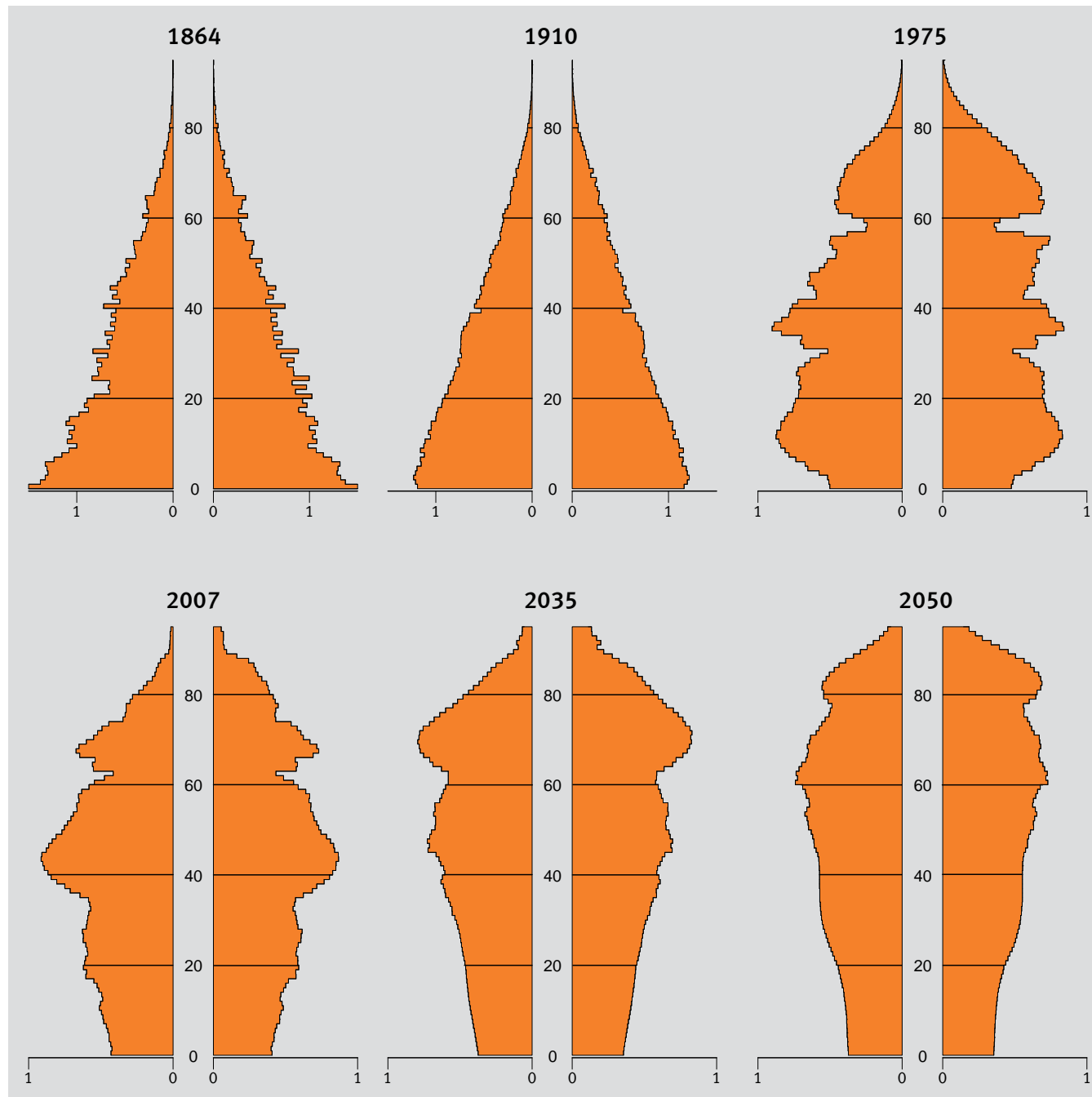
Der nächste abgebildete Altersaufbau stammt bereits aus dem Jahr **1975** und sieht deutlich anders als seine Vorgänger aus. Noch ist mit ein wenig Phantasie die nächste Stufe des Wandels, die Glockenform, erkennbar. Sie ist das Ergebnis des Zusammenspiels einer weiter gesunkenen Sterblichkeit und einer noch relativ hohen Geburtenhäufigkeit, die noch den Ersatz der Elterngeneration durch die Geburt von Kindern gewährleistet, was in der Mitte der 1970 aber nicht mehr gegeben war.

1975 wurden Frauen im Durchschnitt 74,8 Jahre alt (Männer: 68,3 Jahre). Die zusammengefasste Geburtenziffer erreichte 1975, bereits am Ende des zweiten Geburtenrückgangs, einen Wert von 1,45. Der 1975er Altersaufbau trägt in Folge verschiedener Ereignisse in der Vergangenheit, der Geburtentiefs in der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkriegs und in der Weltwirtschaftskrise, des Wiederanstiegs der Geburten insbesondere in den 1960er Jahren und des in der Mitte der 1960er Jahre beginnenden Geburtenrückgangs auffällig unregelmäßige Züge. Die annähernde Glockenform konnte letztlich eintreten, weil aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung die geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit um 1900 in relativ großer Zahl 70 Jahre und älter werden konnten und weil das Geburtenhoch der 1960er Jahre gleichzeitig für stark besetzte Altersjahrgänge im Kindes- und Jugendalter sorgte.

Definition: Demographisches Altern

Das Altern beschreibt den Wandel in der Altersstruktur einer Bevölkerung. Eine Bevölkerung altert demographisch, wenn die Zahl und der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung zuungunsten der Jüngeren ansteigt. Es geht also nicht nur um die Zunahme der Zahl älterer Menschen, sondern um Anteilsverschiebungen zwischen den Altersgruppen.

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1864, 1910, 1975, 2007, 2035 und 2050 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung BiB

Der aktuelle Altersaufbau aus dem Jahr **2007** zeigt das Voranschreiten des Alterungsprozesses (**Abb. 1 und 2**). Die zukünftige Urnenform zeichnet sich bereits ab. Seit 1975 ist das Altern der Bevölkerung beträchtlich vorangeschritten. Die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre sind inzwischen etwa 40 bis 50 Jahre alt, ihnen folgen zahlenmäßig immer kleinere Jahrgänge nach. Daneben sind noch immer die aus der deutschen Geschichte resultierenden Unregelmäßigkeiten sichtbar.

Beginnen wir die Betrachtung von der Spitze des Altersaufbaus (**Abb. 2**): Der erste Einschnitt bei den etwa 90-Jährigen ist Folge des Geburtentiefs im Ersten Weltkrieg. Die ursprüngliche Tiefe der Einschnitte ist aufgrund der hohen Sterblichkeit in diesen Altersjahren allerdings nicht mehr zu erkennen.

Die nächsten geburtenschwachen Jahrgänge sind die während der Weltwirtschaftskrise um 1932 Geborenen, heute etwa 74 bis 79 Jahre

alt. Die darauffolgenden wieder relativ stark besetzten Altersjahre sind durch das Nachholen von Geburten aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise und auch durch die verwerfliche, pronatalistische Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches begründet. Bei den 61- und 62-Jährigen beginnend lässt sich dann wieder ein Einschnitt erkennen, ursächlich bedingt durch ein Geburtentief am Ende des Zweiten Weltkrieges.

In der Nachkriegszeit, insbesondere in den 1950er bis 1960er Jahren, herrschte in beiden deutschen Staaten eine Nachkriegseuphorie,

zeichnet wird. Es ist ein Geburtenrückgang, der mit einem gesellschaftlichen Wertewandel, dem Trend zur Individualisierung, der veränderten Rolle der Frau und dem Wandel in den Lebensformen in Verbindung steht. Natürlich hat auch die Freigabe der Antikonzeptiva und die Liberalisierung der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch dazu beigetragen. In der ehemaligen DDR dagegen ist der zeitweilige Geburtenrückgang weitestgehend auf die Einführung von Kontrazeptiva sowie auf die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zurückzuführen.

In Westdeutschland ist seitdem bis heute ein konstant niedriges Geburtenniveau zu verzeichnen. In der DDR stiegen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre infolge von Nachholeffekten und einer geburtenfördernden Familienpolitik die Geburtenzahlen nochmals an, gingen kurz danach aber wieder zurück. Zu erkennen ist dies an einer kleinen Ausbuchtung um das 25. Altersjahr.

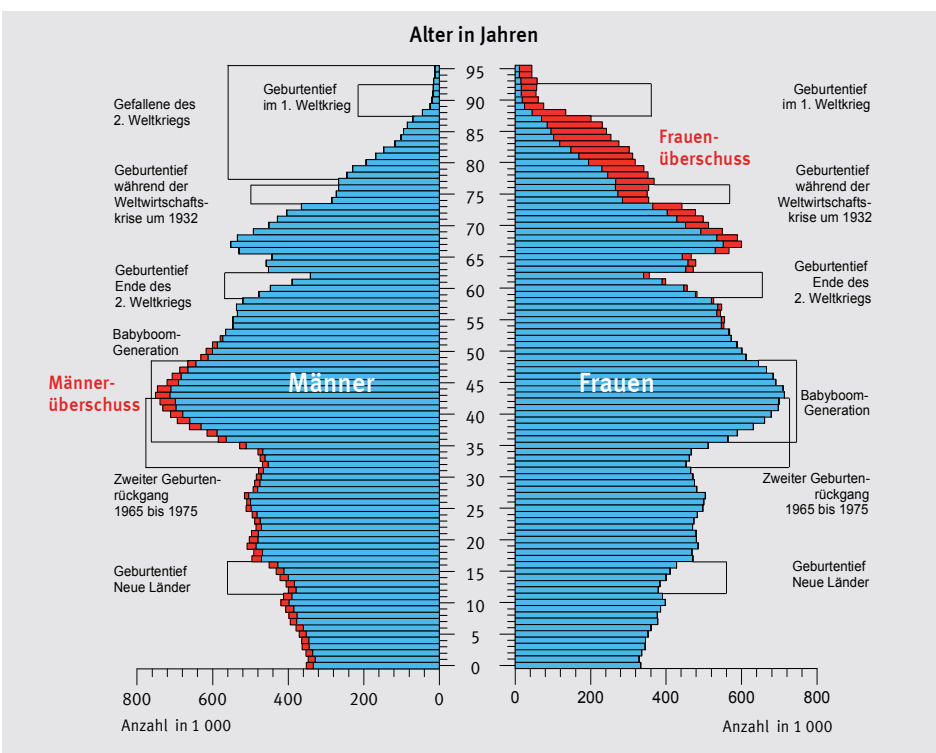
In den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung kam es in den neuen Ländern zu einem in der Geschichte Deutschlands bisher nicht dagewesenen Tiefststand der Geburtenzahl („Demographic Shocks“), der die Altersjahre 16 und darunter wesentlich reduzierte. Die Geburten stiegen zwar seit 1995 wieder, erreichten jedoch, ebenso wie in Westdeutschland, bei weitem nicht mehr das Geburtenniveau der 1960er Jahre. Angezeigt im Altersaufbau wird das Geburtentief in den neuen

Bundesländern zwischen dem 10. und 15. Altersjahr.

An unserem heute gegebenen Altersaufbau kann abgelesen werden, dass sich der Alterungsprozess in den kommenden Jahren unaufhaltbar weiter vollziehen wird. Er schreitet in dem Maße voran, wie die Baby-Boom-Generation immer älter wird.

Im Jahr **2035** ist dann die Urnenform des Altersaufbaus erreicht, die die Alterungssituation anschaulich abbildet. Die Urnenform entsteht in der Kombination von sehr niedriger Geburtenhäufigkeit und sehr niedriger Sterblichkeit. Die niedrige Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern

Abb. 2: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 31.12.2007 (in 1000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

die zu hohen Heirats- und Geburtenzahlen beigetragen hat. In dieser Zeit kam die sogenannte „Baby-Boom-Generation“ zur Welt. Dies ist in der Ausbuchtung um das 40. bis 50. Altersjahr zu erkennen. Die stark besetzten Baby-Boom-Jahrgänge sind heute die Ursache dafür, dass das Altern der Bevölkerung in Zukunft so stark an Dynamik gewinnen wird.

Danach gingen, 1965 beginnend, die Geburtenzahlen in beiden deutschen Staaten stark zurück. Die Altersjahrgänge der etwa 35-Jährigen und Jüngeren sind deutlich reduziert. Dies ist aus der westdeutschen Sicht das Ergebnis des zweiten Geburtenrückgangs, der allgemein als „Europe's Second Demographic Transition“ be-

pro Frau (Annahme in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes) hat zur Folge, dass die Kindergenerationen immer wieder kleiner als die Elterngenerationen sind. Aufgrund der sinkenden Sterblichkeit bzw. der steigenden Lebenserwartung werden die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er Jahren kaum dezimiert bis 2035 im Rentenalter angekommen sein. In seiner Bevölkerungsvorausberechnung nimmt das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Lebenserwartung bis 2050 bei den Frauen auf 88,0 und bei den Männern auf 83,5 Jahre an. Um das Jahr 2035 wird der demographische Alterungsprozess seinen Höhepunkt erreichen.

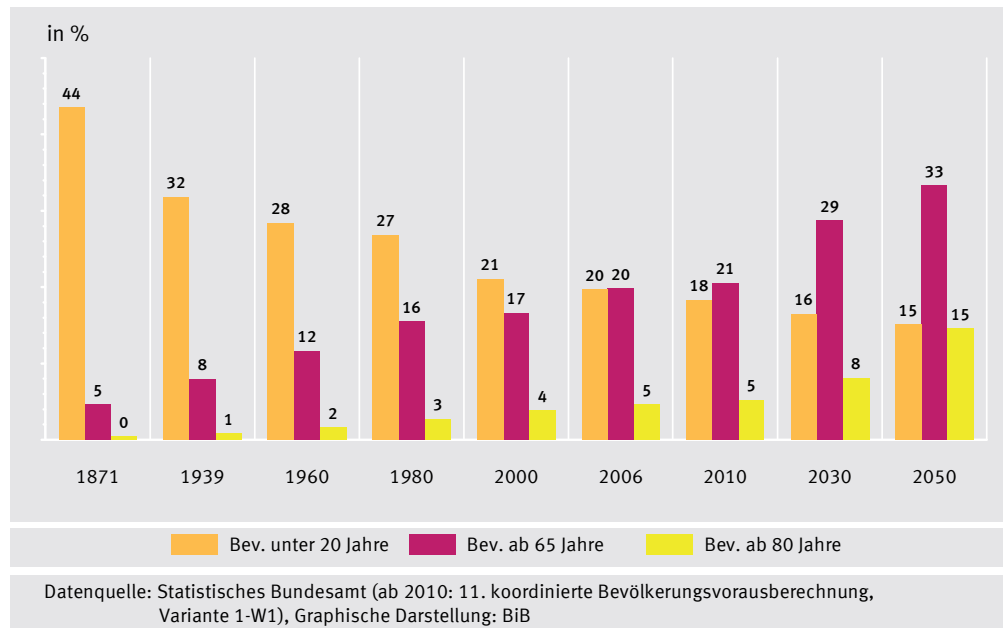
Danach verliert der Alterungsprozess bis **2050** an Dynamik. Die Zahl der Babyboomer wird deutlich kleiner werden. Das liegt daran, dass sie dann etwa 80 bis 90 Jahre alt und einer hohen altersspezifischen Sterblichkeit ausgesetzt sein werden.

Graphisch veranschaulicht werden kann der Alterungsprozess u.a. anhand der Anteilsverschiebungen zwischen den Altersgruppen in der Bevölkerung (Abb. 3). Dargestellt sind die Trends der Altersgruppe 20 Jahre und jünger, der Altersgruppe 65 Jahre und älter und der Altersgruppe 80 Jahre und älter zwischen 1871 und 2050.

Die Trends zeigen: Deutschlands Bevölkerung altert bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts, in den nächsten zwei Jahrzehnten jedoch besonders stark. Während der Anteil der Kinder und Jugendlichen (unter 20 Jahre) 1871 noch 43 % betrug, nahm er bis 2007 auf 19 % ab. Bis 2050 wird der Anteil auf 15 % sinken. Der Anteil der älteren Bevölkerung ab 65 Jahre vervierfachte sich zwischen 1871 und 2007 von 5 % auf 20 %. Bis zur Jahrhundertmitte wären dann gut 33 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter. Damit hätte sich der Anteil in den 180 Jahren mehr als versechsfacht.

Die Alterung wird in Zukunft von den Hochbetagten (ab 80 Jahren) dominiert. Dies ist nicht

Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland unter 20, ab 65 und ab 80 Jahren, 1871 - 2050 (in %)



zuletzt deshalb bedeutsam, weil vor allem diese Altersgruppe Hilfe- und Pflegeleistungen in Anspruch nehmen muss. Lebten 1871 weniger als 1 % ab 80-Jährige in Deutschland, so nahm ihr Anteil bis 2007 auf 5 % zu und wird sich bis 2050 nochmals verdreifachen. Dann wäre der Anteil der 80-Jährigen und Älteren genau so hoch wie der der unter 20-Jährigen. Die Hochbetagten sind außerdem die einzige Altersgruppe, die bis 2050 im Bestand noch nennenswert anwachsen wird.

Demographische Ursachen des Alterns

Das zukünftige Altern der Bevölkerung verläuft in einem komplexen und komplizierten Zusammenspiel von 4 Faktoren: Erstens der niedrigen, aber stärkeren Schwankungen unterliegenden Geburtenhäufigkeit, zweitens der steigenden Lebenserwartung, die heute auch eine Zunahme der verbleibenden Lebenszeit der Hochbetagten bedeutet, drittens dem Ausmaß der internationalen Migration über die Grenzen Deutschlands und viertens der aufgrund der demographischen Trends der Vergangenheit gegenwärtig bestehenden Altersstruktur der Bevölkerung, die die demographischen Entwicklungen der Zukunft beeinflussen wird, die wiederum auf sie zurückwirken:

- Das seit Mitte der 1970er Jahre kontinuierlich niedrige Geburtenniveau: Folge dieser Situation ist, dass die Kindergenerationen jeweils um ca. ein Drittel kleiner als ihre El-

terngeneration sind. In Deutschland hat sich als Ergebnis des zweiten Geburtenrückgangs (nach van de Kaa: „Europe's Second Demographic Transition“) nach 1965 bis 1975 ein wohl dauerhaft niedriges Geburtenniveau eingestellt, das wesentliche Bedingung für die langfristige demographische Alterung ist. Zum demographischen Wandel gehört aber nicht nur das niedrige Geburtenniveau, sondern auch der Wandel in den Lebens- und Familienformen, die immer spätere Familiengründung, die steigende Kinderlosigkeit, die hohe Zahl der Scheidungen, die Zunahme der Ein-Eltern-Familien, das Entstehen von Zweit- oder Drittfamilien oder der späte Auszug der Kinder aus dem Elternhaus.

- Der langfristige Anstieg der Lebenserwartung, der kaum noch auf dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit, aber zunehmend auf der sinkenden Sterblichkeit älterer Menschen beruht: Soziale, wissenschaftliche und medizintechnische Fortschritte haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen die Möglichkeit haben, bei relativ guter Gesundheit ein hohes Lebensalter zu erreichen. In den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in das Rentenalter eintreten. Dieser Alterungseffekt wird durch die steigende Lebenserwartung der alten und sehr alten Menschen verstärkt. Es werden also nicht nur mehr Menschen in das Rentenalter eintreten, sondern diese steigende Zahl wird zudem länger in den sozialen Sicherungssystemen verweilen.
- Der Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland, dessen Einfluss auf das Altern der Bevölkerung relativ begrenzt ist, der verjüngend wirken oder aber die Alterung beschleunigen kann: Als gesichert gilt, dass eine verstärkte Zuwanderung jüngerer Menschen das Altern über einen kurzen Zeitraum nur abmildern, nicht umkehren kann. Zudem sind in Deutschland in den letzten Jahren rückläufige Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Aus der Sicht der demographischen Alterung ist eine erfolgreiche Integration der Zugewanderten bedeutsamer als die Höhe der Zuwanderung. Es kommt dabei vor allem auf die Integration in den Arbeitsmarkt an, da dadurch positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung entstehen.

- Die gegenwärtig bestehende Altersstruktur der Bevölkerung: Das zukünftige Altern wird sich in dem Maße beschleunigen, wie die geburtenstarken Jahrgänge der 1950/1960er Jahre in das Rentenalter kommen. Diese Situation wird mit Sicherheit eintreten, da die Geburtsjahrgänge, die das Altern der Bevölkerung in Zukunft bestimmen werden, bereits im mittleren Alter sind. Das Altern der Bevölkerung ist ein komplexer, aber ganzheitlicher Prozess, der aufgrund der demographischen Vergangenheit, insbesondere der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit, bereits eine Eigendynamik erlangt hat. Aus der Sicht der Politik wird, da Altern als Strukturverschiebungen über alle Altersgruppen der Bevölkerung definiert ist, eine Vielzahl von Politikbereichen berührt.

Alterung in den Regionen Deutschlands

In jüngster Zeit hat sich das BiB verstärkt Forschungen zum demographischen Wandel in den Regionen Deutschlands zugewandt. Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern beispielsweise bei der Kinderlosigkeit, der Familienbildung, der Lebenserwartung oder dem Migrationsver-



halten waren schon immer Gegenstand der Forschungstätigkeit. Hinzugekommen sind kleinräumigere Analysen mit dem Schwerpunkt der demographischen Alterung in den Bundesländern. 2007 ist zu diesem Thema eine Studie mit dem Titel „Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderung“ erstellt und in den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft veröffentlicht worden. Die Hauptergebnisse sind in der Broschüre „Regionale Alterung in Deutschland - Demographische Trends und Entwicklungen in den Bundesländern im Zeitraum 1991 bis 2004“ zusammengefasst worden. In dem Forschungsbericht wird nicht nur der Verlauf der demographischen Alterung, sondern es werden auch die Situationen bei der Geburtenentwicklung, der Lebenserwartung und den Zu- und Abwanderungen dargestellt, die den Alterungsprozess regional sehr unterschiedlich beeinflussen.

Auskunft über die exakten Trends gibt der sogenannte Altenquotient für die Bundesländer im Zeitraum 1991 bis 2030 (siehe Textbox Definition und Tab. 1).

Deutschland altert nicht nur insgesamt, es altern auch die Bevölkerungen aller Bundesländer, wenn auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Generell ist festzuhalten, dass sich der Alterungsprozess in den neuen Bundesländern schnellervollzieht als im früheren Bundesgebiet. Ende der 1980er Jahre war die Altersstruktur in den neuen Bundesländern, abgesehen von den aus der Vergangenheit stammenden Einschnitten, noch relativ ausgeglichen und ließ damit nur ein langsames Altern der Bevölkerung erwarten.

Definition: Jugend- und Altenquotient

Der Jugend- und Altenquotient geben an, wie viele Personen in der Altersgruppe 0 bis unter 20 Jahre (Jugendquotient) bzw. in der Altersgruppe 65 Jahre und älter (Altenquotient) auf 100 Personen in der Altersgruppe 20 bis unter 65 Jahre entfallen. Die Altersabgrenzungen sind bei der Berechnung flexibel wählbar. Die Addition beider Quotienten ergibt den Gesamtquotient.

Mit dem nach 1990 einsetzenden schnellen demographischen Wandel hat sich diese Situation grundlegend geändert. Das Geburtentief in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, der Anstieg der Lebenserwartung und die Abwanderung junger Menschen haben die demographische Alterung

Tab. 1: Altenquotient nach Bundesländern, 1991, 2007 und 2030 (je 100 Personen im Alter 20 bis unter 65 Jahre)

Bundesland	Jahr		
	1991	2007	2030
Baden-Württemberg	22,3	31,5	49,7
Bayern	23,7	31,6	49,1
Berlin	21,3	28,2	47,1
Brandenburg	19,8	34,2	69,8
Bremen	27,1	34,5	44,0
Hamburg	26,7	29,1	39,4
Hessen	24,0	32,2	51,2
Mecklenburg-Vorpommern	18,0	33,7	67,1
Niedersachsen	25,1	34,5	53,1
Nordrhein-Westfalen	23,7	33,4	49,2
Rheinland-Pfalz	25,2	34,0	53,0
Saarland	24,5	36,4	56,0
Sachsen	26,3	38,7	64,7
Sachsen-Anhalt	23,1	37,6	68,5
Schleswig-Holstein	24,9	35,4	53,1
Thüringen	22,7	35,4	67,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, für 2030 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

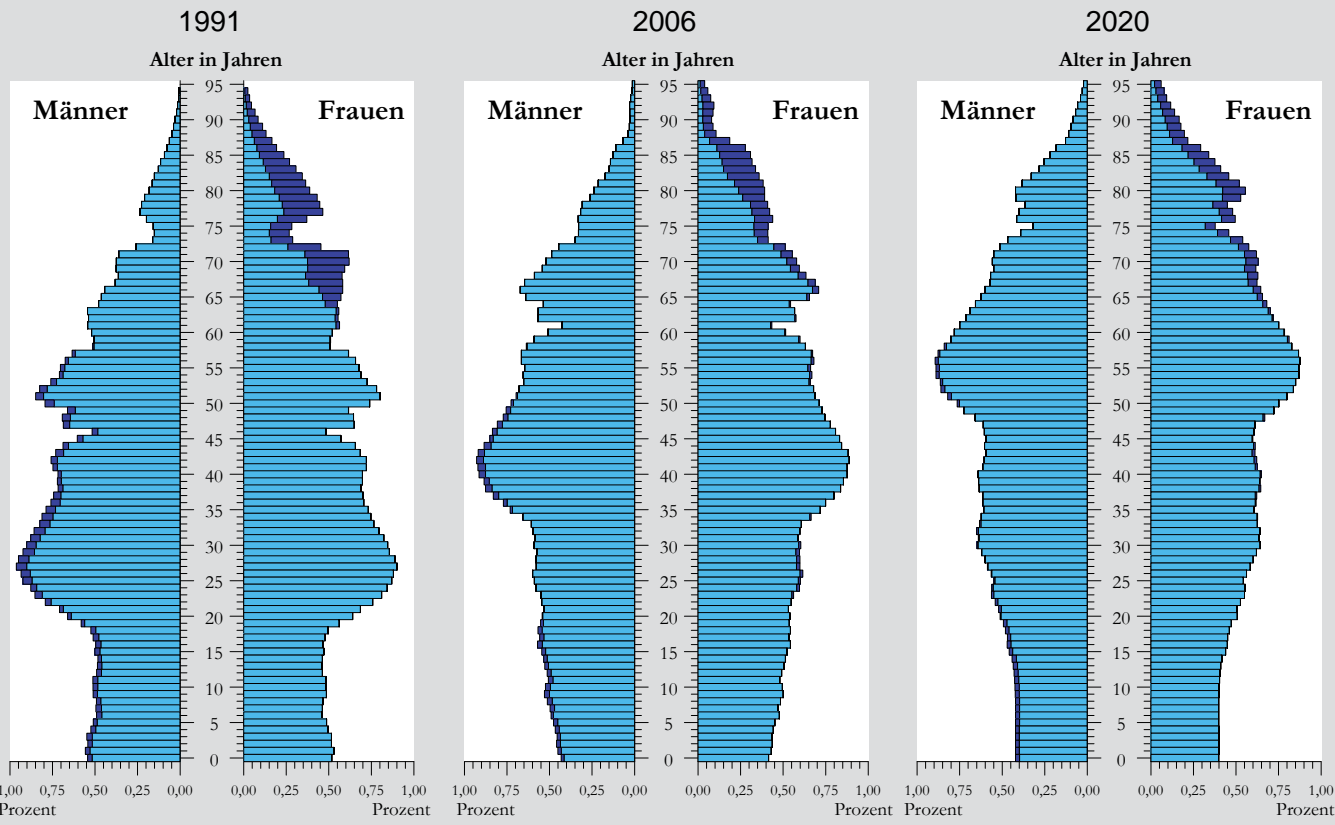
erheblich beschleunigt. 1991 hatten Hamburg und Bremen die durchschnittlich ältesten Bevölkerungen. Das demographisch jüngste Land war Mecklenburg-Vorpommern. Inzwischen finden sich die ältesten Bevölkerungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und dem Saarland. Am schnellsten verläuft der Alterungsprozess im ehemals jüngsten Land Mecklenburg-Vorpommern.

Dieser Prozess wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass sich bis 2030 die demographische Alterung in den Ländern beschleunigt fortsetzen wird. 2030 werden Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die ältesten Bevölkerungen haben. Dagegen wird in Hamburg, Bremen und auch in Berlin das Altern der Bevölkerung erheblich langsamer verlaufen.

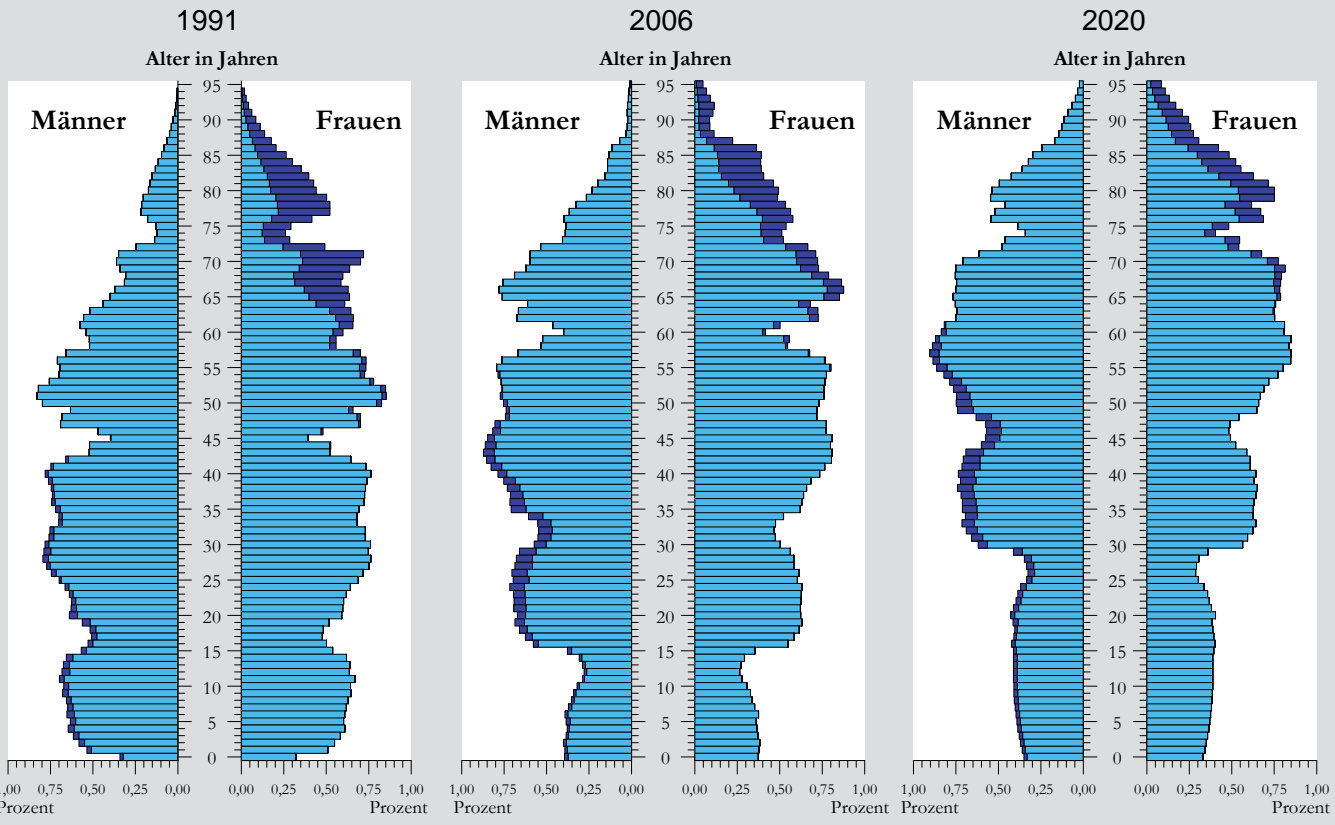
Graphisch veranschaulicht ist der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung an den Beispielen Hessen und Sachsen zwischen 1991 und 2020 (Abb. 4). 1991 stellte sich die Situation in Sachsen noch vergleichsweise günstig dar. Das höhere Geburtenniveau der DDR hatte dazu geführt, dass auch in Sachsen die Altersjahrgänge der Kinder und Jugendlichen relativ stark besetzt

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen und Sachsen, 1991, 2006 und 2020 (in %)

Hessen



Sachsen



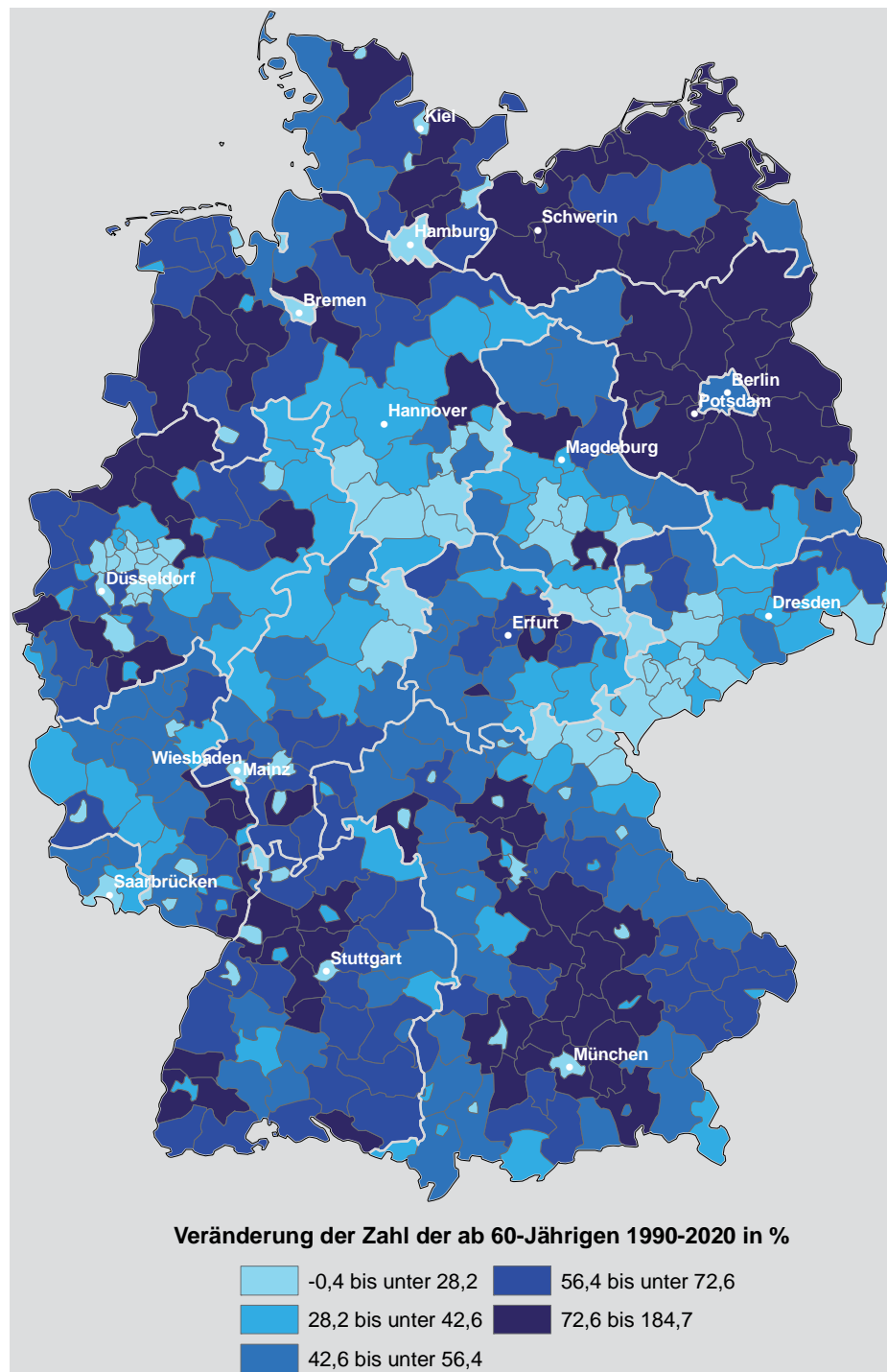
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

waren, während ihr Anteil in Hessen bereits seit mehr als 20 Jahren gesunken war. 15 Jahre später zeichnen sich für Sachsen schon die Folgen des beschleunigten Verlaufs des Alterns ab. Das Geburtentief der 1990er Jahre lässt die Bevölkerung verstärkt von „unten“ altern, während gleichzeitig die steigende Lebenserwartung die Alterung von „oben“ verstärkt. Diese Situation ist in Hessen auch gegeben, aber weniger deutlich ausgeprägt. Hinzu kommt für Sachsen die Abwanderung jüngerer Menschen, die einerseits als potenzielle Eltern nicht mehr da sind und damit zu Geburtenausfällen führen und andererseits die Anteile der älteren Menschen an der Bevölkerung noch schneller steigen lassen. Dieser Trend wird sich dynamischer werdend, bis 2020 und darüber hinaus fortsetzen, da in Sachsen die Unterschiede zwischen dem Anteil jüngerer und älterer Bevölkerung größer sind als in Hessen.

Für alle Bundesländer gleichermaßen gilt, dass das demographische Altern eher die weibliche Bevölkerung betrifft. Die Ursache liegt in der höheren Lebenserwartung der Frauen, aber auch daran, dass bei den Hochbetagten der zahlenmäßige Überschuss der Frauen sich auch aus den Gefallenen des Zweiten Weltkriegs erklärt.

Noch detaillierter sichtbar werden die Unterschiede zwischen den Regionen Deutschlands hinsichtlich der Alterung, wenn die Entwicklung der Anteile der ab 60-Jährigen an der Bevölkerung zwischen 1990 und 2020 nach Kreisen dargestellt werden (**Karte 1** / je dunkler der Blauton, desto stärker hat sich der Anteil 60-jähriger und älterer Menschen erhöht). Unschwer zu erkennen ist, dass die Bevölkerungsalterung in den Kreisen der neuen Bundesländer verstärkt auftritt, jedoch kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen ist.

Karte 1: Zahl der ab 60-Jährigen nach Kreisen, 1990 - 2020 (in %)



Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Innerhalb der neuen Bundesländer ist die Alterung vornehmlich in zwei Regionen konzentriert, den Umlandregionen von Berlin und Schwerin. Darüber hinaus findet man Alterungsregionen verstärkt im Norden und im Süden Deutschlands - in den bevorzugten Zuzugsgebieten älterer Menschen entlang der Küste und der Alpen - sowie in altindustrialisierten Gebieten im Ruhrgebiet und in Baden-Württemberg.

Aktuelle Veröffentlichungen aus dem BiB zum regionalen demographischen Wandel

- Mai, Ralf; Roloff, Juliane; Micheel, Frank, 2007: Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderung. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 120
- Mai, Ralf, 2005: Demographische Alterung in Deutschland. Die Entwicklung von 1871 bis 2050 und der Einfluss von Sterblichkeit und Zuwanderung auf die Alterung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 30,1: 43-80
- Mai, Ralf, 2004: Abwanderung aus Ostdeutschland. Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung, Frankfurt/Main (Peter Lang)
- Mai, Ralf, 2004: Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Ostdeutschland. In: Scholz, Rembrandt; Flöthmann, E.-Jürgen (Hrsg.): Lebenserwartung und Mortalität. Tagungsband der Jahrestagung der DGD 2002 in Rostock, Wiesbaden: 51-68
- Roloff, Juliane, 2004: Die Alterung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in den Bundesländern. Ein Jahresvergleich. In: BiB-Mitteilungen 25,4: 12-18
- Roloff, Juliane; Schwarz, Karl, 2002: Bericht 2001 über die demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27,1: 3-68

Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass insbesondere die peripheren Regionen in den neuen Bundesländern an den Grenzen zu Polen und Tschechien von einer besonderen Dynamik des Alterungsprozesses betroffen sein werden.

Demographisches Wissen über den Alterungsprozess und seine Bewertung

Die Konsequenzen des demographischen Alterns sind in jüngster Zeit immer intensiver diskutiert worden, waren Gegenstand politischer Einflussnahme (Beispiele: Zuwanderungsgesetz, Pflegeversicherung), sind für die Menschen in Deutschland unmittelbar erfahrbar und zunehmend in das öffentliche Interesse gerückt. Im Rahmen der bevölkerungssoziologischen Forschung am BiB wurde damit die Frage interessant, wie gut die Menschen in Deutschland die demographischen Trends kennen, welche Einstellungen sie dazu haben und wie sie die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft bewerten. Das hat das BiB mit dem international vergleichenden Survey „Population Policy Acceptance Study“ (PPAS) erforscht ([siehe Projektbeschreibung auf der folgenden Seite](#)).

Hinsichtlich des demographischen Wissens waren die Befragten aufgefordert, nicht nur die Anteile der älteren und jüngeren Bevölkerung, auf die nachfolgend ausführlicher eingegangen wird, sondern auch die Zahl der Bevölkerung und die der Zuwanderer, den Anteil der ausländischen Bevölkerung und die durchschnittliche Lebenserwartung zu schätzen.

Generell hat sich gezeigt, dass der überwiegende Teil Bevölkerung über den demographischen Wandel recht gut informiert ist. Die Schätzungen zum Anteil älterer Menschen (65-Jährige und Ältere) gehören allerdings nicht dazu. 2003, im Jahr der PPAS-Befragung, betrug der tatsächliche Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung 17,5 %, das Schätzergebnis der Befragten dagegen 30,1 %. Im Vorfeld der Befragung ist demographisches Altern viel stärker als heute negativ gesehen und vor allem in Form von Bedrohungsszenarien für die sozialen Sicherungssysteme wahrgenommen worden. Wir haben die vorliegende Überschätzung aus der negativen Sicht auf die Alterung erklärt, die den Menschen Sorgen macht und zu der Einschätzung führt, dass die Dimensionen des demographischen Alterns noch größer sind, als sie sich ohnehin darstellen.

Die Schätzergebnisse zum Anteil der 65-jährigen und Älteren zeigen zwei auffällige soziale Unterschiede:

- Frauen schätzen mit 37,8 % den Anteil deutlich höher ein als Männer mit 28,5 %.
- Mit 32,3 % fällt die Schätzung im Osten höher aus als im Westen (29,6 %).

Unterschiede in der Schätzung nach Alter, Gemeindegröße, Schulbildung und beruflicher Ausbildung gab es überraschenderweise nicht.

Der Prozess der demographischen Alterung wird durchgehend außerordentlich negativ gesehen. Zu bewerten waren der Rückgang des Anteils

der Bevölkerung unter 20 Jahre und der Anstieg des Anteils der 65-Jährigen und Älteren. 83,8 % beurteilen den Rückgang des Anteils jüngerer Menschen und 71,5 % den Anstieg bei den älteren Menschen als negativ bzw. sehr negativ. Die Menschen in den neuen Bundesländern sehen der Entwicklung mit größerer Sorge entgegen als die der alten Bundesländer. 89 % der Ostdeutschen im Vergleich zu 82 % der Westdeutschen beurteilen den Rückgang des Anteils der jungen Generation als schlecht oder sehr schlecht. Dies ist nicht weiter verwunderlich angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung dort schneller als im Westen altert und in einer Reihe von Regionen Ostdeutschlands die Folgen des demographischen Wandels inzwischen ganz eindeutig sichtbar sind. Dies ist bedingt durch den mit der politischen Wende einsetzenden Geburteneinbruch, das seither trotz eines Anstiegs niedrig gebliebene Geburtenniveau und die Abwanderung Jüngerer in den Westen. Zudem nehmen wir an, dass die Sorgen vor Einschnitten in das soziale Sicherungssystem bei der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 2003 noch größer gewesen sein dürften, nicht zuletzt, weil das Vertrauen in die staatlichen Institutionen nicht über Jahrzehnte gewachsen ist.

Projektbeschreibung: Population Policy Acceptance Study

Ziel der PPA-Studie ist der internationale Vergleich zu Meinungen und Einstellungen zum demographischen Wandel, dem generativen Verhalten, den Einstellungen zu Ehe, Familie und Kindern, zu Gründen der persönlichen Entscheidung für oder gegen Kinder sowie Präferenzen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus enthält die PPA-Studie Fragen zur Rolle der Geschlechter, zur Akzeptanz und Inanspruchnahme von verschiedenen Formen der Kinderbetreuung, zu familialer Solidarität sowie zur Alterung der Bevölkerung, zu Möglichkeiten der Rentenfinanzierung, zur Ausländer- und Migrationspolitik sowie Fragen zum demographischen Wissen der Bevölkerung. Neben Deutschland sind 12 weitere Länder (Belgien, Estland, Finnland, Italien, Litauen, die Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien, Tschechien und Ungarn) an dem international vergleichenden Projekt beteiligt. Die PPAS ist ein von der EU gefördertes Projekt

Die PPA-Studie wurde in Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 2003 erhoben. Befragt wurden 4.000 Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland in der Altersgruppe 20 bis 74 Jahre.

Die Arbeiten an der PPA-Studie erfolgen am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in zweifacher Hinsicht. Erstens fungierte das BiB im Rahmen der internationalen PPA-Studie als Projektkoordinator und wissenschaftliches Sekretariat. Verschiedene Mitarbeiter des BiB arbeiteten darüber hinaus in den internationalen Projektgruppen. Zweitens war es Aufgabe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die deutsche PPA-Erhebung durchzuführen, zu analysieren und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Das Projekt wurde vorläufig mit der Veröffentlichung der international vergleichenden Ergebnisse in den *European Studies of Population* mit dem Titel „People, Population Change and Policies“ abgeschlossen.

Auch bei einem Vergleich von Altersgruppen zeigt sich das erwartete Muster. Die Älteren, das sind hier die 40- bis 65-Jährigen, schätzen die demographische Entwicklung negativer ein als die Jüngeren.

Zur demographischen Alterung hat also die Mehrheit der Menschen in Deutschland eine

Tab. 2: Zustimmung zu Aussagen über die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussagen	%
1. Die Gesellschaft sollte die Probleme der älteren Menschen berücksichtigen	92,8
2. Die Gesellschaft sollte die Rechte der älteren Menschen berücksichtigen	92,3
3. Die jüngeren Generationen können von der Anwesenheit, dem Wissen und der Erfahrung älterer Menschen profitieren	90,1
4. Dank ihrer großen Erfahrung sind ältere Menschen ein wertvoller Bestandteil für die Gesellschaft	89,5
5. Ältere gewährleisten die Aufrechterhaltung traditioneller Werte in der Gesellschaft	75,2
6. Ältere Menschen sind eine wichtige Quelle für emotionale Unterstützung	71,1
7. Die ältere Generation ist nicht mehr produktiv und stellt eine Belastung für die Gesellschaft dar	19,9
8. Ältere Menschen sind ein Hindernis für Veränderungen	15,9
9. Ältere Menschen sind eine Last für die Gesellschaft	10,5

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

dezidiert negative Meinung. Daher war es spannend zu untersuchen, wie die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft gesehen wird. Das Ergebnis war angesichts der Herausforderungen, die das Altern der Bevölkerung mit sich bringen, durchaus überraschend, denn ältere Menschen haben einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Dies ist eines der überaus positiven Ergebnisse der PPAS.

Die Rolle älterer Menschen in der PPAS ist anhand verschiedener Aussagen überprüft worden, die sich inhaltlich zu drei Themenbereichen zusammenfassen lassen. Erstens: Ältere als Vermittler von Erfahrung, Tradition und emotionaler Unterstützung. Zweitens: Ältere als Belastung für die Gesellschaft. Drittens: Der gesellschaft-

liche Umgang mit den Rechten und Problemen älterer Menschen (Tab. 2).

Die positiv formulierten Aussagen zur Rolle älterer Menschen haben in der Bevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung erfahren. Das betrifft die Items „Die jüngeren Generationen können von der Anwesenheit, dem Wissen und der Erfahrung älterer Menschen profitieren“ (Zustimmung: 90,1 %) und „Dank ihrer großen Erfahrung sind ältere Menschen ein wertvoller Bestandteil für die Gesellschaft“ (Zustimmung: 89,5 %). Im Gegenzug wurden negativ formulierte Statements wie „Die ältere Generation ist nicht mehr produktiv und stellt eine Belastung für die Gesellschaft dar“, „Ältere Menschen sind ein Hindernis für Veränderungen“ und „Ältere

Von Mitarbeitern des BiB zu den Ergebnissen der PPAS veröffentlichte Literatur (Auswahl)

- Dorbritz, Jürgen, 2008: Changing attitudes on population trends and policies? In: Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana; Kotowska, Irena (Hrsg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing
- Dorbritz, Jürgen, 2008: Demographic knowledge and evaluation of demographic trends. In: Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana; Kotowska, Irena (Hrsg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing
- Höhn, Charlotte, 2008: Conclusions. In: Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana; Kotowska, Irena (Hrsg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing
- Mai, Ralf; Naderi, Robert; Schimany, Peter, 2008: Who should take care for them? In: Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana; Kotowska, Irena (Hrsg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing
- Ruckdeschel, Kerstin, 2008: Gender and Fertility. In: Höhn, Charlotte; Avramov, Dragana; Kotowska, Irena (Hrsg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge, Gender, Ageing
- Schmid, Susanne, 2005: Looking into Visions – Methods and Results of a Delphi Study on Demographic Development in 15 European Countries until 2030. In: Studia Demograficzne, Universität Warschau, Volume 2: 87-100
- Dorbritz, Jürgen, 2004: Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 329-361
- Lengerer, Andrea, 2004: Zur Akzeptanz von Familienpolitik. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 387-420
- Mai, Ralf, 2004: Die Bewertung alterspolitischer Reformmaßnahmen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 447-470
- Naderi, Robert, 2004: Einstellungen gegenüber Ausländern in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 471-492
- Roloff, Juliane, 2004: Die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft und der Umgang mit pflegebedürftigen alten Menschen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 423-446
- Ruckdeschel, Kerstin, 2004: Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 363-386

Menschen sind eine Last für die Gesellschaft“ weitestgehend abgelehnt.

Eine übergroße Zustimmung erhielten durch die Befragten die Antwortvorgaben, dass die Gesellschaft die Probleme (92,8 % Zustimmung) und Rechte (92,3 %) der Älteren berücksichtigen sollte. Eine etwas niedrigere Akzeptanz bei einem aber noch immer hohen Maß an Zustimmung fanden die Aussagen, dass Ältere die Aufrechterhaltung traditioneller Werte gewährleisten (75,2 %) und eine wichtige Quelle für emotionale Unterstützung sind (71,1 %).

Die Bewertung altersspezifischer Reformmaßnahmen

Die Analysen zum Altern der Bevölkerung haben gezeigt, dass der Alterungsprozess auf demographischen Wegen, etwa durch vermehrte Zuwanderung oder einen Anstieg der Geburtenzahlen nur abgemildert, aber nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Dies hat zur Konsequenz, dass nach Lösungen an den Stellen gesucht werden muss, die wie die sozialen Sicherungssysteme unmittelbar vom Altern betroffen sind. Hierbei bieten sich eine ganze Reihe von Lösungsstrategien an. Würde z. B. das tatsächliche Renteneintrittsalter von ca. 60 Jahre auf 65 Jahre ansteigen, würde der Altenquotient nur von heute 46 auf 52 ansteigen. Bleibt das Renteneintrittsalter bei 60 Jahren, würde ein Anstieg auf 78 eintreten. Aufgrund solcher Möglichkeiten wird in Deutschland seit einiger Zeit eine Reformdebatte um den Sozialstaat geführt, wie beispielsweise um die Rentensicherung.

In der Population Policy Acceptance Study konnten die Befragten aus 11 Möglichkeiten die aus ihrer Sicht wichtigste Maßnahme zur Sicherung der Finanzierung des Rentensystems auswählen (Tab. 3). Weit über ein Viertel der Befragten befürwortet die Abschaffung von Frühverrentungsprogrammen als wichtigstes Mittel zur Rentensicherung. Ähnlich starke Zustimmung fand der Vorschlag, die Renten von der Anzahl der Kinder abhängig zu machen. Zusammen mit den bisher genannten Maßnahmen bilden die Anhebung des Rentenalters und eine Erhöhung von Steuern und/oder Sozialversicherungsbeiträgen die fünf Maßnahmen, für die sich fast 60 % der Befragten entschieden haben. Alle anderen Vorschläge sind im Vergleich dazu als unbedeutend einzustufen, darunter auch die höhere Gewichtung der privaten Vorsorge. Jedoch fast ein Fünftel der Befragten bewertet alle diese Vorschläge als nicht akzeptabel.

Differenziert man die Ergebnisse nach gesellschaftlichen Gruppen, bleibt die Abschaffung der Frühverrentung weiterhin an erster Stelle. Eine Ausnahme bilden nur die Befragten aus den neuen Bundesländern, die zunächst keine der Maßnahmen akzeptieren (28,7 %), doch auch hier befindet sich die Abschaffung der Frühverrentung noch immer unter den ersten drei Maßnahmen. Wenn auch nicht an erster Stelle, so findet man doch ebenfalls über alle Gruppen hinweg die Ablehnung aller vorgeschlagenen Maßnahmen immer unter den drei am häufigsten genannten Antworten. Dabei ist auffällig, dass die Ablehnung aller Maßnahmen bei Selbständigen, Älteren oder Ruheständlern weniger stark ausgeprägt ist.

Tab. 3: Rangfolge der Maßnahmen zur Rentensicherung
(Auswahl der wichtigsten Maßnahme, nur eine Antwort möglich / in %)

Maßnahmen	%
1. Frühverrentungsprogramme abschaffen	27,5
2. Keine der genannten Maßnahmen ist akzeptabel	18,1
3. Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen	17,0
4. Anhebung des Rentenalters	12,3
5. Erhöhung der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge vom monatlichen Einkommen	9,8
6. Verringerung der Höhe der monatlichen Renten	7,2
7. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen belasten	2,8
8. Die Kinder zwingen, ihre alten Eltern finanziell zu unterstützen	2,2
9. Mehr private Vorsorge	1,9
10. Abbau der Arbeitslosigkeit	0,6
11. Renten nur für Einzahler	0,4
12. Andere Möglichkeiten	0,2

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Letztlich zeigen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2003 einer Reformation des Systems skeptisch gegenüberstand. Dies zeigten einerseits der hohe Ablehnungsgrad gegenüber neuen Maßnahmen und andererseits die hohe Akzeptanz von Lösungswegen, die bereits besprochen werden, wie die Frühverrentung reduzieren und die Rentenhöhe an die Zahl der Kinder zu koppeln.

Weiterbeschäftigung im Rentenalter

Bei der Bewertung der Maßnahmen zur Sicherung des Rentensystems erfuhr die Anhebung des Rentenalters nur eine mittlere Akzeptanz. Um diesen Sachverhalt genauer zu untersuchen, hat das BiB im Jahr 2008 ein eigenständiges Forschungsprojekt aufgelegt, in dem die Bedingungen, Auswirkungen und Chancen einer Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus untersucht werden sollten.

Auch hier zeigt sich, dass ein großer Teil der befragten 55- bis 64-Jährigen einer Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters kritisch gegenüber steht. 17 % begrüßen diese Entwicklung, 13 % stehen ihr neutral gegenüber und die Mehrheit von 69 % lehnt dies ab. Dagegen ist fast die Hälfte (47 %) bereit, auch im Renten-

Projektbeschreibung: Verlängerte Lebensarbeitszeit

Das Projekt „Verlängerte Lebensarbeitszeit - Bedingungen, Auswirkungen und Chancen“ verfolgt das Ziel, die Einstellungen in der Bevölkerung zu einer Weiterbeschäftigung über das 65. Lebensjahr hinaus zu erfahren und die Bedingungen und Wünsche älterer Menschen für eine verlängerte Einbindung in das Erwerbsleben zu ermitteln. Dazu werden neben Fakten wie der Berufsgruppe, der Größe und der Branche des Unternehmens oder der beruflichen Stellung auch Einstellungen zur Anhebung des gesetzlichen Rentenalters, die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung, die Bewertung des Betriebsklimas, die Identifikation mit der Firma, die Bewertung der Arbeitsbedingungen oder des individuellen Gesundheitszustandes erfragt. Dazu sind im Jahr 2008 ca. 1500 nichtselbständig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte) in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre befragt worden. Das Projekt führt das BiB in Kooperation mit der SRH Hochschule Berlin durch.

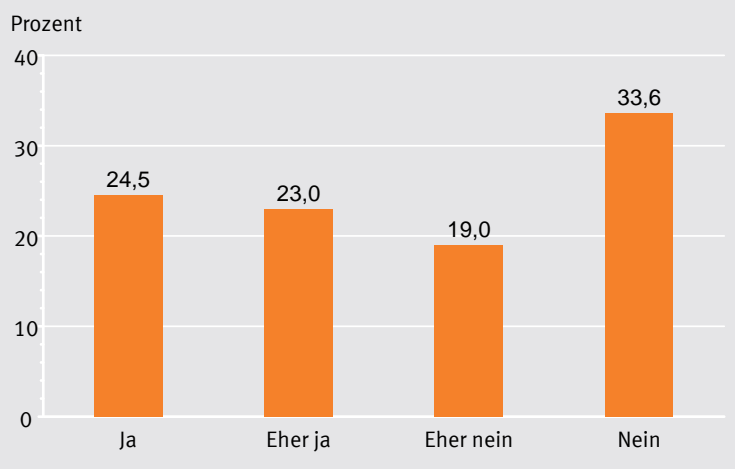
ter weiterzuarbeiten (Abb. 5), allerdings nur für eine kürzere Zeit. 8 % nannten 1 bis 2 Jahre und 24 % gaben 3 bis 5 Jahre als Zeit für eine Weiterbeschäftigung an. Was das Arbeitszeitregime betrifft, wird auf individuelle Entscheidungsfreiheit und Teilzeitbeschäftigung großen Wert gelegt. 37 % sagten, dass sie über ihre Arbeitszeit völlig frei entscheiden möchten. 24 % gaben an, nur an ein bis zwei Tagen und 18 % an drei bis vier Tagen in der Woche arbeiten zu wollen.

Für diejenigen, die sich eine Weiterbeschäftigung mit großer Wahrscheinlichkeit vorstellen können, waren als Motivation ausschlaggebend:

- Ich bleibe leistungsfähiger, wenn ich weiterarbeite.
- Ich möchte mein Wissen und meine Erfahrung weitergeben.
- Mir gefällt es nicht, ständig zu Hause zu sein.
- Ich fühle mich noch zu jung, um zu Hause zu bleiben.
- Meine Arbeit macht so viel Spaß, dass ich sie fortführen möchte.

Weniger bedeutsam waren das Umsetzen einer neuen Geschäftsidee, der finanzielle Zwang, weiterarbeiten zu müssen, im Unternehmen gebraucht zu werden oder Neues lernen zu wollen. Bei den Motiven, nicht weiter zu arbeiten, waren der Wunsch, viel Zeit mit der Familie zu verbringen und den Ruhestand zu genießen, dominierend.

Abb. 5: Gewünschte Erwerbstätigkeit nach dem Eintritt in das Rentenalter (in %)



Datenquelle: Verlängerte Lebensarbeitszeit 2008; Graphische Darstellung: BiB

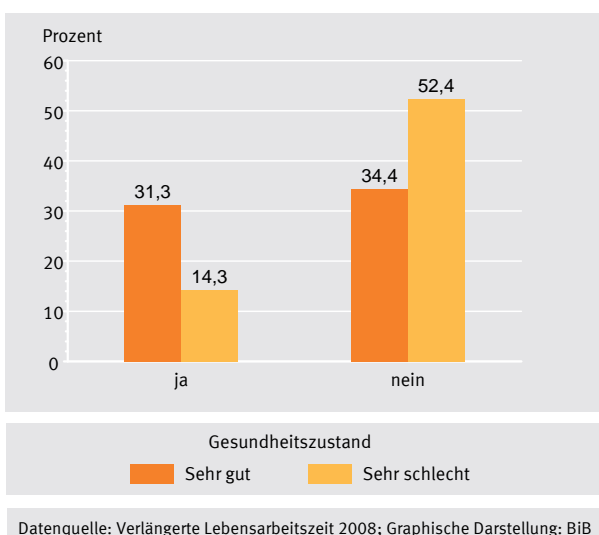
Untersucht worden sind auch die Bedingungen, die für oder gegen eine Entscheidung zur Weiterarbeit im Rentenalter geführt haben.

Die Entscheidung hängt z. B. von der Betriebsgröße ab. Je kleiner die Unternehmen sind, desto höher ist der Anteil derjenigen, die zu einer Weiterbeschäftigung bereit sind. Zu 62 % mit „ja“ oder „eher ja“ antworteten die Befragten in einem Betrieb mit weniger als 10 Beschäftigten. In einem großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten betrug dieser Anteil nur noch 35,7 %.

Stark beeinflusst ist die Entscheidung für eine Weiterbeschäftigung auch von der unmittelbaren Situation am Arbeitsplatz. Dort, wo die Arbeitsbelastungen hoch sind, eine starke Konzentration erforderlich ist, ein hohes Arbeitstempo zu bewältigen oder die Arbeit anstrengend ist und zu Erschöpfungen führt, ist die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung geringer ausgeprägt.

Erwartungsgemäß übt der zum Zeitpunkt der Befragung bestehende Gesundheitszustand einen starken Einfluss darauf aus, ob man im Rentenalter weiterbeschäftigt sein möchte (Abb. 6). Die Befragten mit einem sehr guten Gesundheitszu-

Abb. 6: Anteil der Befragten, die eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter wünschen, nach dem Gesundheitszustand (in %)



stand haben zu 31,3 % mit „ja“ geantwortet, die mit einem sehr schlechten nur zu 14,3 %. Befragte mit einem sehr schlechten Gesundheitszustand möchten zu 52,4 % nicht weiterarbeiten. Dagegen waren es bei denen mit einem sehr guten Gesundheitszustand nur 34,4 %.

Ein eindeutiger Einfluss geht auch vom Einkommen aus. Personen mit einem sehr geringen Einkommen (unter 1000 Euro), bei denen auch niedrige Renten zu vermuten sind, wollen deutlich häufiger auch nach dem Renteneintritt beschäftigt sein. Ist das Einkommen höher als 2500 Euro, sinkt die Bereitschaft zu Weiterbeschäftigung. Dieses Ergebnis korreliert mit dem Umfang der Erwerbstätigkeit. Bei geringfügig Beschäftigten (denjenigen mit einem niedrigeren Einkommen), ist die Bereitschaft ebenfalls höher ausgeprägt.

Auffällig war zudem, dass verheiratete und mit dem Partner zusammenlebende Befragte signifikant seltener weiterarbeiten wollen. Das korrespondiert mit der Entscheidung gegen eine Weiterbeschäftigung, um sich der Familie widmen zu können.

Kein Einfluss ist u.a. bei den Merkmalen Staatsangehörigkeit (deutsche Staatsangehörigkeit ja/nein), interessanterweise dem beruflichen Bildungsabschluss, der beruflichen Stellung, dem Arbeitsklima und beim Geschlecht erkennen.

Forschungsprojekte zu den Folgen der demographischen Alterung

Inzwischen sind eine ganze Reihe von Politikberatungsfeldern unmittelbar durch den demographischen Wandel betroffen. Dazu gehören die Gebiete:

- Alternde Gesellschaft und soziale Sicherung,
- Zu- und Abwanderungen und eine bevölkerungsorientierte Migrationspolitik,
- Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung,
- Regionen, Infrastrukturen und Verkehr,
- Wissenschaft, Bildung und lebenslanges Lernen,
- Lebenserwartung, Gesundheit und medizinische Versorgung,
- Weiterbeschäftigung, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt,
- Demographie und Sicherheit,
- Familie, Lebensformen, Fertilität und bevölkerungsorientierte Familienpolitik,
- Demographischer Wandel, Familien- und Generationenbeziehungen.

In einigen dieser Forschungsfelder realisiert das BiB im Rahmen der Auftragsforschung eigene Forschungsprojekte mit dem Ziel der unmittelba-

ren Politikberatung. Dazu gehören die Projekte „Demographische Entwicklung - Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement“, „Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen“ und „Die Auswirkungen des demographischen Wandels in Deutschland auf die zentralen Arbeitsgebiete der Bundesresorts“.

Bürgerschaftliches Engagement

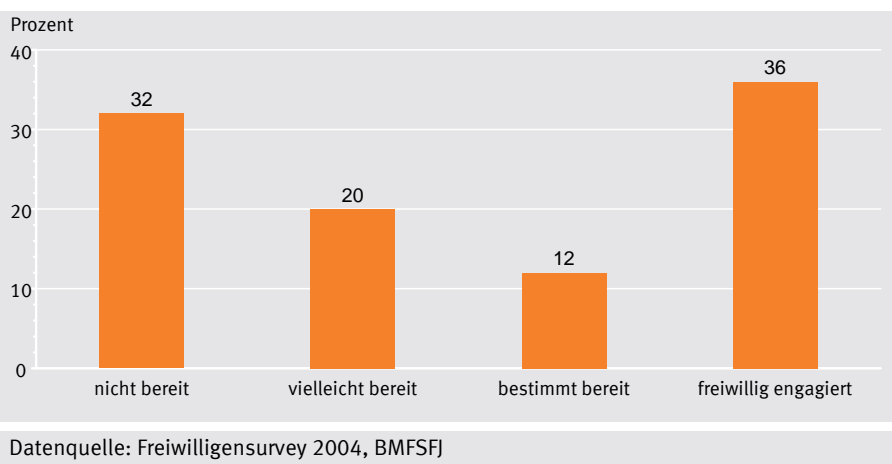
Bürgerschaftliches Engagement ist von großer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die Lebensqualität im Lebensumfeld des Einzelnen. Deshalb widmet sich diese Studie des BiB der Frage, wie sich die de-

Besonders dort, wo die öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr die gewohnte Unterstützung liefern kann und Familiennetzwerke nicht immer vorhanden sind, spielt bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle. Bürgerschaftliches Engagement kann sich in vielfältigen Formen wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und aktiver Beteiligung in informellen Gruppen, in Vereinen, Verbänden, Organisationen oder Einrichtungen ausdrücken.

Die Studie stützt sich auf kleinräumige demographische Analysen und verschiedene Surveys. Ausgewertet wurden der Freiwilligensurvey des BMFSFJ, die Zeitbudgeterhebung in Deutschland 2004, das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), das SHARE-Projekt und der Alterssurvey.

Die Ergebnisse zeigen ein beachtliches Potenzial an freiwilligem Engagement (Abb. 7). 2005 hatten nach dem SOEP 33 % der Bevölkerung ein Ehrenamt inne. Laut dem Freiwilligensurvey 2004 waren 36 % freiwillig engagiert, 1999 waren es nur 29 %. Ein weiteres Indiz für den Anstieg des freiwilligen Engagements ist die Zunahme des Anteils der aktiv Engagierten von 32 auf 34 %. Hier liegt eine der Chancen, die es für die Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Alterns zu nutzen gilt.

Abb. 7: Bereitschaft für ein freiwilliges Engagement, 2004 (in %)



mographische Entwicklung auf die Potenziale für bürgerschaftliches Engagement auswirken wird, welcher zusätzliche Bedarf an solchen freiwilligen Diensten entsteht, welche Gestaltungsspielräume die Kommunen haben und inwieweit die Bereitschaft geweckt werden kann, sich im Dienste der Mitmenschen zu engagieren.

Die Alterung der Bevölkerung und ein regional unterschiedlicher Bevölkerungsrückgang werden dazu führen, dass die Bedeutung bürgerschaftlicher Tätigkeiten in Zukunft zunimmt. So ist bürgerschaftliches Engagement in einer alternden Gesellschaft in zweifacher Hinsicht von Nutzen: Zum einen kann sich das Engagement gerade älterer Menschen positiv auf die eigene Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden auswirken. Zum anderen können freiwillige Leistungen für die Allgemeinheit in schrumpfenden und alternden Regionen dazu beitragen, die Versorgungsstrukturen vor Ort zu unterstützen.

Im Einzelnen konnte zum bürgerschaftlichen Engagement festgestellt werden:

- Älteren kommt für das bürgerschaftliche Engagement im Zuge des demographischen Wandels künftig eine wichtigere Rolle zu.
- Alterung, Bevölkerungsrückgang sowie Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur sind Trends der demographischen Entwicklung, die sich räumlich differenziert vollziehen.
- Ungünstige Bevölkerungsentwicklung ist charakteristisch für die neuen Länder und peripheren Regionen.
- Ungünstige demographische Entwicklungen erschweren die regionalen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des gewohnten Umfangs an Versorgungseinrichtungen und sozialer Infrastruktur.
- Bürgerschaftliches Engagement kann das kommunale Angebot an Infrastruktur ergänzen.

zen und stützen und damit eine Bereicherung und ein Standortvorteil für die Kommune sein.

- Bürgerschaftliches Engagement und Engagierte gezielt zu unterstützen, erfordert einen koordinierten kommunalpolitischen Ansatz.
- Bürgerschaftliches Engagement und die generelle Bereitschaft hierzu sind nach Ergebnissen von Erhebungen in den letzten Jahren gestiegen, besonders bei Älteren und Arbeitslosen; aber auch bei Jugendlichen kann eine hohe Beteiligung gemessen werden.
- Bürgerschaftliches Engagement ist in den neuen Ländern noch unterdurchschnittlich verbreitet, der Abstand zu den alten Ländern verringert sich aber.
- Anliegen und Umfang des bürgerschaftlichen Engagements werden geprägt durch die soziale Herkunft der Engagierten. Es steigt mit dem Bildungs- und Berufsstatus, der Kirchenbindung und dem Grad der sozialen Integration an.
- Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland hat im internationalen Vergleich noch Nachholbedarf. Länder wie die Niederlande, Dänemark oder Schweden weisen deutlich höhere Anteile an ehrenamtlich Tätigen auf.
- Modellrechnungen zeigen, dass alle Tätigkeitsbereiche des bürgerschaftlichen Engagements bei unverändertem Niveau dieses Engagements von einem Rückgang der Engagiertenzahl betroffen sein werden; Regionen mit ungünstiger demographischer Entwicklung werden davon am stärksten berührt sein.
- Demographisches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement wird gerade dort, wo die Tragfähigkeit der Infrastruktur am stärksten zurückgeht, in Zukunft am geringsten sein.

Positiv ist zu sehen, dass das Potenzial und der Anteil der Engagierten derzeit ansteigt, insbesondere bei älteren Menschen. Hervorzuheben ist auch die hohe Beteiligung bei Jugendlichen und der Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern, die sich in einem Aufholprozess befinden.

Der Einfluss auf die föderalen Finanzstrukturen

Um dem Institut spezifisches Fachwissen zugänglich zu machen, veranstaltet das BiB regelmäßige Workshops mit externen Spezialisten. So auch, um den Einfluss des demographischen

Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen zu untersuchen.

Vor dem Hintergrund einer alternden und regional zurückgehenden Bevölkerung stehen die öffentlichen Haushalte vor einschneidenden Umwälzungen. Welche Auswirkungen hat der demographische Wandel auf die öffentlichen Ausgaben? Wie werden sich die Einnahmen der Gebietskörperschaften entwickeln? Mit welchen Lösungsansätzen bereiten sich Länder und Kommunen auf die Veränderungen vor?

Zur Beantwortung dieser Fragen organisierte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung einen Workshop und lud dazu Kollegen aus der Wissenschaft sowie Vertreter aus der Politik ein, die sich ausgiebig mit dieser Thematik beschäftigen. Ziel des Workshops war es, die Finanzverflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften in Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung sowie die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Ausgabenstrukturen in den Ländern und Kommunen zu erörtern. Es wurde dabei großer Wert darauf gelegt, dass aktuelle Ergebnisse aus der scientific community auf die Erfahrungen aus der politischen Praxis treffen.

Die auf dem Workshop präsentierten Ergebnisse zeigen, dass vor allem in ländlichen Kreisen und in dünnbesiedelten Regionen die Folgen des demographischen Wandels hinsichtlich der kommunalen Ausgabensituation spürbar sind. Das liegt daran, dass in diesen Kreisen die Pro-Kopf-Ausgaben zur Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastrukturen höher sind als in Kreisen mit einer höheren Verdichtung. Solche Regionen finden sich vornehmlich in den neuen Bundesländern, werden zukünftig aber auch im früheren Bundesgebiet häufiger anzutreffen sein. Hingewiesen wurde auf dem Workshop darauf, dass diese demographischen Probleme nicht allein über Finanzausgleichssysteme gelöst werden können. Vielmehr sind raumordnerische Handlungsstrategien erforderlich. In den ländlichen Regionen wird es nötig sein, um Mittel- und Kleinstädte herum Verdichtungen zu verstärken. Insbesondere das Zentrale-Orte-System muss den veränderten demographischen Bedingungen angepasst werden. Das betrifft in erster Linie die Bereiche Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr und die Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur.

Übereinstimmend wurde darauf hingewiesen, dass seitens der Finanzpolitik die demographi-

schen Veränderungen nicht ignoriert und schon gar nicht der Versuch unternommen werden sollte, die Probleme durch das Abwerben von Einwohnern aus anderen Kommunen zu lösen. Dies wird als ruinöse Konkurrenz der Kommunen um Einwohner bezeichnet, da in der Gesamtsicht einzelne Kommunen immer nur auf Kosten der anderen ‚siegen‘.

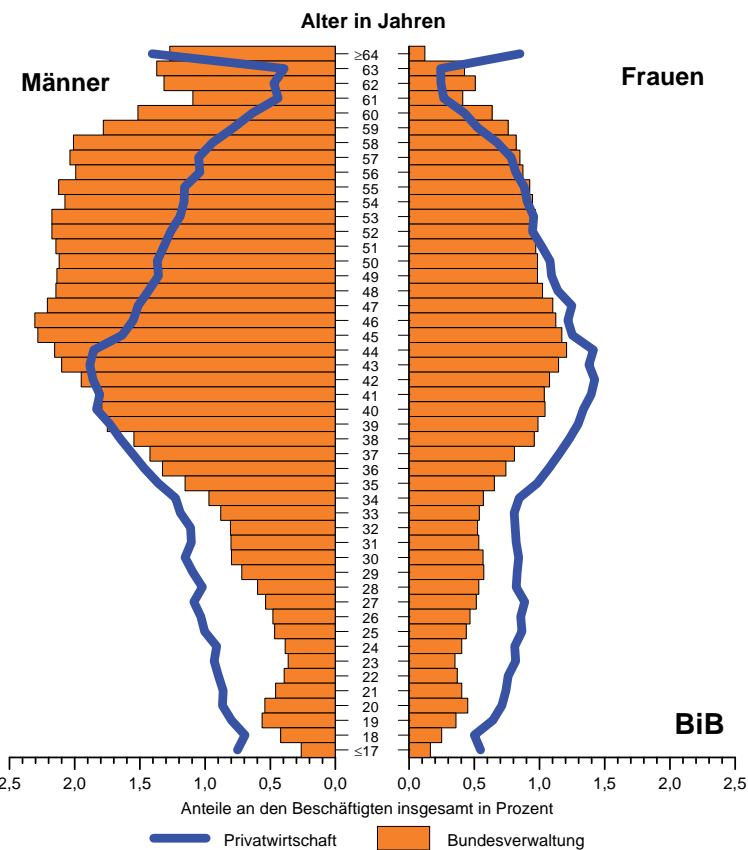
Die demographische Alterung ist für die öffentlichen Haushalte auch deshalb in einem hohen Maß relevant, da diese stark altersstrukturabhängig sind. Dies gilt insbesondere für die Ausgabenseite. Die demographischen Trends können dabei zur Entlastung der öffentlichen Haushalte beitragen, z.B. über verringerte Bildungsausgaben durch den Rückgang der Schülerzahlen. Dieses demographische Einsparungspotenzial muss aber durch eine Anpassung der Ausgabenstrukturen erschlossen werden.

Eine schrumpfende und alternde Gesellschaft wird in den nächsten Jahren nicht nur das Alltagsbild verändern, im Rahmen der demographischen Prozesse werden auch fiskalische Auswirkungen immer deutlicher zu Tage treten. Wenn nicht rechtzeitig tragfähige finanzpolitische oder auch raumordnungsbezogene Maßnahmen



ergriffen werden, ist die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften auf lange Sicht gefährdet, so die zentrale Botschaft des Workshops, dessen Inhalte im Band 39 der Schriftenreihe des BiB veröffentlicht wurden.

Abb. 8: Altersstruktur der Beschäftigten in der Bundesverwaltung im Vergleich zur Privatwirtschaft, 2007 (in %)



Auswirkungen auf die zentralen Arbeitsgebiete der Bundesressorts

Die abzusehenden Schrumpfungs- und Alterungsprozesse in der Bevölkerung und ihre Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der Bundesverwaltung wurden in der Wissenschaft bislang wenig erörtert. Auswirkungen zeigen sich in verschiedenen Dimensionen, wie z. B. im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Bürger und Bundesverwaltung, auf die Alters- und Qualifikationsstruktur des Personals, auf Wissens- und Motivationsprobleme in der Belegschaft und auf die finanziellen Ressourcen der Bundesverwaltung. Die Schwerpunkte dieses Projekts lagen auf den Dimensionen Personal und Wissen in der öffentlichen Verwaltung, da hier die unmittelbaren Auswirkungen zu erwarten sind. Ziel ist es, die Herausforderungen für den Staat als Arbeitgeber und die Handlungsoptionen für eine demographiesensible Personalpolitik darzustellen, um auf die Auswirkungen des demographischen Wandels rechtzeitig und angemessen reagieren zu können.

Im Jahr 2007 waren 289.600 Personen im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Bundes (ohne

Streitkräfte) beschäftigt. Der Anteil der Mitarbeiterinnen in der Bundesverwaltung liegt mit 34 % deutlich unter dem Anteil erwerbstätiger Frauen in der Privatwirtschaft (43 %). Während in der privaten Wirtschaft nur rund ein Viertel der Beschäftigten älter als 50 Jahre waren, stellt die gleiche Altersgruppe in der Bundesverwaltung einen Anteil von über 38 % des Personals (Abb. 8). Das Medianalter der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten lag bei 45 Jahren und damit um mehr als vier Jahre höher als bei den Beschäftigten in der Privatwirtschaft.

Um die zukünftigen Problemstellungen zu veranschaulichen, sind die Personalstrukturen bis zum Jahr 2025 projiziert worden. Die Projektion der Altersstruktur des Personals der Bundesverwaltung basiert auf der Entwicklung der altersspezifischen Beschäftigtenzahlen der Jahre 2000 bis 2007. Mittels der Kohorten-Komponentenmethode entstehen bei diesem Verfahren Zugänge durch Eintritt als Beschäftigter und Abgänge durch Einstufungsgruppen- oder Dienstverhältniswechsel sowie durch Ausscheiden aufgrund von Berufswechsel, Krankheit oder Ruhestand. Basierend auf dieser Projektion ist

in den Jahren bis 2025 mit einer deutlichen Abnahme des Beschäftigungsstandes um mehr als 29 % auf 204.000 Personen zu rechnen.

Das Medianalter wird in den kommenden zehn Jahren weiter ansteigen. Lag es im Jahr 2000 noch bei rund 43 Jahren, betrug es im Jahr 2007 bereits 45 Jahre und steigt voraussichtlich auf fast 48 Jahre im Jahr 2018 an. Erst danach käme es zu einer Abnahme auf etwa 45 Jahre im Jahr 2025.

Für ein demographiensensibles Personalmanagement in der Bundesverwaltung ergeben sich zwei zentrale Empfehlungen:

1. Junges Personal gewinnen: Eine möglichst ausgeglichene Altersstruktur erfordert die frühzeitige Rekrutierung qualifizierten Personals.
2. Leistungsfähigkeit erhalten: Angesichts alternder und schrumpfender Belegschaften ist es erforderlich, das vorhandene Personal durch lebensbegleitendes Lernen und generationenübergreifendes Wissensmanagement kontinuierlich weiterzuqualifizieren.

Aktuelle Veröffentlichungen aus dem BiB zur demographischen Alterung und ihren Folgen

- Micheel, Frank; Ette, Andreas; Scharein, Manfred, 2009: Herausforderungen des demographischen Wandels für die Personalpolitik der Bundesverwaltung. In: Happe, Guido (Hrsg.): Demografischer Wandel in der unternehmerischen Praxis, 2. Auflage, Gabler Verlag: Wiesbaden
- Dorbritz, Jürgen, 2008: Alternde Gesellschaft – der demographische Wandel in Deutschland: Ursachen und Verläufe. In: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften
- Mai, Ralf; Micheel, Frank (Hrsg.), 2008: Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 38
- Mai, Ralf; Swiaczny, Frank, 2008: Demographische Entwicklung – Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 126
- Swiaczny, Frank, 2007: Demographische Alterung der Weltbevölkerung. In: Scholz, Rembrandt; Bucher, Hansjörg (Hrsg.): Alterung im Raum: Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte: 113-129. Norderstedt: Books on Demand (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie; Band 2)
- Ette, Andreas; Micheel, Frank, 2005: Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bundesverwaltung in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30, 4: 501-532
- Micheel, Frank, 2005: Die demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Implikationen für Wirtschaft und Soziales. In: Kerschbaumer, Judith; Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Sozialstaat und demographischer Wandel: Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung: 43-65. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Unger, Rainer, 2005: Das individuelle Rentenzugangsniveau des Jahres 2003. In: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.): Forschungsrelevante Daten der Rentenversicherung (FDZ-RV): Bericht vom zweiten Workshop des FDZ-RV am 27. bis 29. Juni 2005 in Würzburg: 267-280

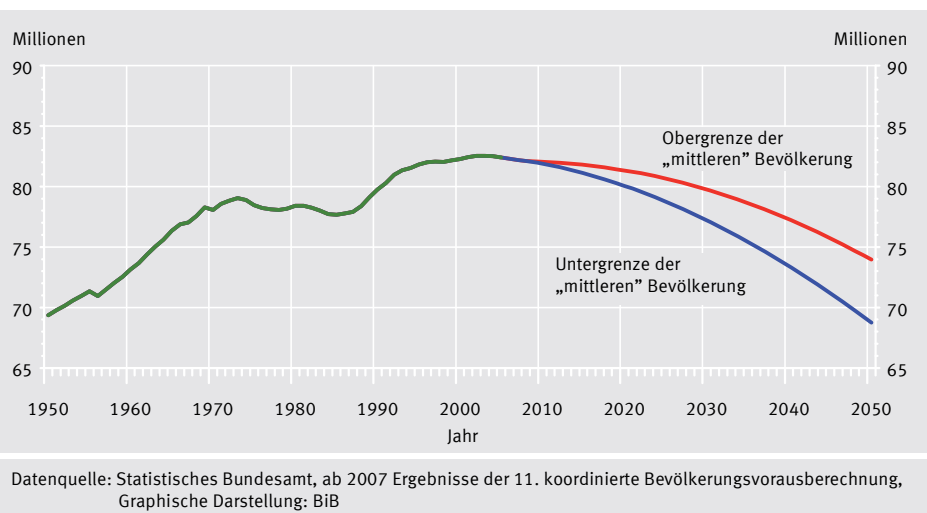
Bevölkerungszahl und -bilanzen

Auf aktuelle Trends der Bevölkerungsentwicklung, aber auch auf das Altern der Bevölkerung, die Geburten- und Sterbehäufigkeiten oder die Zu- und Abwanderungen macht das BiB in seinem schon seit der Gründung vorgelegten Bericht zur demographischen Lage in Deutschland aufmerksam. Dieser erscheint in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, ist aber auch in einer Kurzfassung auf unserer Homepage als Download abrufbar. Der Bericht zur demographischen Lage wird zukünftig in einer veränderten Fassung erscheinen.

Bevölkerung 1950 - 2050

In Deutschland lebten am 31.12.2007 ca. 82,2 Millionen Menschen. Nachdem sich in der Vergangenheit die Einwohnerzahl nahezu kontinuierlich erhöht hatte, ist für den Zeitraum 2003 bis 2007 ein durchgehender Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2003 ist mit 82,4 Millionen die bislang höchste Bevölkerungszahl registriert worden (Abb. 9). Zur demographischen Alterung hat sich somit ein Schrumpfungsprozess ge-

Abb. 9: Bevölkerungszahl in Deutschland, 1950 - 2050 (in Millionen)



sellt. Ob dieser sich in Zukunft fortsetzen wird, hängt in starkem Maß von der Wanderungsbilanz Deutschlands ab.

Geburten, Sterbefälle und Wanderungen

Die Ursache des Anstiegs der Bevölkerungszahl in der Vergangenheit liegt darin, dass mehr Menschen nach Deutschland gezogen als ab-

wandert sind (Abb. 10). Der Zuzugsüberschuss betrug beispielsweise 1991 noch 602 Tsd. Personen, 2000 waren es noch 167 Tsd., bis zum Jahr 2007 sank er auf nur noch 44 Tsd. Personen ab. Im Trend haben sich die Wanderungsgewinne Deutschlands schon seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre verringert. Seit dem Jahr 2003 sind sie so niedrig, dass die negative natürliche Bevölkerungsbilanz (Überschuss der Gestorbenen über die Lebendgeborenen) nicht mehr ausgeglichen wurde.

Die Bilanz der Lebendgeborenen zu den Gestorbenen ist schon seit den 1970er Jahren negativ (Abb. 11). Der Gestorbenenüberschuss hat sich seither bei Schwankungen kontinuierlich vergrößert, da bei einem allmählichen Rückgang der Gestorbenenanzahlen die Geburtenhäufigkeit schnell gesunken ist. Im Jahr 2007 sind 142 Tsd. Personen mehr gestorben als Kinder geboren wurden.

Für die Zukunft prognostiziert das Statistische Bundesamt in seiner 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung weitere Rückgänge der Bevölkerungszahl. Würden jährlich 100 Tsd. Personen mehr zu- als abwandern, dann verringert sich die Bevölkerungszahl auf 68,7 Millionen. Wären es 200 Tsd. Personen, würde nur ein Rückgang auf 73,9 Millionen Einwohner eintreten. Zum Bevölkerungsrückgang wird aber auch der weiter ansteigende Überschuss der Sterbefälle beitragen. Treten die getroffenen Annahmen ein, wird sich 2030 der Sterbefallüberschuss auf 404 bis 434 Tsd. Personen erhöhen. Bis 2050 könnte er in einen Bereich von 566 bis 602 Tsd. Personen ansteigen.

Unterschiedliche Trends in West- und Ostdeutschland

Die Trends der Bevölkerungsentwicklung sind im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) höchst unterschiedlich verlaufen. Bevölkerungsgewinne in

den alten Bundesländern stehen deutlichen Bevölkerungsverlusten in den neuen Bundesländern gegenüber.

Gegenwärtig leben in den alten Bundesländern 65,7 Millionen Menschen, in den neuen Bundesländern 13,1 Millionen und Berlin zählt 3,4 Millionen Einwohner. Bis 2005 hatte sich die Einwohnerzahl in den alten Bundesländern stetig erhöht. 2006 und 2007 sind erstmals seit langem leichte Rückgänge zu verzeichnen. Die seit den 1970er Jahren negative natürliche Bevölkerungsbilanz steigt ab 1994 kontinuierlich an und kann seit 2006 nicht mehr durch die positive Wanderungsbilanz kompensiert werden.

In den neuen Bundesländern ist sowohl die natürliche Bevölkerungsbilanz als auch die Wanderungsbilanz negativ. Beide haben dazu beigetragen, dass zwischen 1990 und 2007 ein Bevölkerungsrückgang um 1,6 Millionen Menschen auf 13,1 Millionen eingetreten ist.

Ausländische Bevölkerung

Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer beträgt nach der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamts 7,2 Millionen. Das entspricht einem Anteil von 8,8 %. Die Anteile schwanken stark zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Der höchste Anteil mit 14,3 % findet sich in Hamburg. Der niedrigste Anteil kennzeichnet Sachsen-Anhalt mit 1,9 %.

Die Zahl der Ausländer sollte nicht mit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund verwechselt werden, über die aktuell intensiv diskutiert wird. Die Zahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund belief sich 2006 auf 15,1 Millionen Menschen (18,4 %).

Demographisches Wissen zur Bevölkerungszahl

Zusätzliche Forschung zur Entwicklung der Einwohnerzahl über die Analyse des demographischen Trends hinaus hat das BiB lediglich im

Abb. 10: Bilanz der Zu- und Fortzüge in Deutschland, 1991 - 2007 (in 1.000)

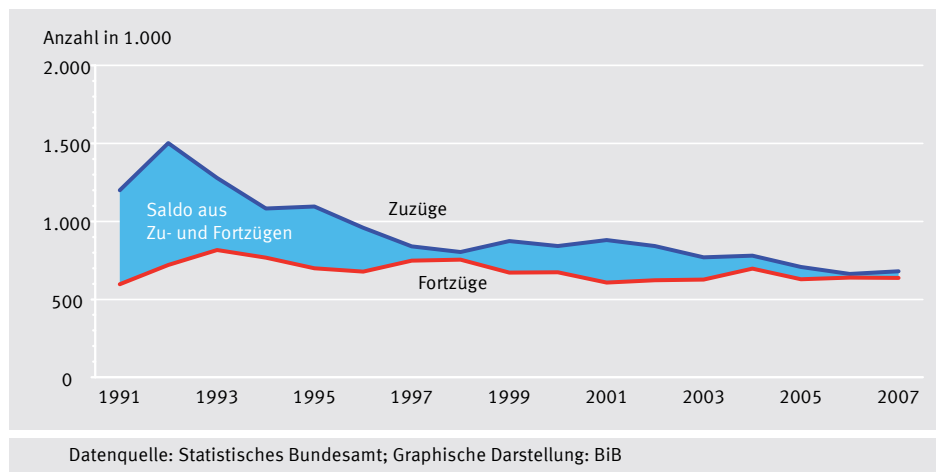
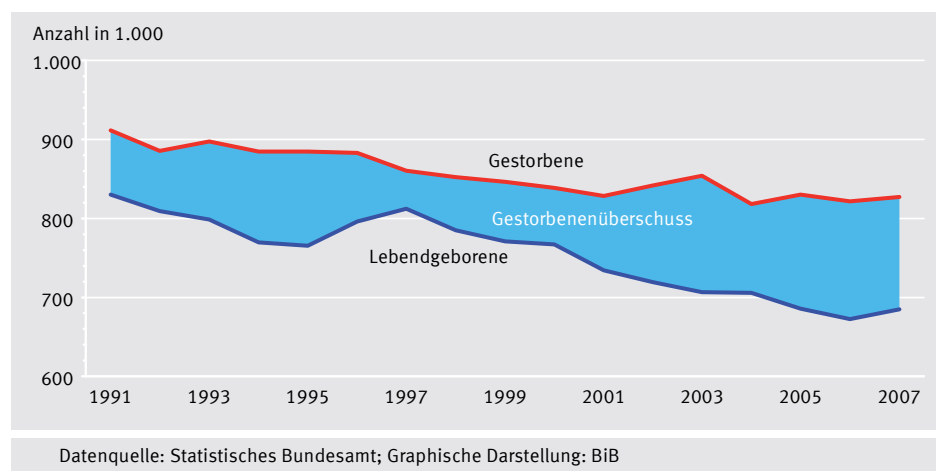


Abb. 11: Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen, 1991 - 2007 (in 1.000)



Rahmen der Population Policy Acceptance Study (**siehe Projektbeschreibung S. 31**) betrieben. Aufgrund der hohen Medienpräsenz demographischer Themen etwa seit dem Jahr 2000 lässt sich annehmen, dass sich in der Bevölkerung Kenntnisse über demographische Prozesse vertieft haben. Im Rahmen der PPAS ging das BiB dieser These nach.

Erfragt wurden im Kontext der Forschung zum demographischen Wissen der Bevölkerung die Kenntnisse zur Zahl der Bevölkerung in Deutschland und zur Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer.

Die Angaben der Befragten zur Einwohnerzahl in Deutschland sind relativ genau. Zum Zeitpunkt der Befragung 2003 lebten 82,5 Millionen Menschen in Deutschland. Der durchschnittliche Schätzwert in der PPAS betrug 87,7 Millionen. Ist- und Schätzwert weichen nur um 6,3 % voneinander ab. Noch treffender waren nur die Angaben zur Lebenserwartung.

Ein gänzlich anderes Bild bieten die Angaben zur Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer. Sie betrug im Jahr vor der Befragung 7,3 Millionen und wurde mit 10 Millionen um 36,4 % überschätzt.

Zwischen sozialen Gruppen gibt es eine ganze Reihe von Unterschieden in den angegebenen Werten. Männer überschätzen mit 89,4 Millionen die Zahl der Einwohner Deutschlands stärker als Frauen (85,9 Millionen). Im Westen wird die Zahl mit 90,3 Millionen über- und im Osten mit 77,8 Millionen unterschätzt und Jüngere nehmen eine höhere Bevölkerungszahl als Ältere an. Ähnlich sind die Wissensunterschiede auch bei der Zahl der Ausländer. Frauen gaben mit 10,3 Millionen einen höheren Wert als Männer an (9,8 Millionen). Im Osten (8,4 Millionen) wird weniger überschätzt als im Westen (10,4 Millionen). Des Weiteren gilt: Jüngere Befragte überschätzen tendenziell die Zahl der Ausländer stärker als Ältere und je niedriger der Bildungsabschluss, desto höher sind die Angaben zur Zahl der Ausländer in Deutschland (z. B. Befragte ohne Abschluss: 12,4 Millionen).

Einstellungen zur ausländischen Bevölkerung

Zunächst ist auf die Zahl von 7,3 Millionen Ausländern Bezug nehmend gefragt worden, ob dies als zu viel, zu wenig oder gerade richtig angesehen wird. Danach sind 62,5 % aller Befragten der Auffassung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben. 2,0 % sagen, dass es zu wenige sind und 35,6 % meinen, dass es weder zu viele noch zu wenige sind. Frauen und Männer, Ältere und Jüngere denken in diesem Punkt sehr ähnlich. Die Auffassung, nach der die Anzahl der ausländischen Bevölkerung als zu hoch angesehen wird, ist in Ostdeutschland noch deutlicher auffindbar (70,6 %). Dem entspricht auch die hohe Zustimmung (81,8 %) zu der Aussage, dass es eine jährliche Höchstgrenze beim Zuzug von Ausländern geben sollte (Tab. 4).

Wenn im Zusammenhang mit Ausländern an Nationalitäten gedacht wird, dann wird in erster Linie die türkische Bevölkerung wahrgenommen, die ja auch die größte Nationalitätengruppe in Deutschland bildet. Ihr Bevölkerungsanteil ist aber bei weitem nicht so hoch, wie die Assoziation Ausländer = Türke glauben machen könnte. 69,7 % haben auf die Frage „Wenn wir von Ausländern in unserem Land sprechen, an welche Nationalität denken Sie da?“ mit Türken geantwortet. Wahrgenommen werden auch Osteuro-

päer (Russen: 8,4 %, Polen: 3,7 % und Russlanddeutsche: 2,0 %) sowie Italiener (3,4 %).

Die Sicht der Bevölkerung auf die Ausländer ist ambivalent. In den vorliegenden Ergebnissen ist aber keine generelle Ausländerfeindlichkeit aufgefunden worden. Die Aussage „Deutschland gehört den Deutschen, für Ausländer ist kein Platz“ fand nur zu 14,4 % Zustimmung und ist von 63,5 % abgelehnt worden. Die Mehrheit der Deutschen (52,4 %) sieht die Anwesenheit von Ausländern als einen Vorteil an, weil sie den Austausch mit anderen Kulturen erlaubt. Noch höher war die Zustimmung dazu, dass die eigenen Kinder im selben Klassenzimmer Unterricht haben sollten wie die Kinder von Zuwanderern (74,5 %).

Ausländer werden schon als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt gesehen. 33,7 % stimmten mit der Antwortvorgabe „Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg“ überein. Allerdings ist an dieser Stelle auf die Meinungen der ostdeutschen Befragten hinzuweisen, die dazu eine deutlich kritischere Meinung als die Westdeutschen vertreten (die deutsch-deutschen Unterschiede werden auf der folgenden Seite noch ausführlicher behandelt).

Auch werden Ausländer kaum mehr als diejenigen angesehen, die die Arbeiten übernehmen, die Deutsche nicht machen wollen. Hier beträgt der Anteil der zustimmenden Antworten 32,5 %.

Dagegen wird die ausländische Bevölkerung stärker mit Kriminalität und Terror in Verbindung gebracht. Die Aussage, „die Zunahme der ausländischen Bevölkerung begünstigt die Ausbreitung von Kriminalität und Terrorismus“ fand bei 61,8 % Zustimmung. Nur ein kleiner Teil von 17,8 % stimmte an dieser Stelle nicht zu. Von der deutschen Bevölkerung wird wenig unterstützt, dass Ausländer nach fünf Jahren ein kommunales Wahlrecht haben (nur 37,8 % Zustimmung). Fast die Hälfte ist aber der Meinung, dass sie schnell die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollten (45,4 %).

Sehr kritisch wird illegale Einwanderung gesehen. Die Forderung, dass alle illegal Eingewanderten ausgewiesen werden sollten, fand bei 72,8 % Zustimmung. Die Befragten sind gegen eine generelle Amnestie für illegale Einwanderer (nur 16,0 % stimmten einer Generalamnestie zu) und die Forderung, Firmen, die illegale beschäftigen, sollten hohe Geldstrafen erhalten, fand mit 87,5 % ein hohes Maß an Zustimmung.

In starkem Maße wird von der ausländischen Bevölkerung Integration gefordert. 86,4 % finden, dass Ausländer, die sich länger in Deutschland aufhalten wollen, auch die Sprache, Bräuche und Regeln lernen sollten. Die Integrationsforderung zeigt sich auch in der Bewertung von Maßnahmen, die die Bundesregierung durchführen könnte. Integration sollte stärker gefördert werden (59,4 % Zustimmung) und Ausländer, die sich nach fünf Jahren nicht integriert haben, sollten nach Meinung der Befragten in ihr eigenes Land zurückkehren. Eine Mehrheit an Zustimmung (57,8 %) fand sich auch für einen erleichterten Zugang gut ausgebildeter Ausländer in den Arbeitsmarkt.

In einigen wenigen Punkten denken West- und Ostdeutsche ähnlich über das Thema „Ausländer in Deutschland“. Im Trend sind in Ostdeutschland aber kritischere Haltungen gegenüber Ausländern anzutreffen. Wir gehen davon aus, dass in den neuen Bundesländern Existenzsorgen und die damit stärker gegebene Konkurrenzsi-

tuation zur ausländischen Bevölkerung die negativeren Haltungen speisen.

Dazu einige Beispiele (Tab. 4):

- Die Anwesenheit von Ausländern wird viel seltener als Vorteil angesehen (Zustimmung West: 55,3 %, Ost: 40,9 %).
- Ausländer werden viel häufiger als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt eingestuft (Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg, Zustimmung West: 30,3 %, Ost: 47,2 %).
- Dem Ausweisen illegaler Einwanderer wird im Osten viel häufiger zugestimmt (West: 70,7 %, Ost: 81,2 %).
- Die Forderung, dass schlecht Integrierte in ihre Heimatländer zurück geschickt werden sollen, wird deutlich stärker bejaht (West: 58,8 %, Ost: 74,1 %)
- Die Förderung der Integration von Ausländern wird seltener befürwortet (West: 62,5 %, Ost: 47,2 %).

Tab. 4: Aussagen zum Thema „Ausländer in Deutschland“ („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Maßnahmen		Insges.	West	Ost
		%		
1.	Die Anwesenheit von Ausländern ist ein Vorteil, weil sie den Austausch mit anderen Kulturen erlaubt	52,4	55,3	40,9
2.	Ausländer sind wichtig, um die Arbeit zu erledigen, die Deutsche nicht mehr machen wollen	32,5	34,5	24,6
3.	Die Zunahme von Ausländern begünstigt die Ausbreitung von Kriminalität und Terrorismus	61,8	59,9	69,3
4.	Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg	33,7	30,3	47,2
5.	Deutschland gehört den Deutschen, für Ausländer ist kein Platz	14,4	12,9	20,4
6.	Ausländer, die länger in unserem Land leben wollen, müssen unsere Sprache lernen und sich an die Bräuche und Regeln gewöhnen	86,4	86,2	87,2
7.	Kinder von Einwanderern sollten in der Schule im selben Klassenzimmer Unterricht haben wie mein eigenes Kind	74,5	74,4	74,7
8.	Es sollte eine Höchstgrenze geben, wie viele Ausländer jährlich ins Land dürfen	81,8	80,7	85,9
9.	Ausländer, die mindestens fünf Jahre in unserem Land gelebt haben, sollten in Kommunalwahlen das Wahlrecht erhalten	37,8	37,7	38,4
10.	Alle illegalen Einwanderer sollten aus unserem Land ausgewiesen werden	72,8	70,7	81,2
11.	Ausländer, die integriert sind, sollten so schnell wie möglich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten	45,4	45,9	43,4
12.	Firmen, die illegale Einwanderer beschäftigen, sollten eine hohe Geldstrafe bekommen	87,5	86,3	92,1
13.	Die Bundesregierung sollte allen illegalen Einwanderern von Zeit zu Zeit eine generelle Amnestie gewähren	16,0	16,7	13,0
14.	Die Integration von Ausländern sollte gefördert werden	59,4	62,5	47,2
15.	Ausländer, die mindestens fünf Jahre in unserem Land gelebt haben und sich nicht integriert haben, sollten in ihr eigenes Land zurückkehren	61,9	58,8	74,1
16.	Für gut ausgebildete Ausländer sollte es erleichtert werden, in Deutschland zu arbeiten	57,8	59,5	51,1

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Geburten

Geburtenhäufigkeit

Im Jahr 2007 sind in Deutschland 684,9 Tsd. Kinder geboren worden, das sind etwa 12 Tsd. Kinder mehr als im Vorjahr. Damit sind erstmalig seit 1997 die Geburtenzahlen wieder leicht angestiegen. Im Vergleich zu den 1960er und 1970er Jahren ist das Geburtenniveau sehr niedrig. 1960 kamen in Deutschland noch 1261,6 Tsd. Kinder zur Welt. 1990 waren es immerhin noch 905,7 Tsd.

Die zusammengefasste Geburtenziffer (zur Berechnung und der Messgenauigkeit siehe untenstehende Definitionsbox) des Jahres 2007 betrug 1,37 Kinder je Frau. Der Anstieg von 1,33 in 2006 ist somit außerordentlich gering ausgefallen. Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern bestehen nicht mehr.

Deutschland ist damit weiterhin ein Niedrig-Fertilitäts-Land. Das niedrige Geburtenniveau

ist die Ursache dafür, dass die Kindergeneration jeweils immer um etwa ein Drittel kleiner als die Elterngeneration ist und damit einer der Gründe für das schnelle Altern der Bevölkerung.

Der langfristige Trend – zusammengefasste Geburtenziffern und endgültige Kinderzahlen

Im langfristigen Trend sind sowohl die zusammengefassten Geburtenziffern nach Kalenderjahren als auch die endgültigen Kinderzahlen nach Geburtsjahrgängen gesunken. Die [Abbildungen 12 und 13](#) zeigen allerdings zwei ganz unterschiedliche Bilder des Geburtenrückgangs.

Der Rückgang der zusammengefassten Geburtenziffer von nahezu 5 Kindern je Frau auf das heutige Niveau von etwa 1,4 Kindern fand über größere Schwankungen statt ([Abb. 12](#)). Der Verlauf ist von zwei Geburtenrückgängen und einigen krisenbedingten Schwankungen geprägt. Der erste Geburtenrückgang fand in der Zeit des Übergangs vom 19. in das 20. Jahrhundert statt. Die zusammengefasste Geburtenziffer fiel zwischen 1890 und 1915 von 4,7 auf 2,9. Dieser Geburtenrückgang ist Teil eines umfassenden, mit den Folgen der Industrialisierung verbundenen demographischen Wandels. In der Phase des Übergangs sind zunächst die Sterbeziffern als unmittelbare Reaktion auf die Veränderung der Lebensbedingungen (Eindämmung von Seuchen, verbesserte Hygiene, gesündere Ernährung) zurückgegangen. Zeitlich verzögert folgten dann die Geburtenziffern, deren Rückgang mit dem Wissen einherging, dass in einer modernisierten Gesellschaft weniger Kinder pro Familie die Zukunftschancen dieser Kinder verbessern. Das Zusammenspiel von bereits gesunkenen Sterbeziffern und noch hohen Geburtenziffern verursachte die Bevölkerungsexplosion in der damaligen Zeit. Aufgrund des Verlaufs der Geburten- und Sterbeziffern in dieser Zeit in einer Vielzahl von Ländern ist das Schema des demographischen Übergangs entwickelt worden.

An die Zeit des ersten demographischen Übergangs schließen sich starke Schwankungen der zusammengefassten Geburtenziffer an, die die Ursache für die Unregelmäßigkeiten im Alters-

Definition: Zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wieviele Kinder 1000 Frauen zur Welt bringen würden, wenn das Fertilitätsniveau des jeweiligen Kalenderjahres über das gesamte gebärfähige Alter zwischen dem 15. und 49. Lebensjahr konstant bleiben würde.

In jüngster Zeit haben die Demographen sehr viel Forschung in die Frage nach der Messgenauigkeit dieser Kennziffer investiert. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Geburtenziffern in Zeiten des schnellen Anstiegs des durchschnittlichen Gebäralters besonders niedrige Werte aufwiesen, ist nach der Größenordnung dieses Effekts, dem sogenannten Tempoeffekt, gesucht worden. Das niedrige Geburtenniveau ist danach auf zwei Faktoren zurückzuführen: erstens den Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau und zweitens die Unterschätzung des Geburtenniveaus durch die zusammengefasste Geburtenziffer bei steigendem Gebäralter (negativer Tempoeffekt). Aufgrund dessen sind verschiedene Vorschläge zur Berechnung einer angepassten Geburtenziffer gemacht worden.

Berechnungen für verschiedene europäische Länder zeigen, dass bis auf Ausnahmen die angepasste Geburtenziffer die zusammengefasste Geburtenziffer um etwa 0,2 übersteigt.

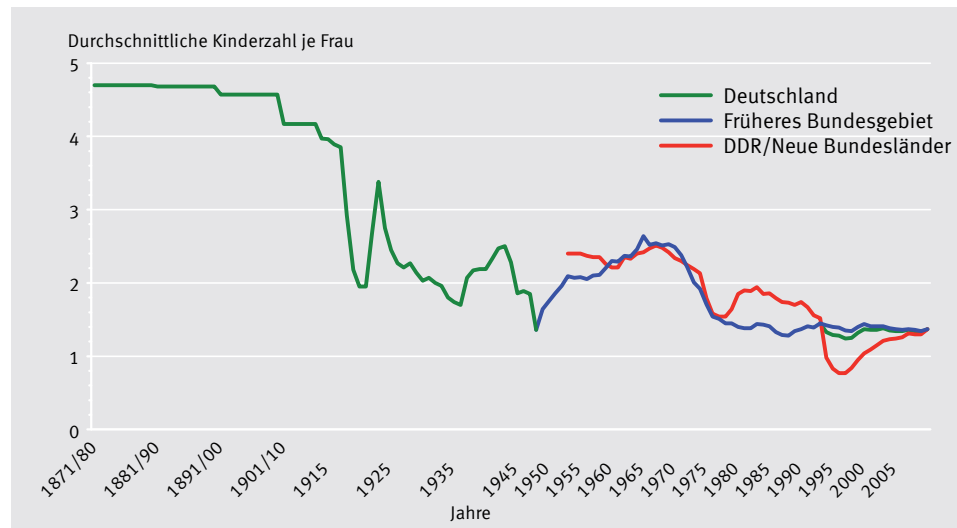
aufbau der deutschen Bevölkerung sind. Die Geburtenentiefs sind entstanden in der Zeit des Ersten Weltkriegs, der Weltwirtschaftskrise und der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Der Zeit des Zweiten Weltkriegs folgt gleichermaßen in beiden Teilen Deutschlands das Geburtenhoch der Nachkriegszeit, das im früheren Bundesgebiet durch den zweiten Geburtenrückgang abgelöst wird. Aufgrund der relativen Gleichzeitigkeit in Europa wird diese Zeit nach Dirk van de Kaa auch als Europe's Second Demographic Transition bezeichnet. Vom zweiten Geburtenrückgang sind damals alle Bevölkerungswissenschaftler gründlich überrascht worden. Der Gründungsdirektor des BiB, Hermann Schubnell, schrieb dazu Ende der 1980er Jahre: „Millionen von Frauen, von Ehepaaren in Ländern mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnungssystemen, mit kommunistischen, sozialistischen und kapitalistischen Ideologien, mit höchst divergierenden Lebensformen, Lebensstandards und sozialen Sicherungssystemen begannen fast zum gleichen Zeitpunkt und fast in gleichem Ausmaß, die Zahl ihrer Kinder zu beschränken“. Ron Lesthaeghe berichtete 2004, dass man zunächst einen Zusammenhang zur Ölkrise vermutete. Es dauerte geraume Zeit, bis der Geburtenrückgang mit einem generellen Wertewandel in Verbindung gebracht wurde.

Der Geburtenrückgang war aus Lesthaeghes Sicht verknüpft mit:

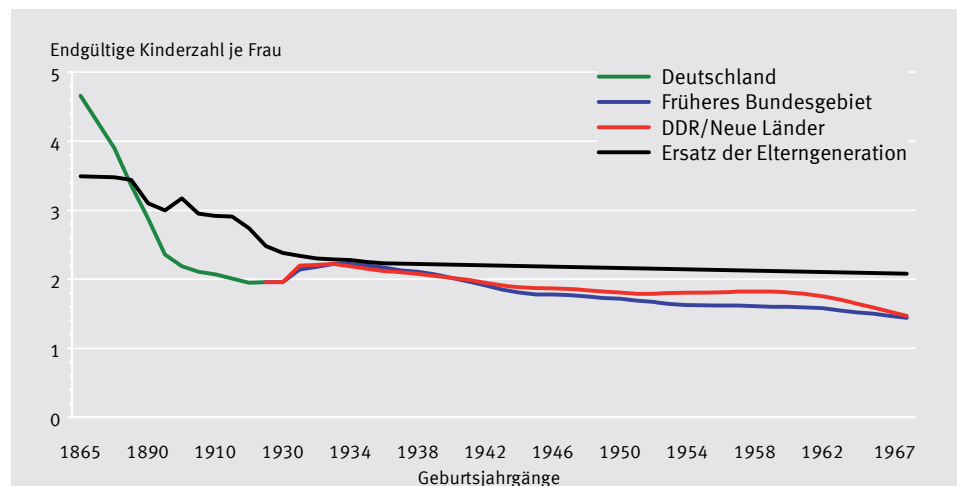
- der Betonung der individuellen Autonomie in ethischer, moralischer und politischer Hinsicht,
- der damit einhergehenden Ablehnung aller Formen institutioneller Kontrolle und Autorität und
- mit der zunehmenden Verbreitung expressiver Werte, die mit den höheren Bedürfnissen der Selbstverwirklichung verbunden sind.

Abb. 12: Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871 - 2007



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

Abb. 13: Endgültige Kinderzahlen nach Geburtsjahrgängen 1865 - 1967 und die für den Ersatz der Elterngeneration notwendige Kinderzahl



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen BiB, Graphische Darstellung: BiB

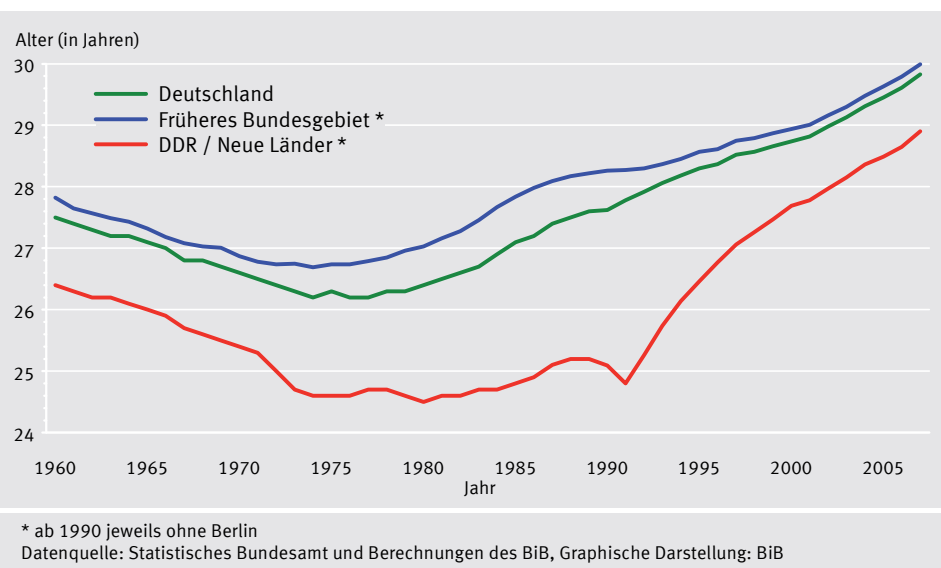
Beide Geburtenrückgänge unterscheiden sich inhaltlich voneinander, z.B. hinsichtlich der Gründe des Geburtenrückgangs, aber auch im Hinblick auf das Zusammenwirken von Geburten- und Sterbehäufigkeiten. Sie sind aber aus der familiensoziologischen Sicht, was den Wandel der Institution Ehe und Familie betrifft, miteinander verknüpft. Im ersten Geburtenrückgang hat sich die heutige Normalfamilie (verheiratete Eltern mit Kindern) als Mainstream-Modell herausgebildet. Mit dem zweiten Geburtenrückgang beginnt die Dominanz dieser Familienform zu schwinden. Selbstverwirklichung, Erwerbsorientierung der Frau oder außerhäusliche Anerkennung wurden immer bedeutsamer und gehen mit geringeren Kinderzahlen einher.

Seit dem Ende des zweiten Geburtenrückgangs in der Mitte der 1970er Jahre ist das Geburtenniveau, gemessen an der zusammengefassten Geburtenziffer zumindest in Westdeutschland weitestgehend stabil. In der ehemaligen DDR blieb der Wechsel zwischen Geburtentiefs und -hochs erhalten. Dem Nachkriegsgeburtenhoch folgte ein Rückgang, der auf den Zugang zu Kontrazeptiva 1965 und auf die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1972 zurückzuführen ist. Als Reaktion auf pronatalistische Maßnahmen (u.a. Geburtenprämie, bezahlte Freistellung nach der Geburt, Ehekredit) gemeinsam mit dem Nachholen von Geburten begann in der Mitte der 1970er Jahre ein weiterer Geburtenanstieg. Ein deutlicher Einbruch der Geburtenhäufigkeit – verbunden mit dem Ende der DDR – trat dann in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein. Der schnelle soziale Wandel, individuelle Unsicherheiten oder Existenzsorgen ließen einen Teil der Frauen ihre Geburtenbiographie abbrechen. Die Jüngeren haben mit einem Verschieben der Familiengründung in einen späteren Lebensab-

Bild (Abb. 13). Dabei ist zu beachten, dass durch das BiB die endgültigen Kinderzahlen der jüngeren Geburtsjahrgänge geschätzt worden sind.

Der ausgeglichene Verlauf ist ein Indiz dafür, dass die starken Schwankungen der zusammengefassten Geburtenziffer durch das Aufschieben und Nachholen von Geburten entstanden sind (Timingeffekte). Starke Rückgänge finden sich bei den Frauenjahrgängen, die zwischen 1865 und 1900 geboren wurden. Sie sind die Träger des Geburtenrückgangs in der Zeit des ersten demographischen Übergangs. Ein kurzer Wiederanstieg ist bei den nach 1930 Geborenen zu verzeichnen. Dies sind die Jahrgänge, die mit ihrem generativen Verhalten das Nachkriegsgeburtenhoch verursacht haben. Danach gehen die endgültigen Kinderzahlen allmählich zurück. Für den Geburtsjahrgang 1967 ist eine endgültige Kinderzahl von etwa 1,47 (geschätzt) zu erwarten. In den neuen Bundesländern liegt dieser Wert für den gleichen Jahrgang mit 1,54 (geschätzt) noch ein wenig höher.

Abb. 14: Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007 (in Jahren)



schnitt reagiert. Das Zusammenspiel beider Prozesse hat zu dem rasanten Absinken der Geburtenziffern geführt. In der zweiten Hälfte setzte dann ein erneuter Anstieg des Geburtenniveaus ein, dessen vorläufiges Ergebnis eine exakt gleiche zusammengefasste Geburtenziffer in beiden Regionen Deutschlands ist.

Der Verlauf des Geburtenrückgangs, betrachtet nach den endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge, zeigt ein deutlich ausgeglicheneres

Altersspezifische Geburtenziffern

Kinder in Deutschland werden immer später im Lebensverlauf ihrer Eltern geboren. Im Jahr 2007 betrug das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder 29,8 Jahre¹. 1990 waren es noch 27,6 Jahre (Abb. 14).

Die Gründe für das spätere Kinderkriegen sind ähnlich vielfältig und ebenso stark mit der Individualisierung von Entscheidungen zum Lebensverlauf verbunden, wie die Frage der Eheschließung. Als besondere Einflussfaktoren gelten die längeren Ausbildungszeiten und die steigende Bildung, die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren oder die Einstellung, erst Kinder zu bekommen, wenn die angestrebte berufliche Position erreicht ist und dem Kind eine gesicherte Zukunftsperspektive geboten werden kann.

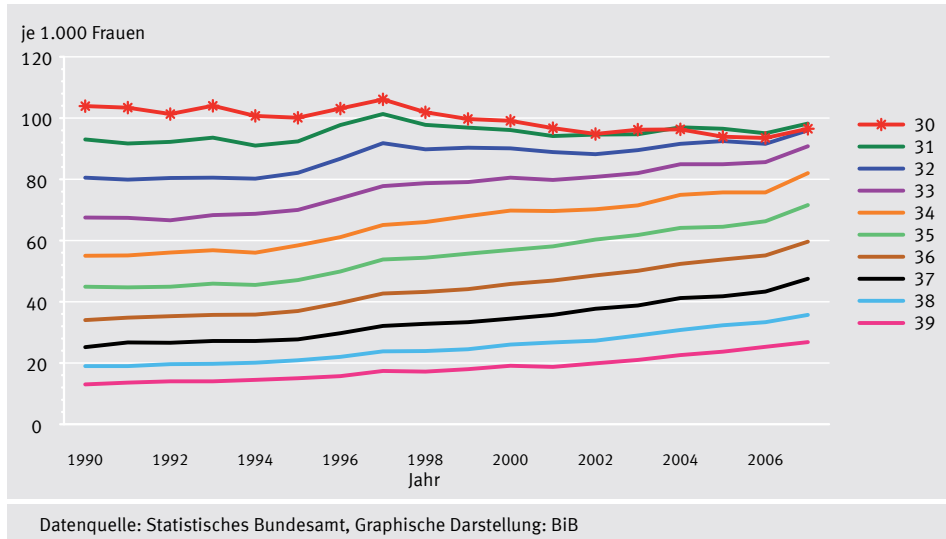
¹ Dieser Wert ist anhand der altersspezifischen Geburtenziffern berechnet worden. Erfolgt die Berechnung auf der Basis der Zahl der Lebendgeborenen nach dem Alter der Mutter, beträgt das durchschnittliche Gebäralter 30,2 Jahre.

Damit hat sich die altersspezifische Verteilung der Geburtenziffern zwischen dem 15. und 49. Lebensjahr in zweifacher Hinsicht verändert. Erstens ist die linkssteile Verteilung in eine fast Normalverteilung übergegangen. Zweitens sind die Gipfelwerte deutlich niedriger geworden.

Nach wie vor bestehen Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern. Westdeutsche Frauen bekommen ihre Kinder im Alter von 30 Jahren, die ostdeutschen Frauen sind ca. ein Jahr jünger. Allerdings verläuft der Anstiegstrend in den neuen Bundesländern in einem höheren Tempo, so dass eine zukünftige Angleichung zu erwarten ist. Nach wie vor ist das durchschnittliche Gebäralter verheirateter Frauen höher. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren 2007 die verheirateten Frauen 30,2 und die unverheirateten Frauen 28,1 Jahre alt. Bei beiden ist ein weiterer Anstieg des Gebäralters zu verzeichnen.

Im Zuge dieses Trends sind die altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen über 30 Jahre deutlich angewachsen (Abb. 15). Dies ist in noch stärkerem Maße in den neuen Bundesländern zu beobachten, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kommend. Aufmerksam zu machen ist auf die Situation im Jahr 2007, in dem es schnellere Anstiege der altersspezifischen Geburtenziffern gegeben hat, die auf die Einführung des Elterngeldes zurückzuführen sein dürften. Ob sich dieser Effekt allerdings fortsetzt, bleibt abzuwarten. Noch können die familiendemographischen Wirkungen des Elterngeldes nicht abschließend beurteilt werden, da nicht abgeschätzt werden kann, ob es sich um Timingeffekte oder eine nachhaltige Entwicklung handelt. Es besteht die Möglichkeit, dass Geburten im Jahr 2006 aufgeschoben wurden und dann erst 2007 erfolgten. Letztlich kann die Situation erst beurteilt werden, wenn die endgültigen Kinderzahlen für die betreffenden Geburtsjahrgänge vorliegen.

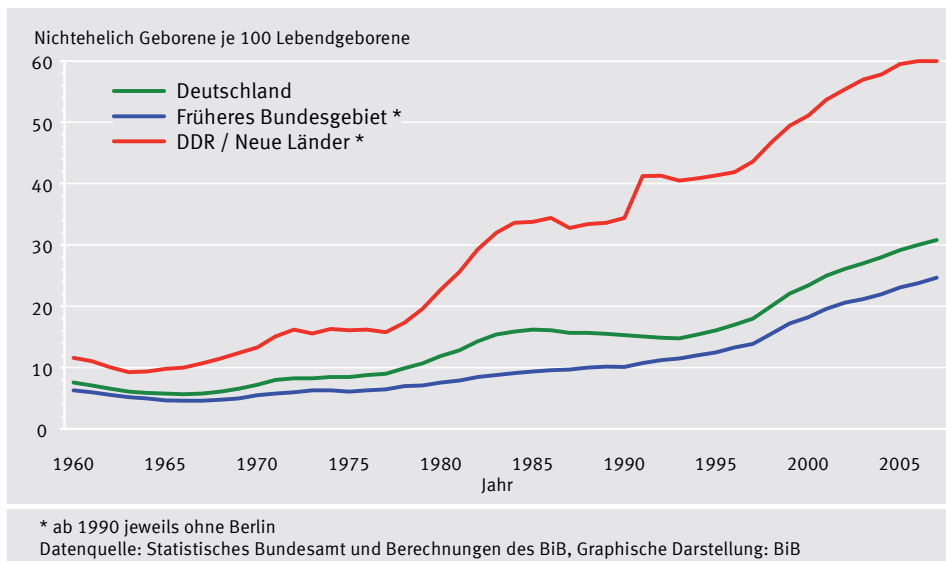
Abb. 15: Altersspezifische Geburtenziffern deutscher Frauen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren im früheren Bundesgebiet, 1990 - 2007 (je 1000 Frauen)



Nichteheliche Geburten

Der Anstiegstrend bei den Anteilen der Kinder, die von nicht verheirateten Müttern zur Welt gebracht werden, setzt sich bei starken Unterschieden zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern unvermindert fort (Abb. 16). In den neuen Bundesländern werden inzwischen 60 % aller Kinder nichtehelich geboren. Da diese Mütter jünger als die verheirateten sind, trägt diese Situation zum niedrigeren durchschnittlichen Gebäralter in den neuen Bundesländern bei. Seit 2005 ist aber ein Abflachen des Anstiegs nichtehelicher Geburten zu erkennen. Im früheren Bundesgebiet setzte sich der Anstieg unvermindert fort, erreichte in 2007 allerdings nur einen Wert von 25 %.

Abb. 16: Anteile der von unverheirateten Frauen geborenen Kinder im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007 (in %)



Definition und Datenlage: Kinderlosigkeit

Mit der Kinderlosigkeit wird angegeben, wie viele Frauen und Männer eines Geburtsjahrgangs niemals leibliche Eltern geworden sind.

Exakte Berechnungen der Kinderlosigkeit waren in Deutschland anhand der Daten der amtlichen Statistik bislang aus zweierlei Gründen nicht möglich. Erstens sind in der Geburtenstatistik die Lebendgeborenen nach der Parität nur in der jeweils bestehenden Ehe klassifiziert worden. Um die Kinderlosigkeit zu berechnen, muss der Anteil der Frauen bekannt sein, die wenigstens ein Kind geboren haben. Für die nichtehelich Lebendgeborenen musste dieser Anteil geschätzt werden, was insbesondere in den neuen Bundesländern bei einer Nichtehelichenquote von über 50 % zu deutlichen Abweichungen geführt hat.

In der zweiten Datenquelle, dem Mikrozensus, wurde bis 2007 nicht nach der Zahl der leiblichen Kinder, sondern nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder gefragt. Zur Schätzung der Kinderlosigkeit wurde die Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen Frauen herangezogen, für die angenommen wurde, dass nur noch wenige erste Kinder geboren werden und nur wenige Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Dies hat insbesondere bei der Kinderlosigkeit der Hochqualifizierten zu Überschätzungen geführt.

In jüngster Zeit hat sich die Situation durch eine Freiwilligenbefragung (veröffentlicht durch das Statistische Bundesamt in „Geburten in Deutschland“) und durch die Aufnahme der Frage nach der Zahl der geborenen Kinder in den Mikrozensus 2008 (Daten lagen bei Redaktionsschluss dem BiB noch nicht vor), deutlich gebessert.

Kinderlosigkeit

Kinderlosigkeit gilt nach wie als ein untererforshtes demographisches Thema, obwohl Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe Kinderlosigkeit aufweist. Allerdings gilt die Datenlage als unsicher, da die Bevölkerungswissenschaftler gezwungen waren, die Anteile kinderloser Frauen anhand verschiedener Datensätze zu schätzen (vgl. die Textbox „Kinderlosigkeit“ auf dieser Seite).

Die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen folgende Situation:

- Die Kinderlosigkeit steigt in Deutschland wie im internationalen Maßstab an. Im früheren Bundesgebiet ist der Anstieg schon seit längerem zu beobachten. Der erreichte Anteil kinderloser Frauen ist überdurchschnittlich hoch. Die Schätzungen über die Anteile kin-

derloser Frauen gehen auseinander, bestätigen aber den ansteigenden Trend.

- Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern bestehen erhebliche Unterschiede bei der Kinderlosigkeit. In der ehemaligen DDR war Kinderlosigkeit außerordentlich niedrig. In jüngster Zeit ist, beginnend mit den Geburtsjahrgängen ab der Mitte der 1960er Jahre, auch in den neuen Ländern ein Anstieg zu verzeichnen.
- Die Schätzungen über die Anteile kinderloser Frauen gehen auseinander, bestätigen aber einheitlich die Anstiegstrends und die West-Ost-Unterschiede. Im Geburtsjahrgang 1940 ist mit den verschiedenen Schätzungen ein Anteil kinderloser Frauen von ca. 10 % sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Bundesländern ermittelt worden. Für den Geburtsjahrgang 1965 sind für das frühere Bundesgebiet Werte um 25 % geschätzt worden. Für die neuen Bundesländer sind es 12 %. Für den Geburtsjahrgang 1967 könnte der Wert im Westen auf 28 % und im Osten auf 15 % steigen. Ähnliches zeigt auch die Freiwilligenbefragung des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der geborenen Kinder. Der Kinderlosenanteil bei den Frauen im früheren Bundesgebiet beträgt 19 % in den Jahrgängen 1952 - 1956 und 23 % in den Jahrgängen 1957 - 1961. In den neuen Bundesländern waren die Frauen, die zwischen 1957 und 1961 geboren wurden, zu 10 % kinderlos.
- Eine höhere Kinderlosigkeit ist bei den Hochqualifizierten anzutreffen. Die Schere zwischen den Akademikerinnen und den übrigen Qualifikationsgruppen ist bei den jüngeren Geburtsjahrgängen weiter auseinander gegangen. Allerdings stimmen Angaben zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen von über 40 % nicht. Analysen auf der Basis des Mikrozensus zeigen, dass Akademikerinnen des Geburtsjahrgangs 1960 im früheren Bundesgebiet zu ca. 30 % kinderlos waren. Für den Jahrgang 1965 ist ein Wert von 38 % berechnet worden.
- Wenig erforscht sind bislang die Wege in die Kinderlosigkeit. Es scheint einen relativ kleinen Anteil von Frühentscheidern zu geben, für die schon um das 20. Lebensjahr feststeht, keine Kinder haben zu wollen. Die Mehrheit dürfte die Entscheidung gegen Kinder erst relativ spät im Biographieverlauf fällen. Sei es, weil dann kein geeigneter Part-

ner für eine Familiengründung vorhanden ist oder sich eine Gewöhnung an einen Lebensstil ohne Kinder eingestellt hat. Ein entsprechendes Forschungsprojekt ist 2008 am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung begonnen worden. Ungeklärt ist auch das Verhältnis von freiwilliger und unfreiwilliger Kinderlosigkeit.

Bewertung der familiendemographischen Trends

Von den beschriebenen Trends der Geburtenentwicklung waren in der Population Policy Acceptance Study (vgl. **Projektbeschreibung S. 31**) der Rückgang der Geburtenzahlen, die Zunahme nichtehelicher Geburten und die Zunahme der (freiwilligen) Kinderlosigkeit zu bewerten.

Sehr kritisch gesehen wird der Rückgang der Geburtenzahlen. 84 % sind der Auffassung, dass dies überwiegend oder sehr negativ ist (**Tab. 5**). Nur 4 % sehen dies positiv. Dies korrespondiert mit unseren Forschungsergebnissen zur demographischen Alterung, die mit Sorge betrachtet wird. Gleiches trifft auf die verursachenden demographischen Prozesse zu. In dieses Bewertungsmuster passt ebenfalls, dass alle demographischen Trends, in denen eine Gefährdung der Familie zum Ausdruck kommt, generell negativ gesehen werden.

Dies gilt auch für die zunehmende freiwillige Kinderlosigkeit. Mit 69 % überwiegend oder sehr negativ fällt die Bewertung nicht so deutlich wie bei den rückläufigen Geburtenzahlen aus, dennoch vertritt die überwiegende Mehrheit eine kritische Sicht. Im Unterschied zur Geburtenentwicklung hat ein höherer Anteil (24 %) allerdings mit weder noch geantwortet.

Eher neutral wird dagegen die Zunahme der nichtehelichen Geburten gesehen. Mit 57 % hat die Mehrheit hier eine neutrale Haltung eingenommen (Skalenpunkt „weder noch“). 19 % haben diesen Trend positiv und 24 % negativ beurteilt. In dieser Antwortverteilung zeigt sich

wie auch an anderen Stellen (Rückgang der Eheschließungen, Zunahme unverheirateter Paare) eine bestehende Distanz zur Ehe, nicht aber zur Familie.

Da die analysierten demographischen Trends der Geburtenhäufigkeit starke West-Ost-Unterschiede aufweisen, ist auch das Antwortverhalten in dieser Differenzierung untersucht worden. Hinsichtlich der Veränderungen in den familiendemographischen Trends denken West- und Ostdeutsche nicht generell anders, es lassen sich aber einige Besonderheiten finden, die auch in den tatsächlichen Mustern der Familienbildung auffällig sind. *Erstens* wird der Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern negativer gesehen als im früheren Bundesgebiet. Es ist zu vermuten, dass diese Beurteilung auch unter dem Eindruck des drastischen Geburtentiefs in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zustande gekommen ist. *Zweitens* wird Kinderlosigkeit in den neuen Bundesländern stärker abgelehnt. 67 % im Westen und 75 % im Osten beurteilen die steigende Kinderlosigkeit als einen negativen Trend. Ebenfalls in Übereinstimmung zur demographischen Situation wird die steigende Zahl der nichtehelichen Geburten in den neuen Bundesländern weniger negativ und stärker neutral beurteilt.

Starke Unterschiede fanden sich auch nach dem Alter der Befragten. Ältere waren durchgängig traditioneller gegenüber der Familie eingestellt. Beispielsweise wird die ansteigende freiwillige Kinderlosigkeit bei den 20- bis 29-Jährigen zu 59 %, bei 50- bis 64-Jährigen zu 79 % abgelehnt. Ähnliches gilt für die steigende Anzahl der nichtehelichen Geburten. Hier beträgt der Unterschied zwischen den beiden Altersgruppen 14 Prozentpunkte (Ablehnung: 20 - 29: 20 %, 50 - 64: 34 %).

Die demographischen Analysen haben gezeigt, dass das Geburtenniveau weiterhin sehr niedrig ist, die Kinderlosigkeit anwächst und im früheren Bundesgebiet mit mehr als 25 % bereits eine

Tab. 5: Bewertungen demographischer Trends („überwiegend oder sehr positiv“, „weder noch“ und „überwiegend oder sehr negativ“ / in %)

Trends der Geburtenentwicklung		überwiegend oder sehr positiv	weder noch	überwiegend oder sehr negativ
1.	Rückgang der Geburtenzahlen	4,1	11,6	84,4
2.	Zunahme der (freiwilligen) Kinderlosigkeit	7,2	23,8	69,0
3.	Zunahme nichtehelicher Geburten	19,2	56,7	24,1

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

erhebliche Größenordnung erreicht und dass die Familiengründung nach wie vor in einen immer späteren Abschnitt des Biographieverlaufs verschoben wird. Damit traten Forschungen immer stärker in Vordergrund, die sich am Konzept von Europe's Second Demographic Transition orientierten. Es wurden die Einstellungen zu Kindern oder zum Wandel der Lebensformen, die Motive, die für oder gegen die Geburt von Kindern sprechen und auch der Kinderwunsch selbst analysiert. Forschungen, die sich am Biographieverlauf orientierten, zum Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit, zum Wandel der sozialen Institution Ehe/Familie oder zum Schwangerschaftsabbruch sind als Themen immer wichtiger geworden.

In der Forschungsarbeit des BiB hatte die Beschäftigung mit derartigen Fragestellungen schon immer einen hohen Stellenwert. In den 1980er Jahren sind beispielsweise Forschungsarbeiten zum Konzept des Familienzyklus geleistet worden. Das klassische Konzept, das von einer nahezu vollständigen Verheiratung der Generationen ausging, hatte sich unter dem Eindruck des Wandels in den Lebensformen als nicht mehr tragfähig erwiesen und wurde auf ein Lebenszykluskonzept mit vielfältigen Übergängen erweitert. Wichtig war in dieser Zeit auch die Frage, welchen Einfluss familienpolitische Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung haben können - ein Thema, das sich heute einer neuen Aktualität erfreut (vgl. auch den Abschnitt zur Familie). Die damaligen Ergebnisse wirkten allerdings eher ernüchternd. Es entstand der Anschein, als könnten die Geburtenzahlen nicht dauerhaft durch staatliche Maßnahmen erhöht werden. Außer kurzfristigen Effekten zeigten sich keine langfristigen Auswirkungen auf die durchschnittlichen Kinderzahlen der Frauengenerationen. Dies wurde gleichermaßen für West- und Osteuropa konstatiert. Konnten quantitative Wirkungen in einzelnen Ländern festgestellt werden, dann führte dies mehrheitlich zu der Schlussfolgerung, dass der Geburtenrückgang kurzzeitig verzögert oder ein Geburtenhoch ausgelöst wurde, das durch Vorziehen oder Nachholen von Geburten entstanden war.

In den 1980er Jahren war die Panelstudie „Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland“ das dominierende familiensoziologische Forschungsprojekt des Instituts, in ihr wurden deutsche verheiratete Frauen der Heiratskohorte 1974/1975 in einem Zeitraum von 10 Jahren in 5 Wellen befragt. Eines der Hauptergebnisse war,

dass unterschiedliche Bedingungen für die Erfüllung des Kinderwunsches nicht erst im weiteren Lebensverlauf entstehen und zu differenzierten Kinderzahlen führen. Sondern die Unterschiede in den Lebenssituationen der Familien waren bereits nach einjähriger Ehedauer auffindbar, sodass den Ausgangsbedingungen eine entscheidende Rolle für den Verlauf der Familienbildung zugeschrieben wurde. Es waren auch weniger die materiellen Ausgangsbedingungen entscheidend, sondern weit mehr die Frage, ob beide Partner mit dem Wunsch nach (mehreren) Kindern und einem richtigen Familienleben geheiratet haben und wie schnell die Geburt des ersten Kindes realisiert werden konnte. In diesem Zusammenhang war es sehr wichtig, ob die Partner vor der Heirat eine berufliche Ausbildung abgeschlossen hatten und darauf aufbauend, sich zutrauten, den Lebensunterhalt der Familie zu sichern.

Anfang der 1990er Jahre wurden im Family and Fertility Survey nochmals Biographieverläufe abgefragt. Die Analysen führten zu der These, dass für die Familienbildung der Aufschub aller privaten Veränderungen im Biographieverlauf prägend gewesen ist. Für die früheren Bundesländer war das ein bereits längerfristig verlaufender Prozess, in den neuen Bundesländern hatte er sich erst nach der Wende eingestellt. Die im Lebensverlauf zu durchlaufenden altersspezifischen Phasen wurden nach den Ergebnissen viel weniger normentypisch durchlaufen und die Grenzen zwischen biographischen „Räumen“ sind zunehmend unbestimmter geworden. Das betrifft die Grenzen zwischen Bildungs- und Erwerbsbiographie, zwischen dem Leben im Elternhaus und den Partnerschaften sowie zwischen Ehe und Elternschaft. Festlegungen auf ein Familienengagement werden zunehmend gemieden und Veränderungen hinausgeschoben. Biographische Ereignisse wie Bildungsende, Auszug aus dem Elternhaus, die Gründung eines eigenen Haushalts, das Zusammenwohnen mit dem Partner, Eheschließung oder Geburt des ersten Kindes werden immer weiter aufgeschoben.

Familien- und bevölkerungssoziologische Forschungen sind auch in den neueren Erhebungen des BiB wie der Population Policy Acceptance Study oder dem Generations and Gender Survey erhalten geblieben, wobei insbesondere die Ergebnisse zum Kinderwunsch zur Aktivierung der Forschungsarbeit geführt haben. Einige Ergebnisse daraus sind:

Einstellungen gegenüber Kindern

Was sich in vielen Befragungen zum Thema Familie zeigt, ist auch in den Surveys des BiB gefunden worden: Das Zusammenleben mit Kindern in einer Familie erfährt nach wie vor eine sehr hohe Wertschätzung, die aber nicht mehr einheitlich von der gesamten Bevölkerung geteilt wird.

fürlich erforscht worden (siehe Definitionsbox Kinderwunsch). Beide Befragungen erbrachten tendenziell die gleichen Resultate.

Bereits aufgrund der Auswertungen der PPAS ist durch das BiB darauf hingewiesen worden, dass der Kinderwunsch in Deutschland deutlich gesunken ist. Es zeigten sich für das Jahr 2003 folgende Ergebnisse:

Tab. 6: Bedeutung von Kindern für Eltern, Deutschland
(Anteile der Antworten „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ / in %)

Aussagen	%
1. Ich habe Kinder gern, weil sie einem das Gefühl geben, wirklich gebraucht zu werden	68,6
2. Die engste Beziehung, die man überhaupt zu jemandem haben kann, ist die Beziehung zum eigenen Kind	67,6
3. Ich genieße es immer, wenn ich Kinder um mich habe	67,3
4. Wenn man sich als Vater oder Mutter bewährt hat, kann man mit seinem Leben rundum zufrieden sein	61,0
5. Ich glaube, dass man auch ohne Kinder glücklich sein kann	57,7
6. Glücklich und zufrieden kann man sich in unserer heutigen modernen Welt nur in der Familie, zu Hause mit seinen Kindern fühlen	45,8
7. Kinder zu haben ist eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft	45,5

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Bei der Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von Kindern wurden, wie nicht anders zu erwarten, am stärksten die emotionalen Aspekte der Beziehung zu Kindern betont (Tab. 6). Man hat Kinder gern, weil sie einem das Gefühl geben, gebraucht zu werden; die Enge der Beziehung zu Kindern und die Freude am Zusammensein mit Kindern sind von den Befragten herausgestellt worden. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass nahezu 58 % geantwortet haben, dass man auch ohne Kinder glücklich sein kann. Zudem erhält man ein anderes Ergebnis, wenn nur die Antworten der Kinderlosen betrachtet werden. Hier wird am häufigsten der Aussage „man kann auch ohne Kinder glücklich sein“ zugestimmt. Die niedrigste Akzeptanz fand die Antwortvorgabe „Kinder zu haben ist eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft“. Demgegenüber zeigt sich bei der Bewertung der familienpolitischen Maßnahmen, dass Staat und Gesellschaft bei der Gestaltung der familialen Lebensbedingungen durchaus in der Pflicht gesehen werden.

Der Kinderwunsch

Der niedrige Kinderwunsch in Deutschland hat jüngst eine verstärkte wissenschaftliche und auch politische Aufmerksamkeit erfahren. Im BiB ist er in den letzten Jahren sowohl in der Population Policy Acceptance Study als auch im Generations and Gender Survey erfragt und aus-

Kinder und Familie werden nach wie vor gewünscht. Ca. 80 % der Befragten im Alter zwischen 20 und 39 Jahren wollen Kinder haben oder leben bereits mit Kindern zusammen. Dieses Ergebnis ist bereits aus vielen Forschungen zum Kinderwunsch bekannt. Als neu ist die Erkenntnis einzustufen, dass immer weniger bzw. überhaupt keine Kinder gewünscht werden. Frauen wollen im Durchschnitt 1,74 und Männer 1,57 Kinder haben. West-Ost-Unterschiede sind im Durchschnitt des Kinderwunsches kaum noch anzutreffen. Der Kinderwunsch der Frauen ist im Osten mit 1,78 Kindern (Westen: 1,73) etwas höher und bei den Männern mit 1,46 Kindern

Definition: Kinderwunsch

Der Kinderwunsch wird üblicherweise mit der Frage ermittelt, wie viele Kinder haben Sie schon und wie viele Kinder möchten Sie noch haben. Mit dieser Fragestellung wird die gewollte Zahl der Kinder in Abhängigkeit von den gegebenen Lebensumständen betrachtet. Der Kinderwunsch sagt etwas darüber aus, wie hoch das Geburtenniveau etwa wäre, wenn alle Kinderwünsche erfüllt würden. Allerdings sollte nicht vom Kinderwunsch unmittelbar auf das tatsächliche Verhalten geschlossen werden, da immer ungeplante Umstände eintreten können.

Davon zu unterscheiden ist der ideale Kinderwunsch, der von den gegebenen Lebensumständen abstrahiert und zeigt, wie viele Kinder gewünscht sind, wenn alle Bedingungen so wären, wie man sie sich für eine Familiengründung vorstellt.

(Westen: 1,59) etwas niedriger. Es sind also vor allen Dingen die Männer, die ihren Kinderwunsch deutlich reduziert haben. Sieht man sich die Verteilungen nach der Kinderzahl an, ist noch immer eine Orientierung auf die Familie mit zwei Kindern zu beobachten (Tab. 7). 53,1 % der Frauen und 40,9 % der Männer favorisieren im Durch-

Tab. 7: Kinderwunsch nach der Zahl der gewünschten Kinder und im Durchschnitt (in %)

Kinderzahl	Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
keine Kinder	16,6	27,2	5,8	21,1
ein Kind	14,5	13,0	28,7	24,2
zwei Kinder	53,7	40,0	50,6	45,0
drei Kinder	11,6	16,2	11,6	7,6
vier und mehr Kinder	3,7	3,5	3,3	2,0
Durchschnittliche Kinderzahl	1,73	1,59	1,78	1,46

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

schnitt für Deutschland diese Familiengröße. Die zweitgrößte Gruppe sind aber bereits diejenigen, die keine Kinder haben wollen. 14,6 % der Frauen und 26,3 % der Männer geben an, sich keine Kinder zu wünschen. Ausgeprägt ist dies insbesondere bei den westdeutschen Männern (27,2 %), während Frauen in Ostdeutschland nur zu 5,8 % kinderlos bleiben wollen.

Wenn auch in den Durchschnittsen keine West-Ost-Unterschiede mehr auffindbar sind, zeigt die Aufteilung des Kinderwunsches nach der Kinderzahl noch immer Besonderheiten. Im Osten ist der Kinderwunsch weniger auf Kinderlosigkeit, dafür aber mehr auf die Ein-Kind-Familie ausgerichtet.

Die deutliche Orientierung auf Kinderlosigkeit ist aus Kinderwunschforschungen in diesem Ausmaß bisher nicht bekannt und zeigt, dass bereits im Wunsch nach Kindern eine Vorentscheidung zwischen Kinder haben und kinderlos bleiben getroffen wird. Dies gilt als ein Indiz der Ausbreitung freiwilliger Kinderlosigkeit.

Nicht überraschend ist hingegen der geringe Wunsch nach 3 und mehr Kindern. 15,3 % der Frauen und 17,8 % der Männer wollen drei oder mehr Kinder haben.

Ein noch deutlicheres Bild über den niedrigen Kinderwunsch ergibt sich, wenn man nur die Aussagen der Kinderlosen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren betrachtet. Sie wünschen sich im Durchschnitt nur 1,3 Kinder. 36 % der Kinderlo-

sen wollen auch kinderlos bleiben. 10 % möchten ein Kind, 43 % hätten gern 2 Kinder und 8 % möchten 3 Kinder. Auch in dieser Gruppe ist die Orientierung auf die Zwei-Kind-Familie erkennbar. Ein beachtlicher Teil der Befragten in dieser Altersgruppe (27 %) hat allerdings noch keine Vorstellung über die zukünftige Kinderzahl.

Diese Ergebnisse haben den Diskussionen um das niedrige Geburtenniveau in Deutschland neuen Nährstoff gegeben. Vom BMFSFJ ist der Begriff der bevölkerungsorientierten Familienpolitik geprägt und mit der Fragestellung verbunden worden, wie aus einer wachstumsorientierten Sicht ein Anstieg der Geburtenzahlen mit einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und besseren Bildungschancen für Kinder einhergehen kann.

Für das BiB stellte sich in diesem Kontext u.a. die Frage, ob sich mit dem niedrigen Kinderwunsch eine nachhaltige Barriere für eine Erhöhung der zusammengefassten Geburtenziffer aufgetan hat und welche Gründe in der heutigen Zeit gegen die Geburt von Kindern sprechen. Unbestritten ist, dass ein niedriger Kinderwunsch, insbesondere wenn er mit einer gewünschten Kinderlosigkeit einhergeht, einen Anstieg der Geburtenhäufigkeit erschwert und der Familienpolitik wenig Spielraum lässt. Angesichts solcher Fragestellungen hat sich das BiB weiter intensiv mit der Kinderwunschforschung befasst. Einerseits hat es einen Methodenworkshop organisiert, der sich mit dem Problem der Kinderwunschemessung befasste. Ohne im Detail auf den Workshop und seine Ergebnisse eingehen zu können, wurden Probleme bei der Formulierung der Kinderwunschfrage oder der Genauigkeit der Kinderwunschemessungen erörtert. Diskutiert wurde zum Beispiel, dass die ermittelten Kinderwünsche in verschiedenen Befragungen voneinander abweichen. Die Gründe für diese unterschiedlichen Ergebnisse sind vielfältig und beginnen bereits mit der konkreten Fragestellung, die das Ergebnis im Falle des Kinderwunsches stark beeinflusst. So gilt ganz allgemein, dass die genannte Kinderzahl umso niedriger ist, je direkter auf die persönliche Situation abgestellt wird und je konkreter und enger der Zeitraum ist, nach dem gefragt wird.

Andererseits sind die im Generations and Gender Survey zum Kinderwunsch erzielten Ergebnisse detailliert ausgewertet und in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung unter dem Titel „Kinderwünsche in Deutschland - Konse-

quenzen für eine nachhaltige Familienpolitik“ veröffentlicht worden. Die in den Analysen erzielten Ergebnisse waren eher ernüchternd und lassen einen nachhaltigen Geburtenanstieg unwahrscheinlich erscheinen.

Der für Deutschland in der ersten Welle der GGS-Befragung (vgl. **Projektbeschreibung GGS auf der Seite 86**) 2005 ermittelte durchschnittliche Kinderwunsch von 1,75 entspricht fast exakt dem in der PPAS erzielten Ergebnis von 1,74. Aufmerksam gemacht wurde in der Studie auch auf die Besonderheit der deutschen Situation. In Europa will niemand so wenig Kinder wie die Deutschen. Ebenfalls sehr niedrige Kinderwünsche finden sich in Österreich und Italien. Bestätigt hat sich auch der hohe Wunsch nach Kinderlosigkeit bei den deutschen Männern.

Sehr wichtig für die Zahl der geborenen Kinder ist die rechtzeitige Verwirklichung der Kinderwünsche. So sagten im GGS von den bislang kinderlosen Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ein Drittel, dass sie auch weiterhin kinderlos bleiben wollen. Bei den 30- bis 39-Jährigen erhöhte sich dieser Anteil schon auf 64 %, und in der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen wollten 96 % der Frauen, die bis zu diesem Zeitpunkt kinderlos geblieben waren, auch endgültig kein Kind mehr. Dieses Ergebnis stützt die These, dass einer der Wege in die Kinderlosigkeit über das stetige Hinausschieben der Geburt des ersten Kindes führt. Kinderlosigkeit kann

damit auch als ein Effekt des kontinuierlich steigenden durchschnittlichen Gebäralters interpretiert werden.

Gründe gegen die Geburt von Kindern

In der PPAS ist detailliert nach Gründen gefragt worden, die der Geburt eines weiteren Kindes im Wege stehen (**Tab. 8**). Am häufigsten wurden neben den Gründen, die sich aus besonderen Situationen in unterschiedlichem Lebensalter ergeben, diejenigen Gründe genannt, die mit der privaten Lebenssituation verbunden sind.

Es bedarf keiner weiteren Erklärung, dass die über 30-Jährigen und insbesondere die über 40-Jährigen am häufigsten sagen, dass sie keine Kinder mehr möchten, weil ihr Kinderwunsch bereits erfüllt ist bzw. man sich als zu alt sieht.

Unter den privaten Lebensumständen ist es vor allem die Partnersituation (man lebt allein oder hat keinen festen Partner), die die Erfüllung des



Tab. 8: Gründe gegen ein (weiteres) Kind bei Frauen nach Altersgruppen, Deutschland (Anteile der „sehr wichtig“- und „wichtig“-Antworten / in %)

Grund	Altersgruppen		
	20-29	30-39	40-49
1. Ich lebe alleine und habe keinen festen Partner	83,1	74,4	56,3
2. Ich habe schon so viele Kinder, wie ich möchte, bzw. ich möchte keine Kinder	41,7	76,2	80,1
3. Ich mache mir zu viele Sorgen darüber, welche Zukunft meine Kinder erwartet	59,4	55,2	53,9
4. Ich möchte meinen jetzigen Lebensstandard beibehalten	61,8	52,4	47,2
5. Ein (weiteres) Kind würde zu hohe Kosten verursachen	47,8	41,4	42,6
6. Ich bin / mein Partner ist zu alt	11,8	20,8	58,6
7. Mein Partner ist dagegen	31,6	25,5	36,7
8. Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen wie bisher	39,9	27,8	29,6
9. Ich könnte es nicht mit meiner Berufstätigkeit vereinbaren	41,6	35,7	36,1
10. Ich müsste Freizeitinteressen aufgeben	44,5	22,0	23,2
11. Mein Gesundheitszustand erlaubt es nicht	25,9	20,5	29,0
12. Meine Partnerschaft funktioniert nicht so, wie ich es mir vorstelle	26,6	17,1	20,8

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Kinderwunsches verhinderte. Nicht verwunderlich ist, dass 83,1 % der unter 30-Jährigen diesen Grund als sehr wichtig oder wichtig einstufen. Aber auch bei den Frauen in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren spielt dieser Grund eine wichtige Rolle (74,4 %).

In den nachfolgenden Argumenten kommen die Ängste über die Zukunft, die das Kind erwarten würde, und die hohen Kinderkosten zum Ausdruck. Sorgen über die Zukunft der Kinder sind in allen drei Altersgruppen ähnlich stark ausgeprägt. Zwischen 59,4 % (20- bis 29-Jährige) und 53,9 % (40- bis 49-Jährige) hielten diesen Grund für wichtig oder sehr wichtig. Sorgen darüber, dass sich der Lebensstandard verschlechtern könnte, sind bei den Jüngeren mit weniger gesicherten sozialen Positionen stärker ausgeprägt. 61,8 % der unter 30-Jährigen gaben diesem Grund eine (sehr) hohe Bedeutung. In den nachfolgenden Altersgruppen gehen die Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten auf 52,4 % bzw. 47,2 % zurück, bleiben im Vergleich mit anderen Gründen aber auf einem relativ hohen Niveau. Als ähnlich bedeutsam wird ein Grund gesehen, der ebenfalls den Kostenfaktor abbildet. „Ein (weitere) Kind würde zu hohe Kosten verursachen“ ist von 47,8 % (Altersgruppe 20 - 29 Jahre), 41,4 % (30 - 39 Jahre) und 42,6 % (40 - 49 Jahre) als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ bewertet worden.

Danach folgen erneut persönliche Gründe, die gegen die Geburt von Kindern sprechen, denen aber bereits deutlich weniger Bedeutung bei-

gemessen wurde. Es sind die Einschätzungen, selbst zu alt für ein (weiteres) Kind zu sein bzw. der Partner ist gegen die Geburt eines Kindes.

Eine relativ niedrige Bedeutung ist den freizeit- und berufsrelevanten Argumenten beigemessen worden. „Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen“, „ich könnte es nicht mit der Berufstätigkeit vereinbaren“ oder „ich müsste die Freizeitinteressen aufgeben“ spielen als Gründe gegen die Erfüllung des Kinderwunsches im Durchschnitt der Befragten keine übergeordnete eine Rolle. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass gerade bei den jüngeren Befragten diese Gründe eine höhere Bedeutung als bei den Älteren besitzen. Der Gesundheitszustand und Krisen in der Partnerschaft sind nahezu bedeutungslos.

Mit den Daten des GGS sind darüber hinaus einige spezielle Analysen vorgenommen worden. Es zeigte sich:

Anstieg der Lebensfreude ist begrenzt

Der „Nutzen“ von Kindern ist in der heutigen Gesellschaft überwiegend emotionaler Natur (Liebe, Glück, Zufriedenheit). Dies scheint für immer weniger Menschen persönliche Gültigkeit zu besitzen. Von den befragten Frauen und Männern gehen nur etwa ein Viertel davon aus, dass ein erstes bzw. ein weiteres Kind ihre Lebensfreude und -zufriedenheit erhöhen würde. Fast zwei Drittel erwarten dagegen keine wesentlichen Veränderungen. Bei den Kinderlosen

zeigt sich ein etwas positiveres Bild. 44 % rechnen mit höherer Lebensfreude und -zufriedenheit, während 46 % indifferent bleiben (Abb. 17). Eltern mit einem Kind verbinden mit der Geburt eines weiteren Kindes bereits zu 65 % keine Veränderung ihrer Lebensfreude mehr. Diese Ergebnisse zeigen, dass Kinder haben natürlich von hoher emotionaler Bedeutung ist, dies aber bereits durch wenige Kinder erreicht werden kann.

Kein höheres Prestige durch Kinder

Es war im GGS nur eine kleine Gruppe von Befragten, die glaubt, dass die Geburt eines weiteren Kindes die Meinung „der Leute“ über sie verbessern

Abb. 17: Bewertung der Folgen der Geburt von Kindern für Lebensfreude und Zufriedenheit (in %)



Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

würde. Der Großteil war der Auffassung, dass eine Geburt an der Anerkennung von Freunden und Nachbarn nichts ändern würde. Bei den Kinderlosen sind es immerhin 18 % der Männer und 13 % der Frauen, die eine Verbesserung des eigenen Ansehens erwarten. Im Gegensatz dazu glaubt ein Fünftel der Eltern, die schon drei oder mehr Kinder haben, dass sich mit einer weiteren Geburt die Meinung des sozialen Umfelds verschlechtern würde.

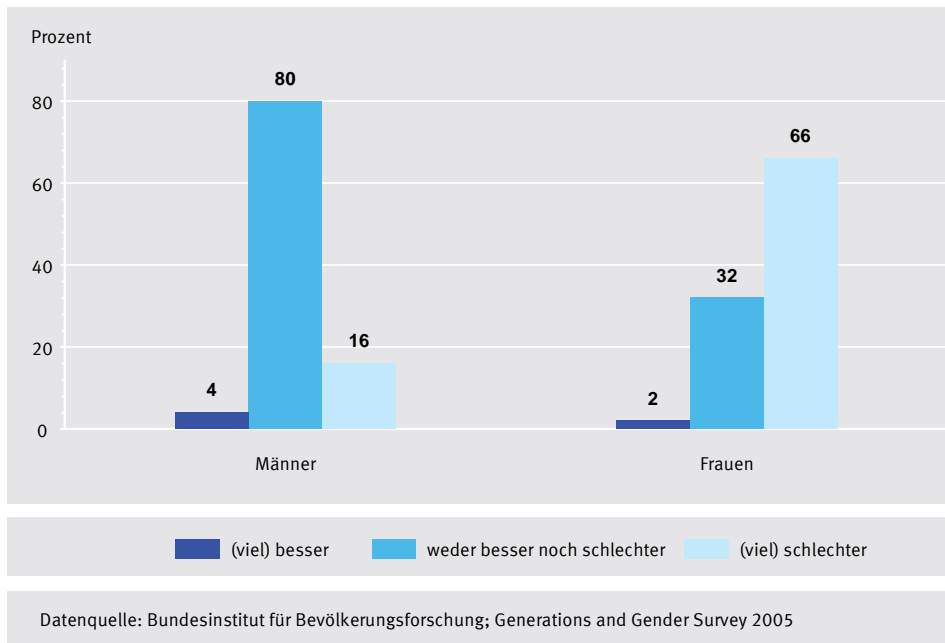
Elternschaft ist zu einem Wert unter vielen geworden

Weder Frauen noch Männer sehen Kinder als unerlässlich für ein erfülltes Leben an. Kinder sind zu einem Wert unter mehreren geworden, die sinnstiftend für das Leben sein können. Kinder sind nicht unwichtig, nehmen aber auch keine Sonderrolle unter den Biographieoptionen mehr ein. Die Hälfte der befragten Frauen in der Altersgruppe 20 - 39 Jahre sind der Meinung, dass Kinder für ein erfülltes Frauenleben nicht mehr notwendig sind. Diese Einstellung ist insbesondere bei Kinderlosen in stärkerem Maße ausgeprägt.

Frauen befürchten Verschlechterungen ihrer beruflichen Chancen

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Erfüllung des Kinderwunsches. Daher stimmen die nachfolgenden Ergebnisse sehr bedenklich. Zwei Drittel der Frauen rechnen mit einer deutlichen Verschlechterung ihrer Beschäftigungschancen, falls sie (noch) ein Kind bekommen würden. Dieser Anteil sinkt mit mehreren Kindern, erreicht aber bei Frauen mit drei oder mehr Kindern immerhin noch 58 %. Männer hingegen sehen ihre Beschäftigungschancen durch die Geburt von Kindern kaum betroffen. 80 % antworteten mit „weder noch“, 16 % erwarten eine Verschlechterung (Abb. 18).

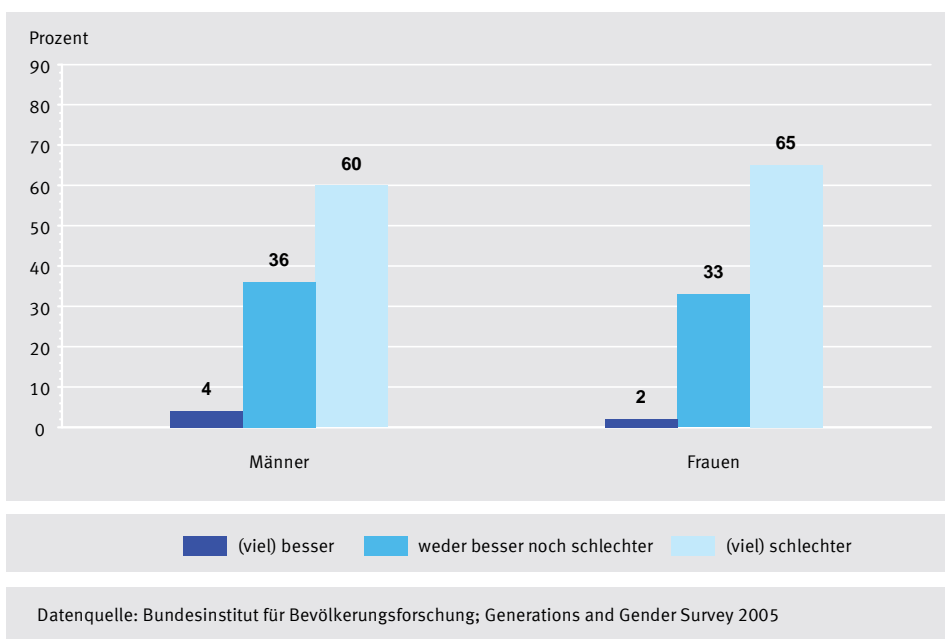
Abb. 18: Bewertung der Folgen der Geburt von Kindern für die Beschäftigungschancen (in %)



Einschränkungen des Freiraums durch Kinder

Die Ergebnisse zeigen, dass erwartete Veränderungen im Lebensstil und bei den Freizeitinteressen ein Hindernis für die Erfüllung des Kinderwunsches darstellen. Vor allem Kinderlose betrachten Kinder als Einschränkung des eigenen Freiraums. Frauen sehen eine Verschlechterung ihrer Freizeitsituation, während Männer stärker von einer unveränderten Lage ausgehen. Frauen erwarten zu 59 % eingeschränkte Freiräume, während es bei den Männern 46 % sind.

Abb. 19: Bewertung der Folgen der Geburt eines (weiteren) Kindes für die finanzielle Situation (in %)



Kinder kosten Geld - Finanzielle Sorgen

Ein sehr wichtiger Grund, der für eine Entscheidung gegen Kinder genannt wurde, war die Befürchtung, dass sich die finanzielle Situation verschlechtern könnte. 65 % der Frauen und 60 % der Männer waren dieser Auffassung (Abb. 19). 36 % Männer und 33 % Frauen gingen davon aus, dass sich die finanzielle Situation weder verschlechtern noch verbessern würde. Es ist anzunehmen, dass sich die stärkeren Befürchtungen der Frauen daraus erklären, dass üblicherweise sie es sind, die nach der Geburt ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, einschränken oder aufgeben, wodurch sich das zweite Einkommen reduziert oder wegbricht und die finanzielle Abhängigkeit vom Partner steigt.

Strukturelle Rücksichtslosigkeiten gegenüber Kindern

Wie viele Kinder geboren werden, hat auch mit dem familienfreundlichen Klima in der Ge-

sellschaft zu tun. Franz-Xaver Kaufmann hat in diesem Kontext das Konzept von der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber den Familien entwickelt. Es besagt, dass in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung zu wenig auf die Belange von Familien eingegangen wird. Dies lässt sich nur an ganz konkreten Sachverhalten beurteilen, von denen wir einige alltägliche Bedingungen des Lebens mit Kindern in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt haben. Es zeigt sich, dass die Befragten vor allen Dingen der Auffassung sind, dass auf die Belange der Kinder im Straßenverkehr zu wenig Rücksicht genommen wird und dass es eine Intoleranz im Wohnumfeld gegenüber Kindern gibt, wenn diese laut sind. 72,0 % und 65,9 % stimmen diesen Aussagen zu. Weniger kritisch wird das Vorhandensein von Kinderspielplätzen in der Nachbarschaft und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit kleinen Kindern gesehen. Deutschland kann in vielen Punkten kinderfreundlicher werden - diese gehören dazu.

Aktuelle Veröffentlichungen aus dem BiB zu Geburtenentwicklung und Familie

- Dorbritz, Jürgen, 2008: Germany: Family diversity with low actual and desired fertility: Childbearing Trends and Policies in Europe. In: Demographic Research, Vol. 19, Special Collection 7: 557-598
- Dorbritz, Jürgen; Ruckdeschel, Kerstin, 2007: Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Konietzka, Dirk; Kreyenfeld, Michaela (Hrsg.) Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 45-81
- Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin, 2007: Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 32, 1-2: 51-72
- Höhn, Charlotte; Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin, 2006: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik in Deutschland. Robert Bosch Stiftung
- Ruckdeschel, Kerstin, 2006: Eine Familie gründen oder kinderlos bleiben? Welche Faktoren beeinflussen den Kinderwunsch von Kinderlosen? Gemeinsamer Kongress der DGMP (Deutsche Gesellschaft für Medizinische Psychologie) und der DMS (Deutsche Gesellschaft für Medizinische Soziologie), 21. - 23. 9. 2006, Leipzig
- Dorbritz, Jürgen, 2005: Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa – Daten, Trends und Einstellungen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30, 4: 359-407
- Dorbritz, Jürgen; Naderi, Robert, 2005: Neue Bundesländer: Anteil nichtehelich Geborener auf Rekordhöhe. In: BiB-Mitteilungen 26,3: 10-15
- Scharein, Manfred; Unger, Rainer, 2005: Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. In: BiB-Mitteilungen 26, 2: 6-13
- Grünheid, Evelyn, 2004: Junge Frauen in Deutschland: Bei hoher Ausbildung kinderlos? In: psychosozial 27, Nr. 95, Heft I: 35-46
- Lengerer, Andrea, 2004: Aspekte des Wandels der Familie und die Rolle der Familienpolitik. Seminar „Kinderwagen – Kinder wagen? Familie und Kinderentwicklung heute und in der Zukunft“ des Arbeitskreises Demokratie der Friedrich-Naumann-Stiftung, 24.-26.09.2004, Gummersbach

Eheschließungen

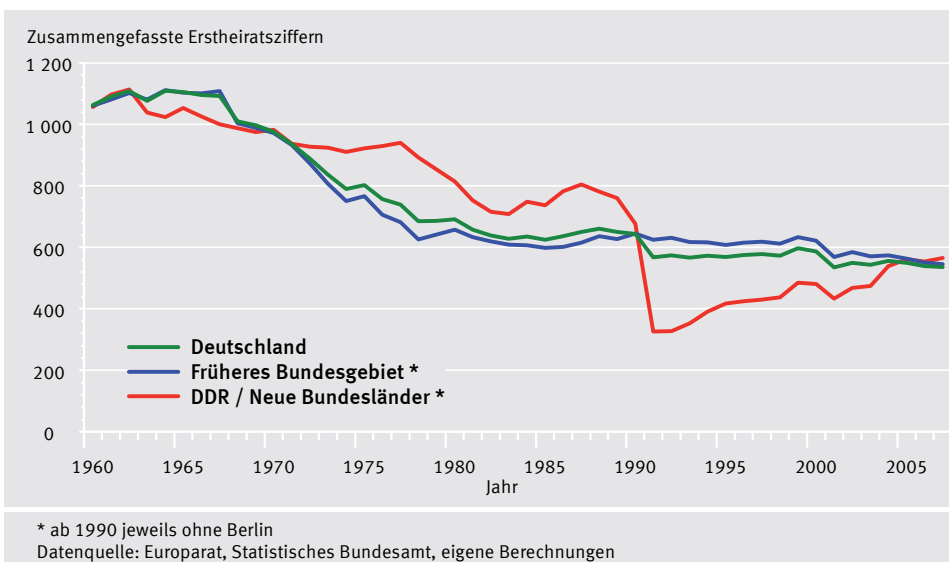
Eheschließungshäufigkeit

Die Zahl der Eheschließungen ist ähnlich wie die Geburtenhäufigkeit seit den 1960er Jahren deutlich gesunken. Im Jahr 2007 sind in Deutschland 368.922 Ehen geschlossen worden. Die Zahl der Eheschließungen folgt damit einem kontinuierlich sinkenden Trend, der nur in Ausnahmeh Jahren unterbrochen worden ist. Im Jahr 1960 haben 689.028 Eheschließungen stattgefunden, 1990 waren es noch 516.388.

Der tendenzielle Rückgang der Eheschließungen ist seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in erster Linie auf den Rückgang der Zahl der Personen in den Altersjahren mit der höchsten Heiratsintensität zurückzuführen.

Der Verlauf der Heiratsneigung wird in aller Regel mit der zusammengefassten Erstheiratsziffer beschrieben, die über den Trend Auskunft gibt, aber nicht als Anteil der jemals Heiratenden interpretiert werden kann (vgl. Definitionsbox zusammengefasste Erstheiratsziffer). Die **Abbildung 20** zeigt für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer sehr unterschiedliche Verläufe. Parallel zum Geburtenrückgang hat sich im früheren Bundesgebiet in der Zeit von Europe's Second Demographic Transition mit

Abb. 20: Zusammengefasste Erstheiratsziffern der Frauen im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007



dem Geburtenrückgang auch eine Verringerung der Heiratsintensität eingestellt. Der Rückgang der zusammengefassten Erstheiratsziffer fand in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre seinen Abschluss. Seither ist das Niveau wie bei der Geburtenhäufigkeit stabil niedrig. In der ehemaligen DDR ist die zusammengefasste Erstheiratsziffer leicht gesunken und damit auf einem höheren Niveau verblieben. Ebenfalls parallel zum Geburtenrückgang ist die Heiratsneigung 1990/1991 drastisch gesunken. Es wird angenommen, dass mit dem Verzicht auf die Geburt von Kindern in dieser Zeit das zentrale Heiratsmotiv entfallen ist. Nachfolgend sind die zusammengefassten Erstheiratsziffern wieder angestiegen und erreichten 2007 sogar ein etwas höheres Niveau als im früheren Bundesgebiet.

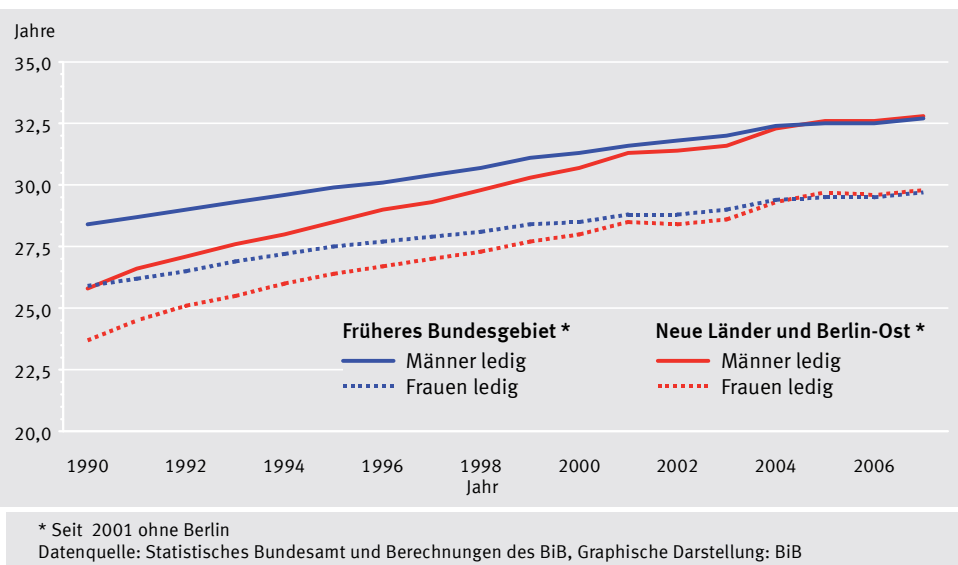
Soll der Anteil der Erstehe-schließungen je 100 Ledige gezeigt werden, müssen die Ergebnisse von Erstheiratstafeln herangezogen werden. Danach gehen gegenwärtig im früheren Bundesgebiet 77 % der Frauen und 67 % der Männer eine Erstehe ein.

Definition:

Zusammengefasste Erstheiratsziffer

Die zusammengefassten Erstheiratsziffern sind die Summe der altersspezifischen Erstheiratsziffern (ledige Eheschließende bezogen auf die ledige Bevölkerung im jeweiligen Alter, aufsummiert bis zum Alter von 50 Jahren). Sie können jedoch nicht als der Anteil derjenigen interpretiert werden, die zumindest einmal in ihrem Leben heiraten, da die Addition der altersspezifischen Erstheiratsziffern den Wert 100 für 100 Ledige überschreiten kann (vgl. Abb. 19 für den Zeitraum vor 1970). Der exakte Anteil der Erstheiratenden von 100 ledigen Personen kann nur über die Berechnung von Erstheiratstafeln ermittelt werden.

Abb. 21: Durchschnittliches Erstheiratsalter der Frauen im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007



Anfang der 1970er Jahre waren dies noch 93 % bei den Frauen und 87 % bei den Männern. In den neuen Bundesländern ist die hohe Heiratsneigung bis zum Ende der DDR bestehen geblieben. Noch 1990 heirateten 92 % der Frauen und 88 % der Männer zumindest einmal im Leben. Inzwischen hat sich die Heiratshäufigkeit in den neuen Bundesländern dem niedrigen westdeutschen Niveau angeglichen.

Anstieg des Erstheiratsalters

Das durchschnittliche Erstheiratsalter steigt wie das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder weiterhin kontinuierlich an (Abb. 21). Im Jahr 2007 heirateten ledige Männer im Durchschnitt im Alter von 32,7 Jahren. Bei den Frauen betrug der Wert 29,8 Jahre. Selbst die Anstiege gegenüber 1991 (Männer:

28,5 Jahre, Frauen: 26,1 Jahre) sind beträchtlich. Die Anfang der 1990er Jahre bestehenden Unterschiede von ca. 2 Jahren zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern sind komplett verschwunden.

Bewertung der rückläufigen Heiratsneigung

Der Rückgang der Zahl der Eheschließungen wird etwa im Vergleich zum Geburtenrückgang oder der steigenden Scheidungshäufigkeit weniger kritisch gesehen. 50 % sagten in der Population Policy Acceptance Study, dass sie diesen Trend weder positiv noch negativ bewerten.

41 % schätzten diesen Trend überwiegend oder sehr negativ ein. Die stärker distanzierte Bewertung der rückläufigen Heiratsneigung ist ebenso wie die vergleichbare Sicht auf den Anstieg der Zahl nichtehelicher Geburten von einer wachsenden Distanz gegenüber der Ehe in einem Teil der Bevölkerung geprägt (vgl. Die Bewertung der sozialen Institution „Ehe“, S. 59).

Gründe für das Aufschieben der Eheschließungen

Die niedrige Geburten- und Heiratshäufigkeit geht nicht nur mit der späten Geburt der Kinder, sondern auch mit immer späteren Eheschließungen einher. Die Gründe dafür werden vor allem in veränderten Einstellungen der jüngeren Bevölkerung und der wirtschaftlichen

Tab. 9: Gründe für das Aufschieben der Eheschließung, Frauen und Männer, Deutschland (Anteile der „sehr wichtig“- und „wichtig“- Antworten / in %)

Grund	%
1. Der wachsende Wunsch junger Menschen nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit	75,5
2. Die Probleme für junge Menschen, eine Arbeit zu finden	73,7
3. Die zunehmende Akzeptanz von nichtehelichen Lebensgemeinschaften	61,9
4. Die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen	59,3
5. Einkommen, die für eine Heirat zu niedrig sind	58,3
6. Die sinkende Wertschätzung der Ehe	57,1
7. Die Möglichkeit intimer Beziehungen auch außerhalb der Ehe	50,5
8. Die Vorteile und Annehmlichkeiten, die es mit sich bringt, wenn man bei den Eltern wohnt	49,4
9. Dass mit der späteren Geburt der Kinder auch die Heirat aufgeschoben wird	47,5
10. Die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt	47,0

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Situation gesehen (Tab. 9). Die mit Abstand als am wichtigsten eingestuftem Argumente sind das Streben junger Menschen nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit und die Probleme, Arbeit zu finden. Als wichtig für die späte Familiengründung wurden auch die Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die Weigerung, die mit einer Familiengründung entstehende Verantwortung zu übernehmen, genannt. Als ähnlich wichtig wurden die für eine Heirat zu niedrigen Einkommen und die sinkende Wertschätzung der Ehe eingestuft.

In Ostdeutschland werden in stärkerem Maße materielle Gründe (die Probleme junger Menschen, eine Arbeit zu finden und zu niedrige Einkommen) als Ursachen für aufgeschobene Eheschließungen angegeben. Veränderte Einstellungen zur Institution Ehe, die sinkende Wertschätzung der Ehe und die stärkere Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften werden dagegen weniger als verursachend angesehen. Auch wird von den jungen Menschen im Osten seltener angegeben, dass sie sich weigern, Verantwortung durch Familienbildung zu übernehmen.

Die Bewertung der sozialen Institution Ehe

Die Bewertung der sozialen Institution der Ehe war anhand von vier Aussagen vorzunehmen: Erstens „Die Ehe ist eine überholte Einrichtung“, zweitens „Es ist in Ordnung, wenn ein Paar zusammenlebt ohne die Absicht zu heiraten“, drittens „Verheiratete Menschen sind normalerweise glücklicher als nicht verheiratete“ und viertens „Das Zusammenleben von Mann und Frau ist nur in einer Ehe akzeptabel“ (Tab. 10).

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass es keine generelle Ablehnung der sozialen Institution Ehe gibt. 76 % haben die Aussage, dass die Ehe eine überholte Einrichtung ist, nicht akzeptiert, während nur 24 % zustimmend geantwortet haben. Dahinter sind allerdings deutliche Bewertungsunterschiede verborgen. Einerseits stimmen Jüngere der Aussage deutlich stärker zu und andererseits sind es die Befrag-

ten in den neuen Bundesländern, die der Institution Ehe distanzierter gegenüberstehen. So fand sich bei den Männern in den neuen Bundesländern in der Altersgruppe 20 - 29 Jahre mit 41 % der höchste Grad der Zustimmung. Bei den Männern im früheren Bundesgebiet waren es 38 %. Frauen hingegen sehen die Institution weniger kritisch. In der gleichen Altersgruppe akzeptierten die Aussage 27 % (West) bzw. 32 % (Ost). Bei den Älteren sind die Zustimmungssanteile deutlich niedriger. In der Altersgruppe 50 - 65 Jahre sahen nur 11 - 15 % die Ehe als eine überholte Einrichtung an.

Bereits bei der Beurteilung der demographischen Trends hat sich gezeigt, dass Ehe und partnerschaftliches Zusammenleben nicht mehr unbedingt zusammengehören. Dies bestätigt sich, wenn die Bewertung unverheirateten Zusammenlebens betrachtet wird. Der Aussage „Es ist in Ordnung, wenn ein Paar zusammenlebt ohne die Absicht zu heiraten“ wurde von der überwiegenden Mehrheit von 86 % zugestimmt. Gleichzeitig lehnten es 88 % ab, dass das Zusammenleben von Frau und Mann nur in einer Ehe akzeptabel ist (Tab. 10). Bei der differenzierten Betrachtung nach Alter, Geschlecht und West-Ost zeigen sich ähnliche Unterschiede wie bei der Bewertung der Ehe als Institution.

Darüber hinaus wird in der Bevölkerung auch nicht angenommen, dass das Verheiratetsein Glück und Lebensfreude steigert. 72 % vertreten die Meinung, dass verheiratete Menschen normalerweise nicht glücklicher sind als unverheiratete (Tab. 10).

Es zeigt sich, dass die Institution Ehe nach wie vor in der Bevölkerung akzeptiert ist, sie aber bei der Verhaltensorientierung (man muss heiraten, um zusammenzuleben und Kinder zu haben) an Bedeutung eingebüßt hat.

Tab. 10: Zustimmung und Ablehnung zu Aussagen über die Einstellungen zur Ehe (in %)

Grund		Prozent	
		Zustimmung	Ablehnung
1.	Die Ehe ist eine überholte Einrichtung	24	76
2.	Es ist in Ordnung, wenn ein Paar zusammenlebt ohne die Absicht zu heiraten	86	14
3.	Verheiratete Menschen sind normalerweise glücklicher als nicht verheiratete	28	72
4.	Das Zusammenleben von Mann und Frau ist nur in einer Ehe akzeptabel	12	88

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Familie und Lebensformen

Familien 2007

Nach dem Mikrozensus des Jahres 2007 lebten in Deutschland 12,3 Millionen Familien, wobei zu den Familien alle Lebensformen von Erwachsenen mit Kindern in einem Haushalt gezählt wurden. In den 12,3 Millionen Familien war in 8,6 Millionen Familien das jüngste Kind unter 18 Jahre und in 3,7 Millionen Familien das jüngste Kind mindestens 18 Jahre. Betrachtet man nur die Familien mit dem jüngsten Kind unter 18 Jahre, setzen diese sich aus 6,3 Millionen Ehepaaren, 675 Tausend Lebensgemeinschaften mit Kindern und 1,6 Millionen Alleinerziehenden zusammen. Im allgemeinen Verständnis von Familie allerdings, zu der dann auch Eltern-Kind-Beziehungen in räumlicher Distanz gezählt werden, ist die Zahl der bestehenden Familien deutlich größer.

Wertschätzung der Familie

Die Familie genießt in Deutschland nach wie vor eine sehr hohe Wertschätzung. Das haben nicht nur die Surveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung gezeigt, vielmehr ist dieses Ergebnis in einer Vielzahl familiensoziologischer Forschungen kontinuierlich bestätigt worden. Seitens des BiB ist dieser Frage sowohl in der PPAS als auch im GGS nachgegangen worden.

In der PPAS ist eine Batterie von 16 Wertorientierungen abgefragt worden. Es zeigte sich, dass Kinder- und Partnerorientierungen in der Werthierarchie die vorderen Plätze einnehmen

(Tab. 11). Im Einzelnen sind das: Erstens „Mit seinem Partner in Harmonie zusammenleben“, zweitens „In der Lage sein, seinen Kindern genug Liebe und Aufmerksamkeit zu widmen“ und drittens „Seinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen“. Im Rahmen einer Faktorenanalyse konnten vier grundlegende Orientierungen ermittelt werden:

1. Der Faktor Partnerschaft und Kinder (den Kindern Liebe und Aufmerksamkeit geben, ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen, eine harmonische Partnerschaft führen).
2. Der Faktor Selbstverwirklichung und Freizeit (nach Selbstverwirklichung streben, Urlaub und Zeit für Freunde haben und außerhalb der Familie anerkannt sein). Dieser Faktor ist eng mit den auf Erwerbstätigkeit und Karriere gerichteten Werten verknüpft.
3. Der Faktor Gleichstellung der Geschlechter und Vereinbarkeit (gleichmäßige Aufteilung der Hausarbeit, genug Zeit für Haushalt und Erwerbstätigkeit haben und Frau und Mann verdienen ihr eigenes Geld).
4. Der Faktor Einkommen und Wohlstand (schönes und geräumiges Haus, Urlaub, genügend Geld haben). Hier ergibt sich ebenfalls eine enge Verknüpfung zu den erwerbsorientierten Werten.

In den Wertorientierungen sind mit dem Faktor „Familie“ und mit dem Faktor „Selbstverwirklichung“ sowohl die Familienbildung fördernde als auch hemmende Wertedimensionen enthalten.

Tab. 11: Rangfolge der 10 wichtigsten Wertorientierungen nach dem Anteil der „sehr wichtig“ - Antworten (in %)

Grund	%
1. Mit seinem Partner in Harmonie zusammenleben	63,9
2. In der Lage sein, seinen Kindern genug Liebe und Aufmerksamkeit zu widmen	63,9
3. Seinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen	63,6
4. Mit seiner Arbeit zufrieden sein	48,1
5. Genügend Geld / Einkommen haben	45,0
6. Nahestehenden Menschen Sicherheit bieten	38,0
7. Genug Zeit für sich selbst und die eigenen Interessen haben	34,1
8. Mindestens einmal im Jahr Urlaub haben	28,9
9. Genug Zeit für seine Freunde haben	21,4
10. In einem schönen und geräumigen Haus leben	20,6

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Im GGS sind einige spezifische Aspekte der Familienorientierung untersucht worden, die den zur Bedeutung der Familie gewonnenen Eindruck stützen. 55 % haben der Aussage zugestimmt, dass man sich in unserer heutigen modernen Welt nur in der Familie, zu Hause mit Kindern wohlfühlen kann. 23 % haben dem nicht zugestimmt. 68 % stimmen mit der Aussage überein „Ich genieße es immer, wenn ich Kinder um mich habe“. 70 % gaben ihre Zustimmung zu dem Statement „Wenn man sich als Vater oder Mutter bewährt hat, kann man mit seinem Leben rundum zufrieden sein“.

**Definition:
Lebensformen**

Unter Lebensformen wird im Mikrozensus die Konstellation des Zusammenlebens nach dem Bezug zu Ehe, Partnerschaft und Kindern verstanden. Danach ergeben sich 6 grundlegende Arten von Lebensformen: Alleinstehende, Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder und Ehepaare mit und ohne Kinder. Aufgrund der Datenerhebung im Mikrozensus kann bei den Alleinstehenden und den Alleinerziehenden nicht ermittelt werden, ob sie in einer Partnerschaft mit getrennter Haushaltsführung leben. Bei den Kindern handelt es sich um die im Haushalt lebenden Kinder.

Lebensformen 1996 und 2007 im Vergleich

In den letzten Jahren hat sich das BiB relativ ausführlich mit dem Wandel der Lebensformen in Deutschland beschäftigt. Die Größenordnung des Zusammenlebens in Familien bzw. die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Lebensformen lässt sich am besten anhand des Konzepts „Lebensformen“ im Mikrozensus darstellen (vgl. [Definitionsbox „Lebensformen“](#)).

Dies ist 1996 erstmals in das Befragungsprogramm des Mikrozensus aufgenommen worden.

Im Zeitraum zwischen 1996 und 2007 hat sich in Deutschland der Wandel der Lebensformen weiter fortgesetzt. Dazu wird zunächst die Situation in der Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen Frauen betrachtet, in der bei den Hochqualifizierten noch Geburten zu erwarten sind, ansonsten die

Tab. 12: Lebensformen von Frauen in der Altersgruppe 35 - 39 Jahre in Deutschland, 1996 und 2007 (in %)

Lebensformen	Jahr / Region					
	1996			2007		
	Deutschl.	West*	Ost**	Deutschl.	West*	Ost**
1 Ehepaare / keine Kinder	8,6	9,9	4,0	8,9	9,6	5,8
2 Ehepaare / ein Kind	18,5	17,8	21,2	17,0	16,6	18,6
3 Ehepaare / zwei Kinder	34,3	33,2	38,6	28,2	29,4	22,8
4 Ehepaare / drei und mehr Kinder	14,1	15,2	10,0	10,7	11,6	6,6
5 Ehepaare mit Kindern	66,9	66,1	69,7	55,9	57,7	48,0
6 Ehepaare insgesamt	75,6	76,1	73,8	64,8	67,3	53,8
7 Nichteheliche Lebensgem. / keine Kinder	2,7	3,0	1,7	4,9	5,2	3,5
8 Nichteheliche Lebensgem. / ein Kind	1,7	1,3	3,1	3,2	2,3	7,4
9 Nichteheliche Lebensgem. / zwei Kinder	1,1	0,8	2,3	1,8	1,3	4,0
10 Nichteheliche Lebensgem. / drei u. m. K.	0,5	0,4	1,1	0,6	0,5	1,0
11 Nichteheliche Lebensgem. mit Kindern	3,4	2,5	6,6	5,6	4,1	12,4
12 Nichteheliche Lebensgem. insgesamt	6,1	5,5	8,3	10,5	9,3	16,0
13 Alleinstehende	8,9	9,9	5,2	13,0	13,2	12,3
14 Alleinerziehende / ein Kind	5,0	4,6	6,5	6,6	5,7	10,5
15 Alleinerziehende / zwei Kinder	3,3	3,0	4,7	3,8	3,4	5,8
16 Alleinerziehende / drei u. m. Kinder	1,1	1,0	1,5	1,3	1,2	1,7
17 Alleinerziehende insgesamt	9,4	8,5	12,7	11,7	10,3	18,0

Datenquelle: Mikrozensus 2007, Statistisches Bundesamt, * West ohne Berlin, ** Ost einschließlich Berlin
Die Prozentuierung erfolgte zeilenweise. Die Zeilen 6, 12, 13, 17 sowie 1-4, 7-10, 13 und 14-16 ergeben jeweils 100 %.

Familienbildung weitgehend abgeschlossen ist und der Auszug aus dem Elternhaus eher noch eine Seltenheit darstellt. Daher wird davon ausgegangen, dass die Anteile der Bevölkerung an den Lebensformen weitgehend die Situation der Familienbildung in Deutschland abbilden (Tab. 12). Nicht in die Betrachtung einbezogen wurden die gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Sowohl 1996 als auch 2007 bilden die Ehepaare mit Kindern die Mehrheit innerhalb der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen. Diese Mehrheit wird allerdings immer kleiner. Waren es in Deutschland 1996 noch 66,9 %, so ist dieser Anteil im Jahr 2007 auf 55,9 % gesunken. In den neuen Bundesländern ist dies 2007 bereits nicht mehr gegeben. Der Anteil der verheirateten Paare mit Kindern im Haushalt beträgt 48,0 %. Die Anteile der Ehepaare ohne Kinder haben sich kaum verändert. Es gilt nach wie vor, dass die Mehrheit der Bevölkerung verheiratet ist. Bei ebenfalls fallenden Anteilen sind dies 2007 im früheren Bundesgebiet 64,8 % (1996: 75,6 %) und in den neuen Bundesländern 53,8 % (1996: 73,8 %).

Dementsprechend haben die nichtehelichen Lebensformen einen Bedeutungszuwachs erfahren. Der Anteil der nichtehelichen Lebens-

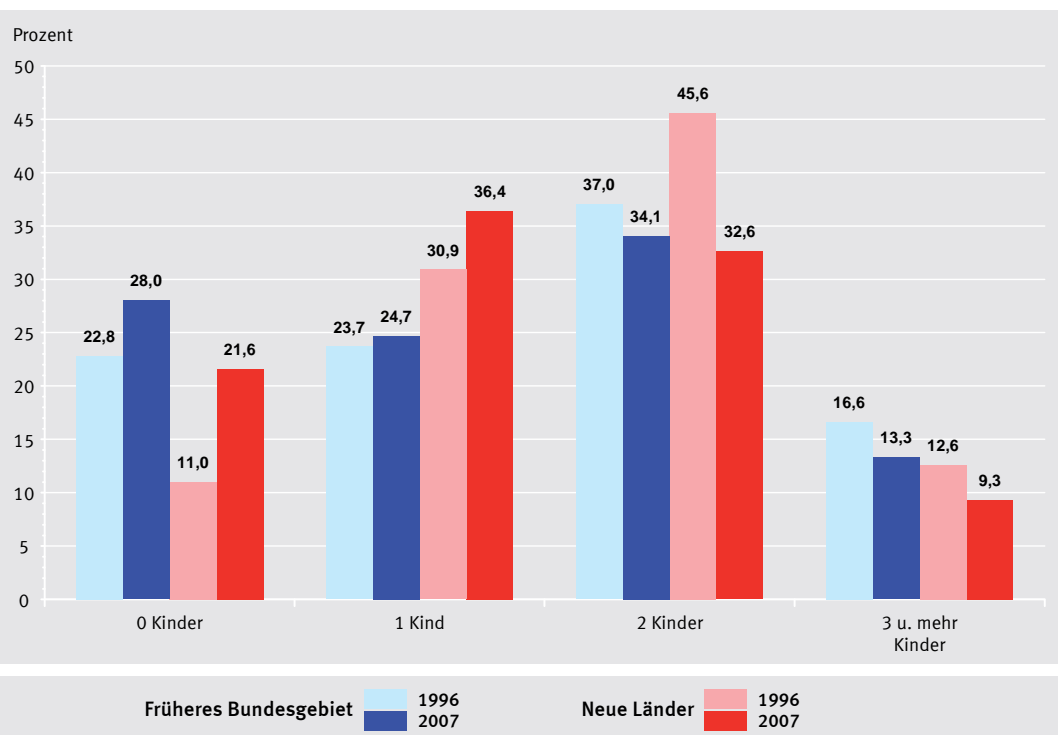
gemeinschaften ist in Deutschland von 6,1 auf 10,5 % angewachsen. Wieder sind die Größenordnungen in beiden Regionen Deutschlands unterschiedlich. Ein Anstieg von 5,5 auf 9,3 % im früheren Bundesgebiet steht einer Erhöhung in den neuen Bundesländern von 8,3 auf 16,0 % gegenüber. Die erhöhten Anteile sind auf Anstiege bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowohl mit als auch ohne Kinder zurückzuführen. Leichte Zuwächse finden sich auch bei den Alleinerziehenden. In Deutschland hat sich ihr Anteil von 9,4 auf 11,7 % erhöht. 2007 war ihr Anteil an den Lebensformen in den neuen Bundesländern mit 18,0 % fast doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet mit 10,3 %. Die Zunahme des Anteils der Alleinlebenden ist in ähnlichen Dimensionen verlaufen. Er betrug in Deutschland im Jahr 1996 8,9 %, 2007 waren es 13,0 %. Hier ist der Anteil im früheren Bundesgebiet mit 13,2 % gegenüber 12,3 % im früheren Bundesgebiet nur geringfügig höher.

Betrachtet man über die verschiedenen Lebensformen hinweg das Zusammenleben mit Kindern, lässt sich folgendes feststellen: Der Anteil derjenigen, die ohne Kinder leben, hat sich erhöht (Abb. 22). Der Anteil der Frauen in der Altersgruppe 35 bis 39 Jahre, die ohne Kinder im Haushalt leben, hat sich von 20,3 auf 26,8 %

erhöht. Im Westen hat sich der bekannte Anstiegstrend fortgesetzt (1996: 22,8 %, 2007: 28,0 %). Der Anstieg im Osten ist deutlicher ausgefallen (1996: 11,0 %, 2007: 21,6 %) und hat damit zu einer Annäherung an die Situation im früheren Bundesgebiet geführt.

Der Anteil der Familien mit einem Kind im Haushalt ist in Deutschland im betrachteten Zeitraum von 25,2 auf 26,8 % geringfügig angewachsen. Hier bestehen nach wie vor deutliche West-Ost-Unterschiede. In den neuen Bundesländern ist auch 2007 der An-

Abb. 22: Frauen in der Altersgruppe 35 - 39 Jahre nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern, 2007 (in %)



Datenquelle: Mikrozensus 2007, Statistisches Bundesamt

teil der Ein-Kind-Familien mit 36,4 % höher als im früheren Bundesgebiet mit 24,7 %.

Die Anteile der Familien mit 2 und 3 oder mehr Kindern sind gesunken. Bei den Zwei-Kind-Familien ist in Deutschland ein Rückgang von 38,8 auf 33,8 % und bei den Familien mit 3 und mehr Kindern ein Rückgang von 15,7 auf 12,6 % zu verzeichnen. Die Rückgänge bei Familien mit 2 Kindern sind in den neuen Bundesländern erheblich stärker ausgefallen (1996: 45,6 %, 2007: 32,6 %), so dass auch hier eine Annäherung an das frühere Bundesgebiet stattgefunden hat. Die Anteile der Familien mit mindestens 3 Kindern sind niedrig und nochmals geringfügig gesunken. Der Anteil ist im Westen (13,3 %) etwas höher als im Osten.

Noch immer finden sich trotz eines Annäherungstrends unterschiedliche Muster der Familienbildung in beiden Teilen Deutschlands. Die Unterschiede bei den Familien mit 2 und 3 oder mehr Kindern haben sich erheblich verringert, wobei im Westen etwas höhere Anteile zu finden sind. Die Differenzen finden sich bei den Frauen mit keinem Kind bzw. einem Kind im Haushalt. Eine höhere Kinderlosigkeit im Westen geht mit einem höheren Anteil der Frauen mit einem Kind im Osten einher.

Die sinkenden Anteile bei den Ehepaaren insgesamt und bei den Ehepaaren mit Kindern, die Anstiege bei den Kinderlosen, den nichtehelichen Lebensgemeinschaften und den Alleinlebenden sind auf den verhaltensbedingten Wandel in den Lebensformen, dem Bedeutungsrückgang der Ehe als bevorzugter Lebensform, aber auch auf die Anstiege der durchschnittlichen Erstheirats- und Erstgebäralter zurückzuführen.

Aus der Sicht von Ehe und Familie hat man es mit der selteneren Wahl dieser Lebensformen zu tun. Bei einem Anteilsrückgang der auf Ehe basierenden Lebensformen und der weiteren Entkoppelung des Zusammenhangs von Ehe und Leben mit Kindern haben nichteheliche und kinderlose Lebensformen einen Bedeutungszuwachs erfahren. Eine weitere Pluralisierung ist dadurch nicht eingetreten, es gibt lediglich eine veränderte Verteilung der Bevölkerung auf die Lebensformen.

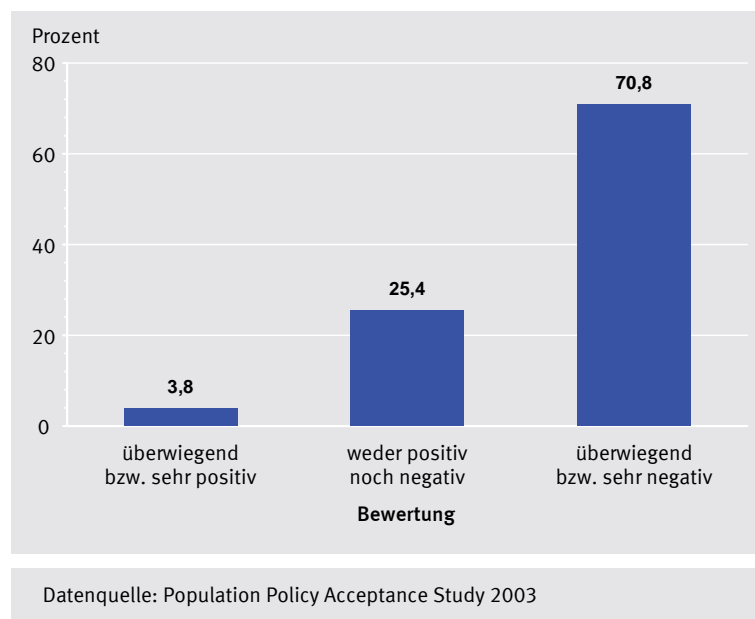
Einstellungen zum Wandel der Lebensformen und die Akzeptanz von Lebensformen

Die in den vorherigen Abschnitten beschriebenen familiendemographischen Trends der

zunehmenden Anteile der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und der Alleinerziehenden waren in der Population Policy Acceptance Study zu bewerten.

Beide Trends werden in der Bevölkerung sehr unterschiedlich gesehen. Die Zunahme der Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehört zu den indifferent bewerteten Entwicklungen. 50 % antworteten, dass dies weder positiv noch negativ sei. Jeweils 25 % sahen es überwiegend oder sehr positiv bzw. überwiegend oder sehr negativ. Mit der wachsenden Zahl Alleinerziehender wird die Gefährdung der Exis-

Abb. 23: Bewertung der zunehmenden Zahl Alleinerziehender (in %)



tenz der „Normalfamilie“ (Paar mit Kind(ern)) in Verbindung gebracht. Entsprechend kritisch fällt die Bewertung aus. Eine deutliche Mehrheit von 71 % sieht diesen Trend als überwiegend oder sehr negativ an (Abb. 23).

In der Gender and Generations Study ist die Akzeptanz der beiden Lebensformen untersucht worden. Überraschend ist im Gegensatz zur Bewertung der demographischen Trends in der PPAS die Akzeptanz beider Lebensformen hier gleichermaßen hoch. Sowohl der Aussage „Es ist in Ordnung, wenn ein Paar zusammenwohnt ohne die Absicht zu heiraten“ als auch der Aussage „Wenn eine alleinstehende Frau ein Kind, aber keine feste Partnerschaft will, so sollte das akzeptiert werden“ hat die überwiegende Mehrheit der Befragten zugestimmt. Im ersten Fall betrug der Anteil der zustimmenden Antworten 74 % und im zweiten Fall 76 %.

Bevorzugte Lebensformen

Mit der Frage nach der bevorzugten Lebensform wurde in der PPAS ein Zusammenhang zwischen partnerschaftlichen Lebensformen, deren Übergang ineinander (z. B. von einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in eine Ehe) und dem Leben mit Kindern hergestellt. Die von den Befragten als bevorzugt angesehenen Lebensformen offenbaren das häufig im Kontext solcher Forschungen auffindbare Spannungsfeld von traditionellen und ehe- und familienkritischen Einstellungen (Abb. 24). Dargestellt sind die Antworten der Frauen und Männer in der Altersgruppe 20 bis 39 Jahre:

- Die Mehrheit, 56,6 %, bevorzugt nach wie vor die Ehe als Lebensform. Der größte Teil dieser Gruppe sieht es dabei als günstig an, zuvor in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gelebt zu haben und dann zu heiraten.
- Insgesamt 67,6 % präferieren eine Lebensform, zu der auch Kinder gehören.
- Wer Ehe wünscht, möchte in aller Regel auch Kinder haben. Die Gruppe, die Ehe ohne Kinder möchte, ist mit 5,1 % sehr klein.
- 25,5 % der Frauen und Männer bevorzugen mit dem „Living-Apart-Together“ oder dem Ideal „ohne festen Partner leben“ eine Lebensform, die stärker Chancen für individualisierte Lebensstile bietet. Wird eine solche Lebensform favorisiert, dann sind Kinder mehrheitlich nicht gewünscht. 2,9 % wollen ohne Partner leben und Kinder haben. 4,4 % würden idealerweise eine Partnerschaft mit getrennter Haushaltsführung und Kinderhaben verbinden.

- Nichteheliche Lebensgemeinschaften stellen eher eine Vorstufe zur Ehe dar als eine auf Dauer angelegte Partnerschaft. Nur 5,7 % geben die nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne nachfolgende Ehe als die ideale Lebensform an.
- Wohngemeinschaften mit mehreren Personen spielen kaum eine Rolle.

Die Sicht auf die Lebensformen der Kinder

Fragen, die die Lebensformen der Kinder thematisieren, also ob Kinder mit beiden Elternteilen aufwachsen, ob die Eltern verheiratet sein sollten, ob ein Elternteil allein genauso gut erziehen kann, polarisieren relativ stark. Eine relativ hohe Einigkeit ist bei der Bewertung des Statements „Um glücklich aufzuwachsen, braucht ein Kind ein Zuhause mit Vater und Mutter“. Dies ist sowohl in der PPAS als auch im GGS aufgefunden worden. Der Anteil der zustimmenden Antworten betrug 72 bzw. 80 %. Zweigeteilt ist die Bevölkerung dagegen, ob Eltern verheiratet sein sollten. 46 % haben zugestimmt und 54 % haben dies abgelehnt. Ähnliches gilt für die Frage, ob ein Elternteil genauso gut erziehen kann wie beide. 48 % der Befragten antworteten zustimmend, 52 % glauben das nicht.

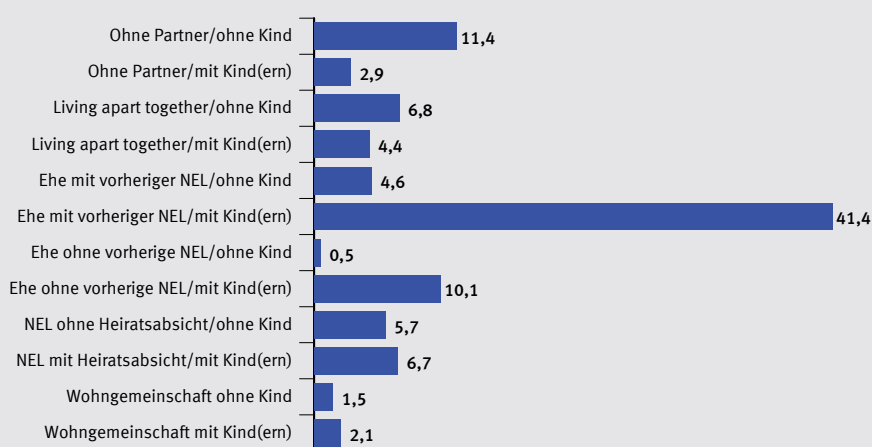
Bewertung der familiendemographischen Trends und die Akzeptanz der Lebensformen - Zusammenfassung

In den Surveys des BiB der Befragten lassen sich vier grundlegende Trends erkennen:

Erstens: Was sich in vielen Befragungen zum Thema „Familie“ zeigt, ist auch in der PPAS gefunden worden. Familie erfährt nach wie vor eine hohe Wertschätzung und es ist keine generelle Ablehnung der Institution „Ehe“ festzustellen. Allerdings spricht sich etwa ein Viertel der Bevölkerung gegen die Institution aus. Auf der Ebene allgemeiner Orientierungen gibt es also keinen generellen Bedeutungsverlust der Institution. Wenn allerdings weiter ins Detail gegangen wird, so zeigt sich ein differenziertes Bild.

Zweitens: Bereits bei der Beurteilung der demographischen Trends zeigt sich, dass Ehe und partnerschaftliches Zusammen-

Abb. 24: Bevorzugte Lebensformen in der Altersgruppe 20 bis 39 Jahre (in %)



Datenquelle: Population Policy Acceptance Study 2003

leben nicht mehr unbedingt zusammengehören. Dies bestätigt sich, wenn die Bewertung partnerschaftlicher Lebensformen betrachtet wird. Um in Partnerschaft zu leben, wird die Ehe nicht mehr als Notwendigkeit angesehen. Das ist die Basis auf der Ebene der Einstellungen dafür, dass es eine breite Toleranz für vielfältige Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens gibt.

Drittens: Was in den neuen Bundesländern bereits Realität im tatsächlichen Verhalten ist, zeichnet sich auch in den Einstellungen ab. Eine Entkoppelung von Ehe und Kinderhaben wird von einer knappen Mehrheit toleriert. Die Meinungen in der Bevölkerung hierzu gehen allerdings weit auseinander, die Bevölkerung ist in ihren Einstellungen zu der familienpolitisch wichtigen Frage der Verknüpfung von Ehe und Kinderhaben also gespalten.

Viertens: In der Bevölkerung herrscht die Meinung vor, dass Kinder von beiden Eltern betreut in einem Zuhause aufwachsen sollten. Alleinerziehenden wird zwar nicht generell die Fähigkeit abgesprochen, Kinder genauso gut zu erziehen wie vollständige Familien, etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung glaubt aber nicht daran, dass sie dies können. Die Urteile gegenüber den Lebensformen der Kinder sind nicht mehr generell traditionell, sondern es finden sich Polarisierungen und deutlich unterschiedliche Haltungen in sozialen Gruppen.

Die Situation der Alleinerziehenden

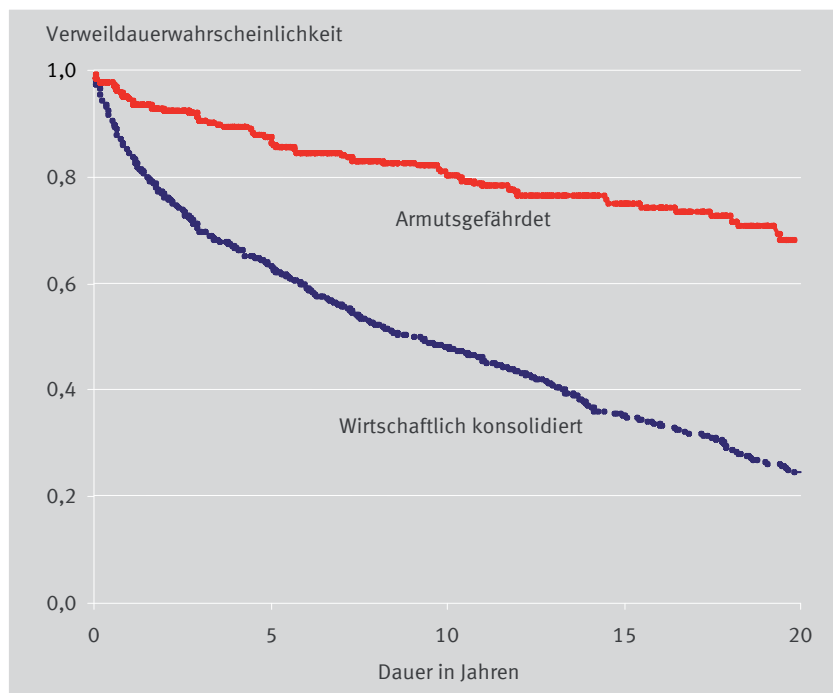
In den Familien- oder Armutsberichten wird immer wieder auf die besondere Situation der Alleinerziehenden hingewiesen. Das BiB hat daher auf der Datenbasis des GGS eine gesonderte Untersuchung zur Lage dieser Lebensform an Beat Fux (Universität Zürich) mit dem Titel „Sozioökonomische Situation und soziale Beziehungen von Alleinerziehenden“ in Auftrag gegeben.

Alleinerziehende sind keine neuartige historische Erscheinung, sind zunächst aber marginal (z.B. als Kriegerwitwen) wahrgenommen worden. Erst seit den 1970er Jahren werden Alleinerziehende als eine familiäre Lebensform gesehen. In der Studie wurden drei Analyseschwerpunkte bearbeitet: erstens der sozialökonomische Status der Alleinerziehenden, zweitens die Dynamik des Ein- und Austritts in die Einelternfamilie und drittens die Sozialkapitalausstattung.

Unbestritten ist, dass sich Alleinerziehende in einer wesentlich ungünstigeren wirtschaftlichen Lage als Singles, Familien oder nichteheliche Lebensgemeinschaften befinden. Allerdings verbessert sich mit zunehmendem Alter und längerer Dauer des Alleinerziehendseins die finanzielle Lage. Entscheidend dabei ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Bereits eine Teilzeitbeschäftigung verringert das Armutsrisiko erheblich. Unterstützende Effekte haben aber auch die staatlichen Transfers. Insbesondere die Zahl und das Alter der Kinder in Kombination mit einer Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt wirken sich ungünstig auf die wirtschaftliche Lage aus. Das größte Gefährdungspotenzial wurde einerseits bei jungen, außerpartnerschaftlichen Alleinerziehenden und andererseits bei älteren nachpartnerschaftlichen Einelternhaushalten mit mehreren Kindern vorgefunden.

Die Ein- und Austrittsdynamik in die und aus der Einelternschaft zeigt eine eindeutige Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation. Die Unterschiede sind für das frühere Bundesgebiet in **Abbildung 25** anhand der Verweildauerwahrscheinlichkeiten dargestellt. Wirtschaftlich Bessergestellte verlassen diese Lebensform relativ rasch und bauen eine neue Partnerschaft auf. Ein großer Teil verändert den Einelternstatus bereits in den ersten 4 bis 5 Jahren wieder,

Abb. 25: Verweildauer in Ein-Eltern-Familien nach der Armutsgefährdung im früheren Bundesgebiet (Verweildauerwahrscheinlichkeiten)



Datenquelle: Generations and Gender Survey 2005

während die Armutsgefährdeten nur zögerlich in eine andere Lebensform übergehen.

Deutlich unterscheiden sich auch die vor- und außerpartnerschaftlichen Alleinerziehenden von den nachpartnerschaftlich Alleinerziehenden. Die erstere Gruppe hat weniger Kinder, wodurch das Eingehen neuer Partnerschaften erleichtert wird. Von den nachpartnerschaftlich Alleinerziehenden ist anzunehmen, dass die negativen Scheidungs- bzw. Trennungserfahrungen dazu führen, dass die Einelternschaft häufiger als längerfristig angelegter Lebensentwurf konzipiert ist. Diejenigen, die in einer Einelternschaft verbleiben, sind nicht nur als der Personenkreis zu sehen, der ungünstige Chancen hat, diese Lebensform zu verlassen. Mit zunehmender Tendenz findet sich unter den Alleinerziehenden eine Teilgruppe, die, geleitet von modernen Werthaltungen, diese Lebensform als dauerhafte Alternative zu Partnerschaft oder Ehe ansieht.

Hinsichtlich der sozialen Kapitalausstattung Alleinerziehender sind die festgestellten Unterschiede relativ gering. Allerdings kennzeichnet die Frühphase der Einelternschaft durch den Wegfall des Partners, seiner Familie und auch gemeinsamer Freunde eine Ausdünnung des Beziehungsnetzes. Eine Konzentration auf die eigene Mutter setzt ein. Aber bereits nach kurzer Zeit werden Strategien zur Erweiterung des sozialen Netzes entwickelt. Die Beziehungen zu den eigenen Kindern intensivieren sich und die

Interaktionen mit Freunden werden ausgebaut. Mit zunehmendem Alter und zunehmender Verweildauer in dieser Lebensform schaffen es Alleinerziehende, breite und intensive soziale Netzwerkstrukturen zu entwickeln.

Das Fazit von Beat Fux lautet: Alleinerziehende sind nach dem Eintreten in diese Lebensform in einer relativ kurzen Phase von 4 bis 5 Jahren multiplen Gefährdungen ausgesetzt. Nach dieser Frühphase setzt aber eine wirtschaftliche Konsolidierung und eine Anhäufung von Sozialkapital ein.

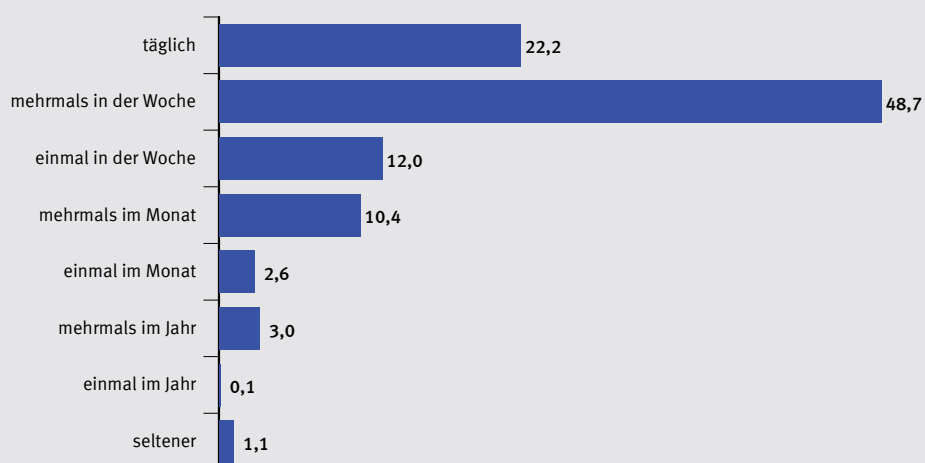
Living-Apart-Together - Kontakte und Heiratsabsichten

Eine bislang wenig beachtete Lebensform sind die Partnerschaften mit einer getrennten Haushaltsführung (Living-Apart-Together - LAT). Dies ist der Tatsache geschuldet, dass sie im Mikrozensus nicht aufgefunden werden können und in Surveys häufig unterrepräsentiert sind (0,85 % der im GGS-Befragten lebten in einer LAT).

Ermittelt wurde einerseits die Intensität der Beziehung anhand der Häufigkeit des Sehens. Es zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit sehr enge Kontakte pflegt (Abb. 26). Fast 83 % sehen sich zumindest einmal in der Woche, darunter 22 % täglich und 49 % mehrmals in der Woche. Die Gruppe mit einer geringen Kontakthäufigkeit ist außerordentlich klein. Etwa jeweils 3 % treffen sich persönlich einmal im Monat oder seltener.

Andererseits scheint das LAT nur für die Hälfte der zu dieser Lebensform Gehörenden das Sprungbrett für ein späteres Zusammenleben zu sein. Gefragt, ob sie vorhaben, in den nächsten 3 Jahren mit dem Partner/der Partnerin zusammenzuziehen, ergab sich bei den Antworten ein differenziertes Bild. 32 % sagten „sicher nicht“ oder „wahrscheinlich nicht“. 49 % antworteten mit „sicher ja“ oder „wahrscheinlich ja“. 18 % hatten dazu keine Meinung.

Abb. 26: Kontakthäufigkeit im Living-Apart-Together (in %)



Datenquelle: Generations and Gender Survey 2005

Ehescheidungen

Ehescheidungshäufigkeit

Im Jahr 2007 sind in Deutschland 187.072 Ehen geschieden worden. Die höchste Zahl an Scheidungen hatte es im Jahr 2003 mit 213.975 gegeben. Seit 2004 sind die Scheidungszahlen rückläufig, nachdem sie in der Vergangenheit im Trend angestiegen sind.

Der Anstieg der Scheidungshäufigkeit hat gemeinsam mit den rückläufigen Heiratszahlen dazu beigetragen, dass die Zahl der bestehenden Ehen in Deutschland immer kleiner wird. Gegenwärtig übersteigt die Zahl der Ehelösungen (Ehescheidungen plus Auflösung der Ehe durch den Tod eines Partners) die Zahl der Eheschließungen um 154.844.

Abbildung 27 zeigt anhand der zusammengefassten Ehescheidungsziffern den Verlauf der Scheidungsneigung in Deutschland seit 1970. Im Trend ist die Scheidungsneigung seit dieser Zeit angestiegen. Unterbrochen wurde der Trend im früheren Bundesgebiet in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit der Umstellung des Scheidungsrechts vom Schuld- auf das Zerrüttungsprinzip und einem seither vorgeschriebenen Trennungsjahr. Mit der Übertragung dieses Scheidungsrechts auf die neuen Bundesländer kam es auch dort zu einem kurzzeitigen Scheidungstief nach 1990. Der nachfolgende Anstieg ließ die Scheidungshäufigkeit fast das westdeutsche Niveau erreichen. Mit diesem Anstieg ist auch das hohe Scheidungsniveau in der ehemaligen DDR in den 1980er Jahren wieder erreicht worden.

Nach der zusammengefassten Ehescheidungsziffer beträgt das gegenwärtige Scheidungsrisiko in Deutschland 37,9 %, berechnet bis zu einer Ehedauer von 25 Jahren. Im früheren Bundesgebiet sind es 38,8 %, in den neuen Bundesländern 32,7 %. 1990 lag dieser Wert noch bei 27,4 %.

Definition:

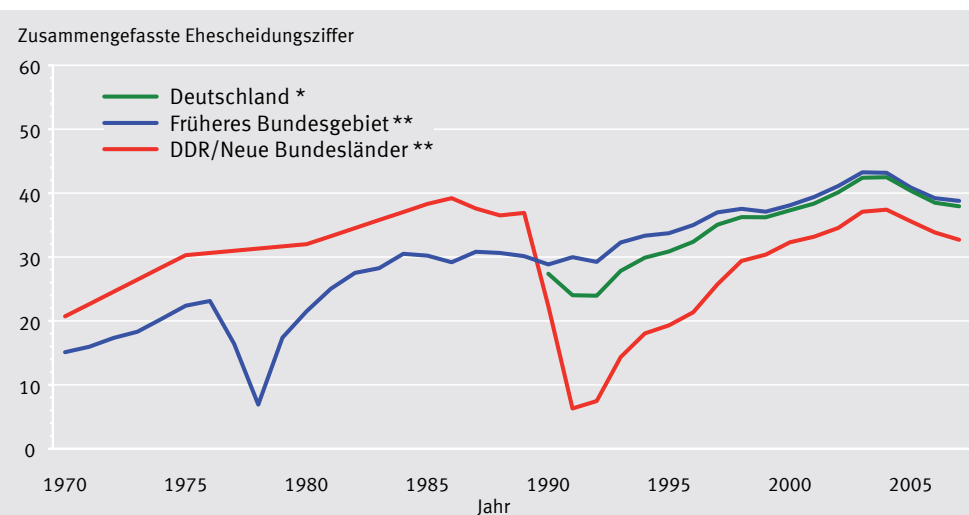
Zusammengefasste Ehescheidungsziffer

Die zusammengefasste Ehescheidungsziffer gibt an, wieviele Ehen geschieden würden, wenn das Scheidungsniveau des jeweiligen Kalenderjahres über eine Ehedauer von 25 Jahren konstant bleiben würde.

Die über die zusammengefasste Ehescheidungsziffer gewonnenen Werte der Scheidungsneigung geben gegenwärtig nicht den tatsächlichen Anteil der in Deutschland zur Scheidung gelangenden Ehen an. Dieser Fall tritt erst dann ein, wenn die Ziffern über den Zeitraum von 25 Jahren auf einem gleichmäßigen Niveau bleiben. Da die Werte in den letzten Jahren allerdings stark angestiegen sind, wird das Scheidungsniveau überschätzt. Die Scheidungsneigung nach Heiratsjahrgängen zeigt niedrigere Werte an. Das liegt daran, dass die Heiratsjahrgänge, für die genügend Daten vorliegen, die ersten, scheidungsintensiven Jahre ihres Bestehens in einer Zeit durchlebt haben, in denen das Scheidungsniveau noch deutlich niedriger war.

Betrachtet man die Scheidungshäufigkeit nach Heiratsjahrgängen, zeigt sich ein niedrigeres Niveau. Das liegt zum einen daran, dass für die älteren Heiratsjahrgänge, die bereits 25 Ehejahre durchlebt haben, noch ein niedrigeres Scheidungsniveau kennzeichnend war. Für den Ehe-

Abb. 27: Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, 1970 - 2007 (in%)



* Aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Scheidungen wurde auf einen Ausweis der zusammengefassten Scheidungsziffer für Deutschland vor 1990 verzichtet.

** ab 1991 jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung; Graphische Darstellung BiB

schließungsjahrgang 1960 wurde ein Wert von 20,8 % berechnet. Andererseits weisen die jüngeren Heiratsjahrgänge aufgrund der kürzeren Ehedauern ebenfalls niedrigere Werte auf. Der Heiratsjahrgang 1980 war nach Erreichen der 25-jährigen Ehedauer im Jahr 2005 zu 33,6 % geschieden.

Durchschnittsalter der Geschiedenen und Ehescheidungen nach der Ehedauer

Das durchschnittliche Alter der geschiedenen Frauen und Männer steigt kontinuierlich an. 2007 waren in Deutschland Frauen zum Zeitpunkt der Scheidung 40,9 Jahre alt, Männer 43,7 Jahre. Diese Werte sind gegenüber 1990 deutlich angestiegen, damals betrug sie 35,7 (Frauen) bzw. 38,5 Jahre (Männer). Dies ist sowohl auf den Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters als auch auf das längere Bestehen der zur Scheidung gelangenden Ehen zurückzuführen. 1990 betrug die Dauer dieser Ehen

der Scheidungen mit einer längeren Ehedauer angewachsen ist. Die zahlenmäßig starken Heiratsjahrgänge aus der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der DDR erreichen eine immer höhere Ehedauer und erlangen dadurch bei der Berechnung der Ehedauer ein immer höheres Gewicht.

Vergleicht man die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für Deutschland von 1990 und 2007, ist die verlängerte Ehedauer der zur Scheidung gelangenden Ehen ebenfalls erkennbar (Abb. 28). Der Scheidungsgipfel hat sich vom 4. in das 5. Ehejahr verlagert und die ehedauerspezifischen Ziffern erreichen 2007 ab dem dritten Ehejahr höhere Werte als 1990.

Bewertung der steigenden Scheidungszahlen

Ebenso wie z. B. der Rückgang der Geburtenzahlen wurde die steigende Anzahl von Ehescheidungen 2003 von der Bevölkerung außerordentlich negativ bewertet. 74 % sahen den demographischen Trend negativ, 22 % antworteten mit „weder positiv noch negativ“ und nur 4 % mit „positiv“.

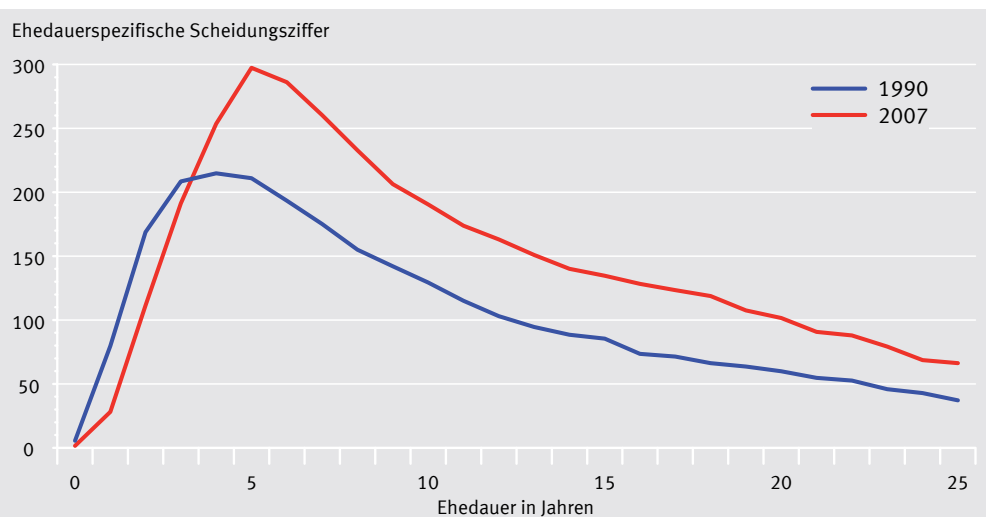
Die Entwicklung wird im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern gleichermaßen als ungünstig eingestuft. Dagegen gibt es nach dem Alter unterschiedliche Bewertungen. Je jünger die Befragten sind, desto niedriger ist der Anteil derjenigen, die eine negative Sicht auf die steigenden Scheidungszahlen entwickeln. In der Altersgruppe 20 bis 29 Jahre sind dies 69 %, bei den 50- bis 65-Jährigen 81 %. Es zeigt, dass sich die Akzeptanz von Ehescheidungen erhöht hat, aber auch unter den Jüngeren lehnt eine Mehrheit

diese Entwicklung ab.

Qualität der Partnerschaften

Im GGS sind 9 Punkte abgefragt worden, über die Paare sich streiten können (wie oft in den letzten 12 Monaten). Dazu gehörten die Hausarbeit, Geldangelegenheiten, die Freizeitgestaltung, Sex, die Beziehung zu Freunden, zu Eltern und Schwiegereltern, Erziehungsfragen, die Erfüllung des Kinderwunsches und der Alkoholkonsum. Mehrheitlich ist angegeben worden,

Abb. 28: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Deutschland, 1990 und 2007 (Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen gleicher Dauer)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen; Graphische Darstellung BiB

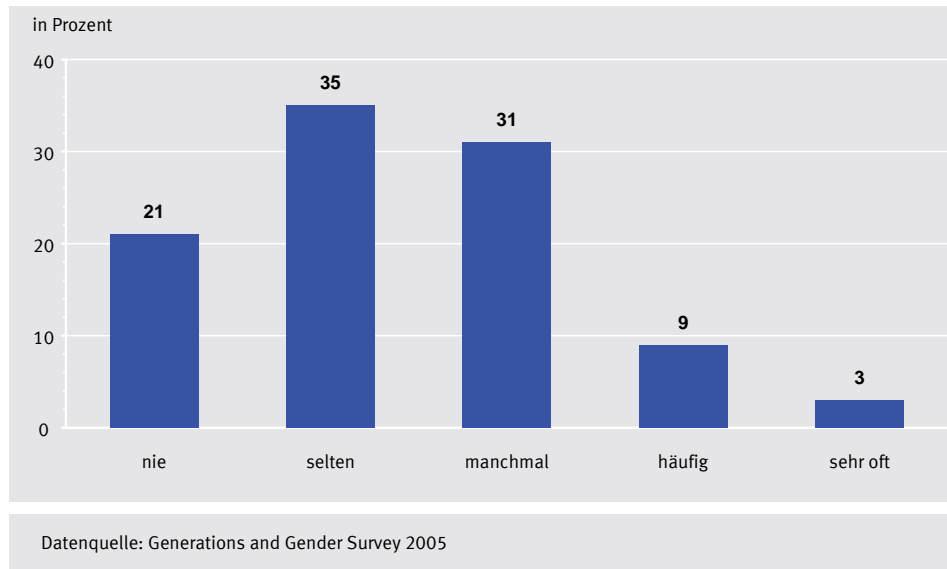
durchschnittlich 11,5 Jahre. Bis 2007 ist die durchschnittliche Ehedauer auf 13,9 Jahre angestiegen.

Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern. Im früheren Bundesgebiet ist die durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung moderat von 12,0 auf 13,6 Jahre angestiegen. In den neuen Bundesländern ist eine Erhöhung von 9,6 auf 16,0 Jahre eingetreten. Der schnelle Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl

dass es zu diesen Dingen selten oder nie Streit gibt. Etwas häufiger wird über die Beziehung zu Eltern bzw. Schwiegereltern, die Verteilung der Hausarbeit, die Freizeitgestaltung und über das Sexualleben gestritten. Zu diesen Punkten gaben 80 bis 82 % an, dass dies selten oder nie vorkommt. Noch seltener sind die Erfüllung des Kinderwunsches, der Alkoholkonsum und die Beziehung zu Freunden Streitpunkte. In einem Bereich von 86 zu 92 % ist „selten“ oder „nie“ angegeben worden.

Differenzierter waren die Antworten zu der Frage, wie Paare mit ihren Meinungsverschiedenheiten umgehen. In der Literatur zu den Ursachen von Scheidungen wird davon ausgegangen, dass eine gut funktionierende Kommunikation zwischen den Partnern eine der Grundlagen für eine gut funktionierende Beziehung ist. Erwartungen oder Probleme können im Gespräch gelöst werden, wodurch das Konfliktpotenzial der Beziehung reduziert werden kann. In diesem Kontext war es spannend herauszufinden, wie oft Meinungsverschiedenheiten nicht thematisiert bzw. auf welche Weise sie ausgetragen werden. Dazu ist zunächst gefragt worden, wie oft im Fall von Meinungsverschiedenheiten die Meinung für sich behalten wird. Die Mehrheit von 56 % der Befragten gab an, dass dies selten oder nie vorkommt (Abb. 29). Immerhin bei 31 % kommt es manchmal vor.

Abb. 29: Zurückhalten der eigenen Meinung bei Meinungsverschiedenheiten in Paarbeziehungen (in %)



Bei 12 % der Paare, die mit häufig bzw. sehr oft geantwortet haben, dürften ernsthafte Kommunikationsstörungen vorliegen. Werden die Meinungsverschiedenheiten besprochen, werden sie in aller Regel ruhig ausdiskutiert. 59 % antworteten, dass dies häufig oder sehr oft geschieht. 14 % gaben an, dass diese Gespräche selten oder nie ruhig verlaufen. Es gibt danach einen relativ kleinen Teil an Paaren, die nicht kommunizieren und falls ein Austausch stattfindet, erfolgt dieser im Streit. Dem entsprechen die Antworten auf die Frage, ob in den letzten 12 Monaten über eine Scheidung nachgedacht worden ist. 7 % haben mit ja geantwortet. Der übergroße Teil mit 92 % hatte dies allerdings nicht in Erwägung gezogen.

Aktuelle Veröffentlichungen aus dem BiB zu Ehescheidungen

- Dorbritz, Jürgen, 2007: Durchschnittsalter und Ehescheidungen nach der Ehedauer: Berechnung nach Zahlen oder Ziffern? In: Demographischer Wandel – Wandel der Demographie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 37): 301-312
- Dorbritz, Jürgen; Gärtner, Karla, 1998: Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem B-Teil, Ehescheidungen – Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23, 4: 373-458
- Roloff, Juliane, 1998: Eheschließungen und Ehescheidungen von und mit Ausländern in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23, 3: 319-334
- Dorbritz, Jürgen, 1990: Familienstandstafeln für die DDR (Eheschließungen Lediger und Ehescheidungen in der Periode- und Kohortenmessung). In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Heft 65

Familienpolitik

Familienpolitik in Deutschland - Ein Paradigmenwechsel

In internationalen Klassifizierungen der Familienpolitiken, z.B. nach Anne Gauthier, war Deutschland der Gruppe von Ländern zugeordnet, in denen relativ viel Geld an Familien transferiert, das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit und eine Realisierung der Kinderwünsche aber weniger unterstützt wird. In letzter Zeit hat allerdings hinsichtlich des Konzepts der Familienpolitik in Deutschland ein Umdenken stattgefunden. Inzwischen wird von einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik gesprochen. Im Gutachten „Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ wurden einer nachhaltigen Familienpolitik angesichts des demographischen Wandels drei Zielstellungen zugeordnet: erstens eine Erhöhung der Geburtenrate, zweitens eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit und eine Verbesserung des Bildungsniveaus der Kinder. Mit Maßnahmen wie dem Elterngeld oder dem Ausbau der Angebote für die Kinderbetreuung sind in diesem Sinne wichtige familienpolitische Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Familienpolitik hat damit an Bedeutung gewonnen.

Bei der Darstellung der gewünschten Maßnahmen der Familienpolitik ist zu beachten, dass der GGS im Jahr 2005 erhoben wurde und damit

die Neuorientierung in der deutschen Familienpolitik noch nicht in die Antworten einfließen konnte. Dennoch ist es interessant, die Antworten der Befragten im Licht der veränderten Zielrichtung der Familienpolitik zu sehen.

Gewünschte familienpolitische Maßnahmen

Im Generations and Gender Survey war eine Batterie von Maßnahmen zu bewerten, die es erleichtern könnten, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen (Tab. 13). Generell zeigt sich, dass familienpolitische Maßnahmen, unabhängig davon, in welche Richtung sie zielen, einen hohen Stellenwert besitzen. Das zeigt sich an den hohen Anteilen derjenigen, die mit „sehr wichtig“ und „wichtig“ geantwortet haben.

Sieht man sich die Bewertung der einzelnen Maßnahmen an, dann gilt, dass Zeitautonomie besonders hoch eingeschätzt wird. An der Spitze der bewerteten Maßnahmen finden sich mit „Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern“ (90 %) und „Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern“ (89 %) zwei, die auf die Verbesserung des Zeitregimes abzielen. Danach folgt auf Rangplatz 3 mit „Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter“ eine Maßnahme, die auf eine Verbesserung der Infrastruktur hinsichtlich des

Tab. 13: Rangfolge der 11 wichtigsten gewünschten familienpolitischen Maßnahmen nach dem Anteil der „sehr wichtig“- und „wichtig“-Antworten (in %)

Mögliche Maßnahmen	%
1. Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern	90
2. Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	89
3. Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter	87
4. Finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist	85
5. Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	85
6. Finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange sie klein sind	81
7. Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren	79
8. Betreuungseinrichtungen für Schulkinder nachmittags und in den Schulferien	77
9. Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat	74
10. Besseres Angebot an Ganztagschulen	72
11. Finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes	69

Datenquelle: BiB, Generations and Gender Survey 2005

Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit abzielt. Auf den Rangplätzen vier bis sechs sind Maßnahmen eingestuft worden, die zur Verbesserung der finanziellen Situation von Familien beitragen (finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist, niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder, finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange sie klein sind).

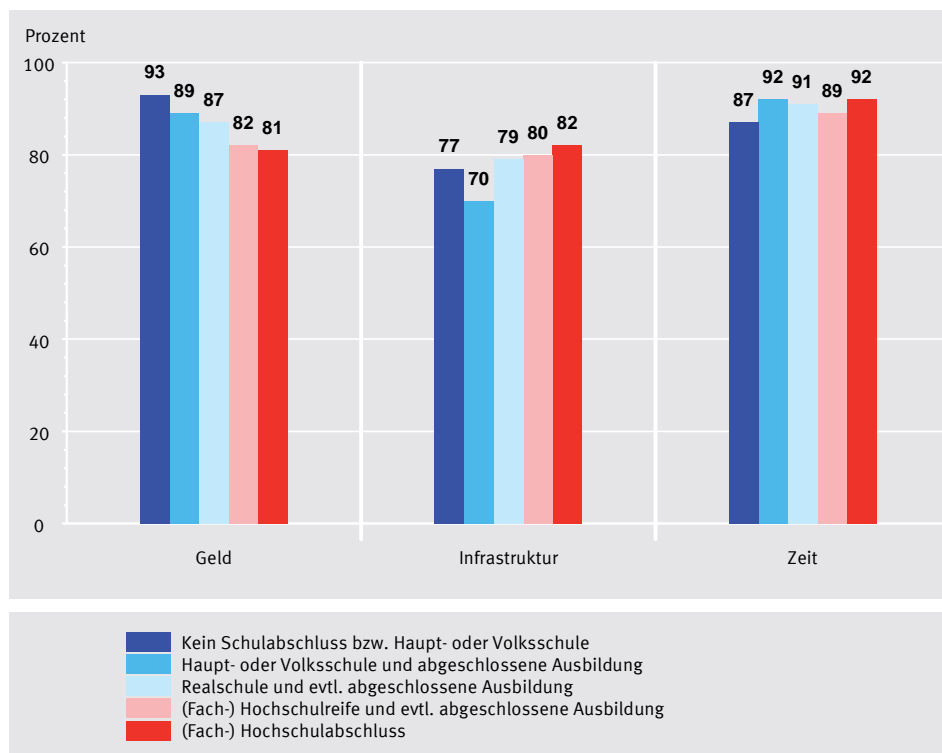
Es zeigt sich, dass die Verbesserung der zeitlichen Situation von Familien vor einer finanziellen Unterstützung und dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen rangiert. Die Unterschiede zwischen den Maßnahmen sind allerdings sehr gering. Es liegt daher die Schlussfolgerung nahe, dass ein Maßnahmenmix der erfolgsversprechendste Ansatz für die Familienpolitik sein dürfte. Das wird auch durch die Ergebnisse gestützt, dass in unterschiedlichen Lebensformen, Qualifikationsgruppen sowie in den alten und neuen Bundesländern besondere Präferenzen bestehen.

So wünschen sich Kinderreiche in stärkerem Maße finanzielle Unterstützungen als Familien mit einem oder zwei Kindern. Bei Ein-Kind-Familien haben bessere Kinderbetreuungsangebote einen relativ höheren Stellenwert. Es ist anzunehmen, dass Paare mit nur einem Kind eher bestrebt sind, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren als die Mehr-Kind-Familien, denen dies viel größere Schwierigkeiten bereitet. Für beide Gruppen haben aber flexiblere Arbeitszeiten oberste Priorität.

In den neuen Bundesländern haben familienpolitische Maßnahmen generell eine höhere Bedeutung als im früheren Bundesgebiet. Gleiches gilt für Frauen im Vergleich zu den Männern. Frauen in den neuen Bundesländern haben danach die höchsten familienpolitischen Erwartungen. Wiederum ist Zeit der wichtigste Faktor.

Bei den geringer Qualifizierten ist eine stärkere Orientierung auf finanzielle Unterstützung

Abb. 30: Anteil der Befragten, die Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen, infrastrukturellen und zeitlichen Situation präferieren, Anteile der „sehr wichtig“- und „wichtig“-Antworten (in %)



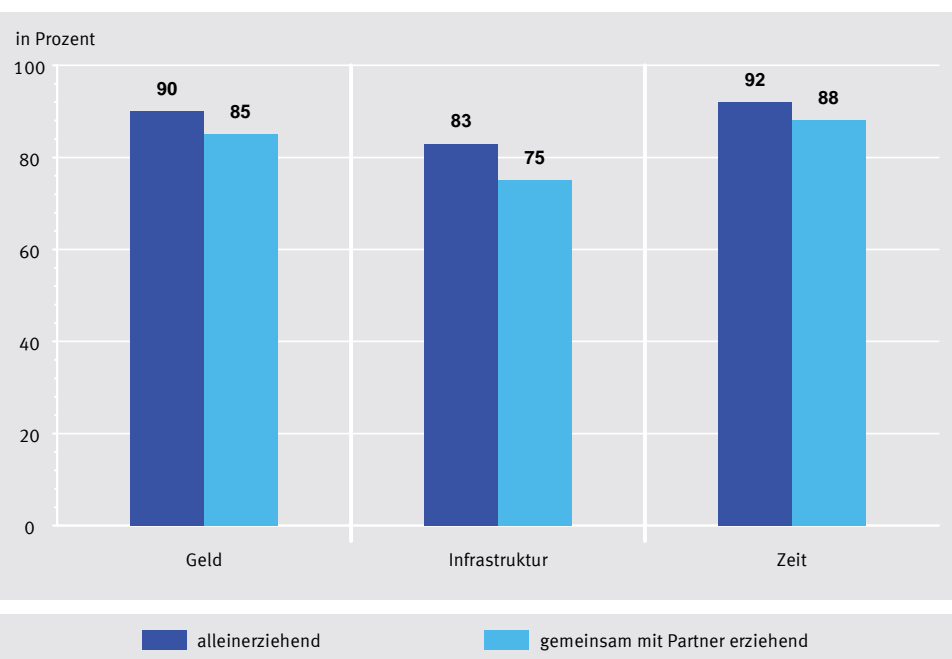
Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

feststellbar. Während sich Personen mit niedrigem Bildungsniveau zu 93 % für finanzielle Maßnahmen aussprechen, sinkt dieser Anteil mit steigendem Bildungsniveau kontinuierlich auf rund 80 %. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei der Zustimmung zu einem Ausbau der Infrastruktur (Abb. 30). Höher Qualifizierte wollen bessere Betreuungsmöglichkeiten. Hier steigt der Anteil, der bei den Befragten mit niedriger (Aus-)Bildung bei 77 bzw. 70 % liegt, auf 82 % bei Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss. Damit bestätigt sich die Theorie der Opportunitätskosten, worauf Rürup und Gruescu in ihrem Gutachten zur Familienpolitik hingewiesen haben. Demnach sind die »Kosten« eines Kindes dann sehr hoch, wenn ein Elternteil mit hohem Einkommen (und damit häufig auch hohem Bildungsgrad) wegen der Kinderbetreuung seine Erwerbstätigkeit stark reduziert oder ganz aufgibt. Für viele Eltern aus entsprechenden Bildungs- bzw. Einkommensgruppen sprechen diese Opportunitätskosten offenbar häufig gegen ein Kind. Staatliche Leistungen scheinen diesen Personen, die viel Zeit und Geld in ihre Bildung investiert haben, keinen Ausgleich für (potenziell) entgangenes Einkommen zu bieten, so dass sie kaum relevant für diese Gruppe sind. Viel-

mehr geht es hier im Kern um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Personengruppe unterstützt man daher am besten mit Arbeitsplätzen, die eine flexible Zeiteinteilung ermöglichen sowie durch einen umfassenden Ausbau der Betreuungsplätze.

Bei Alleinerziehenden finden sich grundsätzlich höhere Erwartungen an die Familienpolitik. Sie wünschen sich in den Bereichen Geld, Infrastruktur und Zeit noch umfassendere staatliche Hilfen. Dies zeigt die **Abbildung 31**, in der Alleinerziehende und Befragte mit Partnerschaften verglichen werden. Die Unterschiede sind insbesondere bei den Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich. Die Verbesserung der Infrastruktur halten 83 % der Alleinerziehenden und 75 % der Personen in Partnerschaften mit Kindern für wichtig / sehr wichtig.

Abb. 31: Zustimmung zu Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen, infrastrukturellen und zeitlichen Situation bei Alleinerziehenden und Befragten in Partnerschaften mit Kindern, Anteile der „sehr wichtig und wichtig“ - Antworten (in %)



Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Abschließend zu diesem Punkt ist auf die besonderen familienpolitischen Erwartungen der Kinderlosen hinzuweisen. Für sie sind finanzielle Maßnahmen weniger bedeutsam. Eine höhere Bedeutung besitzen dagegen Maßnahmen, die das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit (Kinderbetreuung) verbessern. Das Schaffen einer größeren Zeitautonomie ist wie bei anderen Vergleichen der wichtigste Punkt, wobei es keine unterschiedlichen Bewertungen nach

der Kinderzahl gibt. Wird beachtet, dass Kinderlosigkeit unter den höher qualifizierten Frauen, die sich ebenfalls stärker eine Verbesserung der Infrastrukturen wünschen, weiter verbreitet ist, kann durch bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten der Übergang zum ersten Kind gerade in dieser erheblich erleichtert werden.

Effekte solcher Maßnahmen aus der Sicht der Befragten

Die Analysen zum Kinderwunsch in Deutschland zeigen, dass trotz des niedrigen Kinderwunsches noch immer eine Lücke zur tatsächlich realisierten Kinderzahl klafft, die als Wirkungspotenzial der Familienpolitik gesehen werden kann. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Entscheidung für die Erfüllung des Kinderwunsches von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst

wird und nicht nur von einem Paket von Maßnahmen und schon gar nicht von einzelnen Maßnahmen bestimmt ist. Das ist auch die Ursache dafür, warum in der familiendemographischen Forschung die Auffassung vorherrschend ist, dass der Einfluss der Familienpolitik auf das Geburtenniveau eher begrenzt ist.

Dennoch ist es wichtig, Forschungen zu den möglichen demographischen Effekten der Familienpolitik anzustellen. Es ist gefragt worden, welche Folgen es für die eigene Lebensgestaltung haben würde, wenn die für wünschenswert gehaltenen Maßnahmen eingeführt würden. Das Hauptergebnis ist, dass die Familienpolitik dazu beitragen kann, Kinderwünsche erfüllbarer zu machen. Die Möglichkeit, dass sich Frauen / Familien zu einem weiteren, über den ursprünglichen Kinderwunsch hinausgehenden, Kind entscheiden, ist begrenzt gegeben.

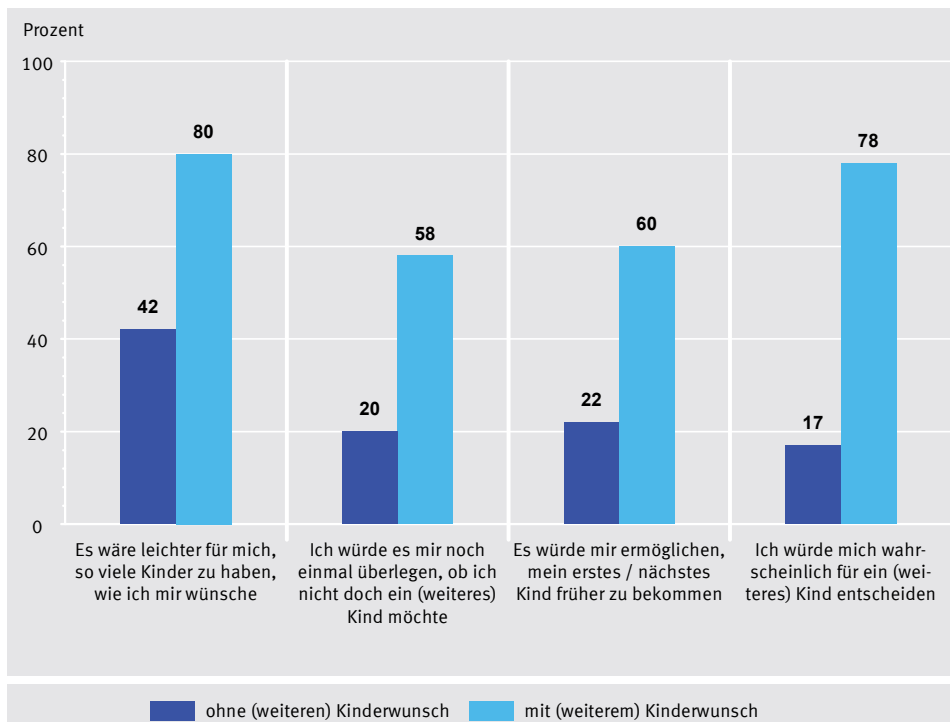
Die Entscheidung für ein (weiteres) Kind aufgrund von Maßnahmen der Familienpolitik ist bei denjenigen besonders wahrscheinlich, deren Kinderwunsch noch nicht erfüllt ist. 80 % stimmten der Aussage zu "Es wäre leichter für mich, so viele Kinder zu haben, wie ich mir wünsche". 78 % würden sich dann wahrscheinlich

für ein weiteres Kind entscheiden. 58 % würden es sich noch einmal überlegen, ob sie nicht doch ein weiteres Kind möchten und 60 % meinten, sie könnten das ohnehin gewünschte Kind früher bekommen (Abb. 32). Diese Antwort passt sehr gut in die Erfahrungswelt der demographischen Forschung zu den Effekten familienpolitischer Maßnahmen. In aller Regel bewirken solche Maßnahmen Timingeffekte, das Vorziehen und in begrenztem Umfang auch das Nachholen von Geburten.

Allerdings könnte eine passende Familienpolitik einen Teil der Kinderlosen bzw. derjenigen Frauen, die keinen Kinderwunsch mehr haben, in ihrer Entscheidung umstimmen. Hier ist die entscheidende Frage, ob die geäußerte Präferenz für Kinderlosigkeit bzw. für kein weiteres Kind offen für eine Revision ist, falls das familienpolitische Angebot stimmt. Von dieser Gruppe von Frauen, die für familienpolitische Maßnahmen eigentlich kaum mehr erreichbar erscheinen, würden 20 % es sich noch einmal überlegen, ob sie nicht doch noch ein (weiteres) Kind haben möchten, und 17 % vermuten sogar, dass sie sich wahrscheinlich für ein (weiteres) Kind entscheiden würden. Sicher ist bei der Bewertung dieser Ergebnisse zu berücksichtigen, dass eine Interviewsituation keiner echten Entscheidungssituation entspricht. Es ist zu bezweifeln, dass alle diese Frauen im gegebenen Fall tatsächlich ein (weiteres) Kind bekommen würden. Dennoch bleibt festzuhalten, dass eine Entscheidung gegen (weitere) Kinder bei aller Vorsicht begrenzt beeinflussbar scheint.

Eltern mit einem Kind würden nach ihren Aussagen positiver als Kinderlose oder Familien mit 2 und mehr Kindern auf familienfördernde Leistungen reagieren. Gleiches gilt für Frauen mit einem höheren Bildungsniveau. Sie geben an, dass es dann leichter wäre, so viele Kinder zu haben, wie sie sich wünschen und es ihnen ermöglichen würde, diese Kinder früher zu bekommen.

Abb. 32: Effekte möglicher familienpolitischer Maßnahmen nach dem Kinderwunsch, Anteile der „stimme sehr zu“- und „stimme zu“-Antworten der Frauen (in %)



Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Generations and Gender Survey 2005

Das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit

Die Diskussionen in Deutschland um die niedrige Geburtenhäufigkeit und die hohe Kinderlosigkeit werden immer wieder an den Bedingungen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit verankert. Weitgehende Einigkeit besteht dabei bei der Beurteilung der Vereinbarkeitsbedingungen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte deshalb im Mittelpunkt der Bemühungen um eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik stehen. Nur wenn das Spannungsverhältnis zwischen beiden Lebensbereichen entschärft wird, lassen sich Geburtenrate und Frauenerwerbstätigkeit erhöhen. Junge Frauen aller Bildungsschichten, aber vor allem Akademikerinnen wollen eher keine Kinder haben, wenn sie darin ein Entfaltungs- oder Karrierehemmnis sehen. In diesem Kontext scheint es interessant, die Auffassungen der Betroffenen zu hören. In der PPAS wurden Frauen und Männer (Alter: 20 bis 39 Jahre) nach ihren Idealen für das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit befragt, wobei die Männer aufgefordert waren, das Modell anzugeben, welches sie für ihre Partnerin als die günstigste Lösung ansehen.

Tab. 14: Bevorzugte Formen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit von Frauen (in %)

Varianten des Vereinbarens			Prozent		
			Insgesamt	West	Ost
1.	Vollzeitarbeit	keine Kinder	8,1	8,5	6,1
2.		ein Kind	8,2	5,5	19,1
3.		zwei oder mehr Kinder	10,4	7,0	23,8
4.	Teilzeitarbeit	keine Kinder	1,8	2,1	0,6
5.		ein Kind	12,4	13,1	9,7
6.		zwei oder mehr Kinder	31,9	32,3	30,5
7.	keine Berufstätigkeit, solange die Kinder klein sind		22,2	25,6	8,6
8.	überhaupt keine Berufstätigkeit, wenn Kinder da sind		5,0	5,8	1,7

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Nach den Antworten zeigt sich ein eindeutiger Wille, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, der in den neuen Bundesländern deutlich stärker als im Westen ausgeprägt ist (Tab. 14). 61,3 % der Frauen im Westen und 82,9 % im Osten wollen in dieser oder jener Form vereinbaren. Von den Männern gaben 62,3 % der Befragten im Westen und 83,9 % im Osten für ihre Partnerin ein Vereinbarkeitsmodell als ideal an. Wenn ein Wunsch nach Vereinbaren besteht, dann ist die größte Gruppe der befragten Frauen (47,4 %) im Westen auf Teilzeiterwerbstätigkeit und Kinderhaben orientiert. Im Osten wird das Modell Vollzeiterwerbstätigkeit und Kinderhaben bevorzugt (44,5 %).

Das zweitwichtigste Vereinbarkeitsmodell ist für die westdeutschen Frauen der zeitlich begrenzte Ausstieg aus dem Erwerbsleben, solange die Kinder klein sind. 24 % gaben dies als ideales Modell des Vereinbarens an. Im Osten spielt eine solche Möglichkeit nur eine untergeordnete Rolle. Neben der Orientierung auf Vollzeiterwerbstätigkeit ist hier die Teilzeitbeschäftigung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewünscht.

Die auf die Frage nach den Idealen des Vereinbarens gegebenen Antworten zeigen sehr deutlich, dass West- und Ostdeutsche in ihren Denkmustern unterschiedliche Modelle der Familienpolitik verinnerlicht haben. Bei den Westdeutschen ist das aktuelle Modell der Familienpolitik stark präsent, also die Förderung der modernisierten Versorgung mit starken auf die Ehe gerichteten Transferleistungen. Die Kinderbetreuung wird in diesem familiären Umfeld organisiert und geht mit einem Berufsausstieg vor allem der Frauen einher. In den neuen Bundesländern ist dagegen noch das Familienpolitikmodell der ehemaligen DDR präsent, das auf das Vereinbaren von

Erwerbstätigkeit und Familie in Form der Vollerwerbstätigkeit gerichtet war.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass Wahlfreiheit in der Familienpolitik gewünscht ist. Es gibt kein Modell, das sich als eindeutig dominierend herausgestellt hat. Die Spanne reicht von Vollerwerbstätigkeit mit mehr als 2 Kindern bis zum gänzlichen Berufsausstieg, wenn Kinder da sind. Die Familienpolitik sollte Paaren die Möglichkeit lassen, zwischen verschiedenen Modellen wählen zu können, so die Botschaft, die die Befragten mit ihren Antworten gegeben haben.

Die jüngsten familienpolitischen Maßnahmen befinden sich in Übereinstimmung mit den Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik. Am ehesten kommt den Interessen der Bevölkerung ein Maßnahmenmix entgegen. Dabei werden zeitlich entlastende Maßnahmen wichtiger als finanzielle Hilfen und Verbesserungen bei der Situation der Kinderbetreuung eingestuft. Die festgestellten Unterschiede sind aber eher gering, letztlich hat Familienpolitik in all ihren Bereichen einen hohen Stellenwert.

Angesichts der Zielstellung „Steigerung der Geburtenrate“ und den Effekten der Maßnahmen, die die Befragten für sich sehen, sollten die Hoffnungen auf einen raschen Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau jedoch nicht zu hoch geschraubt werden. Solche Maßnahmen bewirken in erster Linie, dass Kinderwünsche besser erfüllbar werden. Familienpolitische Maßnahmen sind dennoch wichtig, denn sie verbessern die materielle Lebenssituation der Familie, erlauben eine bessere Umsetzung der Wünsche nach dem Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit und reduzieren das Armutrisiko.

Generationenbeziehungen

Demographischer Wandel und Generationenbeziehungen

Der demographische Wandel hat sich, insgesamt gesehen, positiv auf die Möglichkeiten des Miteinanders von Generationen, auch der Beziehungen von Großeltern und Enkelkindern, ausgewirkt. Es gibt aber auch negative, von den demographischen Trends ausgehende Effekte. Hier ist insbesondere der Verlauf der demographischen Alterung zu beachten, in dem sich die Größenordnung von der älteren zur mittleren Generation zu Ungunsten letzterer verschoben hat (vgl. den nachfolgenden Abschnitt).

Positive Effekte auf die gemeinsame Lebenszeit der Generationen gehen von der steigenden Lebenserwartung in zweifacher Hinsicht aus. Der Anstieg der Lebenserwartung ist sowohl auf die steigende fernere Lebenserwartung älterer Menschen als auch auf die inzwischen sehr niedrige Säuglingssterblichkeit zurückzuführen. Entscheidend ist, dass der Anstieg der Lebenserwartung der älteren Menschen dazu geführt hat, dass sich nicht nur die gemeinsame Lebensspanne von Eltern und Kindern verlängert hat, sondern auch, dass die Großeltern in die Lage versetzt werden, auf das Heranwachsen ihrer Enkel und Urenkel zu warten. Vier-Generationen-Familienverbände sind in der heutigen Zeit keine Seltenheit mehr. Dadurch hat sich die Chance für das Leben vielfältiger und differenzierter Generationenbeziehungen spürbar erhöht. Von der reduzierten Kinder- und Säuglingssterblichkeit geht aus, dass die überwiegende Mehrheit der Lebendgeborenen ein Alter erreicht, in dem Generationenbeziehungen selbständig gestaltet werden können und die Eltern und Großeltern noch verfügbar sind.

Negative Effekte auf die gemeinsame Lebenszeit der Generationen gehen vom steigenden durchschnittlichen Gebäralter aus. Der Anstieg des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder führt zu einer Erhöhung der Generationenabstände und verhindert eine noch längere gemeinsame Lebensspanne zwischen den Generationen. Dieser Trend wirkt dem Einfluss der steigenden Lebenserwartung entgegen. In aller Regel verläuft aber der An-

stieg der Lebenserwartung schneller als der Anstieg des Gebäralters. Eine Ausnahme bildeten die neuen Bundesländer in den 1990er Jahren. Dort hat die schnelle Erhöhung des Gebäralters innerhalb eines kurzen Zeitraums zu einer Verringerung der gemeinsamen Lebenszeit der Generationen geführt.

Ungünstig für die Potenziale der Generationenbeziehungen kann sich die niedrige Geburtenhäufigkeit auswirken. Einerseits erfolgt eine Fokussierung der Generationenbeziehungen auf eine kleinere Zahl an Kindern und Enkelkindern. Dies findet man in den neuen Bundesländern mit der Ausbreitung der Ein-Kind-Familie. Im früheren Bundesgebiet kann es mit der hohen Kinderlosigkeit zu einem Wegbrechen der Eltern-Kinder-Enkelkinder-Beziehungen kommen. Wer selbst kinderlos ist, kann aber durchaus über Stiefkinder und Stiefenkelkinder verfügen.

Auch die hohe Scheidungshäufigkeit könnte die Potenziale der Generationenbeziehungen schwächen. Zu fragen wäre, ob beispielsweise Geschiedene noch bereit sind, sich um die ehemaligen Schwiegereltern zu kümmern. Scheidungen können aber auch, indem eine stärkere Vielfalt in die Generationenbeziehungen getragen wird, neue Potenziale erschließen.

Die steigende räumliche Mobilität kann sowohl negative als auch positive Effekte haben, abhängig davon, ob sich die Distanzen zwischen den Lebensorten der Generationen erhöhen oder verkürzen. Aber selbst eine Zunahme der Entfernungen muss nicht unbedingt zu einer Verschlechterung der Generationenbeziehungen führen.

Insgesamt hat der demographische Wandel dazu geführt, dass sich die gemeinsame Lebenszeit von Eltern und Kindern, Eltern, Kindern und Enkelkindern und auch von Eltern, Kindern, Enkelkindern und Urenkeln verlängert hat. Das Miteinander von 3 oder 4 Generationen ist heute ein Merkmal der Normalbiographie. Der demographische Wandel führt aber immer nur zu Chancen oder Einschränkungen in den Generationenpotenzialen, wie diese realisiert werden, hängt dann von der Qualität der Generationenbeziehungen ab.

Einfluss der Alterung auf die demographischen Größenordnungen

Wie sich die demographische Alterung auf der Makroebene auf die Größenordnung von Generationenbeziehungen auswirkt, kann anhand des sogenannten intergenerationalen Unterstützungskoeffizienten veranschaulicht werden (siehe Definitionsbox).

Definition: Intergenerationaler Unterstützungskoeffizient

Der intergenerationale Unterstützungskoeffizient bildet die demographische Größenordnung zweier Generationen ab, die beispielsweise aus der Sicht von Unterstützungs- oder Pflegeleistungen unmittelbar aufeinander bezogen sind. Dazu wird berechnet, wie viele Personen in der Altersgruppe von 50 bis 64 Jahre pro Person für die Altersgruppe 80 Jahre und älter vorhanden sind. Der Koeffizient sagt nichts über die tatsächlichen Familienbeziehungen und möglichen Unterstützungsleistungen zwischen diesen Generationen aus, sondern zeigt lediglich an, ob sich aufgrund der demographischen Trends die Potenziale zwischen beiden Generationen verändert haben.

Seit den 1950er Jahren ist der intergenerationale Unterstützungskoeffizient deutlich gesunken (Abb. 33). Das bedeutet, dass immer weniger Personen in der Altersgruppe 50 bis 64, die potenziell für Pflege- und Unterstützungsleistungen zuständig sein können, auf die Personen in der Altersgruppe 80 Jahre und älter kommen. 1950 betrug dieses Verhältnis 17,4 zu 1. 1980 hatte er sich der Koeffizient auf 5,8 und bis 2007 auf 3,9 verringert. Die demographischen

Unterstützungspotenziale haben sich damit deutlich verschlechtert. Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen. Das ist eine Folge der demographischen Alterung. Einerseits ist die Personenzahl in der Altersgruppe ab 80 Jahre durch das Hineinrücken geburtenstärkerer Jahrgänge und andererseits durch eine angestiegene Überlebenswahrscheinlichkeit tendenziell angewachsen. 1980 gab es ca. 200 Tsd. Personen in dieser Altersgruppe, 2007 waren es bereits 392 Tsd. Gleichzeitig ist die Zahl der 50- bis 64-Jährigen ebenfalls, aber langsamer angestiegen. Seit dem Jahr 2000 ist sie sogar rückläufig, so dass ein Anstieg bei den über 80-Jährigen mit einer geringer werdenden Bevölkerung in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre mit dem Ergebnis eines beschleunigten Rückgangs des intergenerationalen Unterstützungskoeffizienten zusammenfällt.

Pflegebedürftigkeit - Aktuelle Situation und Prognose

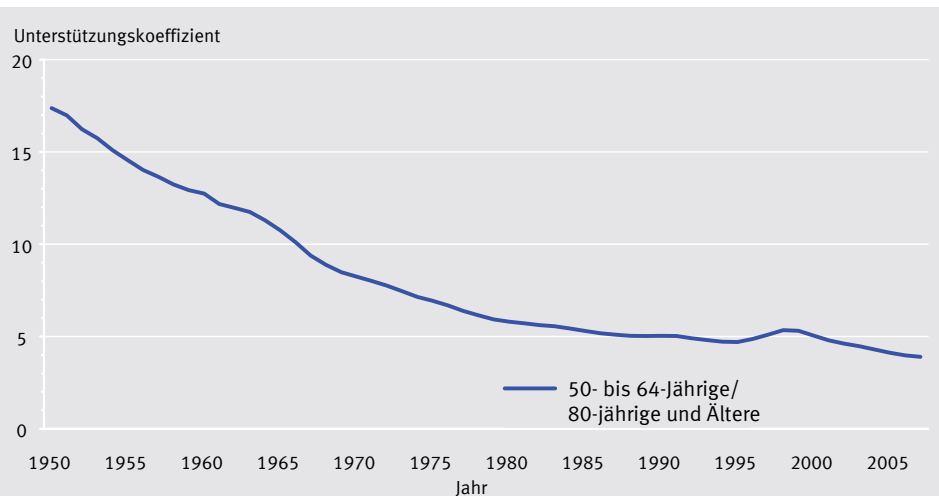
Im Jahr 2008 hat das BiB in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt die Broschüre „Bevölkerung – Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland“ veröffentlicht, in der auch die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit behandelt worden ist.

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamts waren Ende des Jahres 2005 in Deutschland 2,13 Millionen Menschen pflegebedürftig. 82 % von ihnen waren 65 Jahre und älter und 33 % gehörten zur Altersgruppe 85 und älter. Pflege wird vor allem zu Hause in Privathaushalten geleistet. 1,45 Millionen der Pflegebedürftigen (68 %) sind zu Hause

versorgt worden. Die Mehrheit von ihnen (980 Tsd.) ist dabei allein durch Angehörige versorgt worden, was mit Nachdruck auf die Bedeutung der Familie und des Funktionierens der Generationenbeziehungen im Prozess der demographischen Alterung verweist. Weitere 472 Tsd. der Pflegebedürftigen lebten ebenfalls zu Hause, wurden aber teilweise bzw. gänzlich durch ambulante Dienste betreut. 677 Tsd. Pflegebedürftige waren in Pflegeheimen untergebracht.

Die Trends der letzten Jahre zeigen allerdings, dass die Bedeutung der professionellen Pflege

Abb. 33: Intergenerationaler Unterstützungskoeffizient in Deutschland, 1950 - 2007



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BiB, Graphische Darstellung BiB

zunimmt und der Anteil der zu Hause Gepflegten zurückgeht. So ist seit 1999 die Zahl der in Pflegeheimen lebenden Menschen um 103 Tsd. gestiegen, während die Zahl der von Angehörigen zu Hause betreuten Personen um 47 Tsd. gesunken ist.

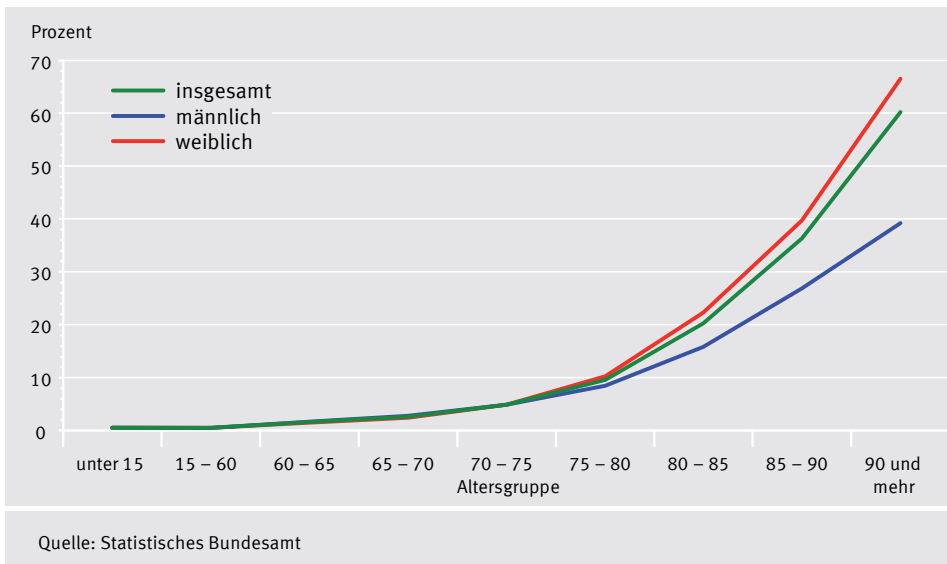
Die Pflegebedürftigkeit steigt mit dem Alter deutlich an (Abb. 34). In der Altersgruppe 75 - 80 Jahre sind nur ca. 10 % der Personen pflegebedürftig. Danach steigt die Pflegequote mit zunehmendem Alter rasant an. Bei den 90-jährigen und älteren Menschen sind es durchschnittlich, bei großen Unterschieden zwischen Frauen und Männern, bereits etwa 60 %. Männer sind zu ca. 40 % pflegebedürftig, Frauen bereits zu etwas mehr als 75 %. Die höhere Pflegequote der Frauen erklärt sich daraus, dass Frauen im höheren Alter häufiger allein leben und daher öfter Pflegeanträge stellen müssen. Männer werden dagegen im Fall der Pflegebedürftigkeit von ihren Partnerinnen betreut.

Die Prognose der Zahl der Pflegebedürftigen durch das Statistische Bundesamt bis 2030 (dabei wurde angenommen, dass die altersspezifischen Pflegequoten konstant bleiben) lässt einen weiteren Anstieg auf mehr als 3 Millionen erwarten (Abb. 35). Auch der Anteil pflegebedürftiger Menschen an der Bevölkerung wird von heute 2,6 auf ca. 4 % anwachsen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass immer mehr Hochbetagte zu pflegen sein werden.

Der Anteil der pflegebedürftigen Personen, die 85 Jahre und älter sind, an den Pflegebedürftigen insgesamt, wird sich von 33 auf 48 % erhöhen. In der Altersgruppe 60 bis unter 85 Jahre wird es dagegen leichte Rückgänge von 53 auf 45 % geben.

Diese Veränderungen sind Folge des Alterns der Bevölkerung. Geburtenstarke Jahrgänge gelangen aufgrund der hohen und steigenden Lebenserwartung in immer größerer Anzahl in die Altersjahre, in denen die Pflegequoten besonders hoch sind.

Abb. 34: Pflegequoten nach Alter und Geschlecht in Deutschland, 2005 (in %)



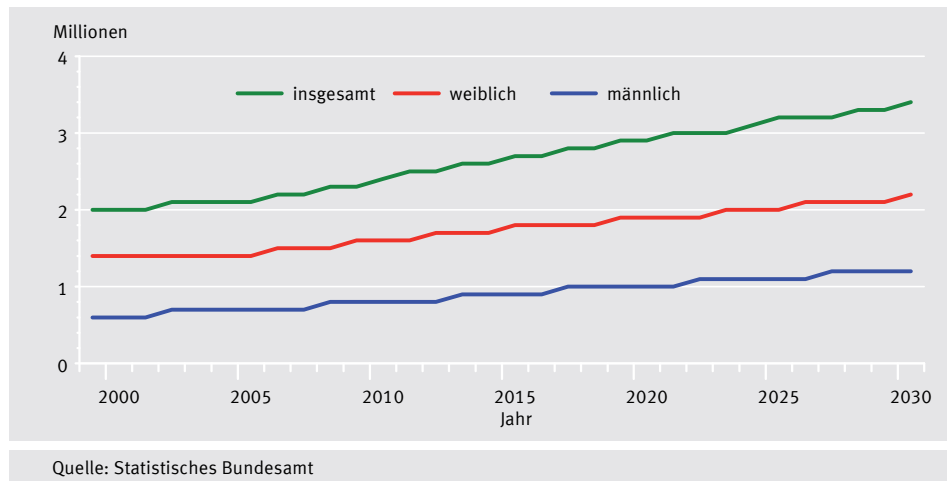
Generationenbeziehungen - gegenseitige Verfügbarkeit

Im folgenden Abschnitt wird die gegenseitige Verfügbarkeit der Generationen nicht mehr auf der demographischen Makroebene, sondern auf der Ebene der Familienbeziehungen betrachtet. Hinsichtlich der Generationenpotenziale ist es wichtig zu wissen, in welchem Ausmaß Generationen sich überhaupt gegenseitig zur Verfügung stehen. Dazu sind die Daten des Generations and Gender Survey altersspezifisch danach ausgezählt worden, ob die Befragten Enkelkinder, Kinder, Eltern und Großeltern haben (Tab. 15).

Die Ergebnisse zeigen eine hohe gegenseitige Verfügbarkeit der Generationen:

- 65 % der Befragten in der Altersgruppe 60 bis 69 Jahre haben Enkelkinder. In der Altersgruppe 70 bis 80 Jahre sind es 77 %.

Abb. 35: Pflegebedürftige nach dem Geschlecht in Deutschland, 1999 - 2030 (in Millionen)



Tab. 15: Vorhandensein von Enkelkindern, Kindern, Eltern und Großeltern nach dem Alter der Befragten (in %)

Altersgruppe der Befragten (Jahre)	Verwandtschaftsbeziehung							
	Enkelkinder		Kinder		Eltern		Großeltern	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
17 - 29	0,2	99,8	21,3	78,7	93,8	6,2	70,4	29,6
30 - 39	0,3	99,7	65,2	34,8	91,6	8,4	28,5	71,5
40 - 49	7,6	92,4	80,2	19,8	81,9	18,1	7,8	92,2
50 - 59	33,8	66,2	81,6	18,4	51,9	48,1	1,2	98,8
60 - 69	64,7	35,3	78,6	21,4	14,2	85,8	0,3	99,7
70 - 80	76,8	23,2	74,0	26,0	1,8	98,2	0,2	99,8

Datenquelle: BiB, Generations and Gender Survey 2005

Zu diesem Ergebnis passt die Sicht der Enkelkinder. 17- bis 29-Jährige haben zu 70 % zumindest ein Großelternanteil.

- Die Ergebnisse zu den 40- bis 59-Jährigen offenbaren deren Rolle als „Sandwichgeneration“. Die Altersgruppen 40 bis 49 und 50 bis 59 Jahre haben zu ca. 80 % eigene Kinder. Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen verfügt zudem noch zu 82 % über mindestens ein Elternteil. In der Altersgruppe 50 bis 59 Jahre ist dieser Anteil auf 52 % gesunken.
- In anderen Altersgruppen stellt sich die Verfügbarkeit der Generationen zwangsläufig anders dar. Je jünger die Befragten sind, desto geringer ist die Zahl der Enkelkinder (50 bis 59 Jahre: 34 %) und je älter die Enkelkinder werden, umso seltener leben die Großeltern noch. Befragte in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre haben nur noch zu 28 % Großeltern, in der nachfolgenden Altersgruppe 40 bis 49 Jahre sind es dann nur noch 8 %.

Es zeigen sich dennoch beträchtliche demographische Generationenpotenziale, die zum Teil weitgehend brach liegen. Das betrifft insbesondere die Enkelkindergeneration der 20- bis 30-Jährigen, die weitgehend noch Großeltern haben und zu Unterstützungsleistungen in der Lage sind.

Einstellungen zu den Generationenbeziehungen

Forschungen zu den Generationenbeziehungen haben in den letzten Jahren am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Sie werden nicht mehr nur aus der demographischen Sicht behandelt, sondern viel stärker aus einer soziologischen Perspektive. Zunächst sind in der Population Policy Acceptance Study die Einstellungen der

Bevölkerung zu den Generationenbeziehungen untersucht worden. Dabei ging es insbesondere um Pflege im Alter, die Zuständigkeiten, die Frage, wer pflegen sollte und wo man bei Pflegebedürftigkeit leben möchte.

Pflege im Alter wurde sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der persönlichen Ebene thematisiert, d.h. zunächst wurde allgemein die Meinung zur Pflege von älteren Menschen in unserer Gesellschaft erfragt, um dann konkreter nach den Vorstellungen zur Pflege im eigenen Alter zu fragen. Die Antworten ergeben den Wunsch nach einem Mix aus öffentlicher und privater Pflege, der je nach konkreter Fragestellung eher zur Pflege durch die nächsten Verwandten oder durch öffentliche Institutionen tendiert, die jeweils andere Möglichkeit jedoch immer stark mit einschließt.

Die Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass der Gesellschaft vor allem die Aufgabe der Bereitstellung angemessener Institutionen und Dienste zur Pflege älterer Menschen zugewiesen wird (84,4 %), die Pflege selbst aber vor allem von den Kindern erwartet wird (73,5 %). Dabei halten mehr als zwei Drittel der Befragten (67,8 %) die Pflege durch Kinder nicht nur für wünschenswert, sondern sogar für die Pflicht der Angehörigen und nur 14,8 % lehnen sie vollkommen ab (Tab. 16). Die Pflege älterer Menschen durch die eigenen Kinder scheint als gesellschaftliche Norm noch starke Geltung zu besitzen, d.h. man fühlt sich zur Pflege der Eltern verpflichtet, ohne dass diese Aufgabe unbedingt der eigenen Wunschvorstellung entsprechen muss. In diesem Sinne kann zumindest das Ergebnis interpretiert werden, dass zwar über die Hälfte der Befragten die alten Eltern zu sich nehmen würde, wenn diese pflegebedürftig werden, dass aber nur knapp

Tab. 16: Zustimmung zu Aussagen über die Pflege von älteren Menschen (Anteile der „stimme zu“- und „stimme voll und ganz zu“-Antworten / in %)

Aussagen		%
1.	Die Gesellschaft sollte sich in erster Linie durch die Bereitstellung von angemessenen Institutionen und Diensten um ältere Menschen kümmern	84,4
2.	Die Kinder sollten sich um die älteren Menschen kümmern	73,5
3.	Es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die älteren Menschen zu kümmern	67,8
4.	Wenn meine Eltern alt sind und sich die Notwendigkeit ergibt, würde ich sie bitten, bei mir zu wohnen	51,7
5.	Alte Menschen sollten nur im Seniorenheim leben, wenn sich niemand in der Familie um sie kümmern kann	47,9
6.	Ich hätte gern, dass meine Eltern bei mir wohnen, wenn sie alt sind	32,8
7.	Wenn man kleine Kinder hat, sollte man sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen	21,5
8.	Es ist nicht die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern	14,8
9.	Alte Menschen sollten in Seniorenheimen leben	14,6

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

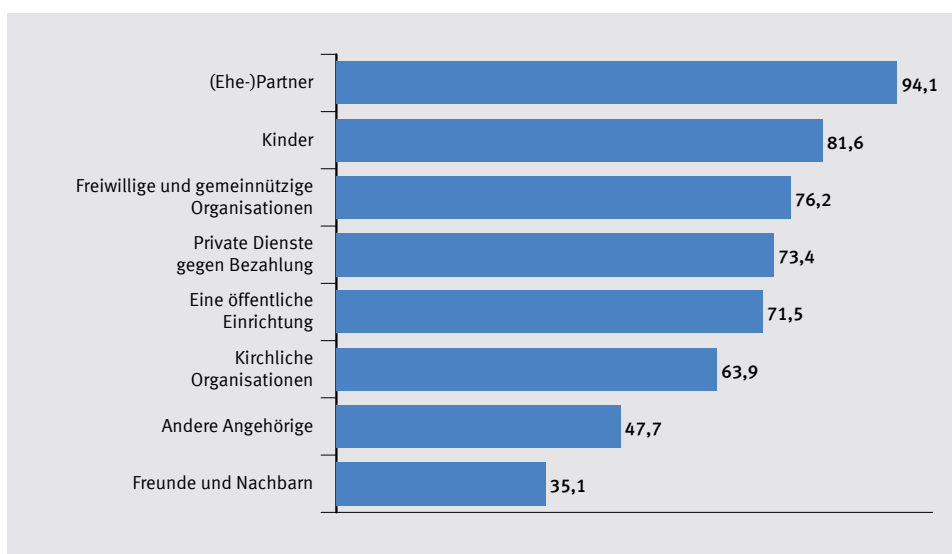
ein Drittel dies auch wirklich gern tun würde. Diesen gesellschaftlichen Erwartungen entsprechend wird schließlich die Aussage, alte Menschen sollten in Seniorenwohnheimen leben, auch überwiegend abgelehnt.

Beim Thema „Pflege im Alter“ zeigen sich ferner wieder Meinungsunterschiede, die durch die unmittelbare Betroffenheit der Befragten hervorgerufen werden. Zunächst gilt, dass die Pflege durch eigene Kinder und Angehörige umso stärker befürwortet wird, je älter die Befragten sind und ebenso, dass Befragte, die selbst Kinder haben, häufiger der Forderung nach Mithilfe der Angehörigen zustimmen als solche ohne eigene Kinder. Es bestätigt sich auch die Erwartung, dass die Pflege älterer Menschen eher Frauen als Männern zugeschrieben wird in dem Sinne, dass Frauen ihre alten Eltern eher zu sich nehmen würden als Männer. Der Ost-West-Vergleich zeigt in den neuen Bundesländern eine stärkere Zuweisung von Verantwortlichkeiten an den Staat als in den alten, d.h. von den Befragten aus den neuen Bundesländern weisen 91,2 % die Bereitstellung von Diensten für ältere Menschen der Gesellschaft zu, in den alten Bundesländern dagegen nur 82,7 %. Schließlich bestehen Unterschiede zwischen Land- und Stadtbewohnern, die wohl vor allem auf die unterschiedlichen Wohnverhältnisse der beiden Gruppen zurückzuführen sind,

denn Landbewohner sind eher bereit und wohl auch in der Lage, ihre alten Eltern zu sich zu nehmen. Einen weiteren Faktor zur Erklärung der Stadt-Land-Unterschiede könnte außerdem eine stärkere Verankerung traditioneller Werte auf dem Land darstellen, wo man die Pflege alter Eltern noch stärker für eine Pflicht der Kinder hält als in der Stadt.

Bei konkreteren Fragen nach Helfern, die im Bedarfsfall die Pflege Älterer übernehmen sollten, kristallisiert sich klar der Wunsch nach familiärer Pflege heraus (Abb. 36). Diese Aufgabe wird zuallererst dem Partner bzw. Ehepartner und den Kindern zugeschrieben, letzteren aber bereits mit deutlich geringerer Zustimmung, da kinderlose Befragte trotz der allgemeinen Fra-

Abb. 36: Verantwortung für die Hilfe älterer Menschen bei ständigem Pflegebedarf („stimme zu“- und „stimme voll und ganz zu“-Antworten / in %)



Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

**Tab. 17: Gewünschte Lebensformen im eigenen Alter bei täglicher Hilfsbedürftigkeit
(Antworten in % / nur eine Antwort war möglich)**

Lebensformen bei täglicher Hilfebedürftigkeit		%
1.	Zu Hause, aber mit professioneller Hilfe (Pflegedienst)	30,1
2.	Zu Hause, aber mit regelmäßiger professioneller Hilfe und Hilfe meiner Kinder oder anderer Verwandter	29,3
3.	Zu Hause, aber mit regelmäßiger Hilfe meiner Kinder und meiner Familie	21,3
4.	In einem Seniorenheim	10,8
5.	Ich würde gern bei einem meiner Kinder im Haus / in der Wohnung wohnen	4,2
6.	Sonstiges	2,4
7.	Zu Hause, aber mit einem meiner Kinder oder Verwandten, der mit mir zusammenzieht	1,9

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

gestellung seltener Kinder als Helfer angegeben haben. Bereits an dritter und vierter Stelle folgen dann allerdings öffentliche Einrichtungen, wobei freiwillige und gemeinnützige Organisationen noch vor privaten bezahlten Diensten genannt werden. In diesem Ergebnis drückt sich möglicherweise ein Misstrauen gegen private Dienstleister im Bereich der Altenpflege aus, das durch vermehrte Medienberichte über schlechte Standards mit entstanden ist. Damit sollten aus Sicht der Befragten also tatsächlich nur die nächsten Angehörigen, d.h. (Ehe-)Partner und Kinder die Pflege übernehmen, während andere Angehörige, ebenso wie Freunde oder Nachbarn weniger akzeptiert werden als andere Dienstleister auf diesem Gebiet.

Bei den Wünschen zur Lebenssituation im eigenen Alter steht die persönliche Autonomie an erster Stelle, d.h. man möchte zuallererst „zu Hause“ wohnen, kombiniert mit verschiedenen Konstellationen privater und öffentlicher Pflege (Tab. 17). Im Bedarfsfall spielen professionelle Pflegedienste als mögliche Unterstützung im Alltag eine entscheidende Rolle, teils in Kombination mit der Hilfe von Kindern. Die alleinige Hilfe durch Kinder wird erst an dritter Stelle genannt, bei Personen mit eigenen Kindern wohl auch, um durch Freiräume auf beiden Seiten das Verhältnis zwischen den Generationen nicht übermäßig zu belasten. Bei Personen ohne eigene Kinder fehlt dagegen die eigene Betroffenheit. Die hohe Bedeutung dieser drei Arrangements der Pflege zu Hause zieht sich durch alle gesellschaftlichen Gruppen. Auffallend ist lediglich, dass bestimmte Gruppen familiäre Hilfe gegenüber der rein professionellen leicht bevorzugen, d.h. jüngere Befragte ebenso wie diejenigen mit Kindern, mit höherer Bildung, Frauen und Befragte aus den neuen Bundesländern wählen den öffentlich-familiären Hilfsmix vor der rein professionellen

Pflege. Interessant ist, dass an vierter Stelle keine weiteren verwandtschaftlichen Konstruktionen stehen, sondern Seniorenheime, die in allen Gruppen von ca. 10 % der Befragten gewünscht werden. Eine Ausnahme stellen hier lediglich die neuen Bundesländer dar, in denen 16,2 % als gewünschte Lebensform im Alter ein Seniorenheim angeben und die damit weit über dem Durchschnitt liegen. Eine mögliche Erklärung für diese Wahl könnte in der starken Abwanderung vor allem junger Menschen aus den neuen Bundesländern liegen, die von den Befragten antizipiert wird. Für die Pflege im Alter werden diese dann nicht zur Verfügung stehen, weshalb ein Seniorenheim als eine vernünftige Alternative erscheinen kann.

Distanzen und Kontakthäufigkeiten

Räumliche Nähe und häufige Kontakte sind wichtige Faktoren, die die Art und Weise emotionaler Beziehungen und gegenseitiger Unterstützungsleistungen beeinflussen. Auf der Basis der GGS-Ergebnisse ist das BiB zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Generationenbeziehungen im Wesentlichen intakt sind. Danach stellt sich die Frage, inwieweit die Bedingungen aufgrund der Entfernungen zwischen den Wohnorten der Kinder und Eltern und der Häufigkeit der persönlichen Kontakte (face-to-face) das Leben von Generationenbeziehungen möglich machen.

Distanzen

Tabelle 18 zeigt anhand der Zeitdauer, die Kinder benötigen, um zu Mutter oder Vater bzw. beiden zu gelangen, dass ein Großteil der Kinder in relativer Nähe zu seinen Eltern wohnt. Unterschiede zwischen den Distanzen zu Mutter und Vater sind nicht aufgefunden worden.

Ca. 18 % brauchen weniger als 10 Minuten, um zu den Eltern oder einem Elternteil zu gelangen. 20 % der Befragten benötigen dafür 10 bis unter 20 Minuten und etwa 10 % gaben an, 20 bis unter 30 Minuten zu benötigen. Knapp die Hälfte der Kinder können ihre Eltern innerhalb einer halben Stunde erreichen. 17 % können diesen Weg in einer Zeit von 30 Minuten bis zu einer Stunde zurück legen. Danach haben immerhin etwa 65 % der befragten Kinder aufgrund der Distanzen relativ günstige Möglichkeiten, um ihre Eltern zu besuchen.

Sehr große Distanzen zu den Eltern sind dagegen eher selten. 5 % gaben an, für den Weg mehr als 10 Stunden zu benötigen. 9 - 10 % bewältigen den Weg in einem Zeitraum von 4 bis unter 10 Stunden.

Kontakte

Etwas weniger als die Hälfte der Befragten hat einen sehr regelmäßigen Kontakt zu den Eltern. 46 % sehen die Mutter und 43 % den Vater zumindest einmal in der Woche (Tab. 19). Zählt man die Kategorie „mehrmals im Monat“ noch zu den regelmäßigen Kontakten, dann sind es bei der Mutter 64 % und beim Vater 63 % mit einer engen Kontakthäufigkeit. Die Gruppe derjenigen, die kaum Kontakte zu den Eltern unterhalten, ist kleiner als die mit regelmäßigen Kontakten, aber auch nicht übersehbar. Immerhin sind es 27 %, die die Eltern nur mehrmals im Jahr bis nie sehen. Es sind allerdings nur wenige (1,5 %), bei denen die Kontakte völlig verloren gegangen sind.

Bei der Kontakthäufigkeit finden sich wie gesehen Unterschiede in den Kontakten zu Mutter und Vater, die zusätzlich vom Geschlecht der Kinder abhängig sind. Generell besteht eine höhere Kontakthäufigkeit zur Mutter. Die intensivste Kontakthäufigkeit findet sich von der Tochter zur Mutter. 31 % der befragten Frauen sehen ihre Mutter täglich oder mehrmals in der Woche. Danach folgen in der Reihenfolge der Kontakthäufigkeit die der Tochter zum Vater, dann die des Sohnes zur Mutter und die des Sohnes zum Vater. 25 % der Männer sehen ihren Vater täglich oder mehrmals die Woche.

Kontakte und Distanzen

Kontakthäufigkeiten und die Entfernungen zwischen den Generationen stehen in einem engen Zusammenhang. Zwei Hauptgruppen sind aufgefunden worden. Auf der einen Seite sind es

Tab. 18: Distanzen der Befragten zu den Eltern in Minuten bzw. Stunden (in %)

Distanzen in Minuten und Stunden	zur Mutter		zum Vater	
	%	% kum.	%	% kum.
bis unter 10 Minuten	18,0	18,0	18,3	18,3
10 bis unter 20 Minuten	21,3	39,3	19,2	37,6
20 bis unter 30 Minuten	9,7	49,0	10,1	47,6
30 bis unter 45 Minuten	12,7	61,6	12,7	60,3
45 bis unter 60 Minuten	4,3	65,9	4,0	64,4
1 bis unter 1,5 Stunden	8,2	74,1	8,7	73,1
1,5 bis unter 2 Stunden	3,1	77,2	3,5	76,6
2 bis unter 3 Stunden	5,4	82,6	5,6	82,2
3 bis unter 4 Stunden	3,5	86,1	3,6	85,8
4 bis unter 5 Stunden	2,8	88,9	2,4	88,2
5 bis unter 10 Stunden	6,5	95,4	7,1	95,3
10 Stunden und mehr	4,6	100	4,7	100

Datenquelle: BiB, Generations and Gender Survey 2005

diejenigen, bei denen Nähe und häufige Kontakte miteinander verknüpft sind. Das ist die Gruppe mit einem hohen Generationenpotenzial für das Erbringen von Pflege- oder Unterstützungsleistungen. In einer engeren Sicht (Kontakte: täglich, mehrmals in der Woche oder einmal in der Woche; Distanz: Erreichen der Eltern innerhalb von 30 Minuten) sind das 37 %. Wird die Distanz auf 60 Minuten erhöht und noch die Kontakthäufigkeit „mehrmals im Monat“ einbezogen, sind es 58 %, denen enge Generationenbeziehungen bescheinigt werden können. Auf der anderen Seite steht die Gruppe, bei der hohe Distanzen mit niedriger Kontakthäufigkeit einhergeht. Es sind 20 %, die mehr als 2 Stunden brauchen, um zu den Eltern zu gelangen und sich bestenfalls mehrmals im Jahr sehen.

Tab. 19: Kontakthäufigkeit der befragten Frauen und Männer zu Mutter und Vater (in %)

Häufigkeit	zur Mutter		zum Vater	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Täglich	10,5	12,0	9,7	9,5
Mehrmals in der Woche	16,7	19,4	15,7	19,6
Einmal in der Woche	17,5	16,2	14,8	15,5
Mehrmals im Monat	18,6	16,8	21,1	19,2
Einmal im Monat	8,0	9,3	9,6	9,2
Mehrmals im Jahr	18,7	17,2	18,9	18,6
Einmal im Jahr	4,5	3,8	4,8	3,8
Seltener	4,4	3,5	3,7	3,3
Nie	1,1	1,8	1,6	1,3

Datenquelle: BiB, Generations and Gender Survey 2005

Eine dritte mit 3 % sehr kleine Gruppe sind die Frauen und Männer, die bei räumlicher Nähe nur selten Kontakt zu den Eltern haben. Sie wurde nach den Kriterien Erreichbarkeit in weniger als 45 Minuten und Kontakte bestenfalls mehrmals im Jahr gebildet. Für diese Gruppe ist anzunehmen, dass die Generationenbeziehungen nicht intakt sind.

Eine mögliche vierte Gruppe mit den Merkmalen große Distanzen und häufige Kontakte kommt nahezu nicht vor.

Potenziale nach Lebensformen

Ein weiteres Differenzierungsmerkmal in den Rahmenbedingungen ist in den Lebensformen ausgemacht worden. Nachfolgend werden aus-

der weiteren Sicht (also Erreichbarkeit in höchstens einer Stunde und Kontakte mindestens mehrmals monatlich) verfügen. Das Ergebnis ist eindeutig: Es kommt in erster Linie auf das Geschlecht der Eltern und das Vorhandensein von Enkelkindern an (Tab. 20). Differenziert man zunächst nur nach den Lebensformen, dann zeigt sich, dass die Gruppe mit einem günstigen Generationenpotenzial bei den Singles (44 %), dem Living Apart Together ohne Kinder (44 %) und den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder (43 %) kleiner ist als bei den übrigen Lebensformen. Sind die Befragten verheiratet, haben aber keine Kinder, vergrößert sich die Gruppe mit günstigen Rahmenbedingungen auf 51 %. Ein ähnlicher Wert findet sich bei den Alleinerziehenden im Living Apart Together. Am größten ist die Gruppe in den Lebensformen Alleinerziehend (58 %), Ehe mit Kindern (58 %) und nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern (60 %).

Tab. 20: Gruppe mit hohem Generationenpotenzial nach Lebensformen (in %)

Lebensformen	Insg.	Mutter	Vater
Single	44,5	48,7	39,6
Living Apart Together ohne Kinder	44,1	46,1	42,2
Nichteheliche Lebensgem. ohne Kinder	42,6	40,0	45,4
Ehe ohne Kinder	51,3	50,6	52,2
Alleinerziehend	57,7	57,2	58,5
Alleinerziehend / Living Apart Together	51,6	49,4	55,6
Nichteheliche Lebensgem. mit Kind(ern)	60,0	61,2	58,2
Ehe mit Kind(ern)	57,6	57,8	57,3

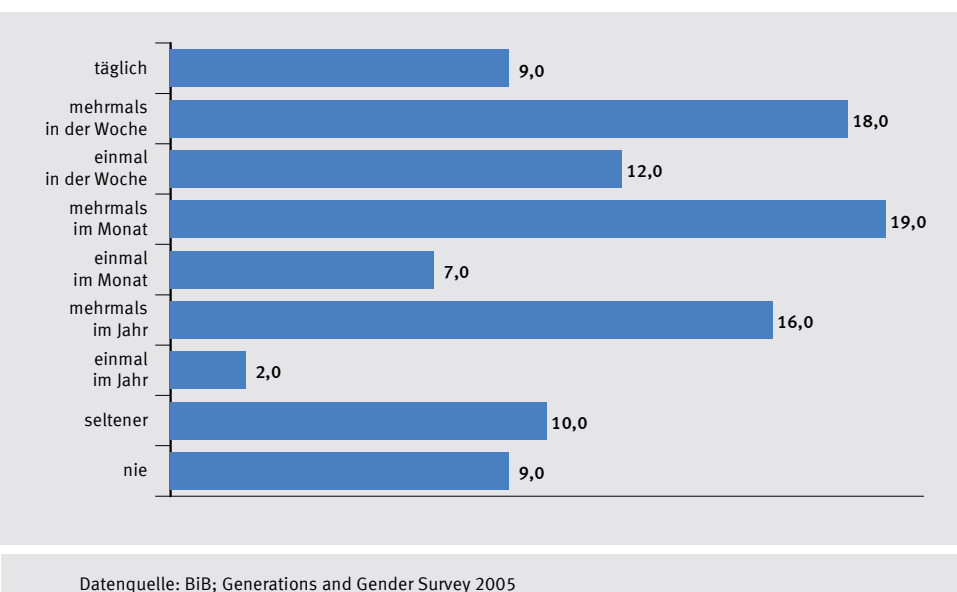
Datenquelle: BiB, Generations and Gender Survey 2005

Wird zusätzlich noch nach Vater und Mutter unterschieden, wird teilweise wieder der engere Kontakt zur Mutter offensichtlich. Enkelkinder scheinen dabei zu bewirken, dass sich die Kontakte zu Vater und Mutter kaum unterscheiden. Deutliche Unterschiede finden sich, wenn die Kinder Single sind. Bezogen auf die Mutter beträgt die Gruppe mit günstigen Rahmenbedingungen 49 %, bezogen auf den Vater nur 40 %.

schließlich diejenigen differenziert nach Lebensformen betrachtet, die in dem hier gewählten Kontext über ein hohes Generationenpotenzial in

Vor allem das Zusammenleben mit Kindern führt dazu, dass die Generationenbeziehungen enger werden. Das Fazit lautet daher: Enkelkinder befördern Generationenbeziehungen. Ohne Enkelkinder ist das Generationenpotenzial der Frauen höher als das der Männer.

Abb. 37: Häufigkeit der Kontakte zwischen Großeltern und Enkelkindern (in %)



Großeltern und Enkelkinder

Ein bislang eher selten untersuchter Sachverhalt sind die Generationenbeziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern. Generell ist festzustellen, dass den Großeltern eine wichtige Rolle hinsichtlich der Enkelkinder zugewiesen wird. Im GGS war die Aussage „Großeltern sollten sich um ihre Enkelkinder kümmern, wenn es die Eltern dieser Kinder nicht können“ zu bewerten. Dieser Aussage stimmten 78 % zu, während nur 6 % ablehnend antworteten.

Großeltern verfügen auch über eine relativ hohe Kontakthäufigkeit zu ihren Enkelkindern. 9 % sehen die Enkelkinder täglich, 18 % mehrmals in der Woche und 12 % einmal in der Woche (Abb. 37). Es sind also 39 % der Großeltern, die sehr intensive Kontakte zu den Enkelkindern unterhalten. 19 % kümmern sich mehrmals im Monat um die Enkelkinder. Es gibt aber auch unter den Großeltern eine nicht unbedeutende Gruppe, die sich erheblich seltener um die Enkelkinder kümmert. 16 % haben mehrmals im Jahr Kontakt und 19 % einmal im Jahr oder seltener.

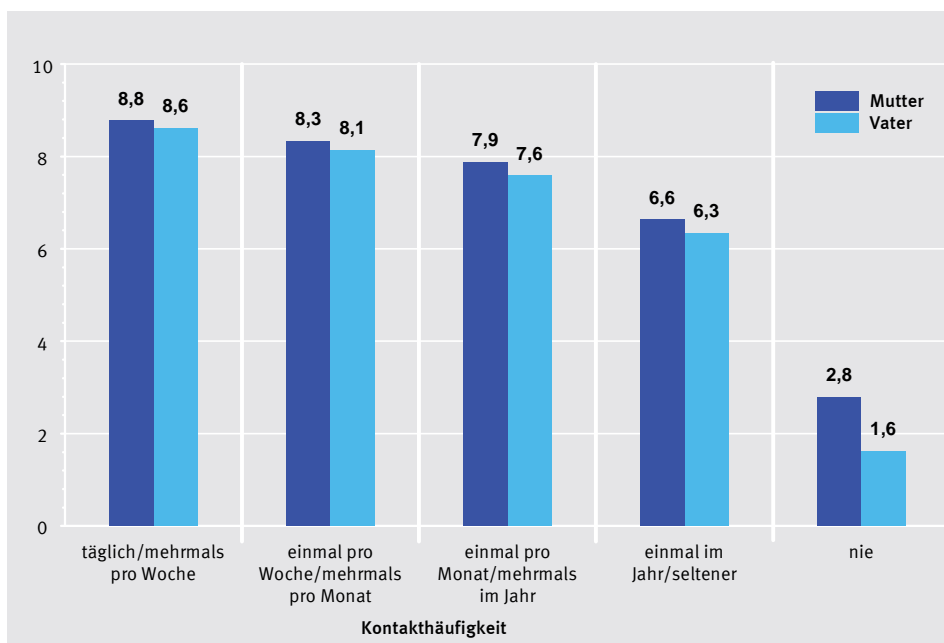
Generationentransfers

Generationentransfers sind im GGS in emotionaler und materieller/monitärer Hinsicht thematisiert worden. Die in den vorherigen Abschnitten dargestellten Ergebnisse zu den Generationenpotenzialen sagen sehr wenig über die Qualität der Generationenbeziehungen und nichts über die Transferleistungen zwischen den Generationen aus.

Kontakte und Distanzen sind in den Generationenbeziehungen angelegte Chancen, die sich ersterschließen müssen. Einen ersten Aufschluss über die Qualität der Generationenbeziehungen geben die Angaben zur Zufriedenheit mit diesen Beziehungen. Auch hier fällt ein eher positives Licht auf die Generationenbeziehungen. Die Antworten zu den Zufriedenheiten waren anhand einer Skala von 0 bis 10 (10 = höchster Zufriedenheitswert) zu geben. Das durchschnittliche Zufriedenheitsmaß für die Beziehung zur Mutter von 8,1 und für die Beziehung zum Vater von 7,8 zeigt, dass zumindest die Kindergeneration eine deutlich positive Sicht auf den Umgang mit ihren Eltern entwickelt. Ein hohe Kontakthäufigkeit befördert die Zufriedenheiten (Abb. 38). Die Zufriedenheitsmaße bei täglichen Kontakten von 8,8 (Mutter) und 8,6 (Vater) übersteigen die durchschnittlichen Werte. Die Werte verringern sich mit dem Seltenerwerden der Kontakte.

Die in diesen Analysen erzielten Ergebnisse stehen für im Wesentlichen intakte Generationenbeziehungen. In einem großen Teil der Bevölke-

Abb. 38: Durchschnittliche Zufriedenheit mit den Kontakten zu den Eltern nach der Kontakthäufigkeit (0 = überhaupt nicht zufrieden, 10 = sehr zufrieden)



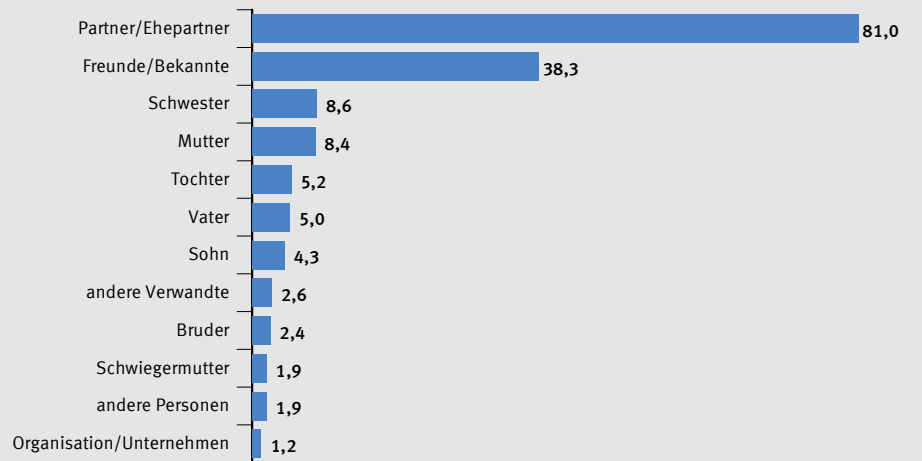
Datenquelle: BiB; Generations and Gender Survey 2005

rung werden enge Kontakte gepflegt und dort, wo die Kontakte eng sind, ist auch die Zufriedenheit mit der Beziehung höher.

Mehr über die emotionalen Transfers zeigt die Beantwortung der Frage, mit wem die Befragten in den letzten 12 Monaten über ihre persönlichen Erfahrungen und Gefühle gesprochen haben. Obwohl die erwachsenen Kinder größtenteils enge Beziehungen zu den Eltern pflegen, sind diese nicht erste Wahl als Gesprächspartner, wenn die Kinder über Erfahrungen und Gefühle sprechen. Bei der übergroßen Mehrheit (81 %) ist der Partner der häufigste Ansprechpartner, gefolgt von Freunden und Bekannten mit 38 % (Abb. 39). Danach erst kommen die engsten Verwandten, die Schwester und die Mutter mit vergleichsweise niedrigen Anteilen von 8 bis 9 % und der Vater mit 5 %. Andere Personen oder Einrichtungen sind in diesem Kontext noch bedeutungsloser.

Werden nur diejenigen betrachtet, die in einer Partnerschaft leben, dann gewinnt erwartungsgemäß der Lebenspartner eine noch höhere Bedeutung. Alle übrigen Bezugspersonen werden dann noch weniger wichtig. Bei den ohne Partner Lebenden tritt ein eher überraschendes Ergebnis hervor. Bei emotionalen Transfers treten nicht etwa Eltern oder Geschwister an die vorderste Stelle, sondern Freunde und Bekannte.

Abb. 39: Gesprächspartner erwachsener Kinder über Erfahrungen und Gefühle (in %)



Datenquelle: BiB; Generations and Gender Survey 2005

Die Mutter, die Schwester oder der Vater erfahren zwar einen Bedeutungszuwachs, es bestehen aber deutliche Unterschiede bei der Wichtigkeit von Freunden und Bekannten (72 %) und der Mutter (23 %) als wichtigsten Ansprechpartner in der Familie. Wenn also über Gefühle und Erfahrungen zu reden ist, geschieht dies relativ selten mit den Eltern, aber auch nicht mit den Kindern. Es kann vermutet werden, dass der Freundeskreis aufgrund der Gleichaltrigkeit und der damit verbundenen ähnlichen Erfahrungs-

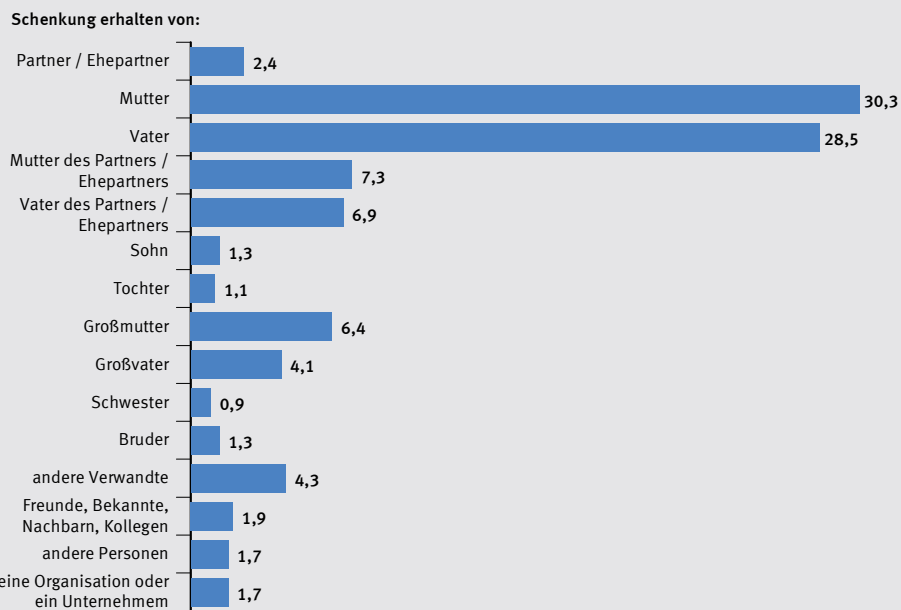
welt eine so hohe Bedeutung als Gesprächspartner erlangt hat.

Materielle Transfers, sei es in Form von Geldgeschenken oder dem Überlassen von Sachwerten, sind Bestandteil der Generationenbeziehungen. In der Bevölkerung wird es weitgehend als normal angesehen, dass sich Eltern und Kinder in Problemsituationen gegenseitig finanziell unterstützen sollten. Die Aussage „Eltern sollten ihre erwachsenen Kinder unterstützen, wenn diese finanzielle Probleme haben“, wurde von zwei Dritteln der Befragten zustimmend beantwortet. Ablehnende Haltungen waren mit 9 % selten. Ein ähnliches Antwortverhalten besteht, wenn es um die finanzielle Unterstützung der Eltern durch die Kinder geht. Hier stimmten 60 % zu und nur 14 % lehnten ab.

Allerdings sind tatsächliche materielle Unterstützungsleistungen von Personen außerhalb des Haushalts eher die Ausnahme. Auf die Frage „Haben Sie oder Ihr Ehepartner in den letzten zwölf Monaten einmal, gelegentlich oder regelmäßig Geld, Vermögen oder sonstige Wertgegenstände von einer Person außerhalb des Haushalts erhalten“ (eingeschlossen waren darin auch Grundstücke und Erbschaften), haben nur 4 % mit ja geantwortet.

Der Transfer materieller Werte findet nahezu ausschließlich innerhalb der Familie statt. Freunde, Bekannte, Nachbarn oder Kollegen sowie Organisationen oder Unternehmen spielen dabei so gut wie keine Rolle. Der überwiegende Anteil solcher Transferleistungen wird von den eigenen Eltern geleistet. 59 % der erwachsenen Kinder gaben an, sie von Mutter oder Vater erhalten zu haben (Abb. 40). Die Schwiegereltern haben einen Anteil von 14 und die Großeltern von 10 %. 83 % aller Transferleistungen finden demnach im

Abb. 40: Personen außerhalb des Haushalts, die Transferleistungen erbracht haben (in %)



Datenquelle: BiB; Generations and Gender Survey 2005

Generationenverbund zwischen Kindern, Eltern und Großeltern statt, wobei der Fluss von den Eltern zu den Kindern dominiert. Die generationenüberspringende Weitergabe von Werten ist nur wenig verbreitet. Die Analyse der selbst geleisteten Transfers führt zu einem nahezu identischen Bild wie bei den empfangenen Transferleistungen. Die Leistungen sind in aller Regel auch in diesem Fall an die Kinder gerichtet, die eigenen Eltern, Großeltern, die Enkelkinder oder auch Geschwister werden nur selten bedacht. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen: So sind die Geschwister mit 1 % (Bruder) bzw. 2 % (Schwester) quasi nicht mit Schenkungen bedacht worden. Auch andere Verwandte und der Freundes- oder Bekanntenkreis haben mit ca. 3 % nur einen geringen Anteil inne.

Transferleistungen erfolgen zu etwa gleichen Teilen einmalig, gelegentlich oder regelmäßig. Sie bestehen zu einem überwiegenden Teil aus Geld- oder Vermögensleistungen. Kleinere Summen von unter 500 Euro kommen dabei nur wenig häufiger vor als größere Summen in einem Bereich von 5 bis 10 Tsd. Euro oder darüber.

Das BiB hat darüber hinaus auch sehr spezifische Untersuchungen zum Thema Generationentransfers vorgenommen. Ebenfalls auf der Basis des GGS ist gefragt worden, wie sich fa-

miliales soziales Kapital auf den Kinderwunsch auswirkt. Ausgegangen wurde von der Annahme, dass die Verfügbarkeit von sozialem Kapital, die Rückgriffsmöglichkeit auf zeitliche, finanzielle und emotionale Ressourcen einen positiven Einfluss auf den Kinderwunsch hat. Herausgefunden wurde, dass dem eigenen sozialen Netzwerk, und hier vor allem den Großeltern, verglichen mit institutionellen Hilfen, eine größere Bedeutung für die weitere Familienplanung zukommt. Dieses Ergebnis führt allerdings nicht zu dem Schluss, dass die öffentliche Kinderbetreuung als weniger wichtig eingeschätzt wird. Die Generationenbeziehungen sind neben öffentlicher institutioneller Unterstützung die wichtigste Quelle zeitlicher Ressourcen, auf die junge Eltern zurückgreifen können. Die weitaus wichtigsten Akteure bei der zeitlichen Entlastung sind die Großeltern. Signifikante Auswirkungen auf den weiteren Kinderwunsch zeigten sich für die informelle zeitliche Unterstützung insbesondere bei Personen, die einer institutionellen Kinderbetreuung kritisch gegenüber stehen. Die Oma macht also den Unterschied. Hier ist ein Ergebnis gefunden worden, das der Rolle der Enkelkinder hinsichtlich der Bedingungen für die Kontakte zwischen den Generationen entspricht, die sich mit dem Vorhandensein von Enkelkindern deutlich verbessern.

Aktuelle Veröffentlichungen aus dem BiB zu den Generationenbeziehungen

Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin; Unger, Rainer (Hrsg.), 2009: Intergenerationale Beziehungen: Determinanten, Ambivalenzen und Potentiale. (Im Erscheinen). Beiträge von BiB-Mitarbeitern in diesem Band:

Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin; Unger, Rainer: Einleitung: Determinanten, Ambivalenzen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen

Dorbritz, Jürgen: Intergenerationale Beziehungen im demographischen Wandel

Roloff, Juliane: Determinanten immaterieller Transfers: Die Perspektive erwachsener Kinder auf die Unterstützung ihrer Eltern

Di Giulio, Paola; Buehler, Christoph; Ette, Andreas; Fraboni, Romina; Ruckdeschel, Kerstin: Wohlfahrtsstaatliche und innerfamiliäre Unterstützungsleistungen und ihr Einfluss auf den Kinderwunsch

Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin, 2007: Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 32, 1-2: 51-72

Geschlechterrollen

Projektbeschreibung: Generations and Gender Survey

Der Generations and Gender Survey (GGS) ist eine international vergleichbare Paneluntersuchung mit dem Ziel, aktuelle Daten zu Familienbeziehungen in Industrieländern zu gewinnen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der wesentlichen Faktoren zur Erklärung von Fertilität, Partnerschaft und Generationenbeziehungen. Er kann in der Nachfolge des Family and Fertility Surveys (vgl. dazu S. 50) gesehen werden und wurde wie dieser von der UNECE in Genf koordiniert und von den Mitgliedsländern selbst durchgeführt. Es ist geplant, mindestens drei Wellen der GGS-Befragungen in allen beteiligten Ländern durchzuführen.

In Deutschland wurden bisher zwei Wellen zur Befragung der deutschen Bevölkerung durch TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt (2005 und 2009). Eine Vergleichsgruppe türkischer Personen wurde 2006 befragt, die Wiederholungsbefragung ist für die zweite Hälfte des Jahres 2009 geplant.

Für die Arbeit des BiB stellt der GGS eine zentrale Quelle dar, um die erklärenden Faktoren hinter den demographischen Entwicklungen aufzudecken und zu untersuchen. Viele Forschungsfragen (z.B. Analyse der Generationenbeziehungen, Lebensformen, Familienbildung und vieles mehr) im BiB stehen in Bezug zum GGS-Projekt.

Dass in unserer Gesellschaft nach wie vor eine geschlechtsspezifische Zuweisung von Rollen, Aufgaben und Tätigkeiten existiert, ist unbestritten. Und trotz der Diskussionen um die „neuen Väter“ sind die Männer traditioneller als allgemein angenommen. Während den Frauen große

Emanzipationssprünge bescheinigt werden, scheint sich die Rolle der Männer nur allmählich zu wandeln. Sie sehen sich häufig noch immer in der Ernährerrolle und weisen den Frauen die Zuständigkeit für Kinder und Haushalt zu.

Erwerbsquoten

Die Fixierung der Frauen auf die Familie zeigen die Erwerbsquoten von Frauen und Männern nach dem Alter der Kinder. **Abbildung 41** veranschaulicht, dass die Erwerbstätigenquote der Männer vom Alter ihrer Kinder unbeeinflusst ist. Bei den Frauen zeigt sich dagegen ein eindeutiger Zusammenhang: Je jünger die Kinder sind, desto niedriger sind die Frauenerwerbsquoten. Männer mit Kindern unter 3 Jahren sind

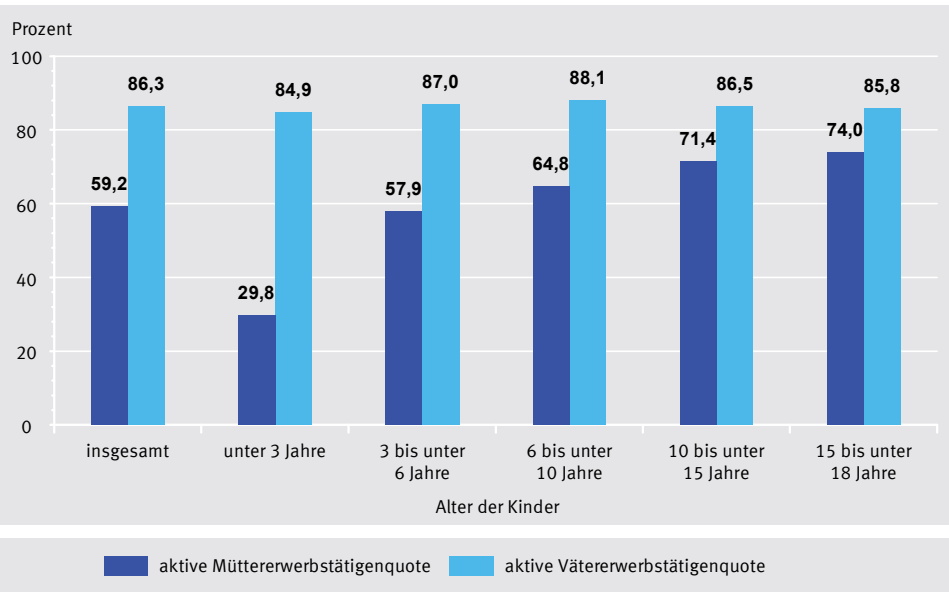
zu 85 % erwerbstätig. Frauen sind es nur zu 30 %. Mit steigendem Alter der Kinder und ihrer zunehmenden Selbständigkeit steigt die Frauenerwerbstätigenquote dann kontinuierlich an.

In der Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre beträgt der Erwerbstätigenanteil bereits 58 %. Ist das Kind (bzw. das jüngste Kind) 15 bis unter 18 Jahre alt, unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten von Frauen (74 %) und Männern (86 %) weniger stark.

Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern

Im Generations and Gender Survey bestätigt sich die geschlechtsspezifische Zuweisung der kind- und haushaltsorientierten Tätigkeiten an die Frauen. Insgesamt waren 13 im Haushalt anfallende Tätigkeiten danach zu bewerten, wer sie normalerweise ausführt. Aus Sicht der Frauen werden von diesen 13 Tätigkei-

Abb. 41: Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach dem Alter der Kinder (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007

ten 9 in der Regel von den Frauen übernommen. Das sind diejenigen, die die Erziehung und Betreuung der Kinder und die Führung des Haushalts betreffen. Die Frauen gaben zu 57 % an, dass normalerweise sie die Kinder ins Bett bringen. Bei der Betreuung der Kinder bei Krankheit waren es 82 %, bei der Hausaufgabenbetreuung 59 %, beim Transport der Kinder zu Freizeitaktivitäten 62 %, dem Zubereiten der Mahlzeiten 79 %, dem Einkaufen von Lebensmitteln 56 % und dem Staubsaugen 62 %. Von Männern werden in der Regel nur die im Haushalt anfallenden Reparaturen ausgeführt. 69 % der Frauen gaben an, dass dies der Partner erledigt. Wenn es darum geht, die Freizeit mit den Kindern zu verbringen, dann sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern nicht mehr so deutlich ausgeprägt. 49 % der Frauen antworteten, dass sie dies normalerweise tun. Der Anteil der Männer, der dies normalerweise allein tut, ist mit 2 % sehr niedrig, allerdings verbringt ein großer Teil der Paare (45 %) gemeinsam die Freizeit mit den Kindern. Mehrheitlich gemeinsam (38 %) kümmern sich Paare auch um die finanziellen Angelegenheiten und die Organisation der Freizeitaktivitäten (68 %).

Einstellungen zum Wandel der Geschlechterrollen

Auch die Einstellungen zu den Geschlechterrollen in der Population Policy Acceptance Study stärken den bislang gewonnenen Eindruck, dass es keine generelle Auflösung geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen gibt. Der Wandel in den Geschlechterrollen, insbesondere die Orientierung der Frauen auf die Erwerbstätigkeit, wird begrüßt. Frauen werden nicht mehr auf die Hausfrauenrolle festgelegt, traditionelle Orientierungen sind aber immer noch vorhanden. Die Hauptverantwortung für die Kindererziehung wird den Frauen übertragen und die Erwerbstätigkeit sollte bei Problemen in der Familie zurückgestellt werden. Aber auch den Männern werden neue Rollen zugewiesen.

Dem Wandel der Geschlechterrollen steht die Bevölkerung mehrheitlich positiv gegenüber. Es wird begrüßt, dass Frauen sich nicht mehr ausschließlich um Haushalt und Familie kümmern, sondern erwerbstätig sind und ihr eigenes Geld verdienen. So sind drei Viertel der Deutschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren der Meinung, dass eine Erwerbstätigkeit für eine Frau die beste Möglichkeit ist, unabhängig zu sein. 86 % halten es aus finanziellen Gründen für notwendig, dass Frauen arbeiten (Tab. 21).

Tab. 21: Einstellung zur Rolle der Frau zwischen Beruf und Familie (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)

Aussagen	Insg.	West	Ost
1. Eine Berufstätigkeit ist für eine Frau die beste Möglichkeit, unabhängig zu sein	76,6	75,4	81,3
2. Die meisten Frauen müssen heutzutage arbeiten, um ihre Familie zu unterstützen	86,0	84,7	91,5
3. Eine erwerbstätige Mutter kann eine genauso herzliche und enge Beziehung zu ihren Kindern haben wie eine nicht erwerbstätige Mutter	87,0	85,0	94,6
4. Ein Vorschulkind wird wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leiden	48,4	53,5	28,3
5. Das Familienleben leidet unter einer Vollzeit-erwerbstätigkeit der Frau	56,7	62,8	32,5
6. Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie erwerbstätig zu sein	37,0	40,4	23,8
7. Was die meisten Frauen wirklich wollen, ist ein Heim und Kinder	26,6	28,8	18,2

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Die Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Frauen hängt allerdings davon ab, ob Kinder da sind und welches Alter diese Kinder gegebenenfalls haben. Zwar ist eine klare Mehrheit von 87 % der Meinung, dass die Beziehung einer berufstätigen Mutter zu ihrem Kind genauso gut sein kann wie die einer nicht erwerbstätigen Mutter. Aber gleichzeitig stimmt knapp die Hälfte der Deutschen der Aussage zu, dass ein Vorschulkind wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leidet. Auch das Ausüben einer Vollzeit-erwerbstätigkeit wird eher kritisch gesehen, wenn Familie da ist.

Traditionelle Vorstellungen von der Rolle der Geschlechter haben sich also teilweise, aber nicht vollständig aufgelöst. Frauen werden nicht mehr auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festgelegt, aber noch immer werden an sie andere Erwartungen gestellt als an Männer. Dass sie einen Beruf ausüben und sich damit eine eigenständige Existenz sichern, wird befürwortet, hat im Zweifelsfall aber hinter familiären Aufgaben zurückzustehen. Die Hauptverantwortung

für die Kindererziehung wird nach wie vor der Frau zugewiesen. Gleichzeitig erfährt das Hausfrauendasein keine allzu hohe Wertschätzung. Nur 37 % der Befragten sind der Ansicht, dass Hausfrau zu sein genauso erfüllend ist, wie einem Beruf nachzugehen.

Zwischen West- und Ostdeutschland bestehen deutliche Bewertungsunterschiede hinsichtlich der Folgen einer Erwerbstätigkeit von Müttern für ihre Kinder. Im Gegensatz zur Mehrheit der West- sind die Ostdeutschen eher nicht der Meinung, dass es einem Vorschulkind schadet, wenn seine Mutter arbeitet. Auch glaubt nur ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung, dass das Familienleben unter einer Vollzeitwerbstätigkeit der Frau leidet. Mit 24 % auf deutlich geringere Zustimmung als im Westen stößt auch die Aussage, dass Hausfrau zu sein genauso erfüllend ist wie berufstätig zu sein. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Rolle der Nur-Hausfrau in der ehemaligen DDR so gut wie nicht existent war und von ostdeutschen Frauen nach wie vor viel seltener gelebt wird als von westdeutschen.

Tab. 22: Einstellung zur Rolle des Mannes und zur Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)

Aussagen	Insg.	West	Ost
1. Es ist die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, und die der Frau, sich um Heim und Familie zu kümmern	27,4	30,0	16,9
2. Sowohl der Mann als auch die Frau sollten ihren Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten	75,1	70,9	91,7
3. Es ist nicht gut, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert und die Frau arbeiten geht	29,1	28,9	30,0
4. Das Familienleben leidet häufig darunter, dass sich die Männer zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren	63,1	64,9	56,2
5. Für einen Mann sollte die Arbeit wichtiger sein als die Familie	7,3	7,7	5,7

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Die Frauen- und besonders die Müttererwerbstätigkeit ist also im Osten noch immer deutlich stärker akzeptiert als im Westen. Hier wirken die in der ehemaligen DDR geltenden Leitbilder und Lebensrealitäten nach und die erwartete Nivelierung der Einstellungs- und Meinungsunterschiede zur Rolle der Frau ist zumindest bislang nicht eingetreten. Auch eine Rückorientierung auf traditionelle Geschlechterrollen – quasi als Gegenentwurf zur ehemals staatlich verordneten Emanzipation – hat nicht stattgefunden.

Bei einem Vergleich der Einstellungen zwischen den Geschlechtern zeigt sich, dass Männer ein etwas konventionelleres Bild von der Rolle der Frau haben. Sie schätzen die Folgen der Erwerbstätigkeit von Müttern für die Kinder etwas nega-

tiver ein und sind eher der Meinung, dass das Hausfrauendasein genauso befriedigend ist wie der Beruf. Vermutlich hat die positivere Sicht von Frauen auf den Wandel der Geschlechterrollen damit zu tun, dass sie stärker von dieser Entwicklung profitieren als Männer. Auch der Einfluss der Bildung hat die erwartete Richtung: Personen mit höherer Schulbildung haben ein stärker erwerbszentriertes Verständnis von der Rolle der Frau als solche, die über eine niedrigere Schulbildung verfügen.

Vom Wandel der Geschlechterrollen sind nicht nur Frauen betroffen. Auch an Männer werden neue Erwartungen gestellt. Ihnen wird nicht mehr die alleinige Zuständigkeit für den materiellen Unterhalt der Familie zugewiesen, sondern sie sollen auch einen Beitrag zur Hausarbeit leisten. Eine strikt geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wird nur noch von einer Minderheit befürwortet (Tab. 22). Lediglich 27 % der Deutschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren sehen es als die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, und die der Frau, sich um Heim und Familie zu kümmern.

Drei Viertel hingegen befürworten einen Beitrag beider Partner zum Haushaltseinkommen. Dabei zeigt sich erneut, dass im Westen traditionelle Vorstellungen von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weiter verbreitet sind. Das lange Zeit dominante Ernährer-Hausfrauen-Modell stößt hier bei 30 % der Befragten auf Zustimmung, während dies

im Osten nur für 17 % zutrifft. In den neuen Bundesländern ist es zumindest auf der normativen Ebene nach wie vor selbstverständlich, dass beide Partner arbeiten. Ein Beitrag zum Haushaltseinkommen von beiden Geschlechtern wird von 92 % der Ostdeutschen erwartet. Im Westen liegt dieser Wert rund 20 Prozentpunkte niedriger.

Den beruflichen Verpflichtungen des Mannes wird keine Priorität vor den familiären eingeräumt. Vielmehr werden von einer ausgeprägten Erwerbszentrierung des Mannes mehrheitlich negative Folgen für das Familienleben erwartet.

Eine Umkehr der traditionellen Aufgabenverteilung wird von knapp einem Drittel der Bevölkerung kritisch betrachtet. Obwohl immerhin 71 %

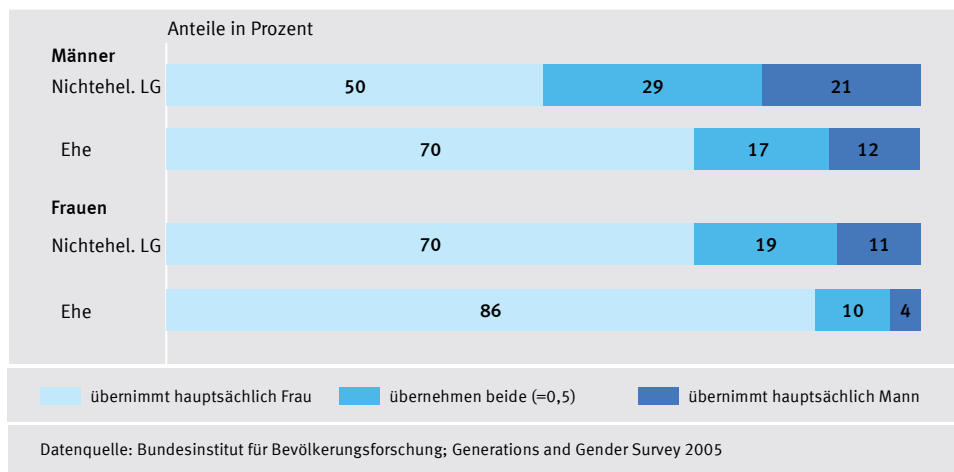
die Aussage zurückweisen, dass es schlecht ist, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während die Frau arbeiten geht, wird dies nur selten in reales Verhalten umgesetzt. Generell besteht hinsichtlich der Geschlechterrollen eine relativ deutliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Zwar dominieren an Gleichberechtigung orientierte Vorstellungen, aber faktisch tragen noch immer Frauen die Hauptlast der Hausarbeit und kümmern sich um die Erziehung der Kinder. Die Rolle der Frau ist zweifellos erwerbsorientierter geworden, aber eine im Gegenzug stärkere Familienzentrierung der Rolle von Männern ist weitgehend ausgeblieben. Besonders ausgeprägt ist die Kluft zwischen Real- und Idealsituation in Westdeutschland.

Gendering bei Elternaufgaben

In einem Werkvertrag haben Annelene Wengler, Heike Trappe und Christian Schmitt die Aufteilung von Hausarbeit und Elternaufgaben auf der Basis des GGS untersucht. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es für keine der analysierten Gruppierungen (Lebensformen, Alter, Kinderzahl, Einkommen) eine egalitäre Arbeitsteilung zwischen den Partnern gibt. Frauen übernehmen auch weiterhin den größten Teil der Routine-Hausarbeiten und die Elternaufgaben. Diese Situation ist trotz steigender Erwerbstätigkeit der Frauen erhalten geblieben. Frauen sehen sich daher einer steigenden Doppelbelastung in Beruf und Familie gegenüber (Abb. 42).

Die innerfamiliäre Aufgabenverteilung ist dann besonders traditionell, wenn Kinder im Haushalt leben, wenn die Beziehung auf der Basis einer Ehe besteht oder wenn die Partner schon längere Zeit zusammenleben. Eine tendenziell stärker egalitäre Aufgabenteilung findet sich in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, bei steigendem Einkommen und steigender Berufstätigkeit der Frau. Paare, in deren Rollenvorstellungen Egalität bereits angelegt ist, versuchen diese auch zu realisieren. Egalitär eingestellte Personen geben daher verstärkt an, dass die häuslichen Tätigkeiten gleichmäßiger auf beide Partner verteilt werden. Bei einem Teil der Bevölkerung beginnt sich ein Einstellungswandel zu vollziehen, von immer mehr Paaren wird eine gleichmäßige Aufteilung der Hausarbeit und Kin-

Abb. 42: Aufteilung der Routine-Hausarbeiten nach Geschlecht und Lebensform (in %)



derbetreuung angestrebt. Allerdings hat sich die alltägliche Praxis noch nicht in dem Umfang verändert. Zudem ist generell eine egalitäre Rollenverteilung in den neuen Bundesländern anzutreffen.

Ein beginnender Wandel ist auch daran zu erkennen, dass jüngere Paare ihre Routine-Hausarbeiten deutlich egalitärer verteilen als Ältere. Eine besonders traditionelle Aufteilung der Hausarbeit kennzeichnet die Befragten im mittleren Alter um das 40. Lebensjahr. Diese Lebensphase ist häufig durch das Zusammenleben mit Kindern geprägt.

Die Aufteilung der Routine-Hausarbeiten und der Elternaufgaben ist maßgeblich durch die neben der Erwerbsarbeit zur Verfügung stehende Zeit bestimmt. Ein verglichen mit ihren Partnern steigender Erwerbsumfang der Frauen wirkt sich positiv auf eine ausgeglichene Aufgabenteilung aus. Das ändert aber nichts an der Situation, dass Frauen selbst bei einer Vollerwerbstätigkeit mehr Haus- und Erziehungsarbeit verrichten als ihre Partner.

Und auch ein hohes Einkommen führt zu einer gleichmäßigeren Verteilung der häuslichen Aufgaben. Es wird angenommen, dass steigende und starke Ressourcen der Frau ihre häusliche Verhandlungsposition stärken und der Partner dann eher bereit ist, Hausarbeit und Elternaufgaben zu übernehmen.

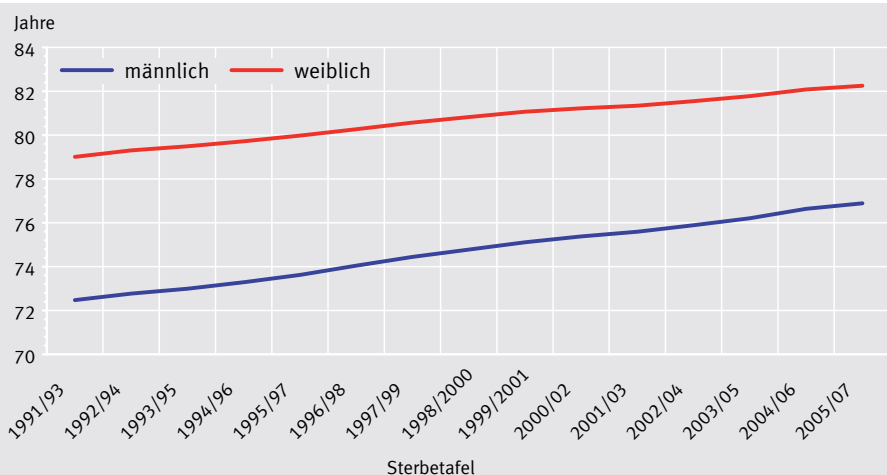
Das Fazit stimmt mit dem vieler anderer Genderstudien überein. Es findet ein Rollenwandel statt, der sich allerdings außerordentlich langsam vollzieht. Der hinsichtlich der Geschlechterrollen traditionelle Mann ist nicht durch einen modernen ersetzt worden, sondern durch einen, der zwar im Denken moderner geworden ist, sich im Verhalten aber noch immer an den traditionellen Mustern orientiert.

Lebenserwartung und Gesundheit

Aktuelle Trends der Lebenserwartung

Die Entwicklung der Lebenserwartung und der Lebenserwartung in Gesundheit gehören zu den demographischen Erfolgsgeschichten. Nach der jüngsten Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes über die Jahre 2005/2007 beträgt die Lebenserwartung für neugeborene Jungen 76,9 und für neugeborene Mädchen 82,2 Jahre (Abb. 43). Die Sterbetafel 2005/2007 zeigt die höchste jemals gemessene Lebenserwartung in Deutschland, womit sich ein langer Trend

Abb. 43: Lebenserwartung bei der Geburt in Deutschland, 1991/1993 - 2005/2007 (in Jahren)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung BiB

der Lebensverlängerung fortgesetzt hat. Ein Blick zurück in die Jahre 1871/1881 verdeutlicht das gewaltige Ausmaß des Anstiegs der Lebenserwartung. Frauen sind in dieser Zeit im Durchschnitt 38,5 und Männer nur 35,6 Jahre alt geworden. Die aus unserer Sicht sehr niedrige Lebenserwartung ist durch die außerordentlich hohe Kinder- und Säuglingssterblichkeit verursacht worden. Auch der nachfolgende Anstieg der Lebenserwartung ist zunächst vornehmlich auf die Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeit zurückzuführen.

Inzwischen ist, beginnend bereits in der Nachkriegszeit, eine andere Situation eingetreten.

Die Zunahme der Lebenserwartung basiert kaum noch auf der zurückgehenden Säuglingssterblichkeit, die bereits so niedrig ist, dass kaum noch Potenziale für den Anstieg der Lebenserwartung vorhanden sind. Stattdessen steigt die fernere Lebenserwartung (durchschnittliche Anzahl der Lebensjahre, die eine Person in einem bestimmten Alter noch zu erwarten hat). Dies ist heute der eindeutige Haupteinflussfaktor. **Tabelle 23** zeigt, wie sich die Lebenserwartung bei Geburt und die fernere Lebenserwartung im Alter von 50, 70, 80 und 90 Jahren entwickelt hat. Hinzuweisen ist insbesondere auf den Zuwachs bei den 70-, 80- und 90-Jährigen. In der Zeit von 1870 bis 1950 ist der Gewinn an Lebensjahren begrenzt geblieben, danach sind deutliche Anstiege zu verzeichnen. Eine heute 70-jährige Frau wird im Durchschnitt 86,1 Jahre, bei den Männern sind es 83,4 Jahre. Wird das 80. Lebensjahr erreicht, steigt die Lebenserwartung auf 88,9 Jahre (Frauen) bzw. 87,6 Jahre (Männer). Mit dem rasanten Anstieg der Lebenserwartung rückt mit der Langlebigkeit ein in der Vergangenheit eher weniger beachtetes Phänomen immer stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Daten über die Langlebigkeit, also über diejenigen, die 100 und älter werden, stammen aus dem Bundespräsidialamt und zeigen, wie vielen Langlebigen der Bundespräsident in den vergangenen Jahren zum Geburtstag gratuliert hat. 1965 wurden im früheren Bundesgebiet zumindest 224 Personen 100 Jahre oder älter. 1998, in diesem Jahr endet die Zeitreihe für das frühere Bundesgebiet, konnte dann schon 5.298 Personen zu einem hundertsten oder sogar weiteren Geburtstag gratuliert werden. In Deutschland insgesamt waren es im Jahr 2006 dann 5.222 Personen, 4.600 Frauen und 622 Männer. Darunter waren 359 Frauen und 27 Männer, die einen Glückwunsch zum 105. Geburtstag erhielten.

Die Daten über die Langlebigkeit, also über diejenigen, die 100 und älter werden, stammen aus dem Bundespräsidialamt und zeigen, wie vielen Langlebigen der Bundespräsident in den vergangenen Jahren zum Geburtstag gratuliert hat. 1965 wurden im früheren Bundesgebiet zumindest 224 Personen 100 Jahre oder älter. 1998, in diesem Jahr endet die Zeitreihe für das frühere Bundesgebiet, konnte dann schon 5.298 Personen zu einem hundertsten oder sogar weiteren Geburtstag gratuliert werden. In Deutschland insgesamt waren es im Jahr 2006 dann 5.222 Personen, 4.600 Frauen und 622 Männer. Darunter waren 359 Frauen und 27 Männer, die einen Glückwunsch zum 105. Geburtstag erhielten.

Tab. 23: Lebenserwartung bei Geburt und fernere Lebenserwartung nach Geschlecht und Altersjahren in Deutschland, Sterbetafeln 1871/81 – 2005/2007

Sterbetafel	Vollendete Jahre									
	0		50		70		80		90	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1871/1881	38,45	35,58	19,29	17,98	7,60	7,34	4,22	3,06	2,37	2,34
1901/1910	48,34	44,82	21,35	19,43	8,45	7,99	4,65	3,18	2,59	2,35
1949/1951	68,48	64,56	25,75	23,75	10,42	9,84	5,57	3,72	2,89	2,66
1999/2001	81,07	75,11	32,67	27,76	15,43	12,48	8,57	5,18	4,18	3,97
2005/2007	82,25	76,89	33,60	29,06	16,15	13,38	8,92	7,56	4,13	3,73

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Im Zusammenhang mit der schnellen Entwicklung stellt sich unweigerlich die Frage, ob es eine Obergrenze des Anstiegs unserer Lebensdauer geben wird. Bis vor wenigen Jahren war diese Annahme durchaus verbreitet, inzwischen glauben die Demographen immer weniger daran. Die Lebenserwartung steigt seit langem kontinuierlich an, Abschwächungstendenzen sind gegenwärtig nicht erkennbar. Bleibt dieser Trend noch weitere 60 Jahre bestehen, nähert sich die Lebenserwartung in den Ländern mit dem höchsten Niveau dem Wert von 100 Jahren an. Auch in den verschiedensten Prognoseszenarien wird von einer weiter steigenden Lebenserwartung ausgegangen. So nimmt das Statistische Bundesamt in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland in der Variante mit einem hohen Anstieg an, dass Männer im Jahr 2050 85,4 Jahre und Frauen 89,8 Jahre alt werden. Begründet wird der zukünftige Gewinn an Jahren damit, dass die Überlebenswahrscheinlichkeit älterer Menschen durch den medizinisch-technischen Fortschritt und durch verbesserte Gesundheitsprävention weiter erhöht werden kann.

West-Ost-Unterschiede

Nach wie vor gibt es Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, obwohl die neuen Länder im Aufholen begriffen sind. Etwa ab der Mitte der 1970er Jahre begann sich die Lebenserwartung in beiden Teilen Deutschlands auseinander zu entwickeln. Im Jahr 1990 verzeichneten Frauen im früheren Bundesgebiet eine um 2,3 Jahre höhere Lebenserwartung. Bei den Männern betrug die Differenz sogar 3,3 Jahre. Heute sind die Ost-West-Unterschiede bei den Frauen gering, bei den Männern ist noch eine größere Spanne

zu beobachten. Sie beträgt für neugeborene Mädchen 0,3 und für neugeborene Jungen 1,3 Jahre. Als Ursache für den schnelleren Anstieg im Osten werden eine verbesserte medizinische Versorgung und verbesserte Einkommensverhältnisse in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung vermutet. Eine Annäherung hat es auch bei den alten und sehr alten Menschen gegeben. Die Behandlung kostenintensiver, langwieriger chronischer Erkrankungen kann heute besser geleistet werden, als es in der DDR der Fall war. Daneben wird angenommen, dass Gesundheit und ein langes Leben vom Einkommen und dem allgemeinen Wohlstand abhängen. Nach dem Ende der DDR hatte sich insbesondere die finanzielle Situation der Rentner verbessert.

Frauen-Männer-Unterschiede

Die Unterschiede zwischen den Frauen und Männern in der Lebenserwartung sind beträchtlich, verringern sich aber seit geraumer Zeit. Nach der Sterbetafel für die Jahre 1871/1881 hatten Frauen in dieser Zeit eine nur um 2,87 Jahre höhere Lebenserwartung. Nachfolgend ist die Schere dann immer weiter auseinander gegangen. Die höchste Differenz wurde in der Sterbetafel 1978/1980 mit 6,73 Jahren gemessen. Seitdem ist wieder ein Annäherungstrend zu beobachten. In der letzten bislang vorliegenden Sterbetafel aus den Jahren 2005/2007 geht hervor, dass sich die Differenz auf 5,36 Jahre verringert hat. [Abbildung 44](#) veranschaulicht anhand der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten den Aufholprozess der Männer insbesondere im höheren Lebensalter.

Die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern können nicht aus-

schließlich auf biologische Faktoren zurückgeführt werden. Von Marc Luy, einem ehemaligen Kollegen am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, wissen wir, dass ca. die Hälfte der gegenwärtigen Unterschiede in der Lebenserwartung auf Unterschiede in den Lebensstilen und der Lebensführung zurückzuführen ist. Untersucht worden ist dies anhand der Lebenserwartung von Nonnen und Mönchen, die sich in ihrem Lebensstil quasi nicht unterscheiden. Es zeigte sich, dass die Nonnen die gleiche Lebenserwartung wie die weibliche Bevölkerung hatten, während die Mönche ca. 5 Jahre länger lebten als die männliche Durchschnittsbevöl-

Der Anstieg der Lebenserwartung bedeutet nicht nur, dass Lebensjahre, sondern dass Jahre in Gesundheit gewonnen werden. Dies zeigt eine Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock, in der Daten des Sozio-oekonomischen Panels verwendet werden. Das Fazit lautet: Die Lebenserwartung steigt und das Risiko der Pflegebedürftigkeit sinkt. Das Altern der Bevölkerung führt damit nicht zu einem parallelen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Personen. Aber das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung wird in Zukunft mit Sicherheit zu einem Anstieg des Anteils Pflegebedürftiger an der Bevölkerung führen. Die nach dem Renteneintritt gewonnenen Jahre bedeuten Lebensverlängerung in Gesundheit, stellen aber auch die sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen, da sich die Zahl der Leistungsempfänger und die Zeitdauer des Empfangs der Leistungen erhöht haben.

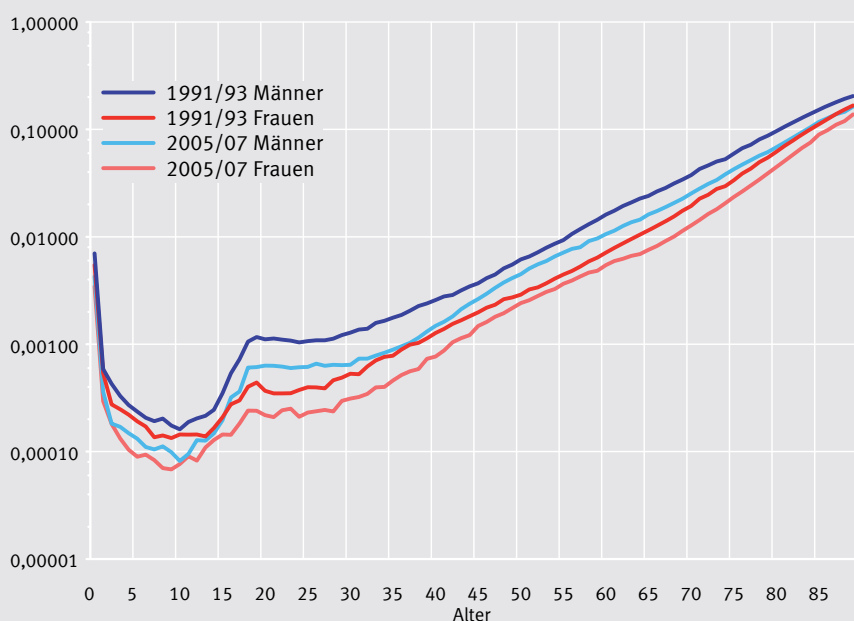
Die nach dem Renteneintritt gewonnenen Jahre bedeuten Lebensverlängerung in Gesundheit, stellen aber auch die sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen, da sich die Zahl der Leistungsempfänger und die Zeitdauer des Empfangs der Leistungen erhöht haben.

Säuglingssterblichkeit

Forschungen zur Säuglingssterblichkeit werden am BiB schon seit längerem im Rahmen des Monitoring demographischer Prozesse betrieben. Gerade bei der Säuglingssterblichkeit sind enorme Fortschritte erzielt worden. Während im Jahr 1875 noch 243 Säuglinge je 1.000 Lebendgeborene starben, sind es im heutigen Deutschland noch 3,5.

Es hat aber nicht nur einen deutlichen Rückgang der Säuglingssterblichkeit insgesamt gegeben, es haben sich auch einige der klassischen Differenzierungen verändert. Nichtehelichkeit galt früher als ein hoher Risikofaktor für die Säuglingssterblichkeit. 1995 waren die Unterschiede fast verschwunden. Je 1000 Lebendgeborene betrug die Säuglingssterblichkeit bei ehelich Geborenen 5,1 und bei nichtehelich Geborenen 6,1. Bis zum Jahr 2004 hatte sich die Entwicklung dann komplett gewandelt. Die Zahl der Sterbefälle auf 1000 Geburten liegt nunmehr bei 2,4 für nichtehelich Lebendgeborene und bei 4,8 für ehelich Geborene. 2007 betrug diese Relation 3,2 zu 4,2. Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder beträgt für Deutschland inzwischen ca. 30 %, so dass nicht mehr von einer Ausnahmesituation gesprochen werden kann,

Abb. 44: Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten in Deutschland nach dem Geschlecht, 1991/1993 und 2005/2007 (logarithmische Darstellung)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung BiB

kerung. Männer haben also einen biologischen Nachteil, der durch nicht-biologische Faktoren verstärkt wird. Extrem ist dies gegenwärtig z.B. in Russland, wo Frauen im Durchschnitt 12 Jahre länger als die Männer leben. Zur Erklärung der nicht-biologischen Unterschiede werden immer wieder die ungesündere Lebensweise (Alkohol, Nikotin), die gesündere Ernährung der Frauen und ihre häufigeren Arztbesuche, ein stärker mit Risiken behafteter Lebensstil seitens der Männer (Unfälle) und höhere Stressfaktoren im Berufsleben herangezogen. Gegenwärtig holen die Frauen bei diesen Faktoren auf, was immer wieder als Grund dafür angeführt wird, warum sich die Unterschiede in der Lebenserwartung wieder verringern.

wie das früher zur Erklärung des hohen Sterberisikos der Kinder bei nichtehelichen Geburten der Fall war.

Festzustellen ist auch, dass die neuen Bundesländer ihren Rückstand bei der Säuglingssterblichkeit mehr als kompensiert haben. Seit 1999 ist die Säuglingssterblichkeit in den neuen Bundesländern niedriger als im früheren Bundesgebiet (Abb. 45). Im Jahr 2007 betrug der Wert für die neuen Bundesländer 2,8 und für das frühere Bundesgebiet 4,1.

Demographisches Wissen - Wie alt werden wir und wie alt möchten wir werden

Die Menschheit hat schon immer nach einem langen Leben gestrebt. Die heutigen Trends verheißen, dass dieser Wunsch zu einem Massenphänomen werden kann. In den Vorstellungen darüber, wie alt man einmal werden möchte, ist er bereits angelegt.

Die Schätzungen der Befragten hinsichtlich der gegenwärtig erreichten Lebenserwartung Neugeborener haben sich als sehr genau erwiesen. Frauen hatten nach der Sterbetafel 1999/2001 zum Zeitpunkt der Geburt eine durchschnittliche Lebenserwartung von 81,1 Jahren (Schätzung der Befragten: 78,5 Jahre) und Männer von 75,1 Jahren (Schätzung der Befragten: 73,7 Jahre). Die Lebenserwartung der Frauen wird um 3,2 % und die der Männer um 1,9 % unterschätzt (Abb. 46).

Neben den Schätzungen zur Lebenserwartung haben wir außerdem noch die Fragen nach der persönlich erwarteten und nach der persönlich gewünschten Lebenserwartung gestellt. Bei der Beantwortung dieser Frage bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen erwarten für sich selbst, nur 78,6 Jahre alt zu

Abb. 45: Säuglingssterblichkeit im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007

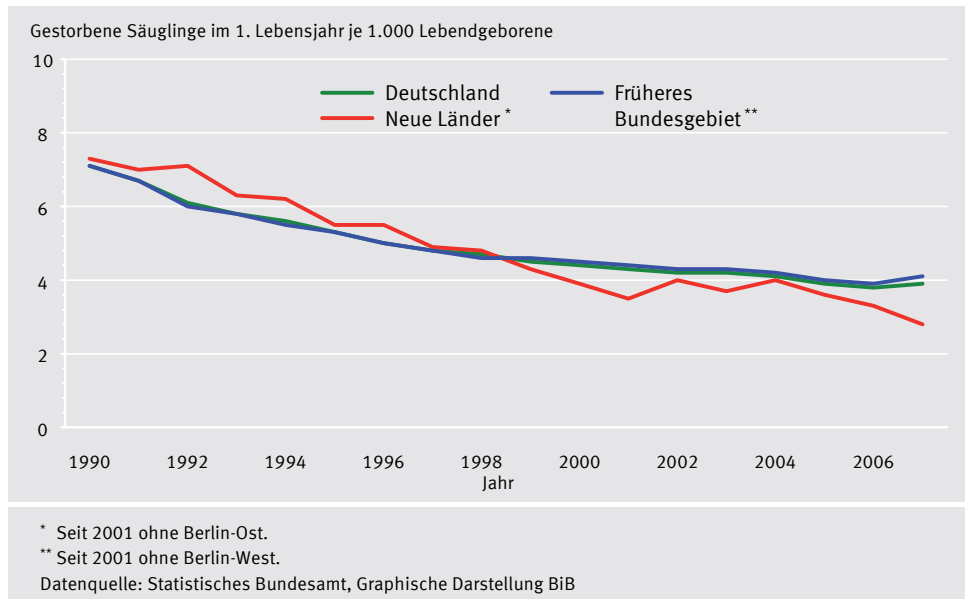
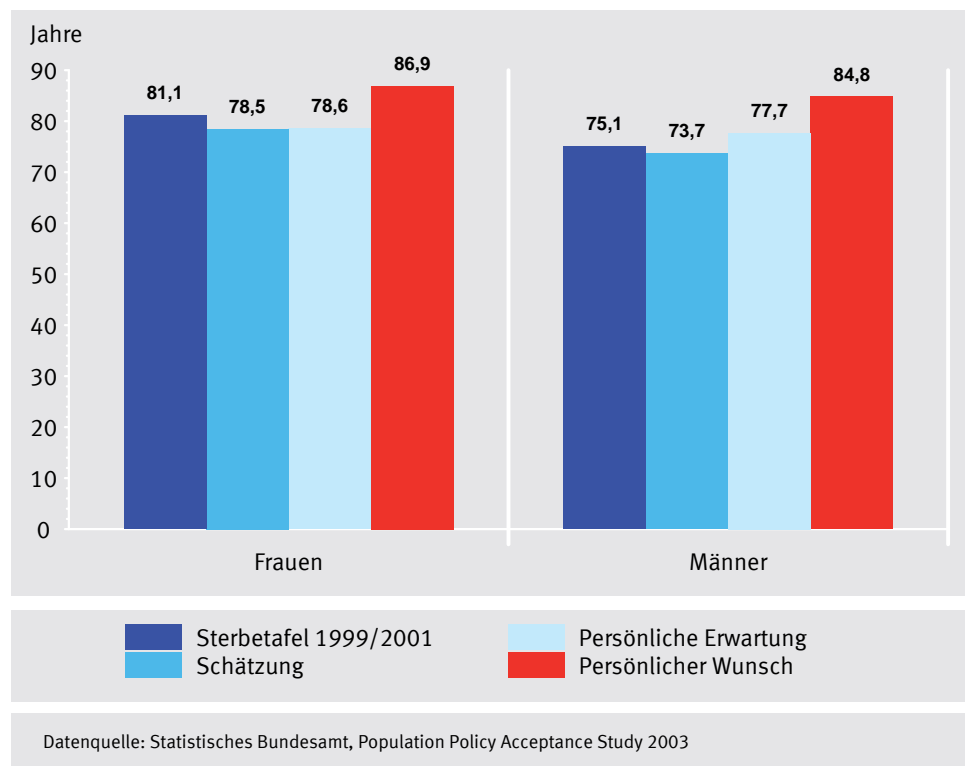


Abb. 46: Tatsächliche Lebenserwartung, geschätzte Lebenserwartung, persönlich erwartete und persönlich gewünschte Lebenserwartung von Frauen und Männern (in Jahren)



werden. Dieser Wert liegt um 2,5 Jahre unter der im Durchschnitt erreichten tatsächlichen Lebenserwartung. Männer hingegen erwarten, dass sie um 2,6 Jahre älter werden als der in der Sterbetafel ausgewiesene Wert. Dass man sich älter zu werden wünscht, als dies gegenwärtig durchschnittlich zutrifft, liegt auf der Hand und

ist ein eher unspektakuläres Ergebnis unserer Studie. Überraschend ist aber, dass die Wünsche nach der Länge des Lebens in einem durchaus als real anzusehenden Bereich bleiben. Frauen wünschen sich im Durchschnitt 86,9 und Männer 84,8 Jahre alt zu werden. Die vor etwa 10 Jahren tatsächlich erreichte Lebenserwartung wurde in den Wünschen um 5,8 Jahre (Frauen) bzw. um 9,7 Jahre (Männer) überschritten.

Lebensstile und Gesundheit

Im Jahr 1998 hat das BiB mit dem Projekt „Lebensstile und ihr Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung“, dem sogenannten Lebenserwartungssurvey (LES), in einer Längsschnittanalyse die Zusammenhänge zwischen Lebenssituation, Gesundheitsverhalten und gesundheitlicher Lage untersucht. Die Ergebnisse sind im Band 36 der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung mit dem Titel „Lebensstile, Lebensqualität, Lebensphasen“ veröffentlicht worden.

Das zugrunde gelegte Auswertungskonzept basiert auf der Theorie der Gesundheitslebensstile. Dabei wird nicht nur das gesundheitsbewusste Verhalten, sondern es werden auch gesundheitsrelevante Einstellungen und Denkweisen mit einbezogen. Auch die Gesundheit selbst und die Zufriedenheit mit ihr hängen zu einem gewissen Grade von den individuellen Lebensstilen ab, wozu u. a. auch Rauchen und Alkoholkonsum gehören. Folgende Ergebnisse konnten erzielt werden:

Das Auftreten von Krankheit auf der Individual-ebene scheint in hohem Maße zufallsbedingt zu sein, während sich auf der Makroebene

doch deutlich zeigt, dass Lebensumstände und gesundheitsrelevante Verhaltensweisen die Gesundheit und damit natürlich auch die Lebensdauer erheblich beeinflussen. Als entscheidende Determinanten für Morbidität und Mortalität zeigten sich in fast allen Analysen im Rahmen des Lebenserwartungssurveys erstens die so genannte vertikale Ungleichheit, also die Sozialschichtindikatoren wie Einkommen, Beruf und Bildung bzw. Ausbildung (häufig in direkter Verbindung mit Stressfaktoren), zweitens die horizontale Ungleichheit, die sich in Faktoren wie Alter, Geschlecht, Kohorte, Familienstand, Erwerbsstatus oder Form des Zusammenlebens manifestiert, sowie drittens die im Allgemeinen bekannten gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen und Risikofaktoren wie z. B. Ernährung, Rauchen, Alkoholkonsum, körperliche Aktivität und Bluthochdruck. Daneben konnte mit dem LES aber auch eine neue Dimension der Ungleichheit bezüglich des Gesundheitszustands aufgezeigt werden, die sich auf vielfältige Bereiche des täglichen Lebens bezieht und gewissermaßen die empfundene Lebensqualität der Individuen widerspiegelt. Der Gesundheitszustand der befragten Personen hat sich während des Beobachtungszeitraums und damit mit zunehmendem Alter zwar insgesamt erwartungsgemäß verschlechtert, das Ausmaß der Verschlechterung ist jedoch sehr gering und die meisten Personen verblieben sogar in ihrem Gesundheitszustand zum Zeitpunkt der Erstbefragung. Daneben erweisen sich die Bildung bzw. der Sozialstatus als ganz entscheidende Determinanten des Gesundheitszustands.

Bezüglich der zeitlichen Entwicklung ist eine Mobilität der Gesundheitslebensstile in beide Richtungen aufgefunden worden. Die Daten zeigen, dass die Beibehaltung eines gesundheitsbewussten Lebensstils förderlich für die Gesundheit ist. Eines der zentralen und übereinstimmenden Ergebnisse dieser Studie ist, dass ein schlechter Gesundheitszustand die Ursache für einen bewusst gesunden Lebensstil sein kann. Es zeigt sich nämlich, dass die nach eigenen Angaben besonders gesundheitsbewusst lebenden Frauen und Männer sowohl einen schlechteren Gesundheitszustand als auch ein höheres Sterberisiko aufweisen. Bei der Unter-

Projektbeschreibung: Lebenserwartungssurvey

Um die Lebenssituation und einen Wechsel der Lebensumstände mit ihren Auswirkungen auf den früheren, derzeitigen und zu erwartenden Gesundheitszustand untersuchen zu können, wurde 1998 von der I + G Gesundheitsforschung im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung eine Erhebung durchgeführt, die als Wiederholungsbefragung der 1984/86 in West- und 1991/92 in Ostdeutschland durchgeführten Nationalen Gesundheitssurveys angelegt war. Wesentliche Bestandteile des neuen Fragebogens im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand waren die retrospektive Erfassung von Ereignissen, die zwischen den zeitlich sehr weit auseinanderliegenden Erhebungszeitpunkten aufgetreten sind sowie eine detailliertere Erfassung der familiären Situation.

Befragt wurden insgesamt 4.843 Personen, davon 3.939 in West- und 904 in Ostdeutschland. Das entspricht etwa 48 % der in der ersten Welle interviewten Personen.

suchung des Zusammenhangs von Gesundheit bzw. Gesundheitsverhalten mit der Einkommenssituation wurde deutlich, dass der selbst eingeschätzte Gesundheitszustand sowie die Zufriedenheit mit der Gesundheit – wie erwartet – positiv mit der Einkommenshöhe korrelieren, also je höher das Einkommen, desto besser der Gesundheitszustand und die entsprechende Zufriedenheit. Das gilt allerdings nur innerhalb von Altersgruppen. Werden unterschiedliche Altersgruppen vergleichend analysiert, so ist der Einfluss des Alters auf die Gesundheit wesentlich stärker als der des Einkommens.

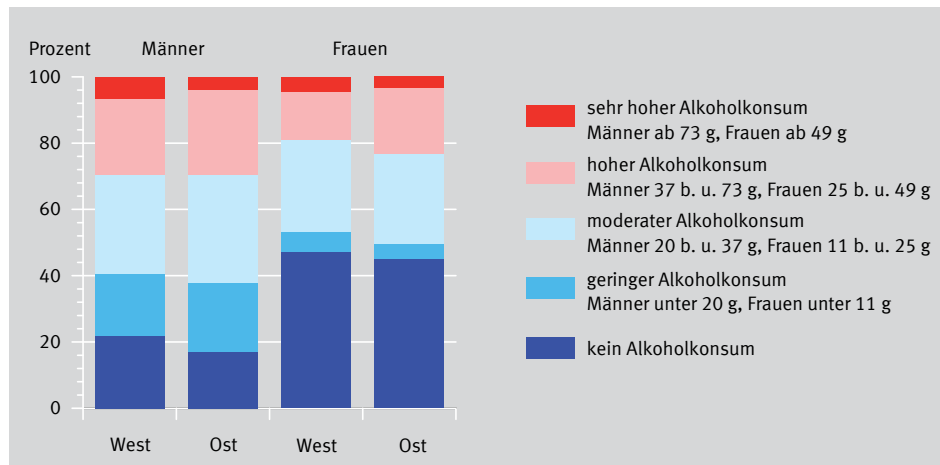
Rauchen

Bezüglich des Rauchverhaltens hatte sich bestätigt, dass die Raucheranteile bei den Männern deutlich höher sind als bei den Frauen. Dieser Zusammenhang gilt gleichermaßen für beide Befragungszeitpunkte sowie für die West- als auch die Ostdeutschen. In der Regel nimmt der Anteil der Raucher mit dem Alter und damit auch mit der Beobachtungszeit des Lebenserwartungssurveys ab. Lediglich bei den ostdeutschen Frauen bleibt der Raucheranteil zu beiden Beobachtungszeitpunkten fast unverändert. Neben Alter und Geschlecht stellt sich das Rauchverhalten bezüglich der Sterblichkeit als die einflussreichste Determinante dar.

Alkoholkonsum

Aus gesundheitlicher Sicht positive Ergebnisse zeigen sich bei den Untersuchungen zum Alkoholkonsum. Dieser ist nämlich zwischen den Erhebungen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland bei beiden Geschlechtern zurückgegangen (Abb. 47). So konnte herausgefunden werden, dass die durchschnittlich pro Tag konsumierte Alkoholmenge generell im Bereich eines moderaten Alkoholkonsums liegt. Dabei befinden sich die Männer jedoch deutlich am oberen Rand dieses Bereichs, während Frauen mehr am unteren Rand zu finden sind. In Westdeutschland zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Höhe des Alkoholkonsums und der Höhe des Einkommens in der Weise, dass die Besserverdienenden mehr Alkohol zu sich nehmen als die Mitglieder unterer Einkommensgruppen.

Abb. 47: Alkoholkonsum pro Tag im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern nach dem Geschlecht (in %)



Datenquelle: BiB, Lebenserwartungssurvey 1998

Sportliche Betätigung

Ein positiver statistischer Zusammenhang konnte zwischen der sportlichen Betätigung und der Höhe des Einkommens aufgezeigt werden. Mitglieder der oberen Einkommensgruppen treiben mehr und häufiger Sport als die weniger gut verdienenden, wenngleich sich dieser Unterschied beim ersten Befragungszeitpunkt stärker ausgeprägt darstellt als bei der zweiten Erhebung. Die sportliche Aktivität nahm zwischen der ersten und zweiten Erhebung in allen Bevölkerungsteilen deutlich zu, was jedoch unter Umständen zu einem gewissen Grad an einem gesundheitlichen Selektionseffekt der an der Zweitbefragung teilnehmenden Frauen und Männer liegen könnte. Dafür spricht, dass auch der Anteil gesunder Personen zum Zeitpunkt der Zweitbefragung höher ist und sich umso ausgeprägter feststellen lässt, je älter die Personen sind. Allerdings zeigt sich, dass sportliche Aktivität sehr stark mit einem guten Gesundheitszustand korreliert. Aber auch hier bleibt die Richtung des Zusammenhangs offen: Macht bzw. hält Sport gesund oder sind es nur die gesunden Frauen und Männer, die zur Gruppe der Sporttreibenden gehören?

Weiter konnte herausgefunden werden, dass bezüglich der negativen gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen in den jüngeren Alterskohorten vor allem ein übermäßiger Alkoholkonsum zu beobachten ist. Bei den Männern ist dies besonders ausgeprägt, bei den Frauen ist dagegen fehlende sportliche Aktivität häufiger vorzufinden. In den älteren Geburtskohorten ist die fehlende sportliche Betätigung auch als die häufigste nicht gesundheitsfördernde Verhaltensweise anzutreffen, bei Männern allerdings

dicht gefolgt vom Alkoholkonsum. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen treten die beiden negativen Verhaltenskomponenten hoher Alkoholkonsum und geringe sportliche Aktivität in vielen Fällen kombiniert auf. Weitere korrelierte Zusammenhänge zeigen sich zwischen der Höhe des Nikotin- und der Höhe des Alkoholkonsums sowie zwischen der Höhe des Nikotinkonsums und dem Ausmaß der geringen sportlichen Aktivität.

Familienstand

Häufig gibt es Zusammenhänge zwischen dem Familienstand und der subjektiven Einschätzung der eigenen Gesundheit. Insbesondere für Geschiedene und Personen, die zu beiden Erhebungszeitpunkten nicht verheiratet waren, zeigten sich deutlich ungünstigere Resultate hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes. Auch Befragte, die angaben, maximal eine Person zu kennen, mit deren Unterstützung sie rechnen können, beklagten häufiger eine schlechte Gesundheit und zeigten auch eher eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes im Zeitverlauf zwischen den Befragungen.

Eintritt in den Ruhestand

In der Analyse des Gesundheitszustands nach dem Eintritt in den Ruhestand konnte die These des „Pensionierungsschocks“ im Wesentlichen widerlegt werden. Die Mehrheit der Ruheständler zum Zeitpunkt der Zweitbefragung schätzt ihren Gesundheitszustand in der gleichen Weise ein wie bei der Erstbefragung. Bei den Fällen mit verändertem Gesundheitszustand konnte sogar eine häufigere Veränderung in Richtung Gesundheitsverbesserung festgestellt werden. Aber auch hier darf man die Selektionsgefahr in der zweiten Surveywelle nicht vergessen. Es bestehen Zusammenhänge zwischen der subjektiven Gesundheit und der früheren beruflichen Tätigkeit bzw. den früheren Arbeitsbelastungen. Verbesserungen haben sich vor allem bei den Personen mit früher starker physischer Belastung eingestellt. Insgesamt wiesen die heutigen Altersruheständler bzw. Pensionäre beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand im Allgemeinen eine positive Gesundheitsentwicklung und eine geringere Beschwerdenintensität auf, was sich in einer höheren Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit widerspiegelt.

Freizeit

Die durchgeführte Auswertung der Freizeitinteressen ergab erwartungsgemäß, dass die medienorientierten Freizeitangebote Fernsehen und

Lesen von den Befragten am häufigsten genutzt wurden. Kulturelle Freizeitangebote werden vor allem in Ostdeutschland nur wenig wahrgenommen. Ein generell größeres Gewicht besitzt dagegen die soziale Freizeit, wobei die Verabredungen und Kontakte mit Freunden, Bekannten und Verwandten am wichtigsten sind. Ein nicht unerheblicher Teil vor allem der jüngeren Befragten nutzt einen Teil der „erwerbsarbeitsfreien Zeit“, um berufliche Arbeiten – jedoch kaum Nebentätigkeiten – zu erledigen. Bei den außerhäuslichen Freizeittätigkeiten mit körperlich aktivem Charakter dominieren Gartenarbeit, Spazieren gehen und Wandern. Regelmäßig sportlich aktiv, d.h. mindestens einmal in der Woche, ist nur etwa ein Drittel der Befragten. Hinsichtlich des Einflusses auf den Gesundheitszustand lag die wesentliche Konzentration in diesem Beitrag auf der sportlichen Betätigung. Als wichtigstes Ergebnis wird hervorgehoben, dass offensichtlich weder die Dauer noch die Intensität ausgeübter sportlicher Aktivitäten einen lang anhaltenden Protektionseffekt bei der Entstehung von Herz-Kreislauf-Krankheiten ausüben. Gerade in diesem Themenbereich scheinen sich tiefergehende Fortsetzungsstudien auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse anzubieten.

Pflegesituation

Die Daten zur Pflegesituation offenbarten eine unerwartet hohe Doppelbelastung durch Pflege und Berufstätigkeit. Die Pflegenden sind im Durchschnitt jünger, überwiegend weiblich und pflegen vor allem ihre Eltern und Schwiegereltern. Die Pflegenden leben in der Regel in größeren Haushalten, was in der Weise interpretiert werden könnte, dass eine Pfl egetätigkeit mit einem stärkeren Familienzusammenhang in Verbindung zu stehen scheint. Nach den Analyseergebnissen sind die Pflegenden sportlich aktiver als die übrigen Personen. Keine Unterschiede zeigen sich hingegen bei Ernährung, Rauchverhalten und Alkoholkonsum. Allerdings weisen die Pflegenden ein überwiegend gesundheitsbewusstes Verhalten auf. Die These, dass sich die Pflegebelastung negativ auf die eigene Gesundheit auswirken würde, konnte hier bezüglich der berichteten Beschwerden bestätigt werden. Dies spiegelt sich auch in einer geringeren Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit im Vergleich zu den nicht pflegenden Personen wider. Tiefergehende Analysen konnten schließlich zeigen, dass die besonders stark gesundheitlich beeinträchtigten Pflegenden aus den Personengruppen stammten, die auch in der ge-

samten Gesellschaft ein höheres Gesundheitsrisiko aufweisen, wie Angehörige der niedrigeren Sozialschichten oder Personen mit belastenden Lebensereignissen. Inwiefern diese Variablen jedoch tatsächlich mit der Belastung durch die Pflegetätigkeit interagieren, konnte in dieser Studie noch nicht geklärt werden.

Lebensstile und Mortalität

Weitere Erkenntnisse wurden aufgrund des Konzepts des Lebenserwartungssurveys auch im Rahmen der Mortalitätsanalyse gewonnen. Die aus der Gesamtbevölkerung bekannten Trends bezüglich der West-Ost- bzw. der Geschlechterunterschiede werden nahezu exakt durch das Datenmaterial wiedergegeben. Die relativen Anteile an gesunder Lebenserwartung sind im Westen höher als im Osten. Allerdings zeigen sich in beiden Teilen Deutschlands geschlechtsspezifische Unterschiede zugunsten der Frauen. Bezüglich der Sterblichkeitsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland konnte kein direkter Einfluss der allgemein als bedeutsam vermuteten Faktoren Lebensstil und Lebensqualität festgestellt werden. Unabhängig davon erfolgte aber dennoch in den 1990er Jahren bei fast allen kardiovaskulären Risikofaktoren eine Angleichung zwischen den west- und ostdeutschen Frauen und Männern, während die Zufriedenheit mit den verschiedensten Aspekten des täglichen

Lebens im Westen immer noch deutlich höher ist. Da das Rätsel der markanten Entwicklung der Sterblichkeitsdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor zu den ungeklärten Fragestellungen der Mortalitätsforschung gehört, bietet sich auch hier ein großes Potenzial für weiterführende Forschungsarbeiten.

Geschlecht

Die Bedeutung des Lebensstilkonzepts trat insbesondere bei der Analyse geschlechtsspezifischer Sterblichkeitsunterschiede hervor. Die herausgearbeiteten komplexen Gesundheitsstile verdeutlichen einen ganz erheblichen Einfluss auf das Sterberisiko. Bezüglich der männlichen Übersterblichkeit konnten gezeigt werden, dass Männer zum Großteil in den ungesünderen Lebensstilgruppen mit erhöhtem Sterberisiko zu finden sind, während Frauen überwiegend den gesunden Lebensstilgruppen angehören. Auch innerhalb der Lebensstilgruppen zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede bei den geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsdifferenzen zuungunsten der Männer. Es kann abgeleitet werden, dass diese beiden Faktoren gemeinsam zu einem bedeutenden Lebensstileffekt führen, der sich ganz erheblich auf das Ausmaß der auf der Makroebene festzustellenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern auswirkt.

Ausgewählte Veröffentlichungen aus dem BiB zum Lebenserwartungssurvey

- Gärtner, Karla; Grünheid, Evelyn; Luy, Marc (Hrsg.), 2005: Lebensstile, Lebensphasen, Lebensqualität – Interdisziplinäre Analysen von Gesundheit und Sterblichkeit aus dem Lebenserwartungssurvey des BiB. In: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 36
- Grünheid, Evelyn, 2004: Einflüsse der Einkommenslage auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 102f
- Luy, Marc, 2004: Mortality differences between Eastern and Western Germany before and after Reunification – a macro and micro level analysis of developments and responsible factors. In: Genus, Jg. 60, Nr. 2
- Roloff, Juliane, 2004: Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand und Veränderungen der subjektiven Gesundheit, dargestellt am Beispiel der westdeutschen Altersjahrgänge 1933 bis 1938. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 2: 219-244
- Roloff, Juliane, 2004: Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand und Veränderungen des Gesundheitszustandes. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 102e
- Gärtner, Karla, 2002: Differentielle Sterblichkeit – Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys des BiB. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 2: 185-211
- Gärtner, Karla, 2001: Lebensstile und ihr Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung – Der Lebenserwartungssurvey des BiB – Projekt- und Materialdokumentation. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Band 102a
- Gärtner, Karla, 2000: Der Lebenserwartungssurvey des BiB – Konzeption und erste Ergebnisse. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25, 2: 217-234

Migration und Integration

Zu- und Abwanderungen über die Grenzen Deutschlands

Der Anstieg der Bevölkerungszahl in Deutschland ist bereits seit langem auf die Überschüsse der Zu- über die Fortzüge zurückzuführen. Seit 1954 gab es nur wenige Jahre, in denen mehr Menschen aus Deutschland fort- als zugezogen sind (vgl. auch Abb. 9 auf der Seite 41). Überaus hohe Wanderungsgewinne sind um 1970 und 1990 erzielt worden. In der zweiten Hälfte der 1960er und der ersten Hälfte der 1970er Jahre erfolgten die Wanderungsgewinne überwiegend aufgrund der Anwerbung von Arbeitsmigranten, der sogenannten Gastarbeiter. Diese Phase ist 1973 durch den Anwerbestopp beendet worden. Um 1990 wurde die Migrationsgeschichte Deutschlands durch neue Zuwanderergruppen wie deutschstämmige Spätaussiedler, Asylsuchende sowie Flüchtlinge (vor allem in Folge des Balkankriegs) und neue Formen der Arbeitsmigration geprägt.

Nachfolgend sind die Wanderungsgewinne nicht mehr so hoch ausgefallen. Der Zuwanderungsüberschuss hat lange Zeit eine Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland verhindert. In den letzten Jahren fand dies aber immer weniger statt. Der Zuwanderungsüberschuss verringerte sich auf 272,7 Tsd. in 2001. Bis 2006 war der Wanderungsüberschuss weiter bis auf 22,8 Tsd. abgesunken. 2007 erfolgte ein leichter Anstieg auf 43,9 Tsd.

Eine wichtige Frage in diesem Kontext ist, ob durch Zuwanderung die demographische Alterung aufgehalten werden kann. Thematisiert wurde diese Frage im Jahr 2000 durch die UN Population Division. In dieser Studie wurde gefragt, wie hoch die Wanderungsgewinne eines Landes sein müssten, um die Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung aufgrund der niedrigen Geburtenhäufigkeit und zunehmender Lebenserwartung zu kompensieren. Als Zielkriterium ist die Zahl an Zuwanderungen definiert worden, die nötig ist, um Altern zu verhindern. Konkret wurde angenommen, dass bis zum Jahr 2050 der Altenquotient (Verhältnis der 15- bis 64-Jährigen zu den 65-Jährigen und Älteren) konstant bleiben soll. Die Ergebnisse

zeigten, dass eine solche Annahme illusorisch ist. Es wäre bis 2050 eine Nettozuwanderung von ca. 188 Millionen Menschen nötig – eine Zahl, die auch für ein Zuwanderungsland nicht verkraftbar ist. Die Bevölkerungszahl würde auf fast 300 Mill. ansteigen und der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund würde sich auf 80 % erhöhen. Diese Frage stellt sich aber so lange nicht mehr, wie die negative Wanderungsbilanz fortbesteht. In solch einem Fall ist die Fragestellung umzukehren und zu untersuchen, inwieweit Abwanderung die demographische Alterung in Deutschland beschleunigt.

Ungeachtet der zur Zeit geringen positiven Wanderungsbilanz ist Deutschland nach wie vor ein Land, in das sehr viele Menschen zuwandern und auch abwandern. Hinter der zur Zeit niedrigen Wanderungsbilanz ist eine hohe Wanderungsintensität verborgen. So zogen 2007 immerhin 680,8 Tsd. Menschen nach Deutschland, gleichzeitig haben 636,9 Personen das Land wieder verlassen. Die bislang höchste Wanderungsintensität war 1992 zu verzeichnen. Zuzügen von 1502,2 Tsd. Personen standen 720,1 Fortzüge gegenüber.

Werden Zu- und Abwanderungen nach Deutschen und Ausländern unterschieden, zeigen sich neue Aspekte des Wanderungsgeschehens (Abb. 48). Bis Ende der 1980er Jahre waren die grenzüberschreitenden Wanderungen Deutscher auf einem eher niedrigen Niveau. Danach begann die Zuwanderung Deutscher sprunghaft anzusteigen. Der Höhepunkt wurde im Jahr 1990 erreicht, in dem 420,5 Tsd. Deutsche aus dem Ausland nach Deutschland gezogen sind. Dem standen 108,9 Tsd. Fortzüge gegenüber. Seither haben sich im Trend die Zuzüge verringert und die Fortzüge verstärkt. 2007 standen 106,0 Tsd. Zuwanderungen 161,1 Abwanderungen gegenüber.

Ein gänzlich anderes Bild bietet die Wanderungsbewegung der Ausländer. Da die Wanderungsbewegung über die Grenzen Deutschlands stark von den Ausländern geprägt ist, bestehen große Ähnlichkeiten zu den Gesamtwanderungen. Die höchste Zahl an Zuwanderern gab es zu Beginn der 1990er Jahre mit dem Gipfelwert

von 1.211,3 Tsd. zugewanderten Ausländern. In dieser Zeit sind sehr viele Flüchtlinge aufgrund der Balkankrise nach Deutschland geströmt. Bis heute hat sich das Zuwanderungsvolumen in der Tendenz verringert. 2007 kamen aber noch 574,7 Tsd. Ausländer nach Deutschland. Die Abwanderung von Ausländern erreichte ihren höchsten Wert im Jahr 1998 mit 638,9 Tsd. Personen. Gegenwärtig verlassen 475,7 Tsd. Ausländer Deutschland. Es besteht damit weiterhin die typische Situation, dass mehr Ausländer nach Deutschland kommen als fortziehen.

Fortzüge Deutscher

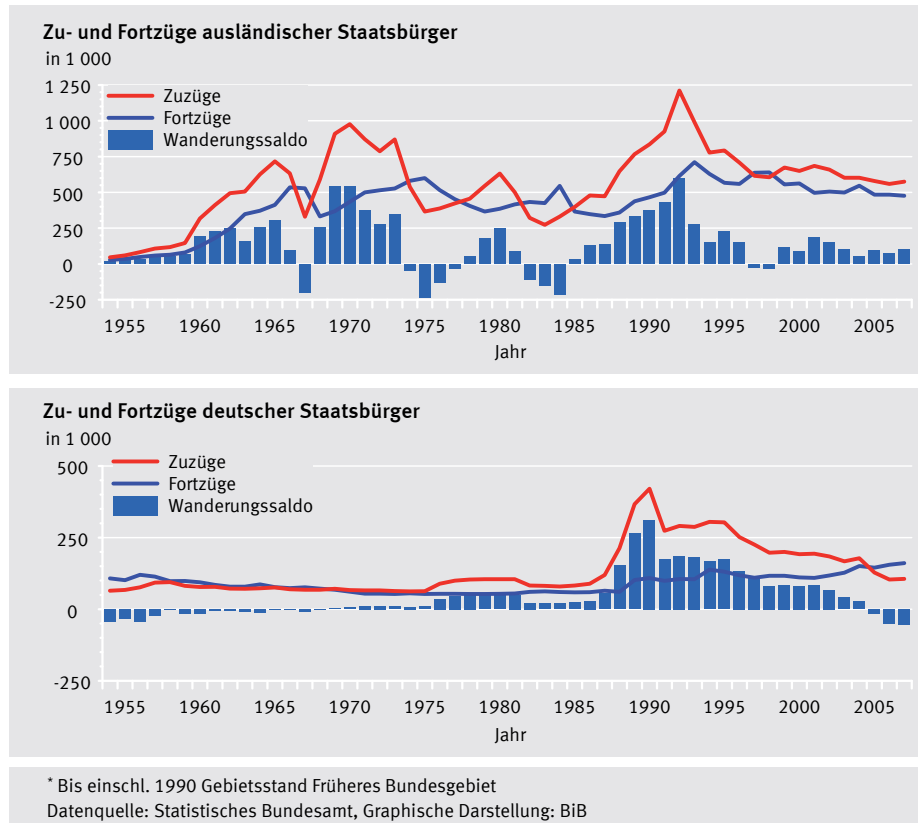
Die verstärkte Abwanderung Deutscher mit der neuen Situation, dass seit langem wieder mehr Deutsche fort- als zuziehen, führte am BiB zur Installation eines neuen Forschungsprojekts, in dem die grenzüberschreitenden Wanderungen Deutscher untersucht wurden. Ausgehend von diesen Entwicklungen ist es das Ziel dieses Forschungsprojektes, den gegenwärtigen Stand der Forschung zu grenzüberschreitenden Wanderungen von deutschen Staatsangehörigen aufzuarbeiten, und durch eigenständige Untersuchungen genauere Informationen sowohl über Entwicklung und Struktur als auch zur Erklärung dieser Wanderungen zu erhalten.

Zentrale Ergebnisse sind:

Anstieg der internationalen Mobilität Deutscher in den vergangenen dreißig Jahren

Die deutsche Wanderungsstatistik zeigt, dass im Vergleich zu den 1970er Jahren (im Durchschnitt knapp mehr als 50 Tsd. Personen pro Jahr) sich die Zahl der auswandernden Deutschen bis in die vergangenen Jahre auf fast das Dreifache erhöht hat (2002 bis 2006 durchschnittlich jährlich ca. 140 Tsd. Fortzüge). Nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch in Relation zur deutschen Gesamtbevölkerung zeigt sich im Zeitvergleich eine steigende internationale Mobilität Deutscher. Mit zwei Fortzügen bezogen auf 1.000 Personen der deutschen Bevölkerung

Abb. 48: Zu- und Fortzüge ausländischer und deutscher Staatsbürger über die Grenzen Deutschlands*, 1954 - 2007 (in 1000)



ist die derzeitige jährliche Auswanderungsquote im internationalen Vergleich aber noch immer sehr gering (z.B. die Niederlande mit gegenwärtig fünf Fortzügen auf 1.000 Personen).

Europäisierung der internationalen Migration von Deutschen

Die Bedeutung der Zielregionen hat sich im Laufe der vergangenen drei bis vier Jahrzehnte stark verändert: Während das Niveau der Auswanderung in die europäischen Nachbarstaaten bis Ende der 1970er Jahre etwa doppelt so hoch war wie in die klassischen Einwanderungsländer (USA, Kanada, Australien, Neuseeland), kam es seitdem zu einer weiteren Europäisierung der internationalen Migration Deutscher. Auf einen deutschen Auswanderer in die klassischen Einwanderungsländer kommen derzeit vier deutsche Auswanderer in die europäischen Nachbarstaaten.

Internationale Migration von Deutschen ist ein westdeutsches Phänomen

Mit durchschnittlich insgesamt 10 Tsd. Auswanderern zwischen den Jahren 2003 bis 2005 und weniger als einem Auswanderer pro 1.000 Einwohner stellen die neuen Bundesländer nur ei-

nen unterproportionalen Anteil der Gesamtauswanderung von Deutschen. Westdeutschland hat auf Länderebene eine durchgängig höhere Auswanderungsrate als die ostdeutschen Flächenländer zu verzeichnen.

Männlich, ledig, jung

Deutsche Auswanderer sind gegenwärtig überwiegend männlich. Das war nicht immer so, denn bis Ende der 1980er Jahre dominierten Frauen das deutsche Auswanderungsgeschehen. Doch seit Anfang der 1990er Jahre stellen Männer mit jeweils knapp über 55 % den größeren Anteil der Auswanderer. Der Großteil der deutschen Auswanderer findet sich in der Gruppe der 20- bis 45-Jährigen. Während nur 28 % der männlichen und 26 % der weiblichen deutschen Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe angehören, sind es bei den Auswanderern jeweils 58 %.

Höherer Anteil an Hochqualifizierten unter den deutschen Auswanderern im Vergleich zur deutschen nicht-mobilen Bevölkerung

Im Vergleich mit der Bevölkerung insgesamt sind deutsche Auswanderer eine höher gebildete und positiv selektierte Gruppe. Auswertungen der europäischen Arbeitskräfteerhebung zeigen, dass ca. 39 % der deutschen Auswanderer in die Europäische Union einen tertiären Bildungsabschluss aufweisen, während nur 19 % der deutschen Wohnbevölkerung über ein vergleichbares Bildungsniveau verfügen. Wird insbesondere die jüngere, ökonomisch und räumlich besonders aktive Gruppe der 25- bis 39-Jährigen betrachtet, zeigt sich ein noch deutlicherer Unterschied von 47 % gegenüber 24 %.

Die Hälfte der Auswanderer in die EU-14 gehört den ISCO-Berufsgruppen „Führungskräfte in der Privatwirtschaft“ und „Wissenschaftler“ an

Am auffälligsten ist der weit überproportionale Anteil der beiden (hinsichtlich der Aufgaben und Pflichten in der Berufshierarchie) am höchsten stehenden Berufsgruppen der Führungskräfte in der Privatwirtschaft und den Wissenschaftlern. Zusammen stellen sie über 50 % der deutschen Auswanderer dar, während bei der deutschen Wohnbevölkerung nicht einmal ein Fünftel diesen beiden Gruppen angehört. Umgekehrt sind sowohl die Handwerksberufe als auch die am unteren Ende der Berufshierarchie stehenden Hilfsarbeitskräfte deutlich unterproportional vertreten. Gerade bei der jüngeren Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen macht der Anteil der

Handwerker bei den Auswanderern nur ein Fünftel des Anteils bei der deutschen Wohnbevölkerung aus.

Ein ähnlich hoher Anteil an Hochqualifizierten unter den deutschen Rückwanderern aus der EU-14 im Vergleich zur deutschen Bevölkerung in EU-14 und den deutschen Auswanderern

Hinsichtlich der Frage, ob angesichts dieser Ergebnisse von einem Verlust an Humankapital für Deutschland ausgegangen werden kann, wurden die deutschen Rückwanderer mit den im EU-Ausland lebenden Deutschen verglichen. Hier zeigte sich für beide Gruppen ein sehr hohes Bildungsniveau, welches dem der Auswanderer aus Deutschland entspricht: In etwa 45 % der 25- bis 39-Jährigen weisen danach mindestens einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss auf. Im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung, die zu knapp 25 % über einen solchen Bildungsabschluss verfügt, stellt dieser Wert sowohl für die Rückwanderer als auch für die im europäischen Ausland lebenden Deutschen ein deutlich höheres Niveau dar.

Nach Berufsgruppen deutliche Unterschiede bei der Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr aus EU-14

Während sowohl Führungskräfte in der Privatwirtschaft als auch Wissenschaftler eine hohe Wahrscheinlichkeit der Auswanderung aus Deutschland hatten, unterscheiden sich beide Gruppen bei der Wahrscheinlichkeit der Rückwanderung. Bei den Wissenschaftlern ist der Anteil der Rückwanderer im Vergleich zum Anteil bei der Risikopopulation sogar leicht höher, während er bei den Führungskräften in der Privatwirtschaft deutlich unterproportional ist. Obwohl 14 % der in Europa lebenden 25- bis 39-jährigen Deutschen „Führungskräfte in der Privatwirtschaft“ sind, liegt dieser Anteil bei den Rückwandernden nur bei 7 %. Die Auswanderung deutscher Wissenschaftler kann damit eher als „brain circulation“ gewertet werden, während bei der Auswanderung von Führungskräften in der Privatwirtschaft ein „brain drain“ vorzuliegen scheint.

Nach Zielländern unterschiedliche Motive der Auswanderung

Auswertungen der Zensen ausgewählter Zielländer (USA, Schweiz und Spanien) zeigen, dass sich je nach Richtung der Migration unterschiedliche Wanderungsmuster identifizieren lassen.

Sowohl für die Schweiz als auch die USA ist die Auswanderung von hochqualifizierten Personen von großer und zunehmender Bedeutung. Bei der Schweiz fällt jedoch auf, dass auch jüngere Altersgruppen in Wirtschaftszweigen tätig sind, die eine eher geringe Qualifikation erfordern. Bei den USA fallen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern ins Auge. In die USA erfolgt im Vergleich zur Schweiz eher eine Migration von Paaren oder Familien. Frauen als mitreisende Familienangehörige sind (zunächst) nicht erwerbsorientiert. Für Spanien zeigen die Auswertungen die Zunahme des Auswanderungsalters und eine Abnahme der Erwerbstätigenquote, vor allem der über 40-Jährigen. Beides deutet auf das Motiv der Ruhesitzmigration hin.

Einstellungen der Bevölkerung zu den Zugewanderten

An dieser Stelle wird erneut ein Ergebnis aus der Population Policy Acceptance Study vorgestellt. Den Befragten waren 11 Aussagen zum Thema „Zuwanderung nach Deutschland und ihre Folgen“ zur Bewertung (stimme zu oder stimme voll und ganz zu) vorgelegt worden (Tab. 24). Bei der Beantwortung der Fragen treten ähnliche Ambivalenzen auf wie bei der Sicht auf die in Deutschland lebenden Ausländer.

Die moralische Pflicht, politische Flüchtlinge aufzunehmen, wird in hohem Maße anerkannt. 61,1 % der Deutschen haben hierzu ihre Zustimmung gegeben. Gleichzeitig besteht aber auch die Forderung, Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, aus dem Land zu weisen (68,0 % Zustimmung).

Generell ist der ausgeprägte Wunsch zu erkennen, Zuwanderung zu regeln (als unsere Befragung lief, war das Zuwanderungsgesetz noch nicht verabschiedet). 74,3 % stimmen der Aus-

sage zu, dass die Bundesregierung in einem Einwanderungsgesetz die jährliche Zahl der Einwanderer festlegt, die eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. Die Koppelung des Zuzugs von Ausländern an die Arbeitsmarktsituation wird von 69,9 % befürwortet. Die Antwortvorgabe „Deutschland sollte keine neuen Einwanderer zulassen“ fand keine Mehrheit, aber eine Zustimmung von 34,8 %. Strikt abgelehnt wurde, dass Einwanderung überhaupt nicht begrenzt werden sollte (10,6 % Zustimmung).

Tab. 24: Aussagen zum Thema „Zuwanderung nach Deutschland und ihre Folgen“ („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)

Aussagen		Insges.	West	Ost
1.	Unser Land hat die moralische Pflicht, politischen Flüchtlingen zu erlauben, sich in unserem Land niederzulassen	61,1	62,5	56,0
2.	Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde, sollten unverzüglich aus dem Land ausgewiesen werden	68,0	65,1	79,3
3.	Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Land leben, sollten das Recht haben, in die Bundesregierung gewählt zu werden	15,1	15,3	14,1
4.	Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Land leben, sollten das Recht haben, an Bundestagswahlen teilzunehmen	32,2	31,7	34,2
5.	Ausländische Arbeiter unterstützen mit ihren Beiträgen und Steuern das Sozialversicherungssystem	70,6	73,0	61,1
6.	Die Anzahl der Ausländer, die aufgenommen werden, sollte auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt werden	69,9	69,6	71,3
7.	Die Bundesregierung sollte in einem Einwanderungsgesetz die Anzahl der jährlichen Einwanderer festlegen, die eine Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten	74,3	72,8	79,8
8.	Die Einwanderung muss zunehmen, weil die Deutschen weniger werden	16,9	17,8	13,6
9.	Einwanderung ist unnötig, die Deutschen sollen lieber mehr Kinder bekommen	44,2	41,1	56,4
10.	Deutschland sollte keine neuen Einwanderer zulassen	34,8	32,5	43,5
11.	Einwanderung sollte überhaupt nicht begrenzt werden	10,6	10,8	9,9

Datenquelle: BiB, Population Policy Acceptance Study 2003

Weitgehend unerwünscht ist in der Bevölkerung, dass Ausländer politische Ämter in der Bundesregierung bekleiden (15,1 % Zustimmung) oder das Recht haben sollten, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Letztere Aussage haben 32,2 % bejaht.

Außerordentlich positiv wird die Unterstützung der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Arbeiter eingeschätzt. 70,6 % stimmten folgender Vorgabe zu: „Ausländische Arbeiter unterstützen mit ihren Beiträgen und Steuern das Sozialversicherungssystem“.

Keine Akzeptanz findet das demographisch relevante Argument, nach dem Einwanderung zunehmen müsste, weil die Zahl der Deutschen immer weniger wird (16,9 % Zustimmung). Und eher geteilter Meinung war man darüber, dass die Deutschen wieder mehr Kinder bekommen sollten, damit Einwanderung unnötig wird (44,2 % Zustimmung).

Wieder fallen bei den Antworten die zum Teil beträchtlichen Meinungsunterschiede zwischen den West- und Ostdeutschen auf. Ostdeutsche sind für ein schnelleres Ausweisen von Asylsuchenden, deren Anträge abgelehnt wurden, sie erkennen weniger an, dass ausländische Arbeiter die sozialen Sicherungssysteme unterstützen, sie plädieren stärker für mehr Kinder haben statt Einwanderung und sie befürworten häufiger, dass Einwanderungen begrenzt bzw. überhaupt keine neuen Einwanderer zugelassen werden.

Innerdeutsche Wanderungen

Die Binnenwanderungen bestimmen in einem starken Maß die regionale Bevölkerungsdynamik in Deutschland. Da jeder Zuzug automatisch auch ein Fortzug ist, entstehen zwangsläufig Zuzugs- und Fortzugsregionen. Dabei sind großräumig die Ost-West-Wanderungen und klein-

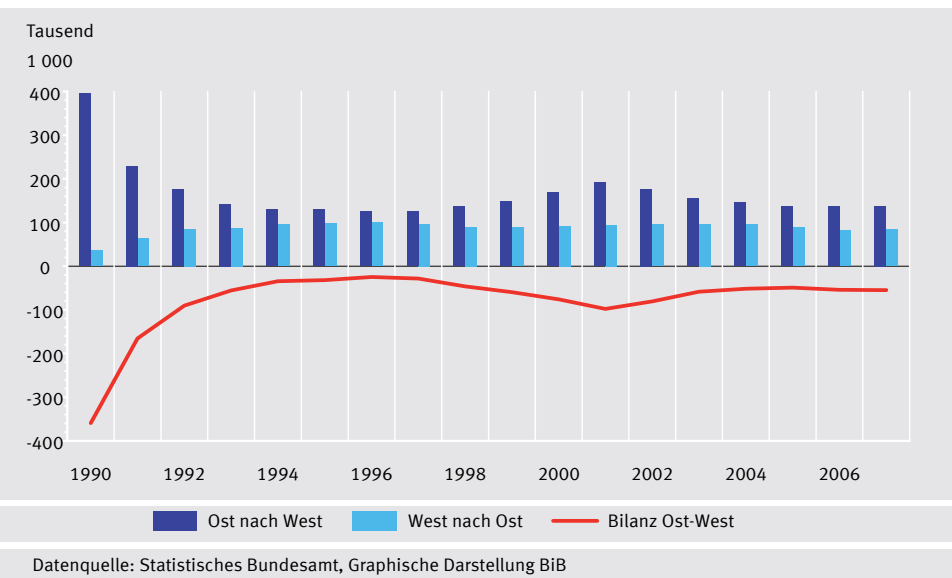
räumig die Suburbanisierung von den Städten ins Umland die dominierenden Trends. Als Zielgebiet konnte vor allem der Süden Deutschlands von Zuwanderung profitieren. In Ostdeutschland wirkte sich die selektive Abwanderung negativ aus und hat die demographische Alterung generell, insbesondere aber in den schrumpfenden Randregionen, beschleunigt.

Die großräumigen Haupttrends der letzten Jahrzehnte waren eine Nord-Süd- und vor allem Ost-West-Wanderung der Bevölkerung. Die südlichen Länder sind seit längerem bevorzugtes Zuzugsgebiet. Allein Bayern wies von 1991 bis 2006 netto 595 Tsd. Binnenzuzüge auf; es folgten Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit 225 Tsd. bzw. 208 Tsd. Die Binnenabwanderung konzentriert sich in erster Linie auf die ostdeutschen Länder (Ausnahme Brandenburg) und Niedersachsen (aufgrund der Fortzüge von Spätaussiedlern aus der Aufnahmeeinrichtung in Friedland).

Der alles überlagernde Binnenwanderungstrend ist die Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland (Abb. 49). Nach dem Fall der Mauer stieg sie sprunghaft an, danach verringerte sie sich bis Mitte der 1990er Jahre. Nach 1997 zogen Ostdeutsche wieder in stärkerem Maße fort. Ab 2001 nahm die Abwanderung wiederum ab. Insgesamt wanderten von 1990 bis 2006 (ab 1991: ohne Berlin) gut 2,8 Millionen Personen in den Westen, umgekehrt 1,5 Millionen Personen in den Osten. Damit verlor Ostdeutschland per Saldo rund 1,3 Millionen Einwohner durch Abwanderung. Ein Problem ist auch die zu geringe Zahl an Zuzügen aus dem Westen, um die Binnenwanderungsverluste auszugleichen. Seit dem Jahr 2003 verlieren die neuen Bundesländer jährlich etwa 50 Tsd. Personen an das frühere Bundesgebiet. 135,9 Tsd. Abwanderungen (2006) stehen dabei 81,8 Tsd. Zuwanderungen gegenüber.

Die Abwanderung aus Ostdeutschland verläuft alters- und geschlechtsspezifisch sowie räumlich sehr selektiv. Sie konzentrierte sich mit der Zeit immer stärker auf jüngere Altersgruppen, wobei deutlich mehr Frauen als Männer abwandern. Vor allem die Aussichten auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz sind wanderungsentscheidend.

Abb. 49: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007 (in Tausend)



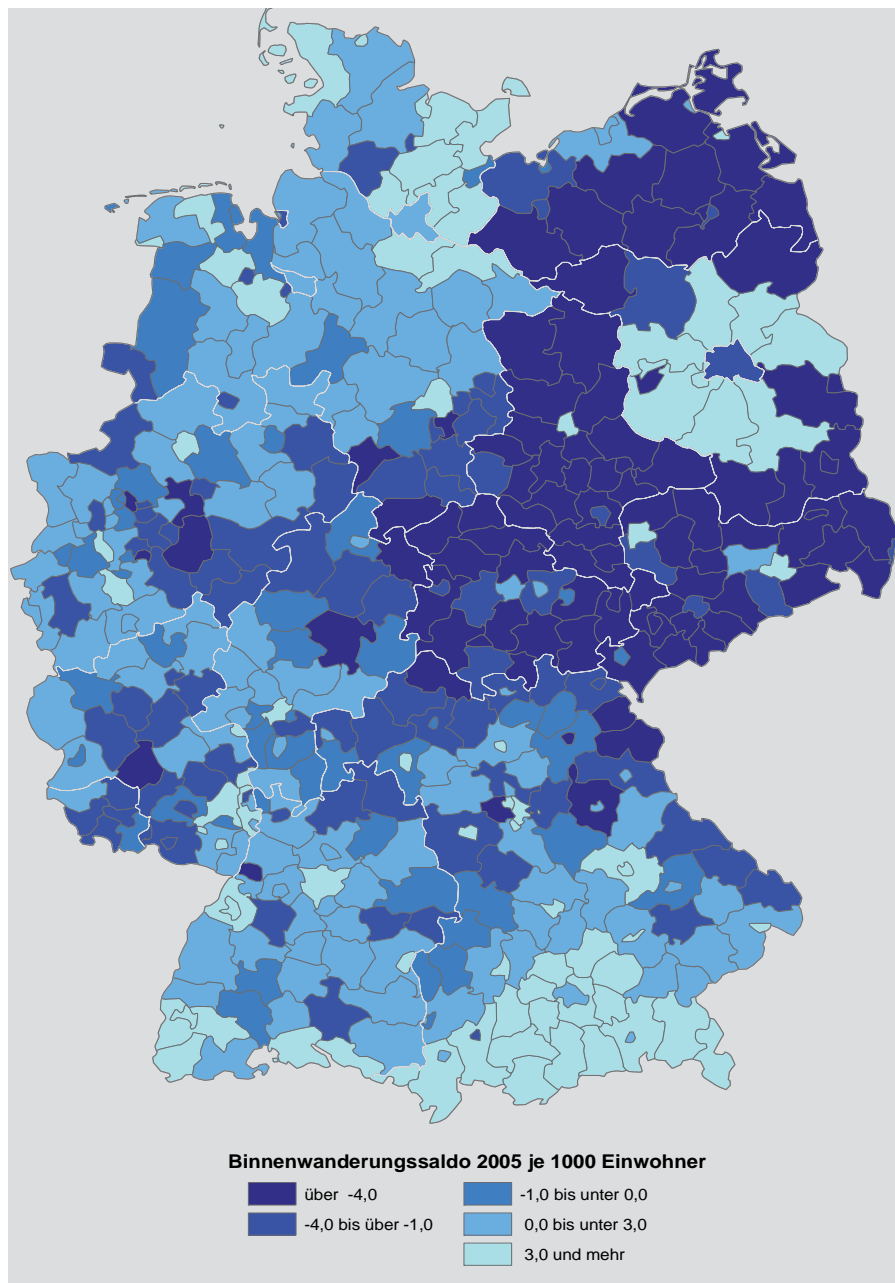
Regional konzentriert sich die Abwanderung insbesondere auf ländliche und strukturschwache Regionen. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Zu- und Fortzüge führt zu Austauschprozessen. Die Abwanderung verstärkt so die demographischen Prozesse in den neuen Ländern, besonders die Alterung.

Der kleinräumige Haupttrend ist in Westdeutschland seit Jahrzehnten die Suburbanisierung, also die Stadt-Umland-Wanderung. Vor allem Familien erfüllen sich ihren Traum vom „Haus im Grünen“ außerhalb der Stadt. Im Laufe der Zeit hat sich die Suburbanisierung mehr und mehr ins Umland ausgebreitet und verschaffte damit auch günstig gelegenen ländlichen Räumen Wanderungsgewinne. Neuere Forschungsergebnisse deuten an, dass es hier in den nächsten Jahren zu einer Trendwende kommen könnte. In Ostdeutschland entwickelte sich die Suburbanisierung erst nach der Wiedervereinigung.

Regionen mit hohen Binnenwanderungsverlusten

Die **Karte 2** gibt eine Übersicht über die Binnenwanderungssalden nach Kreisen in Deutschland im Jahr 2005 (je dunkelblauer die Flecken auf der Karte sind, desto höher sind die Binnenwanderungsverluste). Kleinräumige demographische Veränderungen durch die Binnenwanderung sind am BiB im Rahmen der Studie „Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderung“ untersucht worden. Auf den ersten Blick fallen sofort die West-Ost-Unterschiede auf. Ostdeutschland ist mit der Ausnahme des Landes Brandenburg eine Abwanderungsregion. Lediglich im Berliner Umland sind Zuwanderungsgewinne zu verzeichnen. Von Wanderungsverlusten sind insbesondere die peripheren Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens betroffen, die an Polen bzw. Tschechien angrenzen. Dort sind auch sehr stark voranschreitende Alterungsprozesse zu beobachten, nämlich dann, wenn ein sehr niedriges Geburtenniveau mit einer starken Abwanderung der jüngeren Bevölkerung kombiniert ist. Ein Beispiel für eine solche Entwicklung

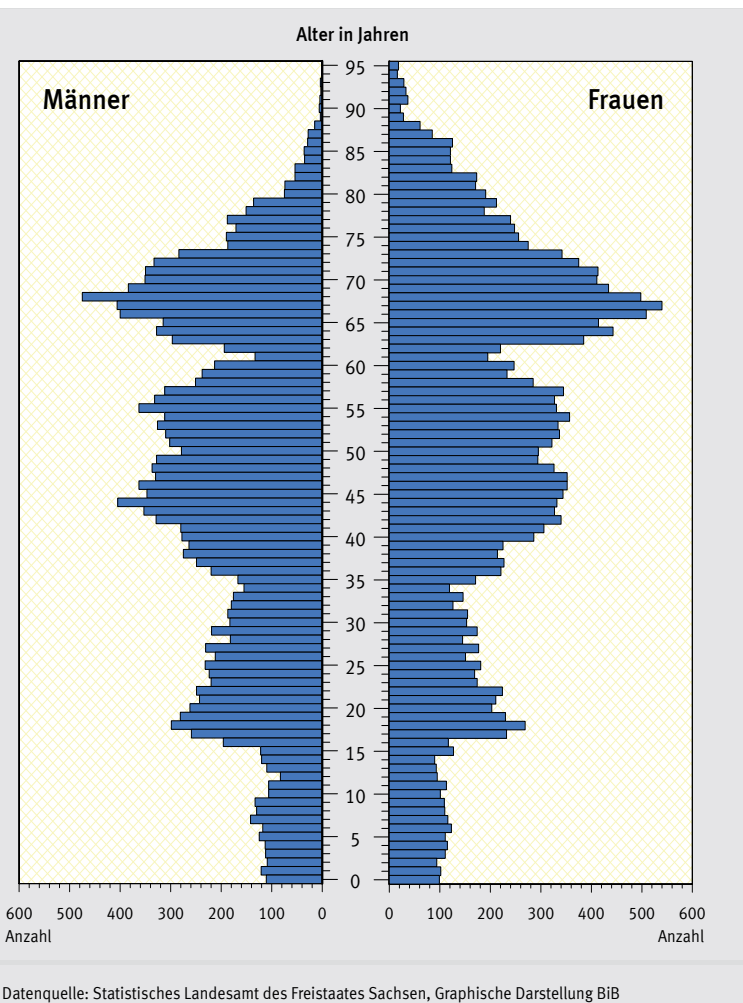
Karte 2: Binnenwanderungssaldo nach Kreisen, 2005 (je 1000 Einwohner)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

ist die Stadt Hoyerswerda in Sachsen (**Abb. 50**). Der Altersaufbau der Bevölkerung macht offensichtlich, dass die am stärksten besetzten Altersjahrgänge in der Stadt die um das 70. Lebensjahr sind. Die Bevölkerung in den mittleren Altersjahren ist durch die starken Abwanderungen dezimiert. Von unten rücken aufgrund des niedrigen Geburtenniveaus immer schwächer besetzte Altersjahrgänge nach. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass mit der Abwanderung auch viele potenzielle Mütter die Stadt verlassen haben (vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt). Zurück bleiben letztlich die geburtenstarken Jahrgänge aus der Vergangenheit, die inzwischen bereits ein höheres Lebensalter erreicht haben.

Abb. 50: Altersaufbau der Bevölkerung in Hoyerswerda, 31.12.2007 (in 1000)



Der Einfluss der Migration auf die Altersstruktur der Bevölkerung

Speziell untersucht worden sind am BiB die Effekte der Binnenmigration auf die Bevölkerungsentwicklung und die Alterung in den Bundesländern. Um diese zu ermitteln sind sogenannte „ex-post-Projektionen“ über den Zeitraum von 1990 bis 2004 erstellt worden.

Dabei wurde weit über eine reine Betrachtung der Binnenwanderungsstatistik hinausgegangen. Vier Fragestellungen standen im Mittelpunkt der Studie:

1. Wie viele Neugeborene sind mit den jungen ostdeutschen Frauen zusätzlich mit „abgewandert“?
2. Welcher Anteil der Alterung in den Bundesländern lässt sich aus der Binnenwanderung erklären?
3. Welche Bundesländer haben altersstrukturell am meisten von der Binnenwanderung profitiert?

4. Wie groß ist für die einzelnen Bundesländer der durch die spezielle Altersstruktur der Binnenwanderer induzierte Effekt?

Ergebnis der Berechnungen ist eine Quantifizierung der demographischen Effekte der Binnenwanderung zwischen den Bundesländern. Drei Ergebnisse seien an dieser Stelle herausgestellt:

1. Der Binnenwanderungseffekt insgesamt ergibt, dass die Geburtenzahl für Ostdeutschland (ohne Berlin) ohne Binnenwanderungen um 12,3 Prozent größer, in Westdeutschland (ohne Berlin) dagegen um 1,3 Prozent kleiner gewesen wäre.
2. Weiterhin hat dieser Effekt die Alterung in Ostdeutschland um bis ein Drittel (Frauen) beziehungsweise ein Viertel (Männer) verstärkt. Die trifft auch für Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein zu. Im übrigen Westdeutschland, vor allem in den Stadtstaaten, ist die Alterung dadurch abgeschwächt worden.
3. Der Altersstruktureffekt ist in den drei Stadtstaaten, in Bayern und Hessen positiv, diese Länder haben also altersstrukturell (im Bevölkerungsbestand) von der Binnenwanderung profitiert. Negativ ist er in Ostdeutschland, aber auch in den übrigen westdeutschen Ländern.

Im Rahmen dieser Forschungen ist am BiB eine spezifische Kennziffer entwickelt worden, die „Total Migration Effect Rate“ (TMER), mit der sich die demographischen altersstrukturellen Effekte von Wanderungen bestimmen lassen. Solche Altersstruktureffekte entstehen immer dann, wenn sich die ansässige und die Wanderungsbevölkerung in ihrer Alterszusammensetzung und ihrem demographischen Verhalten unterscheiden. Vereinfacht gesagt besagt die TMER, wie viel Prozent der Differenz in den Bestandszahlen zwischen dem Anfangszeitpunkt t_0 und dem Endzeitpunkt t allein auf das Konto dieser altersstrukturellen Unterschiede zwischen ansässiger und Wanderungsbevölkerung gehen. Damit lässt sich der zusätzliche demographische Effekt von Wanderungen näher bestimmen – wo wirken sie positiv, wo negativ auf den Bestand? Diese Kennziffer wurde für alle bundesdeutschen Länder von 1991 bis 2006 berechnet. **Abbildung 51** zeigt unter anderem, dass sich die vornehmlich junge Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern während der

letzten 15 Jahre zusätzlich auch altersstrukturell auf den Bevölkerungsbestand des Jahres 2006 auswirkt. Der Bevölkerungsbestand von Sachsen im Jahr 2006 wäre beispielsweise ohne den Altersstruktureffekt der Wanderungen um +1,8 % größer.

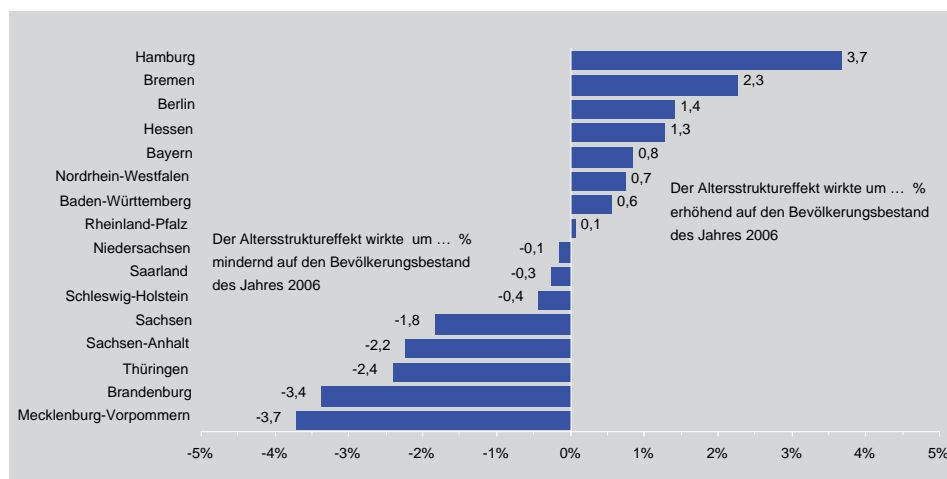
Pilotstudie über Neuzuwanderer

Studien über Neuzuwanderer sind in Deutschland bislang nicht durchgeführt worden. Solche Befragungen erscheinen aber allein schon aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutung dieser Gruppe geboten. Aus der wissenschaftlichen Sicht bietet die Forschung zu diesem Thema die Chance, Integrationsprozesse von Beginn an zu verfolgen und damit die unterschiedlichen Verläufe besser erklären zu können.

Aus der methodischen Sicht wird in der Studie folgende Schlussfolgerung gezogen: Ein „optimales“ Design für eine Neuzuwandererbefragung würde es einerseits erlauben, den Bedarf an politikrelevanten Informationen im Bereich der Zusammensetzung verschiedener Neuzuwandererkohorten zu decken. Andererseits sollte es auch dazu beitragen, die derzeit existierenden Defizite im Bereich der Integrationsforschung gerade über die frühen Eingliederungsverläufe zu beheben. Beides wäre anhand eines Multikohorten-Paneldesigns möglich, bei dem etwa alle fünf Jahre eine neue Neuzuwandererkohorte über fünf Jahre hinweg jährlich befragt würde. So würde vermieden, dass jeweils mehrere Kohorten gleichzeitig „im Feld“ sind, zugleich könnten längerfristige Änderungen in der Zusammensetzung der Neuzuwandererkohorten erfasst werden. Die Fallzahlen sollten dabei hoch genug sein, um auch angesichts der bei dieser Gruppe vermutlich besonders hohen Ausfälle, v.a. durch remigrationsbedingte Panelmortalität, noch Analysen für einzelne Nationalitätengruppen zuzulassen.

Die Befragungsergebnisse sind natürlich auch für die Migrations-

Abb. 51: Total Migration Effect Rate für alle Bundesländer bezogen auf den Wanderungszeitraum 1991 bis 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen BiB; Graphische Darstellung BiB

forschung genutzt worden. Konkret wurden am BiB Sozialprofile und Zuzugsmotive von Neuzuwanderern untersucht, wozu auch Daten des Mikrozensus einbezogen wurden. Es zeigte sich, dass ökonomische Zuzugsmotive nach wie vor den wichtigsten Gründe zählen, um nach Deutschland zu kommen. Knapp 40 % der Befragten geben an, dass diese bei ihrer Entscheidung, nach Deutschland zu ziehen, eine Rolle gespielt haben. Fast gleich häufig wird als Zuzugsmotiv der Wunsch genannt, mit der Familie zusammenleben zu wollen, der sowohl von nachziehenden als auch von mitreisenden Familienmitgliedern angegeben wird. Genuin politische Motive spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Durch die hohe Bedeutung der familiären Zuzugsmotivation steht ver-

Projektbeschreibung: Neuzuwandererbefragung - Pilotstudie

Die Neuzuwandererstudie trug den Charakter einer Machbarkeitsstudie. Angesichts vieler Unwägbarkeiten sollte herausgefunden werden, ob prinzipiell eine registerbasierte Panelbefragung von Neuzuwanderern möglich ist. Sie verfolgte in methodischer Hinsicht das Ziel, Informationen über die Modalitäten der Stichprobenziehung, das Teilnahmeverhalten und die Wiederbefragbarkeit von Personen ausländischer Staatsbürgerschaft sowie der in einem „Aussiedlerstaat“ geborenen Deutschen zu machen, die zeitnah ihren Wohnsitz aus dem Ausland nach Deutschland verlagert haben. Die Pilotstudie wurde zwischen Juli 2003 (Stichprobenziehung) und Mai 2006 (Fertigstellung des Endberichts) durchgeführt. Befragt wurden in Essen und München je 300 Neuzuwanderer. Zur Grundgesamtheit der „Neuzuwandererbefragung-Pilotstudie“ gehörten alle aus dem Ausland nach Essen und München gezogenen ausländischen Personen sowie in einem „Aussiedlerstaat“ geborene Deutsche, deren behördliche Meldung zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung nicht länger als zwölf Monate zurücklag.

mutlich gerade das auf Dauer angelegte aktuelle Zuzugsgeschehen in Kontinuität mit den Zuwanderungsprozessen der Vergangenheit.

Das aktuelle Zuwanderungsgeschehen in Deutschland hat sich zwar in seiner sozio-öko-

am häufigsten genannt worden. Zweitens wollen die Neuzuwanderer mit ihrer Familie (Ehe- oder Lebenspartner, Kinder, Eltern) zusammenleben. Dieser Grund wurde in 37 % der Fälle angegeben. Deutlich seltener genannt wurden

dann schon der dritt- und viertwichtigste Grund (Ich wollte ein besseres Leben haben: besser wohnen, mehr kaufen können usw. / 20 %) und der zweitwichtigste Grund (um meine Familie zu unterstützen und Geld zu sparen / 17 %).

Das Bildungsniveau war bei den Neuzuwanderern recht hoch. Nahezu die Hälfte (49 %) besaßen die Fach- oder Hochschulreife oder einen Abschluss, der diesen äquivalent ist. Von den länger in Deutschland lebenden Einwanderern haben nur 24 % einen solchen Abschluss, so dass die Humankapitalausstattung der

Neuzuwanderer als sehr günstig angesehen werden muss. Diese Bildungsabschlüsse sind überwiegend im Herkunftsland erworben worden.

Integration

Die Integrationsforschung am BiB erfolgte anhand der Daten des Integrationssurveys, einer vom BiB konzipierten Befragung türkischer, italienischer und deutscher junger Erwachsener. Die von Mitarbeitern des Instituts vorgelegte und in der Schriftenreihe publizierte Studie enthält Ergebnisse zu einer Vielzahl von Aspekten der Integration.

Betrachtet man die Migrationsbiographie und die Bedeutung bestimmter Zuwanderungstypen, so zeigen sich große Gemeinsamkeiten zwischen den jungen italienisch- und türkischstämmigen Befragten mit Migrationshintergrund. Die Mehrzahl ist in Deutschland geboren und gehört somit der zweiten Einwanderergeneration an. Die im Ausland geborenen jungen Migranten sind in der Regel im Zuge des Familiennachzugs, der sich vor allem bei Italienern über einen längeren Zeitraum erstreckt, eingewandert. Nur bei wenigen jungen Migranten stehen Einwanderungsmuster im Zusammenhang mit der Arbeitsaufnahme; die Arbeitsmigration ist somit

Tab. 25: Zuzugsmotive der Neuzuwanderer (in % - Mehrfachnennungen waren möglich)

Motive	Häufigkeit der Nennung (%)
1. Ich wollte arbeiten und Geld verdienen in Deutschland	38,1
2. Um meine Familie zu unterstützen und Geld zu sparen	17,1
3. Ich wollte ein besseres Leben haben: besser wohnen, mehr kaufen können usw.	19,8
4. Ich wollte einfach in Deutschland leben	14,7
5. In meinem Heimatland herrschte Not und Armut	6,2
6. Ich wollte in der Freiheit leben	6,5
7. In meinem Heimatland konnte ich nicht in Sicherheit leben (Verfolgung, Krieg)	2,2
8. Ich wollte mit meiner Familie zusammenleben (z.B. mit Ehe-/ Lebenspartner, Kindern, Eltern)	36,7
9. Sonstige Gründe	32,9

Datenquelle: BiB, Neuzuwandererbefragung 2004/2005

nomischen Struktur geändert, ist aber dennoch durch die Vergangenheit geprägt. Das ist darauf zurückzuführen, dass die zugewanderten Gastarbeiter und ihre Nachkommen die größte Ausländergruppe in Deutschland darstellen. Über soziale Netzwerke ist damit das gegenwärtige Zuwanderungsgeschehen geprägt. Der Familiennachzug stellt für erwerbsorientierte Zuwanderungswillige, die in Deutschland weder investieren können noch zur Gruppe der Hochqualifizierten gehören, die einzige Möglichkeit dar, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen.

Die Neuzuwanderer stammten zu einem überwiegenden Teil (67,8 %) aus Europa. Auf Westeuropa entfielen 21,4 %, bei etwa gleichen Anteilen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und Österreichs in einer Größenordnung von 2 bis 3 %. 46,4 % entfallen auf das restliche Europa. Die höchsten Anteile kennzeichnen die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS) mit 11,9 % und die Türkei mit 9,2 %. Einen relativ hohen Anteil von 19,6 % haben die asiatischen Länder inne.

Hauptzuzugsmotive im Detail sind erstens, dass man in Deutschland arbeiten und Geld verdienen möchte (Tab. 25). Mit 38 % ist dieser Grund

in dieser Altersgruppe eine Ausnahme. Zirkuläre Migration, d. h. ein Hin- und Herziehen zwischen Deutschland und dem Herkunftsland, kommt bei einer Minderheit der Befragten und dann vor allem zu Beginn der Migrationsbiographie und in den ersten Lebensjahren vor. Heiratsmigration findet bei Italienischstämmigen sehr selten statt, häufiger dagegen bei Türkischstämmigen. Hierbei sind geschlechtsspezifische Heiratsmuster identifizierbar, wobei türkische Frauen relativ häufig türkische Ehepartner aus dem Herkunftsland nachholen.

Auswertungen zum Familienstand und der sozialstrukturellen Zusammensetzung der 18- bis 30-jährigen Befragten des Integrationssurveys verweisen auf systematische ethnische und geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Deutsch- und Italienischstämmigen sind überwiegend ledig, während ein Drittel der Befragten mit türkischer Abstammung bereits verheiratet ist und mindestens ein Kind hat.

Schulische Bildung

Insgesamt nehmen Deutsche bei Schulbildung und Beruf höhere Positionen als Personen mit Migrationshintergrund ein, wobei Italienischstämmige besser als Türkischstämmige abschneiden. Deutsch-Italiener oder Deutsch-Türken, d. h. Personen italienischer oder türkischer Abstammung, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, weisen gleichzeitig eine deutlich höhere Schulbildung auf als diejenigen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit. Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit geht insbesondere bei der Gruppe der eingebürgerten Türken mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, das Abitur zu erlangen. Dahingegen wirkt sich das Einwanderungsalter nicht so einschneidend wie erwartet aus. Bildungsinländer, d. h. Personen, die im Vorschulalter eingewandert oder in Deutschland geboren sind, haben unter Kontrolle der Staatsangehörigkeit keine höhere Wahrscheinlichkeit, die Hochschulreife zu erreichen, als diejenigen, die in höherem Alter eingewandert sind. Es lassen sich keine ausgeprägten Geschlechtsunterschiede oder Alterskohorteneffekte feststellen. Frauen erreichen generell etwas häufiger als Männer mittlere Schulabschlüsse, wohingegen

Projektbeschreibung: Integrationsurvey

Beim Integrationsurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung handelt es sich um eine thematisch breit angelegte Befragung türkischer und italienischer junger Erwachsener im Alter von 18 bis 30 Jahren sowie einer gleichaltrigen Gruppe Deutscher. In jeder der drei Gruppen sind ca. 1.200 Personen im Jahr 2000 interviewt worden.

Die Befragung zielt auf die Analyse des Status quo der Eingliederung der zwei großen Zuwanderergruppen in Deutschland in ganz verschiedenen Lebensbereichen. Thematisch im Mittelpunkt standen die schulische, berufliche, soziale, sprachliche und identifikative Integration; Einstellungen zum Leben in Deutschland, zur politischen Partizipation und den familialen Lebensbedingungen.

Männer öfter einen Hauptschulabschluss, aber auch häufiger das Abitur machen.

Detailliert wurden die Determinanten der Schulbildung untersucht. Zur Überprüfung der Bildungschancen wurden die Befragten mit Migrationshintergrund untereinander sowie mit gleichaltrigen deutschen Befragten verglichen. Des Weiteren spielt der Vergleich zwischen den Generationen eine Rolle – einerseits zwischen verschiedenen Einwanderergenerationen (solchen, die als Schulkinder oder junge Erwachsene einwandern, im Vergleich zu Befragten, die hier geboren sind oder ihre ganze Schullaufbahn in Deutschland durchlaufen haben), andererseits im Vergleich der Befragten mit ihrer Elterngeneration. Insgesamt ergibt sich ein komplexes und differenziertes Bild der schulischen Bildung von jungen türkischen und italienischen wie auch deutschen Befragten. Ein großer Teil der hier befragten Migranten hat sich in der „Aufnahmegesellschaft“ integriert.

In allen Analysen hat sich gezeigt, dass Merkmale der Integration wie die deutsche Staatsbürgerschaft, sehr gute Deutschkenntnisse oder ein deutscher Elternteil in einem positiven Zusammenhang mit schulischem Bildungserfolg stehen. Insbesondere Italiener sind nach diesen Merkmalen hoch in die deutsche Gesellschaft integriert und erfahren – unter Berücksichtigung anderer Merkmale – in vielen Zusammenhängen kaum Benachteiligungen. Bei türkischen Befragten lassen ihre hohe Bereitschaft, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und das zunehmende Erreichen höherer Bildungsabschlüsse, mit den damit verbundenen Chancen für das Erreichen höherer gesellschaftlicher Positionen, auf eine zukünftig positive Entwicklung des Eingliederungsverlaufs schließen. Allerdings gibt es eine Gruppe junger türkischer

Migranten, die nicht in Deutschland „angekommen“ zu sein scheint und sich relativ stark mit ihrem Herkunftsland identifiziert, keine höheren Bildungsabschlüsse erreicht, traditionelle Werte vertritt und deren Eltern über keinen oder nur den Hauptschulabschluss verfügen.

Die vermutete Bildungsferne italienischer Migranten bestätigt sich nur insofern, als Italiener in relativ geringem Umfang die mittlere Reife erreichen – sie konzentrieren sich auf den Hauptschulabschluss, weisen allerdings auch höhere Abiturientenquoten auf als türkische Befragte. Beim Erreichen des Abiturs oder eines Ausbildungsabschlusses liegen italienische Befragte deutlich vor den türkischen; bei hoher gesellschaftlicher Integration und unter Einbeziehung der elterlichen Bildung verringert sich der Effekt des Italiener-Seins im Vergleich zu deutschen Befragten und verliert z. T. ganz seine signifikante Bedeutung. Das Türkisch-Sein dagegen hat – in allen Bereichen und in allen Berechnungen – einen deutlichen und hoch signifikanten Effekt, der auch durch die Einbeziehung anderer Merkmale nicht verschwindet. Hier lässt sich eine deutliche Unterrepräsentation von Türken gegenüber Deutschen feststellen, aber auch gegenüber Italienern; diese gilt auch für Angehörige der zweiten Generation, also für Befragte, die hier geboren sind oder zumindest hier die Schule besucht haben.

Den Bildungssystemen kommt bei der Vermittlung von Abschlüssen für deutsche und ausländische Befragte eine entscheidende Rolle zu. Es konnte dargestellt werden, dass unter Migranten, die in Baden-Württemberg und Bayern mit dem als „traditionell-konservativ“ bezeichneten System leben, geringere Anteile das Abitur erlangen, als im Vergleich zum „traditionell-liberalen“ System in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, dem „reformiert-konservativen“ im Saarland und dem „reformiert-liberalen“ in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Ziel war weiterhin festzustellen, welche Aspekte des Migrationshintergrunds für die schulische Bildung von Jugendlichen italienischer oder türkischer Abstammung relevant sind. Es zeigte sich, dass insbesondere bei den jungen Türiinnen und Türken der Anteil ohne Abschluss deutlich höher ist als bei den Italienern oder den Deutschen. Im Zentrum der Analyse steht die intergenerationale Transmission, d. h. die Weitergabe von Merkmalen, Fähigkeiten oder Fertigkeiten,

Einstellungen oder Praktiken der Eltern an ihre Kinder im Zuge des Sozialisationsprozesses. Berücksichtigt wurden dabei Faktoren, die entweder im Rahmen der humankapitaltheoretischen Erklärung oder der kultur-defizitären Erklärung als Indikatoren für Transmission betrachtet werden. Diese wurden in logistischen Regressionsmodellen auf ihre Erklärungskraft hin geprüft. Im Fall der humankapitaltheoretischen Erklärung handelt es sich um finanzielle und andere Ressourcen, die Eltern in ihre Kinder investieren, im Fall der kultur-defizitären Erklärung um kulturspezifische kognitive Stile, Werte oder Verhaltensmuster.

Die Indikatoren, die auf die kultur-defizitäre Erklärung bezogen sind, bringen kaum einen Beitrag zur Erklärung des höchsten erreichten Schulabschlusses; diejenigen, die auf die humankapitaltheoretische Erklärung bezogen sind, erbringen zwar insgesamt eine deutlich bessere Erklärung, haben aber dennoch nicht alle erwarteten Effekte. Das bedeutet, der Schulerfolg hängt nicht primär vom Grad der Akkulturation ab, also der nationalen Identifikation, dem Gefühl der Marginalität, den Schwierigkeiten mit traditionellen Einstellungen der Eltern und den Sprachkenntnissen. Einen Einfluss haben dagegen der Schulabschluss der Mutter, die Zahl der Geschwister, die Haushaltsform (Leben bei den Eltern oder im eigenen Haushalt) und das Geburtsland. Für die Frage, ob ein Befragter türkischer oder italienischer Abstammung keinen Schulabschluss oder nur einen Hauptschulabschluss einerseits oder einen weiterführenden Schulabschluss andererseits erreicht hat, ist vor allem wichtig, ob er Bildungsinländer ist oder nicht, während für die Frage, ob ein Befragter einen Fach-/Hochschulabschluss erreicht hat, wichtig ist, ob die Mutter diesen Schulabschluss aufzuweisen hat oder nicht. Das Geschlecht hat keine signifikanten Effekte auf den Schulabschluss. Dies widerlegt gleichermaßen die in der kulturdefizitären Erklärung enthaltene Vorstellung, nach der Bildung für Mädchen italienischer oder türkischer Abstammung im Rahmen patriarchalischer Familienstrukturen als weniger wichtig erachtet würde als die von Jungen, und die humankapitaltheoretisch geprägte Vorstellung, nach der Investitionen in Jungen als rentabler erachtet würden als Investitionen in Mädchen.

Unterschiede in der Schulbildung stehen nicht direkt mit dem Migrationsverhalten in Bezie-

hung. Es wurde geprüft, ob längere Herkunftslandaufenthalte (hier als „Pendeln“ bezeichnet) den Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler negativ beeinflussen. Der Zusammenhang zwischen der Pendelmigration und der Wahrscheinlichkeit, das deutsche Bildungssystem ohne einen Schulabschluss zu verlassen, wurde untersucht. Dabei wurden nur die Bildungsinländer, d. h. Personen, die in Deutschland geboren oder im Vorschulalter eingewandert sind, betrachtet, so dass die Effekte der Herkunftslandaufenthalte unabhängig von denen des Einreisalters analysiert werden können. Die Ergebnisse zeigen, dass das Pendeln bei dieser Gruppe nur noch von nachgeordneter Bedeutung ist und den Schulerfolg nur indirekt, über die Sprachkenntnisse, beeinflusst: Pendler haben schlechtere Sprachkenntnisse als Nichtpendler und diese wirken sich wiederum negativ auf den Schulerfolg aus. Anhand der vorliegenden Querschnittsdaten kann allerdings der Kausalzusammenhang zwischen den beiden Variablen nicht geklärt werden. Es bleibt daher eine offene Frage, ob diejenigen Migranten öfter pendeln, die schlechtere Sprachkenntnisse besitzen, oder ob das Pendeln tatsächlich die schlechteren Sprachkenntnisse verursacht.

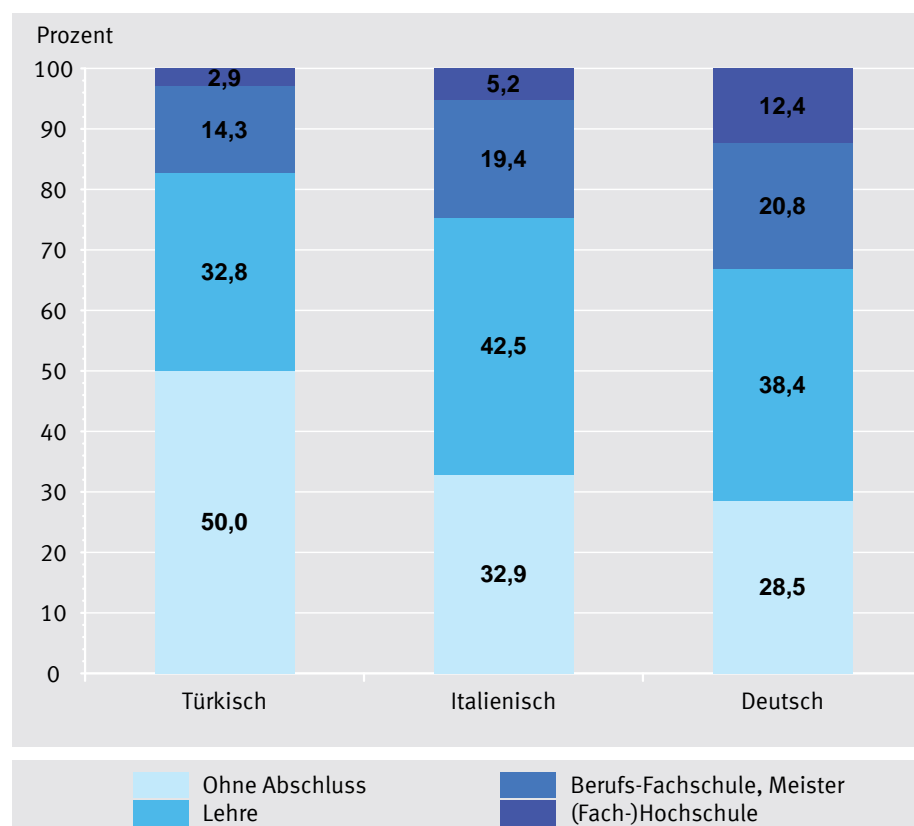
Ausbildung

Beim Erreichen eines Ausbildungsabschlusses liegen italienische Befragte deutlich vor den türkischen. Italienischstämmige weisen sogar gegenüber Deutschen einen Vorsprung auf, da diese durch lange Ausbildungszeiten (für höhere Abschlüsse) zu geringeren Anteilen bereits einen Ausbildungsabschluss erworben haben. Die türkische Abstammung dagegen hat – in allen Bereichen und in allen Berechnungen – einen deutlichen und hoch signifikanten Effekt, der auch durch die Einbeziehung anderer Merkmale praktisch nicht verschwindet (außer beim Abschluss eines Studiums, unter Kontrolle der Integration und der elterlichen Bildung).

Für das Erreichen beruflicher Ausbildungsabschlüsse (Abb. 52) ist der schulische Bildungs-

status ein hochwirksamer und signifikanter Faktor. Zum Teil wirkt sich hier die nicht-deutsche Herkunft doppelt aus: direkt über die Unterrepräsentation von Türken und/oder Italienern, aber auch indirekt über die Wirksamkeit von Bildungsabschlüssen, die für ausländische Befragte deutlich schwieriger zu erreichen sind. Frauen sind beim Erreichen eines beruflichen Bildungsabschlusses überhaupt und insbesondere beim erfolgreichen Abschluss eines Studiums eindeutig im Hintertreffen. Bei der Analyse beruflicher Ausbildungsabschlüsse lassen sich also klar zwei Gruppen feststellen, die im Vergleich zu den anderen benachteiligt sind: Dies sind einerseits, wie im Bereich der schulischen Bildung,

Abb. 52: Beruflicher Ausbildungsabschluss nach Nationalitäten (in %)



Datenquelle: BiB, Integrationsurvey 2000

die türkischen Befragten; andererseits trifft dies in hohem Maße für die befragten Frauen zu. Diese Gruppe, für die im Bereich der schulischen Bildung keine Benachteiligung feststellbar war, ist demnach anscheinend nicht in der Lage, die im allgemein bildenden Bereich erworbenen Qualifikationen im beruflichen Bildungsbereich umzusetzen.

Erwerbstätigkeit

Deutsche sind stärker im Angestelltensektor vertreten und haben häufiger Führungsaufgaben inne als Italienisch- oder Türkischstämmige (Tab. 26). Deutsch-Italiener oder Deutsch-Türken nehmen fernerhin höhere berufliche Positionen ein als diejenigen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit. Frauen sind zwar häufiger in Angestelltenpositionen tätig, erreichen aber seltener Führungspositionen. Die italienischen Frauen gleichen sich den deutschen stark an, während die türkischen Frauen eine erheblich geringere Erwerbstätigenquote aufweisen. Türkische Männer sind relativ häufig als ungelernete und angelernte Arbeiter beschäftigt,

Befragten türkischer Abstammung spielt eine Einwanderung nach dem siebenten Lebensjahr eine leicht negative Rolle bei der beruflichen Platzierung.

Familie und Freundschaftsbeziehungen

Bezüglich der Familienbildungsmuster zeigen sich ethnische Unterschiede sowohl im Bereich der Partnerwahl als auch im generativen Verhalten. Eine Anpassung an deutsche Familienbildungsmuster ist bei Befragten italienischer Abstammung stärker verbreitet als bei türkischen Befragten. Insbesondere ist das Verhalten türkischer Frauen durch frühe Heirat und Geburt des ersten Kindes sowie ein hohes Ausmaß an ethnischer Homogamie geprägt.

Die Akzeptanz interethnischer Partnerschaften ist bei den meisten Befragten sehr hoch, aber eine Realisierung unter Ausnahme der deutsch-italienischen Männer relativ selten. Interethnische Partnerschaften mit Deutschen wurden vor dem theoretischen Hintergrund des Sozialkapital-Ansatzes als Maß der sozialen Integration gewertet. Es wurde geprüft, inwieweit sozialstrukturelle Aspekte der Integration und ethnisch-kulturell bedingte Normen und Einstellungen die Partnerwahl und das generative Verhalten beeinflussen. Es zeigte sich, dass insbesondere eine deutsch-ausländische Ehe der Eltern sowie auch deutsche Sprachkenntnisse und ein hohes Bildungsniveau, das Vorhandensein deutscher Freunde und ein niedriger subjektiv wahrgenommener Ausländeranteil am Wohnort sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Partnerschaft mit einem/einer Deutschen auswirken. Der positive Einfluss einer deutsch-ausländischen Ehe der Eltern auf die Chance, einen deutschen Partner bzw. eine deutsche Partnerin zu haben, kann durch den intergenerationalen Transfer des sozialen Kapitals und anderer Ressourcen erklärt und als Hinweis für die positiven Effekte binationaler Ehen auf die soziale Integration der nachfolgenden Generationen interpretiert werden. Die intereth-

Tab. 26: Tätigkeitsspektrum der Arbeiter und Angestellten nach ethnischer Abstammung und Geschlecht (in %)

Tätigkeit	Ethnische Abstammung					
	Deutsch		Italienisch		Türkisch	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Angestellte mit ausführender Tätigkeit	16,4	30,8	20,2	29,3	17,3	32,3
Angestellte mit Tätigkeit nach Anweisung	26,0	30,4	26,6	35,3	18,5	26,5
Angestellte in verantwortlicher Tätigkeit	34,7	32,7	20,2	23,3	11,0	14,8
Angestellte mit Führungsaufgaben	7,3	3,3	2,6	2,2	1,2	1,3
Arbeiter ungelernete	-	0,5	7,9	4,3	9,8	12,9
Arbeiter angelernte	6,8	1,4	9,7	3,9	19,7	7,7
Facharbeiter(in)	6,8	0,5	11,2	1,7	18,9	3,9

Datenquelle: BiB, Integrationssurvey 2000

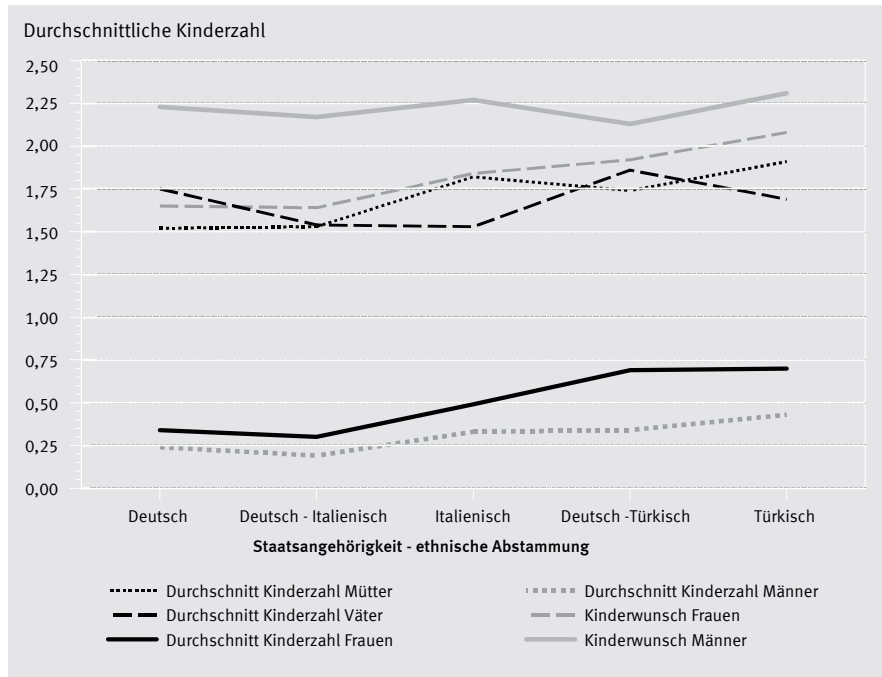
aber auch überdurchschnittlich häufig selbständige Unternehmer im Bereich Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie und Dienstleistungen. Die Wahrscheinlichkeit, in eine Angestelltenposition zu gelangen, hängt weitgehend vom Erwerb einer beruflichen Ausbildung und daneben auch von der schulischen Qualifikation ab. Die soziale Ungleichheit in der beruflichen Stellung ist bei Deutschen und Italienern fast ausschließlich auf Unterschiede in der formalen Bildung zurückzuführen, wohingegen die Chancen auf eine Angestelltenposition bei Personen mit türkischer Abstammung unabhängig von der Staatsangehörigkeit, dem Einwanderungsalter und der Bildung deutlich schlechter sind. Geringe geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben unabhängig von der Bildung bestehen und bei

generative Verhalten beeinflussen. Es zeigte sich, dass insbesondere eine deutsch-ausländische Ehe der Eltern sowie auch deutsche Sprachkenntnisse und ein hohes Bildungsniveau, das Vorhandensein deutscher Freunde und ein niedriger subjektiv wahrgenommener Ausländeranteil am Wohnort sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Partnerschaft mit einem/einer Deutschen auswirken. Der positive Einfluss einer deutsch-ausländischen Ehe der Eltern auf die Chance, einen deutschen Partner bzw. eine deutsche Partnerin zu haben, kann durch den intergenerationalen Transfer des sozialen Kapitals und anderer Ressourcen erklärt und als Hinweis für die positiven Effekte binationaler Ehen auf die soziale Integration der nachfolgenden Generationen interpretiert werden. Die intereth-

nische Partnerwahl hängt auch mit der Bildung zusammen: je höher das Bildungsniveau der Migranten, desto häufiger sind deutsche Partner/Partnerinnen. Ethnisch-kulturelle Normen wie traditionelle intergenerationale Beziehungsnormen sowie eine stark ausgeprägte islamische Religiosität vermindern die Wahrscheinlichkeit einer Partnerbeziehung zu Deutschen.

Die Befragten haben aufgrund ihrer Altersstruktur noch relativ selten Kinder; die Anteile bewegen sich zwischen 18 % (deutsche Abstammung), 21 % (italienische Abstammung) und 31 % (türkische Abstammung). Ehe und Elternschaft sind in allen ethnischen Gruppen eng miteinander verknüpft, d. h. generell herrscht ein kindorientiertes Heiratsschema. Es lassen sich keine allgemeinen Maßzahlen für die Fertilität berechnen; Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen und Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Fertilität stellen kein abschließendes Ergebnis dar, sondern können sich als Timing-Effekt herausstellen. Gruppenvergleiche können jedoch Anhaltspunkte für unterschiedliches generatives Verhalten geben. Türkische Frauen bekommen besonders häufig vor dem 30. Lebensjahr ihr erstes Kind und ihre durchschnittliche Kinderzahl liegt dementsprechend höher (Abb. 53). Über die Hälfte der türkischen Mütter und Väter haben bereits zwei Kinder, die durchschnittliche Kinderzahl liegt bei 1,9 (Frauen) bzw. 1,7 (Männer). Der Kinderwunsch ist bei den türkischen Befragten am stärksten ausgeprägt, bei den italienischen Befragten fast ebenso hoch und den deutschen Befragten am schwächsten. Ein Drittel der jungen Deutschen beabsichtigt, kinderlos zu bleiben. Während Wunschkindzahl und realisierte Kinderzahl der Mütter sich stark aneinander annähern, klaffen Kinderwunsch der Männer und realisierte Kinderzahl weit auseinander; dies kann neben der generell hohen Wunschkindzahl der männlichen Befragten mit dem allgemein bei Männern höheren Alter bei der Geburt des ersten Kindes zusammenhängen. Das Alter, das Geschlecht und das Bildungsniveau bestimmen – gemäß dem in der Bevölkerungswissenschaft bekannten Muster, dass Frauen bei der Heirat und Geburt des ersten Kindes jünger als Männer sind und das Bildungsniveau negativ mit

Abb. 53: Durchschnittliche Kinderzahl und Kinderwunsch nach ethnischer Abstammung, Staatsangehörigkeit und Geschlecht



Datenquelle: BiB, Integrationssurvey 2000

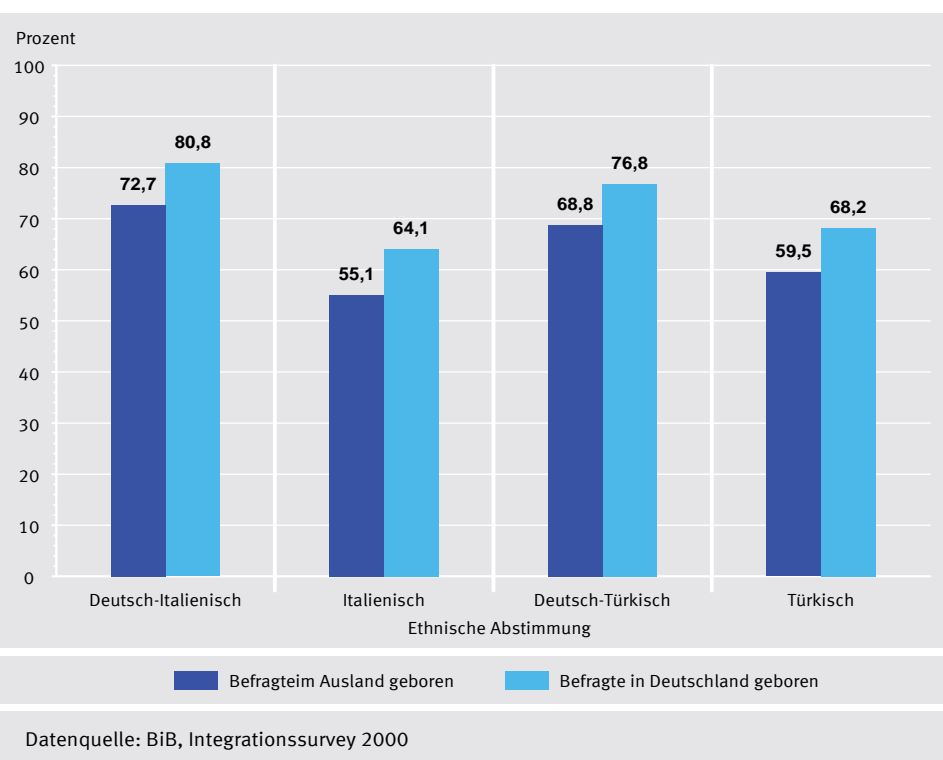
der Fertilität korreliert – weitgehend das generative Verhalten. Traditionelle Einstellungen zu intergenerationalen Beziehungsnormen sowie eine stark ausgeprägte islamische Religiosität wirken sich nicht direkt auf das generative Verhalten und auf die Wunschkindzahl aus; sie gehen jedoch mit einer verstärkten Heiratsneigung einher, die wiederum in der Regel mit der Elternschaft verbunden ist.

Soziale Integration

Die soziale Einbettung der jungen Migranten in familiäre Zusammenhänge und Verwandtschaftsnetzwerke kann als relativ gut beurteilt werden. Die Ausstattung mit sozialem Kapital und die soziale Integration wurden anhand der Haushaltsgröße, der Größe der Verwandtschaftsnetzwerke in Deutschland und im Herkunftsland, der Herkunft der Eltern sowie von Partnerschaften und Freundschaften mit Deutschen analysiert. Junge deutsche Erwachsene ziehen früher aus dem Elternhaus aus und leben häufiger allein oder in kleineren Haushalten als italienisch- und türkischstämmige Befragte. Letztere haben zwar, mit Ausnahme der Deutsch-Italiener, die in der Regel deutsch-italienische Eltern besitzen, größere Haushalte und größere Verwandtschafts- und Freundesnetzwerke als Deutsche, aber die Verwandten leben mehrheitlich im Heimatland

und die Freunde sind selten Deutsche. Die Migranten haben somit zwar insgesamt eine relativ gute Ausstattung mit sozialen Ressourcen, allerdings ist das herkunftslandspezifische soziale Kapital stärker ausgeprägt. Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit geht in beiden ethnischen Gruppen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Freundschaften mit Deutschen und einer Einbettung in eine Clique mit überwiegend deutschen Mitgliedern einher, d. h. mit einer höheren Ausstattung mit aufnahmelandsspezifischem sozialen Kapital.

Abb. 54: Anteil der Befragten mit deutschen Freunden nach ethnischer Abstammung, Staatsangehörigkeit und Geburtsort (in %)



Das Ausmaß und die Ausprägung interethnischer Kontakte im Freundesnetzwerk wurden im Zusammenhang mit der sozialen Integration ausführlich untersucht. Befragte italienischer Abstammung sind den Deutschen hinsichtlich der Größe, der Multikulturalität (gemessen über die Anzahl der verschiedenen Nationalitäten unter den Freunden) und der Homogenität der Freundesnetzwerke (definiert als Beschränkung des Freundesnetzwerks auf Angehörige der eigenen Nationalität bzw. ethnischen Gruppe) ähnlicher als Befragte türkischer Abstammung. Italiener weisen generell eine geringere Multikulturalität und eine geringere Homogenität als Türken auf (Abb. 54). Deutsch-Italiener und Deutsch-Türken haben häufiger Kontakte zu Deutschen als An-

gehörige derselben ethnischen Gruppe, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Ob eine Einbürgerung die soziale Integration fördert oder vielmehr sozial integrierte Personen sich eher einbürgern lassen, lässt sich nicht nachprüfen. Deutsch-Italiener, die zumeist von binationalen Eltern abstammen, haben häufiger Kontakte zu Deutschen als Deutsch-Türken, d. h. eingebürgerte Türken. Dies hängt mit ihrer besseren aufnahmelandsspezifischen Ressourcenausstattung zusammen: sie haben durch die deutsche Verwandtschaft mehr Gelegenheiten zur Freundschaftsbildung und zudem erwerben sie durch die Sozialisation automatisch kulturelle Einstellungsmuster und Verhaltensweisen, die soziale Beziehungen zu Deutschen erleichtern. Insofern lässt sich feststellen, dass Kontakte zu Deutschen stark durch die Kontakte im Elternhaus determiniert werden.

Auch Geschlechtereffekte lassen sich nachweisen: Frauen haben kleinere Freundeskreise, seltener multikulturelle Freundesnetzwerke und bevorzugen häufiger als Männer Angehörige der gleichen Staatsangehörigkeit und gleichen ethnischen Gruppe. Auch haben sie seltener deutsche Freunde. Sie sind somit weniger aufgeschlossen gegenüber Angehörigen anderer Nationalitäten. Dies gilt jedoch nicht für Migrantinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die häufig deutsche Freunde haben.

Unter Kontrolle anderer Faktoren schwächt sich der Effekt der ethnischen Abstammung und des Geschlechts auf die Wahrscheinlichkeit, deutsche Freunde zu haben, ab. Angehörige der zweiten Generation der Einwanderer haben häufiger Kontakte zu Deutschen als die erste Generation. Allerdings hängt dieser Effekt mit der unterschiedlichen Bildungskarriere zusammen, die die sozialen Kontakte stark beeinflussen. In Schule und Berufsausbildung ergeben sich Gelegenheiten des Kontakts zu Deutschen; gleichzeitig werden auch Ressourcen erworben, die für Kontakte notwendig sind. Der wichtigste Weg zur sozialen Integration ist daher die Integration in das Schul- und Berufsausbildungssystem,

wobei sowohl höhere Bildungsabschlüsse als auch ein niedriger Schulabschluss in Kombination mit der Erlangung einer Berufsausbildung sich förderlich auswirken.

Eine Grundvoraussetzung für interethnische Kontakte stellen Sprachkenntnisse dar. Andererseits wachsen die Sprachkenntnisse durch die soziale Interaktion mit Freunden. Die Richtung kausaler Effekte lässt sich hierbei nicht feststellen. Eine hohe Kontaktfreudigkeit und ein damit einhergehender großer Freundeskreis erhöhen die Wahrscheinlichkeit, Beziehungen zu Deutschen zu knüpfen. Dabei ist unwichtig, in welcher Lebensform die Befragten leben oder ob ein hoher Ausländeranteil am Wohnort die Kontaktmöglichkeiten strukturell beeinflusst. Ein wichtiges Ergebnis ist der kumulative Effekt sozialer Beziehungen zu Deutschen: wer deutsche Freunde hat und mit diesen Deutsch spricht, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, eine(n) deutsche(n) Partner/Partnerin zu finden. Die Wahrscheinlichkeit, deutsche Freunde zu finden, wird wiederum von deutsch-ausländischen Eltern begünstigt.

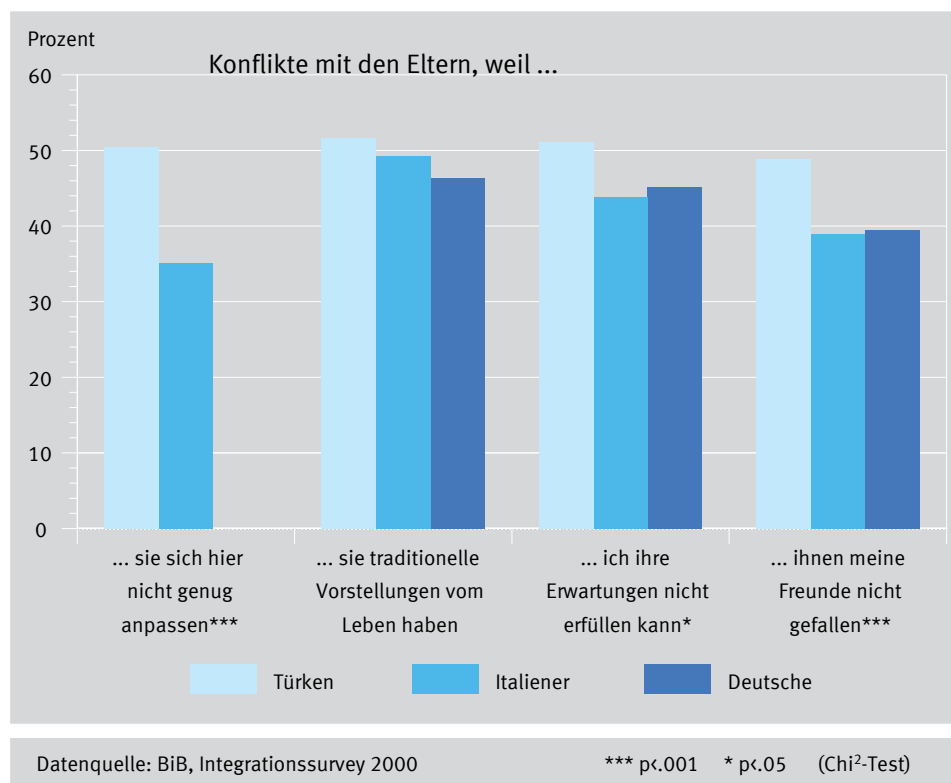
Ein weiterer Faktor ist die Religion. Die soziale Integration ist für Angehörige islamischer Religionsgemeinschaften mit ausgeprägt starker Religiosität äußerst schwierig, sie haben selten Freundschaftsbeziehungen zu Deutschen. Dabei wäre näher zu untersuchen, ob in dieser Gruppe eine starke Präferenz der eigenen ethnischen Gruppe vorliegt, ob die Distanzierung eher von den Vorbehalten der Deutschen ausgeht oder ob unabhängig von Präferenzen die Kontaktmöglichkeiten und Gelegenheiten durch das spezielle Verhalten im Alltag einen Kontakt zu Deutschen verhindern. Es ist somit unklar, ob der Einfluss der Religion auf die soziale Integration mit den Gelegenheitsstrukturen und der Ressourcenausstattung zusammenhängt oder Anzeichen einer ethnischen (Selbst-)Abgrenzung ist.

Fazit zur sozialen Integration ist, dass Partner- und Freundschaftsbeziehungen zu Deutschen zwischen Italienisch- und Türkischstämmigen und auch

zwischen den Geschlechtern variieren. Unterschiede sind vor allem auf die Schulbildung, die Sprachkenntnisse und indirekt wirkende ethnisch-kulturelle Faktoren wie Einstellungen zu intergenerationalen Beziehungsnormen und religiöse Aspekte (islamische Religionszugehörigkeit und ausgeprägte Religiosität) zurückzuführen. Die Integration in Schule und Beruf sowie deutsche Sprachkenntnisse beeinflussen die sozialen Kontakte zu Deutschen positiv; eine ausgeprägte Religiosität wirkt sich bei Islam-Anhängern gleichzeitig hemmend auf die soziale Integration aus. Die soziale Integration wird somit von strukturellen und kulturellen Aspekten der Integration bestimmt. Gleichzeitig spielt der familiäre Hintergrund eine entscheidende Rolle. Fast ein Drittel der italienischstämmigen und 5 % der türkischstämmigen Befragten des Integrationssurveys verfügt mit einem deutschstämmigen Elternteil über „vererbtes“ aufnahmelandsspezifisches soziales Kapital und ein damit verbundenes höheres soziales Integrationspotential, das sich in einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit von Kontakten zu Deutschen auswirkt.

Bezüglich der familialen Konflikte lässt sich resümieren, dass fehlende deutsche Sprachkenntnisse der Eltern, eine aus der Sicht der Kinder

Abb. 55: Anteile der Befragten, die Konflikte mit den Eltern haben nach Gründen (in %)



geringe Übernahme der deutschen Lebensweise durch die Eltern und (bei den türkischstämmigen Befragten) ausgeprägte ökonomisch-utilitaristische Erwartungen der Eltern an ihre Kinder sowie die Wahl eines Partners aus einer anderen Ethnie in einem positiven Zusammenhang mit einem höheren Ausmaß an familialen Schwierigkeiten stehen (Abb. 55). Gut die Hälfte der türkischstämmigen, aber nur rund 45 % der italienischstämmigen Befragten berichten von Konflikten mit den Eltern, weil sich diese ihrer Ansicht nach hier nicht genügend anpassen. Wird eher allgemein nach Konflikten wegen der Traditionalität der Eltern gefragt, stellt sich das Bild etwas anders dar: Rund die Hälfte der türkisch- und italienischstämmigen Befragten gibt an, Konflikte mit ihren Eltern wegen deren traditionellen Vorstellungen vom Leben zu haben. Damit haben - anders als man es vielleicht erwarten würde - Türken und Italiener nur geringfügig (und statistisch nicht signifikant) häufiger Probleme dieser Art mit ihren Eltern als Deutsche, bei denen immerhin 46,4 % der Jugendlichen von derartigen Schwierigkeiten in der Familie berichten.

Gesellschaftliche und politische Partizipation

Hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Partizipation bestätigt sich der bekannte Zusammenhang zwischen der Vereinspartizipation und dem politischen Interesse. Eindeutig positiv sind die Auswirkungen der gleichzeitig in deutschen und in ethnisch segregierten Vereinen sowie der ausschließlich in deutschen Vereinen stattfindenden Partizipation für das politische Engagement in Deutschland. Die Mitgliedschaft in türkischen Vereinen geht weder den Untersuchungen zum politischen Interesse noch den hier vorgestellten Analysen über das politische Engagement zufolge mit einer besonders hohen politischen Involvierung im Auf-

nahmeland einher. Allerdings, und dies ist angesichts der großen Skepsis, mit der türkische Vereine in Deutschland betrachtet werden, an sich schon ein bemerkenswerter Befund, sind die Mitglieder türkischer Vereine politisch auch nicht besonders inaktiv und desinteressiert. Um die Frage nach den möglicherweise segregationsfördernden Tendenzen, die von diesen Vereinen ausgehen, zu beantworten, müssten allerdings genauere Informationen über die Art der politischen Aktivitäten dieser Gruppe vorliegen. Das Argument, dass die politischen Aktivitäten, die von den Mitgliedern türkischer Vereine ausgeübt werden, stärker auf die Vertretung ethnischer Partikularinteressen als auf die Integration in die deutsche Gesellschaft abzielen, kann anhand der vorliegenden Analysen nicht entkräftet werden.

Die Analysen über die Determinanten der Einbürgerungsentscheidung von in Deutschland lebenden italienisch- und türkischstämmigen jungen Erwachsenen sowie die Absicht, einen deutschen Pass zu beantragen zeigen, dass diejenigen, die in Deutschland geboren wurden, häufiger ihre Einbürgerung planen als diejenigen, die in der Türkei geboren wurden (es planen nur sehr wenige Italiener eine Einbürgerung). Davon abgesehen hängt der Plan, den deutschen Pass zu erwerben, fast ausschließlich von der sozialen und kulturellen Eingliederung einer Person ab. Letztere spielt auch eine wichtige Rolle, wenn man betrachtet, wer bereits eingebürgert ist. Ein höheres Bildungsniveau steht ebenfalls in einem positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eingebürgert ist. In der untersuchten Altersklasse lassen sich türkische Frauen weitaus häufiger einbürgern als türkische Männer. Ein Blick auf die Daten der amtlichen Statistik zeigt indes, dass die Männer diesbezüglich aufholen, wenn sie älter werden.

Ausgewählte Veröffentlichungen aus dem BiB zu den Themen Migration und Integration

- Mai, Ralf; Scharein, Manfred: Effekte der Binnenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern, in: Cassens, Inga; Luy, Marc; Scholz, Rembrandt (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland, VS Research, Wiesbaden 2009
- Ette, Andreas; Sauer, Lenore, 2008: Internationale Migration Deutscher. Forschungsbericht zu Händen des Bundesministeriums des Innern, unveröffentlichtes Manuskript
- Sauer, Lenore, 2008: Zur Diskussion gestellt: Brain Drain: Gibt es in Deutschland zu wenig Möglichkeiten für Spitzenforscher? In: Ifo Schnelldienst 4: 12-14
- Diehl, Claudia; Preisendörfer, Peter, 2007: Bedeutung und Bestimmungsfaktoren der Bleibeabsicht ausländischer Neuzuwanderer in Deutschland. In: Soziale Welt 58, 1: 5-28
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred, 2007: Effekte der Außenwanderungen auf Geburtenzahlen und Alterung in den Bundesländern, 1991 bis 2006. In: BiB-Mitteilungen 4: 26-30
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred, 2007: Effekte der Binnenwanderungen auf Geburtenzahlen und Alterung in den Bundesländern, 1991 bis 2006. In: BiB-Mitteilungen 3: 19-24
- Sauer, Lenore; Ette, Andreas, 2007: Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 123
- Ette, Andreas; Sauer, Lenore, 2007: Studie zur Auswanderung aus Deutschland. In: Migration und Bevölkerung, 8: 5-6
- Diehl, Claudia; Schnell, Rainer, 2006: Reactive Ethnicity or Assimilation: Statements, Arguments, and First Empirical Evidence for Labor Migrants in Germany. In: International Migration Review 40, 4: 786-816
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred, 2006: Effekte der Außenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4: 365-388
- Haug, Sonja; Diehl, Claudia (Hrsg.), 2005: Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland. Schriftenreihe des BiB, Band 35
- Haug, Sonja, 2004: Binationale Ehen und interethnische Partnerschaften in Deutschland – Datenlage und Erklärungsfaktoren. In: Zeitschrift für Familienforschung 16, 3: 305-329
- Haug, Sonja, 2004: Italian migrants in Germany – Integration in the Education System and the Dual System of Vocational Training. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, 3-4: 527-582
- Diehl, Claudia, 2003: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In: Klein, A.; Kern, K.; Geißel, B.; Berger, M. (Hrsg.): Zivilgesellschaft, Demokratie und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Leske + Budrich
- Haug, Sonja, 2003: Arbeitsmigration, Familiennachzug, Heiratsmigration: In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28, 2-4: 335-353
- Haug, Sonja, 2003: Interethnische Freundschaftsbeziehungen und soziale Integration. Unterschiede in der Ausstattung mit sozialem Kapital bei jungen Deutschen und Immigranten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, 4: 716-736
- Rabold, Susann; Diehl, Claudia, 2003: Migration und familiäre Konflikte. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28, 2-4: 355-368
- Diehl, Claudia, 2002: Wer wird Deutsche/r und warum? Bestimmungsfaktoren der Einbürgerung türkisch- und italienischstämmiger junger Erwachsener. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 3: 285-312
- Diehl, Claudia, 2002: Die Auswirkungen längerer Herkunftslandaufenthalte auf den Bildungserfolg türkisch- und italienischstämmiger Schülerinnen und Schüler. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 2: 165-184
- Haug, Sonja, 2002: Familie, soziales Kapital und soziale Integration. Zur Erklärung ethnischer Unterschiede in Partnerwahl und generativem Verhalten bei jungen Erwachsenen deutscher, italienischer und türkischer Abstammung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 4: 393-425
- Mammey, Ulrich; Sattig, Jörg, 2002: Zur Integration türkischer und italienischer junger Erwachsener in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Der Integrationsurvey des BiB, Projekt- und Materialdokumentation. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 105a

Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Karten

Verzeichnis der Abbildungen	Seite
Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1864, 1910, 1975, 2007, 2035 und 2050 (in %)	23
Abb. 2: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 31.12.2007 (in 1000)	24
Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland unter 20, ab 65 und ab 80 Jahren, 1871 - 2050 (in %)	25
Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen und Sachsen, 1991, 2006 und 2020 (in %)	28
Abb. 5: Gewünschte Erwerbstätigkeit nach dem Eintritt in das Rentenalter (in %)	34
Abb. 6: Anteil der Befragten, die eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter wünschen, nach dem Gesundheitszustand (in %)	35
Abb. 7: Bereitschaft für ein freiwilliges Engagement, 2004 (in %)	36
Abb. 8: Altersstruktur der Beschäftigten in der Bundesverwaltung im Vergleich zur Privatwirtschaft, 2007 (in %)	38
Abb. 9: Bevölkerungszahl in Deutschland, 1950 - 2050 (in Millionen)	40
Abb. 10: Bilanz der Zu- und Fortzüge in Deutschland, 1991 - 2007 (in 1.000)	41
Abb. 11: Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen, 1991 - 2007 (in 1.000)	41
Abb. 12: Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871 - 2007	45
Abb. 13: Endgültige Kinderzahlen nach Geburtsjahrgängen 1865 - 1967 und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl	45
Abb. 14: Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007 (in Jahren)	46
Abb. 15: Altersspezifische Geburtenziffern deutscher Frauen im Alter zwischen und 39 Jahren im früheren Bundesgebiet, 1990 - 2007 (je 1000 Frauen)	47
Abb. 16: Anteile der von unverheirateten Frauen geborenen Kinder im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007 (in %)	47
Abb. 17: Bewertung der Folgen der Geburt von Kindern für Lebensfreude und Zufriedenheit (in %)	54
Abb. 18: Bewertung der Folgen der Geburt von Kindern für die Beschäftigungschancen (in %)	55
Abb. 19: Bewertung der Folgen der Geburt eines (weiteren) Kindes für die finanzielle Situation	55
Abb. 20: Zusammengefasste Erstheiratsziffern der Frauen im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1960 - 2007	57
Abb. 21: Durchschnittliches Erstheiratsalter der Frauen im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007	58

	Seite
Abb. 22: Frauen in der Altersgruppe 35 - 39 Jahre nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 2007 (%)	62
Abb. 23: Bewertung der zunehmenden Zahl Alleinerziehender (%)	63
Abb. 24: Bevorzugte Lebensformen in der Altersgruppe 20 - 39 Jahre (%)	64
Abb. 25: Verweildauer in Ein-Eltern-Familien nach der Armutsgefährdung im früheren Bundesgebiet (Verweildauerwahrscheinlichkeiten)	65
Abb. 26: Kontakthäufigkeit im Living Apart Together (%)	66
Abb. 27: Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, 1970 - 2007 (%)	67
Abb. 28: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Deutschland, 1990 und 2007 (Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen gleicher Dauer)	68
Abb. 29: Zurückhalten der eigenen Meinung bei Meinungsverschiedenheiten in Paarbeziehungen (in %)	69
Abb. 30: Anteil der Befragten, die Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen, infrastrukturellen und zeitlichen Situation präferieren, Anteile der „sehr wichtig“- und „wichtig“- Antworten (in %)	71
Abb. 31: Zustimmung zu Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen, infrastrukturellen und zeitlichen Situation bei Alleinerziehenden und Befragte in Paarbeziehungen mit Kindern, Anteile der „sehr wichtig“- und „wichtig“- Antworten (in %)	72
Abb. 32: Effekte möglicher familienpolitischer Maßnahmen nach dem Kinderwunsch, Anteile der „stimme sehr zu“- und „stimme zu“-Antworten der Frauen (in %)	73
Abb. 33: Intergenerationaler Unterstützungskoeffizient in Deutschland, 1950 - 2007	76
Abb. 34: Pflegequoten nach Alter und Geschlecht in Deutschland, 2005 (in %)	77
Abb. 35: Pflegebedürftige nach dem Geschlecht in Deutschland, 1999 - 2030 (in Millionen)	77
Abb. 36: Verantwortung für die Hilfe älterer Menschen bei ständigem Pflegebedarf („stimme zu“- und „stimme voll und ganz zu“-Antworten / in %)	79
Abb. 37: Häufigkeit der Kontakte zwischen Großeltern und Enkelkindern (in %)	82
Abb. 38: Durchschnittliche Zufriedenheit mit den Kontakten zu den Eltern nach der Kontakthäufigkeit (0 = überhaupt nicht zufrieden, 10 = sehr zufrieden)	83
Abb. 39: Gesprächspartner erwachsener Kinder über Erfahrungen und Gefühle (in %)	84
Abb. 40: Personen außerhalb des Haushalts, die Transferleistungen erbracht haben (in %)	84
Abb. 41: Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach dem Alter der Kinder (in %)	86
Abb. 42: Aufteilung der Routine-Hausarbeiten nach Geschlecht und Lebensform (in %)	89
Abb. 43: Lebenserwartung bei der Geburt in Deutschland, 1991/1993 - 2005/2007 (in Jahren)	90
Abb. 44: Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten in Deutschland nach dem Geschlecht, 1991/1993 - 2005/2007 (logarithmische Darstellung)	92
Abb. 45: Säuglingssterblichkeit im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007	93
Abb. 46: Tatsächliche Lebenserwartung, geschätzte Lebenserwartung, persönlich erwartete und persönlich gewünschte Lebenserwartung von Frauen und Männern (in Jahren)	93

	Seite
Abb. 47: Alkoholkonsum pro Tag im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern nach dem Geschlecht (in %)	95
Abb. 48: Zu- und Fortzüge ausländischer und deutscher Staatsbürger über die Grenzen Deutschlands, 1954 - 2007 (in 1000)	99
Abb. 49: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, 1990 - 2007 (in 1000)	102
Abb. 50: Altersaufbau der Bevölkerung in Hoyerswerda, 31.12.2007 (in 1000)	104
Abb. 51: Total Migration Effect Rate für alle Bundesländer bezogen auf den Wanderungszeitraum 1991 bis 2006	105
Abb. 52: Beruflicher Ausbildungsabschluss nach Nationalitäten (in %)	109
Abb. 53: Durchschnittliche Kinderzahl und Kinderwunsch nach ethnischer Abstammung, Staatsangehörigkeit und Geschlecht	111
Abb. 54: Anteil der Befragten mit deutschen Freunden nach ethnischer Abstammung, Staatsangehörigkeit und Geburtsort (in %)	112
Abb. 55: Anteil der Befragten, die Konflikte mit den Eltern haben, nach Gründen (in %)	113

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Altenquotient nach Bundesländern, 1991, 2007 und 2030 (je 100 Personen im Alter 20 bis unter 65 Jahre)	27
Tab. 2: Zustimmung zu Aussagen über die Rolle der älterer Menschen in der Gesellschaft („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)	31
Tab. 3: Rangfolge der Maßnahmen zur Rentensicherung (Auswahl der wichtigsten Maßnahme, nur eine Antwort möglich / in %)	33
Tab. 4: Aussagen zum Thema „Ausländer in Deutschland“ („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)	43
Tab. 5: Bewertungen demographischer Trends („überwiegend oder sehr positiv“, „weder noch“ und „überwiegend oder sehr negativ“ / in %)	49
Tab. 6: Bedeutung von Kindern für Eltern, Deutschland (Anteil der Antworten „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ / in %)	51
Tab. 7: Kinderwunsch nach der Zahl der gewünschten Kinder und im Durchschnitt (in %)	52
Tab. 8: Gründe gegen ein (weiteres) Kind, Frauen, Deutschland nach Altersgruppen (Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten / in %)	53
Tab. 9: Gründe für das Aufschieben der Eheschließung, Frauen und Männer, Deutschland (Anteile der „sehr wichtig“ und „wichtig“ Antworten / in %)	58
Tab. 10: Zustimmung und Ablehnung zu Aussagen über die Einstellungen zu Ehe (in %)	59
Tab. 11: Rangfolge der 10 wichtigsten Wertorientierungen nach dem Anteil der „sehr wichtig“ - Antworten (in %)	60
Tab. 12: Lebensformen von Frauen in der Altersgruppe 35 - 39 Jahre in Deutschland, 1996 und 2007 (in %)	61
Tab. 13: Rangfolge der 11 wichtigsten gewünschten familienpolitischen Maßnahmen dem Anteil der „sehr wichtig“- und „wichtig“-Antworten (in %)	70

	Seite
Tab. 14: Bevorzugte Formen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit von Frauen (in %)	74
Tab. 15: Vorhandensein von Enkelkindern, Kindern, Eltern und Großeltern nach dem Alter der Befragten (in %)	78
Tab. 16: Zustimmung zu Aussagen über die Pflege von älteren Menschen (Anteile der „stimme zu“- und „stimme voll und ganz zu“-Antworten (in %)	79
Tab. 17: Gewünschte Lebensformen im eigenen Alter bei täglicher Hilfsbedürftigkeit (Antworten in % / nur eine Antwort war möglich)	80
Tab. 18: Distanzen der Befragten zu den Eltern in Minuten bzw. Stunden (in %)	81
Tab. 19: Kontakthäufigkeit der befragten Frauen und Männer zu Mutter und Vater (in %)	81
Tab. 20: Gruppe mit hohem Generationenpotenzial nach Lebensformen (in %)	82
Tab. 21: Einstellung zur Rolle der Frau zwischen Beruf und Familie (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)	87
Tab. 22: Einstellung zur Rolle des Mannes und zur Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (überwiegende oder volle Zustimmung / in %)	88
Tab. 23: Lebenserwartung bei Geburt und fernere Lebenserwartung nach Geschlecht und Altersjahren in Deutschland, Sterbetafeln 1871/81 - 2005/2007	91
Tab. 24: Aussagen zum Thema „Zuwanderung nach Deutschland und ihre Folgen („stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ / in %)	101
Tab. 25: Zuzugsmotive der Neuzuwanderer (in % - Mehrfachnennungen waren möglich)	106
Tab. 26: Tätigkeitsspektrum der Arbeiter und Angestellten nach ethnischer Abstammung und Geschlecht (in %)	110
 Verzeichnis der Karten	
Karte 1: Zahl der ab 60-Jährigen nach Kreisen, 1990 - 2020 (in %)	29
Karte 2: Binnenwanderungssaldo nach Kreisen, 2005 (je 1000 Einwohner)	103

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gibt mit seinem Tätigkeitsbericht eine Übersicht zu Arbeitsweise, Forschungstätigkeit und Politikberatung im Zeichen des demographischen Wandels. Die Forschungsthemen decken, um eine umfassende Politikberatung zu gewährleisten, das gesamte Spektrum des demographischen Wandels ab. Sie reichen von der Familienbildung und dem Wandel der Familien- und Lebensformen über Gesundheit, Sterblichkeit und Lebenserwartung sowie die Zu- und Abwanderungen bis zum Altern der Bevölkerung.

Das Institut beteiligt sich regelmäßig an großen internationalen Forschungsprojekten. In der Population Policy Acceptance Study ist beispielsweise das Wissen der Bevölkerung über den demographischen Wandel und die Einstellungen zu bevölkerungsrelevanten Politiken untersucht worden. Die zukünftige Bewältigung des Alterns der Bevölkerung hängt in starkem Maße davon ab, wie erfüllbar Kinderwünsche sind und wie in den Familien Generationensolidarität gelebt werden kann. Solche Fragestellungen wurden im Generations and Gender Survey behandelt.

Einige demographische Trends werden einem intensiven Monitoring unterzogen. Daneben gibt es aber auch spezifische Forschungsprojekte, in denen u.a. die Abwanderung Deutscher, die Integration von Neuzuwanderern oder die Alterung in den deutschen Bundesländern untersucht werden.

Herausgeber:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611/75-2235
E-Mail: bib@destatis.de
www.bib-demographie.de

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009

Redaktion:

Jürgen Dorbritz, Evelyn Grünheid

